

DIE WELTWOCH



Oasen des wahren Lebens

«Bachelor» & Co: das verfemte «Unterschichten-Fernsehen» begeistert vor allem Intellektuelle. *Von Rico Bandle und Mia Madisson*

«Urliberales Anliegen»

Warum Rechtsprofessor Marcel Niggli für Selbstbestimmung ist.
Von Katharina Fontana

Die Flucht der Rohingya

Tragische Geschichte eines stolzen Volks. *Von Sophie Mühlmann*

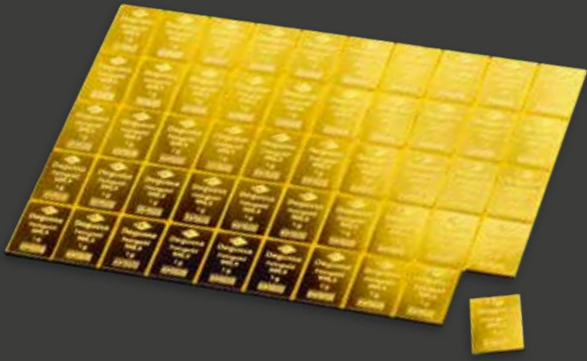
Magie des Geldes
Good News aus
der Wirtschaft



Degussa



GOLD UND SILBER.



DIE MAGIE DES GOLDES. SEIT 6000 JAHREN EINE GANZ RATIONALE ENTSCHEIDUNG.

Seit mehr als 6000 Jahren hat Gold alle Weltreiche, alle Währungen und damit auch alle Finanzblasen überdauert. Das wird auch in Zukunft so bleiben – weil physisches Gold anders als Papierwährungen nicht beliebig vermehrbar ist. Als grösster bankenunabhängiger Edelmetallhändler in Europa stellen wir mit Ihnen Ihr persönliches Portfolio aus Barren und Münzen zusammen. Gerne können Sie Ihre Wertanlagen auch in Ihrem Schrankfach bei uns lagern.

**DEGUSSA-
GOLDHANDEL.CH**

Verkaufsgeschäfte:

Bleicherweg 41 · 8002 Zürich
Telefon: 044 403 41 10

Quai du Mont-Blanc 5 · 1201 Genf
Telefon: 022 908 14 00



Zürich | Genf | Frankfurt | Madrid | London

Seit vielen Jahren wird dem klassischen Fernsehen das Ende vorausgesagt. In Zeiten von Netflix wolle sich niemand mehr an fixe Programmzeiten halten und sich durch lästige Werbeunterbrüche stören lassen. Die Jungen



Höhenflug: «Ninja Warrior Switzerland».

hätten sich längst von diesem Medium verabschiedet. Doch ausgerechnet jetzt erlebt das Privatfernsehen in der Schweiz einen Boom wie noch nie – vor allem beim jungen Publikum. Aufwendig produzierte Sendungen wie «Der Bachelor», «Switzerland's Next Topmodel» und «Ninja Warrior Switzerland» sorgen im ganzen Land für Gesprächsstoff. Woher kommt der Höhenflug des Schweizer Fernsehens abseits von SRF? Rico Bandle hat sich vor den Bildschirm gesetzt. **Seite 16–19**

Die Schöpfungsgeschichte des Menschen scheint sich in einer Phase der Erschöpfung zu befinden. Aber wer den grandiosen Film «Genesis 2.0» des Schweizer Christian Frei sieht, bekommt eine Ahnung, welche Revolution, nach der industriellen, der landwirtschaftlichen und der gesellschaftlichen, auf uns zukommen und das Bestehende aus den Fugen heben könnte: die Bio-Synthetik. Ein amerikanischer Wissenschaftler will das Wollmammut zurück ins Leben holen, Barbra Streisand hat ihren Hund klonen lassen, und ein paar Menschen wollen die Schöpfung verbessern und die Schwachstellen der Evolution künstlich perfektionieren. **Schöne neue Welt. Seite 22**

Viola Amherd gilt als Topkandidatin für den Bundesratssitz der CVP. Auf dem Weg in das hohe Amt stellt sie sich nun aber selber Hindernisse in den Weg. Nach einer Miet- und einer

Honoraraffäre kommt der Notarin jetzt ein Erbschaftsfall in die Quere, wie die Recherche von Philipp Gut enthüllt. Obwohl sie die von ihr begangenen Fehler gegenüber den betroffenen Erben schriftlich zugegeben hat, weist sie nun auf Anfrage der *Weltwoche* alle Vorwürfe zurück. Aber, aber, Frau Nationalrätin. **Seite 30**

Dass zwei Juristen drei Meinungen vertreten, ist bekannt. Umso erstaunlicher ist es, wie geschlossen die Schweizer Rechtsprofessoren die Selbstbestimmungsinitiative der SVP ablehnen. Böse Zungen würden von nordkoreanischen Verhältnissen an den hiesigen Rechtsfakultäten sprechen. Doch es gibt Juristen, für die der Anti-SVP-Reflex nicht schon Grund genug ist, das Volksbegehren in Grund und Boden zu verdammen. Einer ist der Freiburger Strafrechtsprofessor Marcel Niggli. Der parteilose Niggli, der sich auch bei anderen Themen wie dem Hype um sexuelle Minderheiten öfter mal dem Zeitgeist widersetzt, ärgert sich darüber, wie die Initiativgegner vom hohen Ross herab argumentieren. «Ich kenne viele Menschen, denen geht es wie mir.» **Seite 28**

Als diese Ausgabe der *Weltwoche* in den Druck ging, wurden in den USA die Stimmen ausgezählt. Noch lagen kaum Resultate der Zwischenwahlen vor. Deshalb verzichten wir in diesem Heft auf die Berichterstattung. Wir nehmen uns zum Nachdenken und Recherchieren eine Woche Zeit. Und: *We will be back!* Mit geballter Kraft und Tiefenschärfe präsentieren wir nächste Woche die endgültige Analyse der Midterms. Mit journalistischem Laserblick, verstärkt durch US-Gastautoren.

Ihre Weltwoche

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR MEDICAL-STELLEN

Mit www.medicjobs.ch qualifiziertes Fachpersonal im Arzt- und Pflegebereich finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.medicjobs.ch



Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch,
leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 334.– (inkl. MwSt.)

Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.),

Beat Gygi (*Wirtschaft*)

Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Michael Bahnerth, Rico Bandle (*Leitung Kultur*),

Alex Baur, Erik Ebneter, Katharina Fontana,

Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Hubert Mooser,

Christoph Mörgeli, Florian Schwab,

Roman Zeller (*Volontär*)

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Peter Hartmann, Pierre Heumann,

Andreas Honegger, Peter Holenstein,

Mark van Huiseling, Hansrudolf Kamer,

Peter Keller, Wolfram Knorr, Wolfgang Koydl,

Franziska K. Müller, Matthias Matussek,

Daniela Niederberger, Linus Reichlin,

Chris von Rohr, Peter Ruch, Peter Rüedi,

Thilo Sarrazin, Kurt Schiltknecht,

Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp,

Claudia Schumacher, Hildegard Schwaninger,

Sacha Verna (*New York*), Max Wey,

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*),

Karin Erdmann

Bildredaktion: Martin Kappler,

Sebastian Scholz (*Assistent*)

Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*),

Viola Antunovits, Renate Brunner,

Nadia Ghidoli, Sandra Noser,

Katharina Dillier, Dieter Zwicky

Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*),

Inga-Maj Hojaij-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*),

Gabriel Lotti, Brita Vassalli

Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH

Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com

Druck: Print Media Corporation, PMC,

Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

The Breitling Cinema Squad
Brad Pitt
Adam Driver
Charlize Theron



AIR
LAND
PREMIER
SEA



BREITLING
1884

#SQUADONAMISSION

BREITLING BOUTIQUE
GENEVA • LAUSANNE • ZERMATT
ZURICH

Migrationspakt

Bundesrat und Parlament drücken ihn durch.

Von Roger Köppel

Das Nachrichtenportal der deutschen Tageszeitung *Die Welt* widmet, Anfang dieser Woche, alle sechs auf den ersten Blick sichtbaren Artikel dem Uno-Migrationspakt.

Nach ursprünglichem Wohlwollen hat das Blatt unter dem Druck der Leserreaktionen auf den Foren inzwischen auf strenge Ablehnung geschwenkt.

Um das Abkommen tobt eine Auslegungsschlacht. Die Rechtspartei AfD macht gegen den Pakt mobil. Die Bundesregierung sorgt sich um die «kommunikative Hoheit».

«Der Planbarkeitswahn der Vereinten Nationen» lautet der Titel des Leitartikels. Eine andere interessante Schlagzeile geht so: «Spaniens neue Härte gegenüber Flüchtlingen». Auch die Sozialistenregierung in Madrid schwenkt jetzt um auf den Orbán-Kurz-Salvini-Kurs.

In der Schweiz ist es ganz anders. Da hat der Bundesrat kein Problem mit der «kommunikativen Hoheit». Die meisten Zeitungen finden das Uno-Abkommen gut.

Der Bundesrat will unterschreiben. Eben erst hat ihn die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats mehrheitlich dazu aufgefordert.

Was am Rande besonders auffällt, ist das Schweigen der Medienverbände, der Zeitungshäuser und der Journalisten, obschon der Migrationspakt die Medien sogar unter Sanktionsdrohung darauf verpflichtet, positiv und konstruktiv über Migration zu berichten.

Einen glatten Eingriff in die Meinungsäusserungsfreiheit bedeutet die Drohung, die «öffentliche Finanzierung» von Medien einzustellen, die «systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung gegenüber Migranten fördern».

Da es sich hier um Verpflichtungen handelt – «wir verpflichten uns» –, muss der Bundesrat, wenn er dieses Abkommen unterschreibt, zwingend eine Gesinnungskontrollbehörde installieren, die den Schweizer Journalismus überwacht, wie es die Propagandaministerien in totalitären Staaten tun.

Es sagt einiges aus über die Schweizer Journalisten- und Verlegerverbände, dass sie bis jetzt noch nicht einmal im Flüsterton eine Protestnote nach Bern gesendet haben.

Der Kern des Migrationspakts ist offensichtlich: Er will die weltweite illegale Migration legalisieren. Er postuliert eine Art Menschen-

recht auf Migration, auf der Grundlage eines umfassenden Nichtdiskriminierungsgebots. Jeder Migrant erhält das Recht, auf der Landkarte mit dem Finger auf einen Staat seiner Wahl zu zeigen und hinzugehen.

Dort erhält er zwar kein automatisches Niederlassungsrecht, aber die Staaten verpflichten sich, die Migrationsrouten auszubauen, abzusichern, Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen wie auch umfassende Investitionen in den Familiennachzug, in die Integrations-, Bildungs- und Arbeitsmarktstrukturen, die allen, die kommen, gleiche Chancen bieten sollen.

Man rollt den heute illegalen Wirtschaftsmigranten einen roten Teppich aus. Scheinasylanten und falsche Flüchtlinge, der Grossteil des heutigen Asylstroms, avancieren zu regulären Arbeitsmigranten mit einklagbaren Rechten.

Im Migrationspakt heisst das dann so: «Förderung einer fairen und ethisch vertretbaren Rekrutierung von Arbeitskräften.» Mit andern Worten: Jeder Arbeitgeber, der unter diesem Pakt einen Migrant als Arbeitskraft ablehnt, kann sich schon jetzt auf Diskriminierungsklagen und Anwaltskosten einstellen.

Weiter: «Wir verpflichten uns, Arbeitsmigranten aller Qualifikationsniveaus dabei zu helfen, in Zielländern Zugang zu Sozialschutz zu erhalten.»

Sozialtouristen aller Länder vereinigt euch, ihr seid herzlich willkommen!

Der Bundesrat beteuert, wiegelt ab, beschönigt, es handle sich hier nicht um bindende, sondern lediglich um freiwillige Verpflichtungen. Verpflichtend aber sind sie, wenn vielleicht auch nicht rechtlich, so doch moralisch. Der Fachjargon spricht von «soft law», weichem Recht.

Das Problem des weichen Rechts besteht darin, dass es die Tendenz hat, hart, betonhart zu werden. NGOs und interessierte Gruppen giessen dann jeweils die moralischen Empfehlungen in aggressive rechtliche Postulate um. Nach einer gewissen Zeit werden die Gerichte den «neuen Konsens» ihrer Rechtsauslegung zugrunde legen. Weich wird hart, alles hinter dem Rücken des demokratischen Souveräns.



Cassis' Steilpass für die SVP.

Die Abwiegerei des Bundesrats grenzt an Desinformation: Jedes Land, das diesen Pakt unterzeichnet, ist verpflichtet, die «niedergelegten Ziele zu erfüllen» und die entsprechenden finanziellen Mittel bereitzustellen für einen, wie es heisst, «Anschubfonds». Teuer wird es auch.

Schliesslich: Die Uno will ein «Migrationsnetzwerk» schaffen, eine Behörde, die in den Unterzeichnerstaaten die Einhaltung der Ziele kontrollieren kann und den Vereinten Nationen «alle zwei Jahre» Bericht erstatten wird.

Im migrationsgeplagten Deutschland löst dieser Pakt bei den Bürgern breite Empörung aus. In der wohlstandsverwahrlosten Schweiz sind die meisten Parteien und Bundesräte heiss darauf, sich an diesem Plan zur weltweiten Personenfreizügigkeit zu beteiligen.

Der Wurm steckt ganz tief drin. Schon der Ansatz ist falsch. Der Migrationspakt will die Migration global steuern. Das ist Machbarkeitswahn in Reinkultur, also ein kolossaler Irrtum. Multinationales Grenz- und Migrationsmanagement versagt. Das zeigt krass das Beispiel der EU.

Der internationale Trend läuft in die Gegenrichtung: zurück zur Eigenverantwortung im nationalen Rechtsstaat, Sicherung von Landesgrenzen, konsequente Abwehr der illegalen Migration. Das machen Ungarn, Österreich, Italien, die USA, neuerdings Spanien.

Mit ihrem Migrationspakt marschieren Bundesrat und Parlament an der Realität vorbei. Es ist auch eine Ohrfeige an die Bevölkerung, die 2014 Massnahmen gegen die «Masseneinwanderung» in die Verfassung schreiben liess. Einen Profiteur allerdings gibt es: die SVP. Sie wird sich über diesen Steilpass fürs Wahljahr heimlich freuen.

Im Schnitt einfach besser.

Ihre Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch

25 JAHRE KLINIK PYRAMIDE Spitze für Sie PYRAMIDE KLINIK AM SEE



«Patchwork-Leben»: Marianne Binder. Seite 34



Stolzes Volk auf der Flucht: Rohingya. Seite 42



«Wir müssen uns besinnen und Firmen und Staaten auch pleitegehen lassen.»

Barbara Kolm: Seite 76

Titelgeschichte

- 16 **Oasen des wahren Lebens**
«Der Bachelor» und der Boom des Schweizer Privatfernsehens
- 18 **Replay-TV**
Gefahr durch Vorwärtsspulen
- 19 **Mein Bachelor** Bekenntnisse der Kandidatin Mia Madisson

Kommentare & Analysen

- 5 **Editorial**
- 9 **Kommentar Spitzenärzte**
- 10 **Rassismus** Behörde bewaffnet Muslim
- 11 **Eilmeldung**
Die Bluse, nicht das Kopftuch
- 12 **Kopf der Woche** Kanye West: Arroganz als Treibstoff
- 20 **Essay der Woche**
Der grosse #MeToo-Irrtum
- 24 **Mörgeli** Rauchzeichen aus der Wyoming-Ranch
- 24 **Bodenmann** I denk that is impossible
- 27 **Medien** Strahlende Sterne
- 27 **Die Deutschen** Sündenbock

Inland

- 28 **Marcel Niggli** Freigeist unter den Schweizer Rechtsgelehrten
- 30 **Viola Amherd** Unstimmigkeiten bei der CVP-Bundesratskandidatin
- 32 **Guy Parmelin**
Das letzte Gefecht
- 33 **Parteien** Heidi Z'graggens verbaler Fehltritt ist eine Wohltat
- 34 **Marianne Binder** Die CVP-Kandidatin für den Ständerat liebt das Provozieren
- 36 **Die Teilzeit-Nation**
Folgen des Jobsharing-Modells

- 38 **Roger Schawinski**
Wann hört der Medienpionier auf?
- 40 **Sozialdetektive**
Unnötiges Gesetz ohne Alternativen
- 41 **Digitaler Trash** Kampagne gegen die Selbstbestimmungsinitiative
- 41 **Replik** Mark Eisenegger zum Artikel «Ein Problem namens Eisenegger»

Ausland

- 42 **«Wie Hühner in einem Käfig»**
Die Tragik der stolzen Rohingya
- 44 **Inside Washington PS:** Kavanaugh
- 45 **Ausland**
Europas Mühe mit US-Präsidenten
- 46 **Unruhe hinter den Fassaden**
Nordirland in Zeiten des Brexit
- 47 **Zweierlei Ellen** Die EU rügt Saudi-Arabien und schont den Iran
- 46 **Brief aus Berlin**
Merkels langer Abschied

Wirtschaft & Wissenschaft

- 31 **Finanzplatz** Schatzkarte für den saudischen Kronprinzen
- 39 **Migros und der Sears-Bankrott**
Wie steht es um den Detailhändler?
- 62 **Mysterien der Weltgeschichte**
Der letzte Tote des Ersten Weltkriegs

Kultur & Gesellschaft

- 22 **«Genesis 2.0»** Grosses Kino vom Schweizer Filmemacher Christian Frei
- 50 **Importierte Verbrechen**
Schattenseiten der Asylpolitik
- 54 **Ikone der Woche** Red Bull
- 56 **«Tim und Struppi»**
Die Hergé-Story, Teil 2

Extra: Magie des Geldes

- 69 **Interviews, Expertenstimmen und Analysen** zu den Entwicklungen an den Finanzmärkten

Rubriken

- 9 **Im Auge** Vallabhbhai Patel
- 14 **Personenkontrolle**
- 15 **Nachruf** James J. «Whitey» Bulger
- 60 **Die Bibel** Egal, ob verheiratet oder ledig
- 60 **Kino** «First Man»
- 61 **Knorrs Liste**
- 61 **Jazz** Philipp Schaufelberger
- 63 **Fragen Sie Dr. M.**
- 63 **Gewinner der Woche** Meyer Burger
- 64 **Thiel** Schlepper
- 64 **Namen** Grosszügig gegen Analphabetismus
- 64 **Fast verliebt** Single, sei froh!
- 65 **Unten durch** Amor et dolor (2)
- 66 **Wein** Klasse aus dem Mezzogiorno
- 66 **Salz & Pfeffer**
Weitab vom Schuss, genau am Ziel
- 67 **Auto** Renault Mégane
- 81 **Im Gespräch**
Yvonne Henkel, Wohnbedarf
- 82 **Darf man das?/Leserbriefe**

RANGE ROVER VELAR

DER STIL DER AVANTGARDE.



ABOVE & BEYOND



WINNER
WORLD CAR AWARDS
2018 WORLD CAR DESIGN OF THE YEAR



Das stylischste Auto
der Schweiz 2018

Land Rover fährt seiner Zeit immer voraus. Schon 1948 mit dem ersten Land Rover überhaupt und auch mit dem Debüt des Range Rover, der 1970 als erster SUV eine völlig neue Kategorie definierte. Der Range Rover Velar führt diese Tradition auf ausgezeichnete Art und Weise weiter. Innovativ. Intelligent. Inspirierend.

Land Rover geht von jeher neue Wege und ist damit der Massstab für alle SUV.

landrover.ch

Sunrise

Die Nummer 1 für 3 Millionen.



Ein wichtiger Teil von SWISS: Sunrise.

Die Fluggesellschaft der Schweiz setzt auch bei der Kommunikation auf beste Schweizer Qualität. Darum telefonieren und surfen rund 1500 Mitarbeitende von SWISS mit dem besten Netz der Schweiz. Dem Mobilfunknetz von Sunrise. Mehr über unsere Lösungen für Geschäftskunden auf sunrise.ch/business

Lob der Ärzte

Von Beat Gygi — Bundesrat Berset heizt die Empörung über Ärztelöhne an und ebnet so den Weg für mehr staatliche Steuerung. Ist Gesundheit, sind Spitzenmediziner so wenig wert?



Was passiert da? Gesundheitsminister Berset.

Der Gesundheitssektor ist ein Tummelplatz für Politiker, Verwaltungsangehörige und Interessenvertreter, die aufs Dreinreden und Umverteilen aus sind und die Gesundheitspolitik als erstklassige Gelegenheit sehen, den einen Geld und Vorteile wegzunehmen und den anderen zuzuschanden. Das Gesundheitswesen ist ein Wachstumsgeschäft mit einem Umsatz, der Jahr für Jahr meist deutlich schneller wächst als die Wirtschaft. Heute machen die Gesundheitsausgaben mit über achtzig Milliarden Franken pro Jahr gut das Dutzendfache der Verteidigungsausgaben aus. Wie intensiv der Kampf um Einfluss auf diesen Apparat ist, zeigt der Streit über die Ärztelöhne, der soeben entbrannt ist.

Ende Oktober hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) im Departement von Bundesrat Alain Berset eine Studie über das Einkommen von Fachärztinnen und Fachärzten publiziert, in der das durchschnittliche Jahreseinkommen auf gut 190 000 Franken geschätzt wird. Durchgeführt wurde die Erhebung durch das Büro Bass, das vor allem bei Mitte-links positionierten Auftraggebern gut angeschrieben ist. Der Ärzteverband FMH hat sogleich reagiert und geltend gemacht, dass in den Zahlen ein Viertel der Ärzteschaft nicht berücksichtigt sei, nämlich die rund 10 000 Assistenzärztinnen und -ärzte, die mit Jahresein-

kommen von knapp 100 000 Franken und hohen Arbeitspensen den Durchschnitt deutlich drücken würden. Ein durchschnittliches Einkommen einer Einzelarztpraxis von etwa 155 000 Franken sei der Realität näher.

Vor allem aber wehren sich die Ärzte dagegen, dass das Bundesamt sowie zugewandte Politiker und Medien die Scheinwerfer primär auf die Spitzenlöhne richten. Dass bestimmte Ärzte auf Jahreseinkommen von einer Million Franken kommen, hat die Managerlöhne als Reizthema abgelöst; die Ärztelöhne seien höher als gedacht, wird hinzugefügt, jetzt werde es der Politik zu viel. Die Ärztebranche hält den Kritikern entgegen, dass die Spezialisten mit besonders hohen Gehältern, etwa Neurochirurgen oder Gastroenterologen, lediglich 1 bis 2 Prozent der Ärzteschaft ausmachen. Aber die Diskussion mit lauter Empörung und moralischen Vorwürfen ist lanciert. Es werden Zahlen aus der Studie gepflückt, die zeigen sollen, welche hohen Summen die Mediziner aus dem Geldtopf ziehen, den die Prämienzahler immer wieder zu füllen haben. Auch in der NZZ und der NZZ an Sonntag wird das Bild einer Ärzteschaft präsentiert, in der zahlreiche Einkommensmaximierer raffiniert das System ausnützen.

Was passiert da? Gesundheitsminister Alain Berset (SP) hetzt den Ärzten sozusagen die

Der Grösste



Vallabhbhai Patel, Denkmal.

Er misst von Kopf bis Fuss 182 Meter, und unser Wilhelm Tell in Altdorf (4 Meter) hätte nicht mal in seiner grossen Zehe Platz: Vallabhbhai Patel ist das grösste Denkmal aller Zeiten. Doppelt so hoch wie die Freiheitsstatue in New York. Er überragt den Spring Temple Buddha in China um 74 Meter und Francos Betonkreuz um 28 Meter. Jesus auf dem Corcovado über Rio, die vier aus dem Fels gehauenen US-Präsidenten am Mount Rushmore, die vergammelten Lenin-Statuen, Mussolinis Obelisk – alles Winzlinge. Aber wer ist dieser Koloss aus 100 000 Tonnen Stahl und Beton im indischen Bundesstaat Gujarat, der 430 Millionen US-Dollar verschlungen hat und hauptsächlich von spezialisierten chinesischen Bauarbeitern Tag und Nacht in fünf Jahren hochgezogen wurde?

Patel lebte von 1875 bis 1950 und war der im Ausland kaum bekannte Dritte des indischen Unabhängigkeitskampfes. Der hungerstreikende Mahatma Gandhi verkörperte die Kraft der Gewaltlosigkeit, Jawaharlal Nehru als erster Premierminister den politischen Machtwillen. Patel war in diesem Triumvirat die diplomatische Eisenfaust als Unterhändler mit den britischen Kolonialherren, die 1950 gingen. In nur drei Verhandlungswochen bereitete er das Terrain für die Unabhängigkeit. Patel hatte als Siebzehnjähriger eine Dreizehnjährige geheiratet, die früh starb, verdiente sich das Jusstudium mit Gelegenheitsjobs und als Anwalt so viel Geld, dass er drei Jahre nach England ziehen und die Zulassung zu allen höheren Gerichten des Empire erwerben konnte. Er genoss als Snob im eigenen Land die feine britische Lebensart des *tea and cricket* und bezeichnete sich selber als «abgehoben, zynisch, sarkastisch», bis er als Gebietsabgeordneter im Jahr 1917 in die Realität von Pest und Hungersnöten geworfen wurde. Er schloss sich Gandhis Idealen an, sass mit ihm im Gefängnis und kleidete sich nur noch in Baumwollgewänder. Gandhi, der 1947 ermordet wurde, nannte ihn «Sardar», Chef. Patel begnügte sich mit der Rolle des Innenministers und hinterliess kein Vermögen, nur seine unfreiwillige Monumentalgrösse. Peter Hartmann

Meute auf den Hals, um jene mürbe zu machen, die im Gesundheitswesen am stärksten für Eigenverantwortung, Wettbewerb und Leistungsprinzip einstehen. Diese Eigenschaften passen nicht zum Konzept, das der Bundesrat verfolgt. Berset und sein Bundesamt versuchen seit langem, das ganze Gesundheitswesen immer mehr auf eine administrativ gesteuerte Planung auszurichten. Da ist es störend, wenn Ärzte, Spitäler und Krankenkassen zu viele Freiheiten haben. Dem Bundesamt für Gesundheit ist es in der Vergangenheit bereits gelungen, die Krankenkassen weich zu schlagen und ihnen derart enge Zwangsjacken anzuziehen, dass diese die Aufgabe, die ihnen im Krankenversicherungsgesetz ursprünglich zugedacht war, nicht mehr erfüllen können. Sie haben zu wenig Freiraum, um als sorgfältige Makler für die Versicherten möglichst gute Gesundheitsangebote zusammenzustellen. Jetzt sagt die Verwaltung, die das verursacht hat: «Die Krankenkassen können es nicht, da müssen halt wir ins Geschäft eingreifen.»

Kostbarstes Gut

Bei Spitälern ist Ähnliches passiert. Die Kantone sind oft Eigentümer, Auftraggeber, Regulierer und Betreiber. Die staatlichen Krankenhäuser werden gestützt, die privaten in ihrer Beweglichkeit behindert, dies zu Lasten der Patienten, Prämienpflichtigen und Steuerzahler. Wenn Berset nun eine grosse Koalition von Interessenvertretern anstachelt, die weiss, wie man Neid auf höhere Einkommen bewirtschaftet, wie man die Abneigung gegen das Leistungsprinzip und die Lust zum Dreinreden in anderer Leute Angelegenheiten weckt, dann wird ein weiterer Teil, der zu einem freiheitlichen und leistungsfähigen Gesundheitswesen gehören würde, aus dem System gebrochen: die Motivation und Initiative der Ärzte, möglichst gute Leistungen zu bieten.

Gesundheit ist für viele das kostbarste Gut, das sie sich vorstellen können. Gerade für den Umgang mit dem Kostbarsten sollten die besten Spielregeln entworfen und eingerichtet werden, die denkbar sind. Dazu gehört, dass gute Ärzte für all die Jahre, die sie den Leuten an gesundem Leben erbringen, ein gebührendes Honorar erhalten. Und dass die Spitzenleistungen so belohnt werden, dass die Könner immer wieder neue Durchbrüche suchen, die dann – vielleicht einige Jahre später – auch der breiten Bevölkerung zugutekommen. Sorgfältig gemachte Umfragen deuten darauf hin, dass viele Menschen für eine sehr gute Gesundheitsversorgung noch viel mehr zu zahlen bereit wären als heute. Das heisst: Spitzenleute sollen ermuntert, nicht in einer Verwaltungswirtschaft gebremst werden, sie ziehen alle anderen mit nach vorne. Klar, Spitzenlöhne müssen mit entsprechenden Leistungen zusammenhängen, und dafür braucht es Krankenkassen und Spitäler, die freier arbeiten können.

Rassismus

Behörde bewaffnet Muslim

Von Christoph Mörgeli — Polizei und Wohngemeinde wollten einem ausländischen Muslim keinen Waffenschein ausstellen. Die Rassismuskommission verschaffte ihm die ersehnte Waffe.

Mit einem eindringlichen Nein zur Selbstbestimmungsinitiative lässt sich auch die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus vernehmen. Diese von den Steuerzahlern gut bezahlte und üppig mit zudienendem Personal ausgestattete Kommission foutiert sich mit dieser Abstimmungsparole um ihren vom Bundesrat vorgeschriebenen Auftrag: «Die Information der Öffentlichkeit zu politischen Fragen im Namen der Kommission erfolgt mit gebotener Zurückhaltung.»

Statt als ausserparlamentarische Kommission den Bundesrat – wie vorgeschrieben – in Sachfragen zu beraten, tischt sie bei der Selbstbestimmungsinitiative folgende Lügengeschichte auf: «Die Selbstbestimmungsinitiative raubt uns die Möglichkeit, eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einzureichen.» Entlarvend ist auch die Warnung, eine Infragestellung der Rassismus-Strafnorm durch eine Volksinitiative könne zur Kündigung internationaler Übereinkommen führen.

Diese Begründung belegt, wie wenig die Rassismuskommission von der direkten Demokratie und vom Initiativrecht hält; am liebsten wären ihr in Stein gemeisselte universale Rassismusstrafnormen. Geradezu unerträglich scheinen der Kommission indessen die derzeit gültigen Schweizer Volksrechte, die es uns heutigen und späteren Generationen erlauben, das internationale Recht dereinst anzupassen, abzuändern oder gar aufzukündigen.

Moscheebesuche und Kopftuch

Die Abstimmungsempfehlung bietet Anlass, das Wirken der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus wieder einmal zu würdigen. Ihre Leistungsbilanz schlägt sich beispielsweise nieder im aktuellsten Bericht «Rassismuvorfälle aus der Beratungspraxis» für das Jahr 2017. Nun ist es nicht so, dass sich die Rassismuskommission selber der mühsamen Aufgabe unterziehen würde, «Rassismuvorfälle» zu sammeln, zu zählen und zu verwerthen. Dies erledigt für sie die dafür staatlich alimentierte NGO Humanrights.ch. Und diese stiess in der Tat auf folgende «Muslimfeindlichkeit»:

Da lebt irgendwo in unserem Lande ein Herr X mit Schweizer Pass. Der Muslim verspürte angeblich das Verlangen, genau wie sein Kollege in einem Schiessstand etwas herumzuballern. Darum beantragte er einen Waffenerwerbsschein. Um die Voraussetzungen dazu

pflichtgemäss zu prüfen, kam beim betreffenden Muslim X ein Polizist vorbei. Doch statt sich über das Wetter zu unterhalten, erfrechte sich dieser Ordnungshüter, mit dem Waffenfreudigen über dessen Religionszugehörigkeit und die Häufigkeit von dessen Moscheebesuchen zu sprechen. Statt über Fussball zu sprechen, fragte dieser Polizist Herrn X auch, weshalb seine Schweizer Frau ein Kopftuch trage. Nach diesen und sonstigen Erkundigungen erhielt der Muslim aus «sicherheitspolitischen Gründen» einen ablehnenden Bescheid.

Doch nun trat die Beratungsstelle gegen Rassismus in Aktion und half Herrn X, eine Beschwerde an die Gemeinde zu formulieren. Als diese aus wahrscheinlich ziemlich triftigen Gründen weiterhin ablehnte, half die Rassismusberatung Herrn X, «eine umfangreichere Beschwerde» ans Statthalteramt zu verfassen. Und dann vermeldete die Rassismuskommission stolz: «Diese Beschwerde wird gutgeheissen, der Betroffene erhält seinen Waffenerwerbsschein.»

Wir fragten bei der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus nach, ob sie die volle Verantwortung übernehme für den Fall, dass Herr X mit seiner Waffe irgendwann und irgendwo ein Unglück anrichte. Die Kommission lässt ausrichten, sie könne «nicht dafür verantwortlich gemacht werden, was sich möglicherweise aus einer von einer kantonalen Behörde getroffenen Entscheidung ergibt».



Eine Frage der Verantwortung.

Die Bluse, nicht das Kopftuch

Von Alex Baur — Der Grenzschutz-Chef von Brig hätte im Fall der schwangeren Suha Jneid einen Arzt rufen müssen. Doch am Tod der ungeborenen Sara trägt er keine Schuld.



Toxische Fragen: Suha Alhusein Jneid, Omar Jneid, Anwältin Raewel, am 5. November in Zürich.

Der Fall sorgte im Sommer 2014 für Empörung und Entsetzen. Am 5. Juli schickte die Schweizer Grenzschutz in Brig die im siebten Monat schwangere Suha Jneid durch den Simplon nach Italien, obwohl sie unter Schmerzen litt und kaum noch gehen konnte. Die Schweizer avisierten ihre italienischen Kollegen über das Problem und baten diese, medizinische Hilfe zu organisieren. Doch als die Ärzte die 22-jährige Syrerin eine halbe Stunde später in Domodossola in Empfang nahmen, konnten sie nur noch den Tod des Fötus feststellen. Es war ein Mädchen, es hätte Sara heissen sollen.

Gut vier Jahre später hat die für das Grenzschutzkorps zuständige Militärjustiz in zweiter Instanz nun entschieden: Der für die Deportation verantwortliche Feldweibel trägt weder eine Schuld für die Fehlgeburt noch brachte er die Mutter in Lebensgefahr. Er wird bloss mit einer bedingten Geldstrafe belegt, weil er keine medizinische Hilfe für die leidende Frau anforderte. Ein gerechtes Urteil?

Die Fakten. Am 29. Juni 2014 reist der Jneid-Clan – insgesamt 26 Personen, verteilt auf drei Generationen – über das Mittelmeer in Italien ein. Die Jneids stammen ursprünglich aus Syrien, haben vorübergehend in Libyen gelebt und wollen nun zu Verwandten nach Deutschland. In der Nacht auf den 5. Juli reist der ganze

Clan im Zug von Milano via Simplon nach Frankreich, wo die Reisegruppe an der Grenze abgefangen und via Schweiz nach Italien zurückgeschickt wird.

Gegen 14 Uhr 30 trifft die Gruppe in Brig ein. Es ist ein Freitag. Weil die Züge durch den Simplon saisonbedingt überfüllt sind, organisiert die Grenzschutz eine Sonderwagen. Die zwei Stunden Wartezeit verbringen die Syrer auf der Grenzschutz. Spätestens um 15 Uhr 30 wird dem Einsatzleiter gemeldet, dass es einer schwangeren Frau schlecht gehe. Der Gatte

«Möglicherweise werden Sie 99-mal angeklagt, das hundertste Mal ist es vielleicht ernst.»

mache die Behörden verantwortlich, wenn der Frau oder dem Kind etwas passiert. Der Familienvater sei selber verantwortlich, gibt der Feldweibel zurück, wenn er mit seiner schwangeren Gattin eine derartige Reise unternahme.

Als die Gruppe eine Stunde später den Zug besteigt, muss Suha Jneid getragen werden. Die Geburtswehen, so zeigte die Untersuchung später, setzten aber wahrscheinlich erst auf der Fahrt nach Domodossola ein. Der Fötus dürfte zu diesem Zeitpunkt bereits leblos gewesen sein. Suha Jneid erklärte vor Gericht, sie

habe diesen in Frankreich letztmals gespürt. Das deckt sich mit dem medizinischen Gutachten.

Entscheidend aber ist in unserem Strafrecht nicht der sogenannte Erfolg, sondern der Vorsatz. «Wer sich für Nichtwissenwollen entscheidet», erklärte der Gerichtspräsident, «der handelt auch mit Wissen.» Übersah der Feldweibel die Lebensgefahr mit Absicht, weil es ihm wichtiger war, den Fahrplan einzuhalten? Der Feierabend nahte, und bei einem Abbruch der Ausweisung hätte wohl die ganze Familie über das Wochenende in Brig untergebracht werden müssen. Erachtete er Suha Jneid gar als minderwertig, «weil sie ein Kopftuch trug», wie die Privatklägerin Dina Raewel vor den Schranken mutmasste?

Tragödien und moralische Erpressung

Solch toxische Fragen wurden nur angetönt, doch sie lagen bleischwer über dem ganzen Fall. Wie steht es nun um die Mitverantwortung des Opfers und dessen Clan, wenn sich eine hochschwangere Frau auf eine derartige Reise begibt? Spekulierten sie gar darauf, dass die werdende Mutter ihnen den Weg zum Asyl erleichtern würde? Niemand kann in die Köpfe hineinschauen. Der Grenzschutz wies jeden Rassismusverdacht vehement zurück. Aber er räumte ein, dass er schon oft einen Arzt herbeigerufen habe, um dann festzustellen, dass es ein Fehlalarm war. Beim Grenzschutz gehören moralische Erpressung wie echte menschliche Tragödien zum Alltagsgeschäft.

Anders als die Vorinstanz gelangte das Gericht in der Berufung zum Schluss, dass der Grenzschutz die fatale Eskalation weder erkennen konnte noch erahnen musste. Eine direkte Lebensgefahr bestand für die Schwangere gemäss Gutachten nie, der Fötus war zur fraglichen Zeit bereits leblos. Sehr wohl hatte der Angeklagte aber erkannt, dass Suha Jneid unter Schmerzen litt. Unter diesen Umständen nicht einen Arzt herbeizurufen, erfüllt den Tatbestand der fahrlässigen einfachen Körperverletzung, die vorsätzlich wurde, als Suha Jneid zum Zug getragen werden musste.

Das Motiv ortete das Gericht in der Routine. «Möglicherweise werden Sie 99-mal angeklagt», erklärte der Gerichtspräsident bei der Urteilsöffnung, «doch das hundertste Mal ist es vielleicht ernst.» Dass keine rassistischen Motive mit im Spiel waren, nahm das Gericht dem Angeklagten aber ab. Tatsächlich weist nichts darauf hin, dass das Kopftuch eine Rolle spielte – sehr wohl aber die knielange, wallende Bluse, welche den Körper der klaglos leidenden jungen Frau verdeckte.

Wie am Rande des Verfahrens bekannt wurde, hat Suha Jneid seit der tragischen Totgeburt zwei gesunde Jungen zur Welt gebracht. Anlässlich der Verhandlung vor einem Jahr war sie im siebten Monat schwanger. Kein Prozessbeobachter hatte es bemerkt.



Nach dem Unfall war er nicht mehr derselbe: Hip-Hop-Superstar Kanye West.

Kopf der Woche

Treibstoff Arroganz

Von Michèle Binswanger — Viele halten Kanye West für ein Genie, er sich selber auch. Seit er Präsident Trump unterstützt, gilt er bei vielen auch als durchgeknallt. Diese Diagnose greift zu kurz.

Auf den Fotos aus Basel lächelt er entspannt wie schon lange nicht mehr: im Auto des Architekten Jacques Herzog, an der Essenstheke der Kantine der Fachhochschule Nordwestschweiz, wo der amerikanische Hip-Hop-Superstar Kanye West am Donnerstag seinen Lunch zu sich nahm. Nachmittags schlenderte er gutgelaunt durch Basel, berichteten Zeugen, und erstand ein paar T-Shirts. Etwas aufgeregter waren die *people spotter* der Medienportale, denn Kanye ist noch immer ein Superstar. Auch wenn er der Musik-Community in letzter Zeit so peinlich war wie der sprichwörtliche Nazi-Onkel mit ein paar Glas Alkohol zu viel im Blut, der an Weihnachten endlich mal Klartext reden will.

Da war der Auftritt bei Donald Trump Anfang Oktober: Kanye mit MAGA-Mütze («Make America Great Again») im Oval Office, er redet ununterbrochen und hüpfte dabei auf und ab: Die Mütze gebe ihm, der ohne Vater aufgewachsen sei und jetzt bei den Kardashians wieder in einem Frauenhaushalt lebe, die dringend benötigte männliche Energie. Mit seiner Begeisterung für Trump steht er im Showbusiness gänzlich alleine da, wie sich auch bei seinem Auftritt in der legendären Comedy-Show «Saturday Night Live» zeigte. Als er zum Entsetzen der Komiker-Crew auch dort mit der MAGA-Mütze auftauchte, versuchte man ihn davon abzuhalten, damit aufzutreten. Er tat es dennoch, nicht ohne sich über diese Ein-

mischungsversuche der Crew zu beklagen und eine weitere Arie auf Trump und dessen Politik zu singen. Da war der Auftritt in einer Radio-show, als er bemerkte, 400 Jahre Sklaverei, das töne für ihn nach einer bewusst getroffenen Wahl. Das führte zu einem Shitstorm ohnegleichen. Da war der Auftritt an einem Konzert in Sacramento 2016, als er nach zwei Stücken zu einer Tirade über Drake und Beyoncé bis hin zu Hillary Clinton überging. Das Publikum buhte ihn von der Bühne. Unter den Zuschauern war auch Hip-Hop-Legende Snoop Dogg. Seine Gedanken zu Kanye brachte er in einem Video so auf den Punkt: «That n*gga crazy.»

Messianisches Sendungsbewusstsein

Die Diagnose ist richtig. Auf seinem letzten Album, «Ye», thematisierte Kanye West seine bipolare Störung, von der er sich allerdings weniger behindert denn beflügelt fühlt. Besonders wenn er auf seine Medikamente verzichtet, und das tut er öfter. Schliesslich versteht er seine Krankheit als «Superkraft». Nur bekommt sie seiner Gesundheit nicht besonders gut. Ein paar Tage nach dem Ausbruch in Sacramento holte ihn die Ambulanz ab. Er war auf seinen Personal Trainer losgegangen, nachdem er ununterbrochen gearbeitet, kaum mehr geschlafen, gegessen oder getrunken hatte. Seine Gattin, Kim Kardashian, Influencer-Königin und Mutter seiner Kinder, strich alle Auftritte auf

dem roten Teppich, um an seine Seite zu eilen. Im April dieses Jahres machte er erneut mit seltsamen Tweets und Radiointerviews Schlagzeilen, und einige seiner Mitarbeiter beklagten sich bei der Presse, er schlafe wieder kaum mehr, sei mal katatonisch abwesend, dann wieder so begeistert von den eigenen Ideen, dass er mitten in der Nacht Lawinen von SMS herumschicke. Dann erwarte er von allen, dass sie alles stehen und liegen lassen und zu ihm rennen. Seine tiefe Überzeugung, ein von Gott Ausgewählter zu sein, macht ihn zum Sklaven seiner Einfälle. Und zu einer Nervensäge.

Vielleicht ist die Diagnose «crazy» aber auch zu kurz gegriffen. Kreativität kennt keine Bürostunden, und jeder Künstler kennt die Euphorie, die neue Ideen mit sich bringen, und auch den Drang, andere daran teilhaben lassen zu wollen – auch mitten in der Nacht. So besorgniserregend Kanyes Vertraute dieses Verhalten finden mögen, neu ist es nicht. Wer die Laufbahn des Rappers verfolgt hat, weiss: Kanye war schon immer so. Er, der als Produzent und Rapper so konsequent seinen eigenen Weg ging und den Hip-Hop erneuerte wie kaum ein anderer, entspricht in dieser Hinsicht ganz dem Klischee: Sein enormes Ego und sein messianisches Sendungsbewusstsein sind das Geheimnis seines Erfolgs.

Aufgewachsen ist Kanye West als Sohn einer Englischprofessorin und eines Black-Panther-

Aktivisten in Chicago. Als er drei war, verliess der Vater die Familie, Kanye blieb ein Einzelkind. Schon als Kind wollte er rappen, erfolgreich war er aber mit den Beats, die er als Teenager aus Videogames zu produzieren begann. Auf Druck seiner Mutter, die auf einem ordentlichen Schulabschluss bestand, besuchte er noch kurz das College, um Design zu studieren. Doch kaum war es ihm gelungen, seine ersten Beats an lokale Rapper zu verkaufen, brach er die Schule ab, um ein grosser Musiker zu werden. Der grösste, grösser als Michael Jackson, wie er jedem erzählte, der es hören wollte. Die Zahl der Interessierten hielt sich aber in engen Grenzen.

Es waren die neunziger Jahre, die Hip-Hop-Szene stand ganz im Zeichen der schweren Goldketten und abgefuckten Gangster-Attitüden. Kanye weibelte mit seinen Mixtapes herum und versuchte, Interessenten für seine neuartigen, von Soul-Samples getragenen Beats zu finden. Der wohlgezogene Kunststudent Kanye alias «Louis Vuitton Don» wollte mit seinen rosa Poloshirts und seiner poppigen Musik so gar nicht zu den protzigen Kollegen passen. Dabei war er seiner Zeit nur voraus.

Ende der neunziger Jahre konnte er als Produzent erste Erfolge verbuchen, doch als Rapper wurde er nur belächelt. Wie sehr ihn das schmerzte, darüber spricht er in seinem Song «Last Call», zu finden auf seinem ersten Soloalbum. In dem Zwölf-Minuten-Stück erzählt er davon, wie es ist, fast berühmt zu sein. Kein Geld zu haben, auf einem Ikea-Bett zu schlafen, nicht anerkannt zu werden. Arrogant habe man ihn genannt und seine Pläne belächelt, rappt er: *Now I could let these dream killers kill my self-esteem / Or use my arrogance as the steam to power my dreams* (Nun könnte ich mir von diesen Spielverderbern mein Selbstwertgefühl verderben lassen, oder aber meine Arroganz als Treibstoff nutzen, um meine Träume

zu befeuern.) Es funktionierte. Nachdem er dem Rapper Jay-Z mit seinen Beats geholfen hatte, dessen Karriere neu zu beleben, kam Anfang der nuller Jahre seine grosse Stunde.

Von Obama als «jackass» bezeichnet

Entscheidend war das, was an einem Oktoberabend im Jahr 2002 geschah. Nach einer Studio-Session mit den Black Eyed Peas in Los Angeles stieg er um drei Uhr morgens in seinen Lexus und schief fahrend am Steuer ein. Er rammte einen anderen Wagen frontal und wurdenschwer verletzt, brach sich den Kiefer und lag mehrere Wochen im Spital. Weil er nicht versichert war, musste er alles selbst bezahlen. Nach dem Unfall war Kanye nicht mehr derselbe. Er ist überzeugt, dass er aus einem bestimmten Grund

Fans und Familie bitten den «Louis Vuitton Don», endlich seine Medikamente wieder zu nehmen.

überlebt hat. Die Tracks, die er in jener Nacht vor dem Unfall produziert habe, erzählte er später, seien nicht das Material gewesen, das er sich als Vermächtnis wünsche. Noch im Spitalbett machte er sich daran, das zu ändern.

Er arbeitete unentwegt, auch um sich von den Schmerzen abzulenken. Aus dem Material wird sein erstes Soloalbum, «College Dropout», entstehen, das 2004 erscheint. Die erste Single heisst «Through the Wire» – er rappt den Song mit gebrochenem Kiefer. Es ist ein gutgelauntes, überraschendes, extrem gut produziertes und witziges Album, das vor allem ein Thema hat: Sich nicht von den anderen sagen zu lassen, was man tun soll, sondern seine eigenen Entscheidungen zu treffen. Es ist ein Beweis dafür, dass man keinen Schulabschluss braucht, um wirklich etwas reissen zu können. Er veränderte die Zukunft des Hip-Hops.

Viele halten ihn für ein Genie, er sich selber auch. Aber genauso viele kritisieren ihn für sein überspanntes Selbstbewusstsein und sein eratisches Verhalten. Die gesamten nuller Jahre über war er eine der einflussreichsten Figuren des Hip-Hops, etablierte sich als Designer: Mit seinen Yeezy-Turnschuhen löste er bei Sammlern weltweite Hypes aus. Doch das Trauma, nicht anerkannt oder unterschätzt zu werden, liess ihn nie los. Auch mit Präsidenten hat er immer wieder zu tun. 2005 hilft er ein Benefizkonzert für die Opfer von Hurrikan Katrina zu organisieren. Weil er findet, die Regierung versage darin, den Opfern schnelle Hilfe zu bringen, nimmt er die Sache selbst in die Hand. Während eines TV-Interviews weicht er vom Skript ab und sagt in die Kamera: «George W. Bush schert sich nicht um schwarze Menschen.» Dafür, dass er Bush als Rassisten bezeichnet, wird er überall gefeiert. Als Kanye bei den MTV-Music Awards 2009 auf die Bühne stürmte, weil Taylor Swift und nicht seine Favoritin Beyoncé gewann, liess sich Obama privat zur Bemerkung hinreissen, Kanye sei ein «jackass». 2012 lobte Obama Kanye in einem anderen Interview für sein Talent. Als der Reporter nachfragte, warum er ihn einen «jackass» genannt habe, antwortete Obama: «Weil er einer ist.»

Und nun Donald Trump, der von Kanyes Liebesbeweisen so überfordert scheint wie Fans und Familie. Diese bitten den Louis-Vuitton Don, doch endlich seine Medikamente wieder zu nehmen und seine politischen Ansichten für sich zu behalten. Die Bilder aus Basel legen nahe, dass er auf sie hört. Er werde sich, tweetete er vergangene Woche, von der Politik verabschieden und seine Superkräfte nur noch für die Kunst einsetzen. Seine Fans und seine Familie werden es ihm danken.

Michèle Binswanger ist Redaktorin beim Tages-Anzeiger und erfolgreiche Buchautorin. Sie gehört zu den bekanntesten Journalistinnen der Schweiz.

Andere machen Tagungen...

...wir machen CONFERTAINMENT!

- ✓ 30 Räumlichkeiten: von 26 bis 3.000 qm für 10 bis 5.000 Personen
- ✓ Insgesamt mehr als 13.000 qm Veranstaltungsfläche in themenorientiertem Ambiente
- ✓ 950 Zimmer und Suiten in den fünf Vier-Sterne- und Vier-Sterne-Superior-Hotels des Europa-Park
- ✓ Kompetente Beratung, Organisation und Service, persönliche Eventbetreuung

Europa-Park-Str. 2 · D-77977 Rust
Tel. +49 7822 77-14400
Fax +49 7822 77-14405

EUROPA PARK
CONFERTAINMENT

confertainment@europapark.de
confertainment.de
europapark.de

Mack INTERNATIONAL

Personenkontrolle

Cassis, Hiltbold, Kiener Nellen, Leuthard, Portmann, Pfister, Savary, Recordon, Zimmermann, Matter, Amsler, Schneider-Ammann, Sticher, Serebrennikow, Taleb, Silver

Ignazio Cassis, Wahlbeobachter, will sicherstellen, dass bei den Zwischenwahlen in den USA alles mit rechten Dingen zugeht. Also beteiligt sich das Schweizer Aussendepartement (EDA) an der OSZE-Mission. So weit, so gewöhnlich. Speziell scheint der Umfang der Übung. Das EDA stellt mit zehn Personen (neben Deutschland) das grösste Kontingent. Wie ein Sprecher mitteilt, dauert der Einsatz über einen Monat. Zuerst sagte das EDA auf Anfrage der *Weltwoche*, es seien «keine Parlamentarier/-innen im Einsatz». Nicht ganz zu dieser Aussage passt die Tatsache, dass sich Nationalrat **Hugues Hiltbold** (FDP) auf Twitter als «OSZE-Wahlbeobachter» im Bundesstaat Maine inszeniert. Auch **Margret Kiener Nellen** ist gemäss Social Media als Demokratie-Durchsetzerin in den USA. Wie erklärt man den Widerspruch? Bei den Parlamentariern sei das EDA «nicht einbezogen». Wer nun trotzdem vermutet, dass das Grossaufgebot den Steuerzahler teuer zu stehen kommt, liegt nicht falsch: Die Kosten belaufen sich nach EDA-Schätzungen auf gegen 350 000 Franken – ohne Parlamentarier. (fsc)

Doris Leuthard, Akrobatin, hat ein Problem: Die CVP-Bundesrätin muss sich aufgrund der seltsamen Kommunikationsstrategie ihrer vielen Bundesämter verrenken. So konnte man in der *NZZ am Sonntag* lesen, Elektroautos müssten in Zukunft Lärm machen. Dies hat Leuthards Bundesamt für Strassen bestätigt. Einen Tag später veröffentlichte Leuthards Bundesamt für Umwelt (Bafu) eine ganz andere Meldung: Wie neue Messungen zeigten, leide bereits heute eine Million Menschen in der Schweiz unter Verkehrslärm. Bei der Gelegenheit erinnerte das Bafu noch einmal an den Massnahmenplan des Bundesrates zur Verringerung der Lärmbelastung. Man darf gespannt sein, wie Leuthard diesen Spagat meistert. (hmo)

Hans-Peter Portmann, Ankündiger, verlebte in den letzten Tagen grosse Zeiten. Der Zürcher FDP-Nationalrat wollte medial flächendeckend Stimmung gegen die Selbstbestimmungsinitiative machen. Er nutzte dazu die Debatte um den Uno-Migrationspakt und forderte eine Volksabstimmung über das Vertragswerk. Damit mache man klar, dass der Souverän bei internationalen Abkommen noch immer entscheiden dürfe. Doch bei der Abstimmung in der Aussenpolitischen



Fehldiagnose: FDP-Nationalrat Portmann.



Erklärungsnot: FDP-Politiker Amsler.



Gelenkig: Verkehrsministerin Doris Leuthard.



«Cosi fan tutti»: Regisseur Serebrennikow.

Kommission brachte er nur gerade zwei von vier FDP-Stimmen auf seine Seite. Noch ärger täuschte sich CVP-Präsident **Gerhard Pfister** über seine Parteischäfchen, als er sagte, er teile die Kritik am Migrationspakt: «CVP-Parlamentarier in den zuständigen Kommissionen finden auch, dass es nicht angeht, diesen Pakt am Parlament vorbei zu beschliessen.» In der Aussenpolitischen Kommission haben trotz Pfisters tapferer Rhetorik sämtliche CVP-Vertreter entschieden, diesen Pakt am Parlament vorbei zu beschliessen. (mü)

Géraldine Savary, Globetrotterin, hat genug. Die Waadtländer Ständerätin und Vizepräsidentin der SP Schweiz hat am Dienstag angekündigt, dass sie bei den Parlamentswahlen 2019 nicht mehr kandidiere. Sie werde zudem ihr Mandat als Vizepräsidentin der Partei in den nächsten Wochen niederlegen. Savary ist seit 2007 Ständerätin, vorher war sie vier Jahre Nationalrätin. In den letzten Monaten und Wochen ist Savary jedoch ins Gerede gekommen, weil sie sich von einem Industriellen zu Reisen nach Russland einladen liess. Der Druck wurde grösser, als vor einigen Tagen auch noch



Nachwirkungen: SP-Ständerätin Savary.

bekannt wurde, dass der gleiche Industrielle sie und den früheren Ständerat der Grünen, **Luc Recordon**, bei Wahlkampagnen finanziell unterstützt hatte. Nun zieht Géraldine Savary die Konsequenzen aus diesen Geschichten. (hmo)

Laura Zimmermann, Deutschland-Fan, redete sich in der Fernsehdiskussion «Basler Zeitung-Standpunkte» um Kopf und Kragen. Die Co-Präsidentin der Operation Libero rügte vor laufender Kamera, dass «unsere Verfassung sehr, sehr leicht abgeändert» werden könne. Die Schweiz habe eine «wahnsinnig leichte Hürde» der politischen Mitwirkung des Volkes. Sie lobte dagegen Deutschland, wo das Grundgesetz praktisch nicht angetastet werden könne – gewissermassen ein Paradies, wo die Politiker allein bestimmen und die Bürger nur alle vier Jahre ein Parlament wählen dürfen. Dumm nur, dass Laura Zimmermann in der Sendung ausgerechnet **Thomas Matter** gegenüber sass. Der SVP-Nationalrat ist Kampagnenleiter der Selbstbestimmungsinitiative und präsentierte die Aussagen genüsslich in seinem Politkanal «In den Sümpfen von Bern». (fsc)

Christian Amsler, Zahnpatient, hatte am Montag ungemütliche Stunden. Und zwar beriet der Schaffhauser Kantonsrat über die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission gegen Regierungsrat Amslers Erziehungsdepartement. Hintergrund sind Missstände in der kantonalen Schulzahnklinik (*Weltwoche* Nr. 43/18, «Amslers Zahnschmerzen»). Aufgrund der weitschweifigen Debatte kam es am Montag noch zu keinem Entscheid. Amsler, der sich gegenwärtig um einen Platz auf dem FDP-Nachfolgeticket für Bundesrat **Johann Schneider-Ammann** bewirbt, präsentierte seine Sicht auch im Schaffhauser Fernsehen. Auf die Frage, ob jemand seine Bundesratskandidatur sabotieren wolle, fiel dem Regierungspräsidenten zuerst die Staatsanwaltschaft ein, die in Sachen Schulzahnklinik Strafverfahren führt. «Wenn die Staatsanwaltschaft jetzt genau in diesen Tagen ein Verfahren eröffnet, wo man klar weiss, dass die Vorwürfe und die Anzeige seit April laufen», da müsse er sagen, «wer da keinen Zusammenhang sieht, der hat ein Brett vor den Augen». Die Theorie ist erklärungsbedürftig: Als Erster Staatsanwalt im Kanton Schaffhausen amtiert **Peter Sticher**, ein Parteifreund Amslers. (fsc)

Kirill Serebrennikow, Regisseur unter Verdacht, feierte am Sonntag im Opernhaus Zürich eine glanzvolle Premiere in absentia. Der Russe steht in Moskau unter Hausarrest wegen angeblicher Veruntreuung öffentlicher Gelder und inszenierte Mozarts «Cosi fan tutte» aus der Ferne. Der Qualität der Aufführung schadeten die misslichen Arbeitsbedingungen nicht, das Premierenpublikum zeigte sich begeistert über die einfallsreiche und bildstarke Gestaltung dieses tragikomischen Bühnenexperiments über die nicht nur weibliche Untreue. Aus dem «Cosi fan tutte» wurde am Ende ein «Cosi fan tutti»: So machen es alle, auch die Männer. (gut)

Nicholas Nassim Taleb, Streithahn auf Twitter, attackierte am Montag den amerikanischen Wahl-Prognostiker **Nate Silver**. Dieser hat sich einen Nimbus als Grossmeister seiner Zunft erworben, als er die Wahlergebnisse 2008 nahezu exakt voraussagte. Jetzt verstieg sich Silver in einem Fernsehinterview zur Aussage, die Wahrscheinlichkeit, dass die Demokraten das Repräsentantenhaus eroberten, liege bei 80 Prozent, allerdings seien beide Möglichkeiten «extrem wahrscheinlich». Star-Statistiker Taleb wies Silver unsanft auf die Widersprüchlichkeit dieser Aussage hin. Entweder die Wahrscheinlichkeit liege bei 80 Prozent, oder aber beide Varianten seien «extrem wahrscheinlich», was übersetzt soviel wie 50:50 bedeute. In der explodierenden Twitter-Debatte, in welche sich auch Wirtschaftsnobelpreisträger **Paul Krugman** als Verteidiger Silvers einschaltete, gab Taleb seinen Tipp ab: Die Wahrscheinlichkeit für beide Varianten betrage 50 Prozent. (fsc)

Nachruf



Der letzte Gangster: James J. Bulger.

James J. «Whitey» Bulger (1929–2018) — Das Leben des meistgesuchten Gangsters der USA begann mit Faustschlägen und endete damit. Das erste Mal in seinem Leben wurde James J. «Whitey» Bulger als Kind von seinem einarmigen Vater verprügelt, das letzte Mal als 89-Jähriger im Gefängnis von einem Mafioso. Dazwischen brachte elf Menschen um, Männer und Frauen, erschlug sie, erschoss sie, erwürgte sie, haute ihnen Eispickel ins Herz. Seine Opfer vergrub er eigenhändig und zog ihnen zuvor noch die Zähne.

Als 26-Jähriger und nach drei Banküberfällen wurde er erstmals festgenommen und kam für zwanzig Jahre nach Alcatraz. Nach neun Jahren kam er raus. Er hatte begriffen, dass man nur der grösste Gangster aller Zeiten werden konnte, wenn man kein Gewissen hatte. Bei seinem ersten Auftragsmord erschoss er den Falschen, einen Unbescholtenen mit Familie und Lebensversicherung. Bulger nannte das ein «disaster», aber das Disaster war, dass er versagt hatte.

Bulger hatte auch begriffen, dass ein Gangster allein keine Chance hat. Er fand

einen Partner, John Connolly, selbe Sozialisation, mit dem Unterschied, dass dieser einen Vater mit zwei Armen hatte. Sie konnten sich aus ihrer Kindheit. Connolly war in derselben Branche tätig, einfach auf der legalen Seite, beim FBI. Die beiden schlossen einen Deal. Bulger durfte unbehelligt mit seiner Winter Hill Gang in Boston den Drogenmarkt führen, das Glücksspiel manipulieren, Geld waschen, erpressen und Leute umbringen, dafür lieferte er dem Agenten die italienischen Mafiabosse ans Messer. Beide machten grosse Karrieren: Bulger wurde der «Pate von Boston», Connolly bekam beim FBI den Übernamen «der Prinz».

Als Connolly pensioniert wurde, wollte das FBI Bulger seine schützende Hand entziehen. Connolly warnte seinen Geschäftspartner, Bulger floh. Reiste unter falschem Namen zwanzig Jahre lang durch die Welt und liess sich in Kalifornien als Mr. Gasko nieder. Er war stets unter den Top drei der «Most Wanted»-Liste, als Osama Bin Laden tot war, war er die Nummer eins. Zwei Millionen Dollar Finderlohn war er wert.

2011 wurde er festgenommen. Das FBI liess im Fernsehen ein Bild von ihm zeigen, die ehemalige Miss Island von 1974, die in Kalifornien seine Nachbarin war, erkannte ihn, kontaktierte das FBI, und das war's für Bulger. 2013 kassierte er zweimal lebenslanglich, und unlängst wurde er in ein anderes Gefängnis verlegt, es ist nicht klar, weshalb. Noch am selben Tag, dem 30. Oktober, fand man ihn morgens um 8.20 Uhr erschlagen und mit ausgestochenen Augen in seiner Zelle. *Michael Bahnerth*

FOKUSKMU

Die Sendung für Wirtschaft & Gesellschaft

Wie gewerbefeindlich sind Schweizer Städte?

ab Montag, 12. November 2018, täglich um 17.35 Uhr auf



und ab Montag, 19. November 2018,

täglich um 17.25 Uhr auf



und unter:

www.fokus-kmu.tv

Oasen des wahren Lebens

Von Rico Bandle — Das Privatfernsehen erlebt in der Schweiz einen nie dagewesenen Boom. Sendungen wie «Der Bachelor», «Ninja Warrior Switzerland» und «Switzerland's Next Topmodel» halten die Nation in Atem. Und das mit gutem Grund.

Sie redet von Anfang an Klartext. «Ich kriege alles, was ich will», sagt Mia und vertreibt ihre Konkurrentin Fabienne kurzerhand aus dem Zimmer mit Meerblick. Das Vokabular, das sie dabei benutzt, ist in einer Zeitung nicht zitierbar. Kaum hat sie das Zimmer erobert, formen sich ihre prall aufgespritzten Lippen zu einem hämischen Siegerlächeln.

Ähnlich rabiat geht Mia vor, um den Mann zu beeindrucken, den es in der Sendung zu erobern gilt. Als sie den Schönling zum ersten Mal erblickt, entblösst sie kurzerhand ihren medizinisch hergerichteten Vorbau. Willkommen beim «Bachelor», der TV-Sendung, die die Schweiz einmal mehr in Atem hält.

Auf Pausenplätzen und Bürogängen ist die TV-Sendung zurzeit Gesprächsthema Nummer eins. Sich zu entziehen, ist fast nicht möglich: Die Boulevardmedien liefern täglich Schlagzeilen über die zwanzig jungen Frauen, denen Psychologen wohl ausnahmslos die Diagnose «verhaltensauffällig» stellen würden.

Der Privatsender 3 plus reibt sich die Hände: Seine Rechnung geht auch dieses Mal voll auf.

Mit Clive Bucher sucht bereits der siebte Bachelor auf 3 plus «die Frau seines Lebens». Hinzu kommen vier Staffeln «Die Bachelorette», wo eine Frau unter Männern aussuchen kann. Der Erfolg von 3 plus hat weitere Pri-

vatsender auf den Plan gerufen, die nun ebenfalls auf grosse Eigenproduktionen setzen: Auf TV 24 läuft zurzeit «Ninja Warrior Switzerland», auf Pro Sieben Schweiz «Switzerland's Next Topmodel». Alles internationale Formate, äusserst aufwendig produziert.

Die Häufung ist bemerkenswert: Bis vor wenigen Jahren herrschte in der Branche noch die Meinung vor, dass internationale Formate dieser Art in der Schweiz nicht funktionierten. Erstens, weil der Markt zu klein und die SRG zu dominant sei, als dass sich solch teure Sendungen für Privatsender lohnten. Zweitens funktioniere das Schweizer Publikum anders als etwa das deutsche: Sich



Alle wollen nur den einen: Kandidatin Ana, Junggeselle Clive.

Der «Bachelor» ist ein Konzentrat all dessen, was Tamara Funicello verbannt haben möchte.

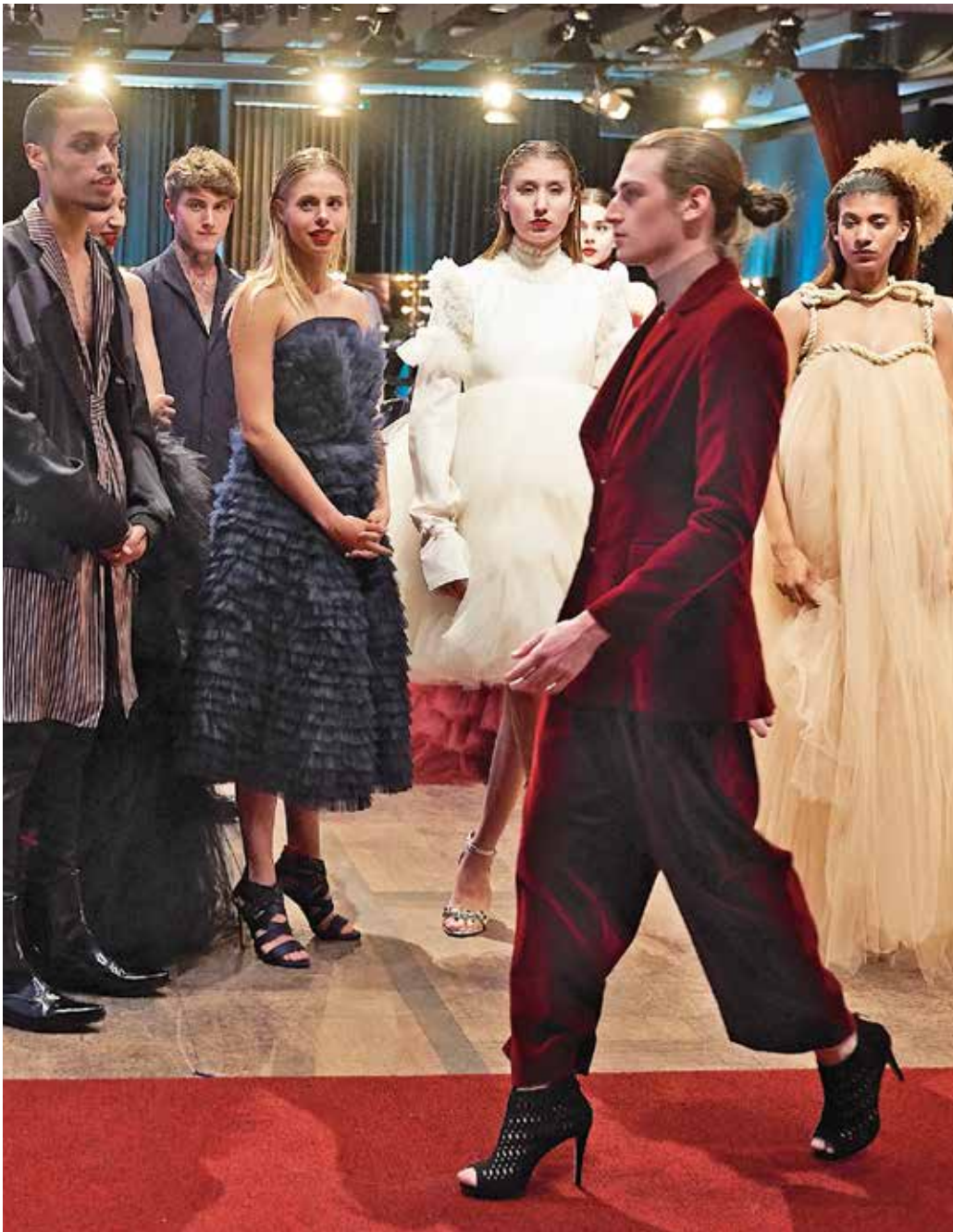
daran zu ergötzen, wie sich Leute für etwas TV-Ruhm zum Affen machen, entspreche weniger unserem Naturell.

Alles falsch, wie sich jetzt zeigt.

SRF macht den Weg frei

Ganz neu sind solche Reality-TV-Formate in der Schweiz allerdings nicht. 1999 ging der Tamedia-Sender TV 3 mit der «Expedition Robinson» auf Sendung, in der eine Gruppe von Leuten auf einer scheinbar verlassen Insel Aufgaben zu lösen hatte. Später produzierte TV 3 die Schweizer Ausgabe von «Big Brother», dem Reality-TV-Format schlechthin. Die Kandidaten waren dabei in einen Container gesperrt und wurden während 24 Stunden pro Tag von Kameras überwacht. Der Sender sorgte damit zwar für eine gewisse Aufregung – Eltern, Journalisten und Pädagogen bangten um das Wohlergehen der Jugend –, trotzdem musste TV 3 nach zwei Jahren bereits wieder dichtmachen, genauso wie Roger Schawinskis Talk- und Nachrichtkanal Tele 24.

Die kostspieligen Bruchlandungen von TV 3 und Tele 24 liessen Investoren mit nationalen Privatfernsehprojekten vorsichtig werden. Bloss Nischenplayer wie der Kinokanal Star TV blieben übrig. Die Konkurrenz durch ausländische Sender wie RTL oder Sat 1, die Schweizer Werbefenster verkauften, schien unüberwindbar. Hinzu kam, dass das gebührenfinanzierte SRF die Lücke noch so gerne füllte. Als RTL in Deutschland mit der Casting-Show «Deutsch-



Auch Männer dürfen mitmachen: Kandidat Lorenzo in «Switzerland's Next Topmodel».

land sucht den Superstar» Rekordquoten einfuhr, reagierte SRF mit dem Klon «Music Star». Internationale Erfolgsformate wie «Das Supertalent» und «The Voice of ...» übernahm der Gebührensender sogar eins zu eins. SRF war von einem Privatsender kaum mehr zu unterscheiden; eine Entwicklung, die auch der feinsinnige Generaldirektor Roger de Weck vorantrieb und die erst unter dem Druck der «No Billag»-Initiative und unter de Wecks Nachfolger Gilles Marchand ein Ende nahm.

Jetzt aber boomt das Privatfernsehen in der Schweiz, vor allem beim jungen Publikum – obschon das Medium wegen der Konkurrenz durch werbefreie Streaming-Dienste wie Netflix längst totgesagt wurde. Zu verdanken ist dies in erster Linie 3-plus-Gründer Dominik Kaiser. Er hat aus dem Scheitern von TV3 und Tele 24 seine Lehren gezogen. Mit Hilfe von Algorithmen und künstlicher Intelligenz op-

timiert er den Programmfluss, die Kosten hält er durch geschickten Rechteinkauf und ein Minimum an festen Mitarbeitern tief.

2008 hatte auf 3 plus die aufwendige Eigenproduktion «Bauer, ledig, sucht ...» Premiere, was den Durchbruch bedeutete. Die Partnersuche für Bauern ist bis heute die erfolgreichste Sendung der 3-plus-Gruppe, die mittlerweile mit 3 plus, 4 plus und 5 plus drei Sender rentabel betreibt.

Der Erfolg von Dominik Kaiser rief Konkurrenten auf den Plan. Die AZ Medien (heute CH Media) gründeten TV 24 und TV 25, die deutsche Pro-Sieben-Sat-1-Gruppe startete in der Schweiz den Sender Puls 8 und strahlt zurzeit auf dem Schweizer Pro-Sieben-Programmfenster «Switzerland's Next Topmodel» aus. Die neue Konkurrenzsituation empfindet Kaiser als Anerkennung, wie er gegenüber der *Weltwoche* sagt: «Wir sind die Vorreiter – und

viele versuchen, uns nachzueifern.» Für ihn sei das ein Ansporn, noch besser zu werden.

Schönheit und Kraft

Was macht den Reiz des Privatfernsehens aus? Die aktuellen Eigenproduktionen «Der Bachelor», «Ninja Warrior Switzerland» und «Switzerland's next Topmodel» haben alle et-

Der Erfolg von 3-plus-Chef Dominik Kaiser rief Konkurrenten auf den Plan.

was gemeinsam: Es handelt sich um Reality-TV-Shows, bei denen es geradezu auf archaische Weise um Schönheit und Kraft, um Sexyness und Selbstdarstellung geht. Die Generation Selfie versucht, vor der Kamera möglichst viele Likes und Follower für ihre Instagram-Accounts zu gewinnen – und ist hierfür zu fast allem bereit.

Bei der «Topmodel»-Sendung, in der, anders als beim deutschen Vorbild, auch Männer mitmachen dürfen, lassen sich junge Frauen unter Tränen ihre Haarpracht abschneiden oder leichtbekleidet ablichten, zum Gaudi des Publikums. Die Moderatorin, das Schweizer Heidi-Klum-Imitat Manuela Frey, zeigt sich bei jeder Gelegenheit hysterisch begeistert und wirkt dabei oft so unbedarft wie ihre Kandidatinnen. Die Gewinnerin darf sich am Ende «Topmodel» nennen und wird wahrscheinlich trotzdem – wie die meisten Casting-Show-Teilnehmer – nach einer Woche wieder vergessen sein.

Bei «Ninja Warrior Switzerland» geht es darum, wer einen an einen Militär-Parcours erinnernden Hindernislauf am schnellsten absolviert, ohne dabei ins Wasser zu stürzen. Die Kandidatinnen und Kandidaten springen über Hindernisse, hangeln sich von einem Seil zum nächsten, stossen an körperliche Grenzen. Die Frauen scheiden alle schon in der ersten Runde aus, sie haben gegen die Männer keine Chance. Die im Zürcher Hallenstadion aufgezeichnete Show ist wie ein Gladiatorenkampf inszeniert. Zwei übereifrige Moderatoren kommentieren das Geschehen, als ginge es um Leben und Tod, wobei sie stimmtechnisch nur den Schrei und als rhetorisches Mittel nur den Superlativ kennen.

Unter den Reality-Formaten bleibt die Sendung unerreicht: «Der Bachelor» – mittlerweile so etwas wie der Ersatz für die bedeutungslos gewordene Miss-Schweiz-Wahl. Unter der Sonne Thailands prallen Charaktere aufeinander, von denen man kaum glauben möchte, dass es sie im richtigen Leben gibt: lauter Frauen, die optisch den Gummipuppen aus dem Sexshop nacheifern und die sich kitschige Lebensweisheiten auf die Haut tätowiert haben. Unverhohlen lästern sie über ihre Mitbewerberinnen und strecken bei

Fernsehen

Vorwärtsspulen

Die Privatsender sehen durch Replay-TV ihr Geschäftsmodell in Gefahr.

Die Schweiz hat das wohl beste Fernsehangebot der Welt. Die Auswahl an ausländischen Sendern ist riesig, zudem können Kunden von Swisscom, UPC, Zattoo und Co. auf das gesamte Programm der letzten sieben Tage zugreifen – eine enorme Menge an Filmen und Shows.

Dass dem so ist, liegt am Schweizer Urhebergesetz. Anders als in anderen Ländern, leisten die Verbreiter (Swisscom, UPC etc.) eine pauschale Abgabe an eine Verwertungsgesellschaft, die das Geld dann an die Sender weiterverteilt. Zurzeit beträgt diese rund Fr. 1.50 pro TV-Abonnement.

Die Fernsehsender sehen durch diese Regelung ihr Geschäftsmodell gefährdet. Denn die Replay-Funktion, also das Nachschauen einer Sendung zu einem späteren Zeitpunkt, erlaubt das Überspulen von Werbung. Beim herkömmlichen Fernsehkonsum schalten bei Werbeblöcken rund 30 Prozent der Zuschauer weg, beim zeitversetzten 80 Prozent. Die Sender können nichts dagegen unternehmen. «Es handelt sich um eine Art Enteignung», sagt TV-24-Geschäftsführer Roger Elsener.

Die Rechtskommission des Nationalrats hat letzte Woche reagiert und schlägt dem Parlament neue Regeln für das Replay-TV vor. Die Sender sollten demnach mit den Verbreitern selber über die Konditionen verhandeln, dies soll nicht mehr über eine Verwertungsgesellschaft passieren. Die Folgen könnten sein, dass das Vorspulen bei Werbung bei einzelnen Sendern technisch unterbunden wird oder dass die Abgeltung für die Inhaltslieferanten erhöht wird.

Beim Konsumentenschutz hat der Vorschlag der Rechtskommission für heftigen Protest gesorgt. Auch die Verbreiter, die bislang gut verdient haben an ihren Fernhepaketen, wehren sich. UPC zum Beispiel warnt vor einer «massiven Einschränkung des Replay-TV». 3-plus-Chef Dominik Kaiser hält dies für Panikmache: «Ich bin mir sicher, dass wir im Dialog eine gemeinsame Lösung finden werden, die auch für die Zuschauer stimmt.» Für Roger Elsener ist klar, dass der Status quo langfristig nur Verlierer hervorbrächte: «Die Privatfernsehlandschaft, die gerade aufblüht, würde verenden.» *Rico Bandle*

jeder Gelegenheit ihre künstliche Oberweite vor die Kameralinse.

Dass es völlig unrealistisch ist, dass zwanzig Frauen um einen Mann buhlen – normalerweise buhlt der Mann um die Frau –, ist hier egal. Denn eigentlich kämpfen die Frauen gar nicht um einen «Traummann», der ist bloss Nebensache, sondern darum, die Nebenbuhlerinnen auszusteichen.

Ginge es anstatt um einen Mann um einen Kartoffelsack, das Resultat wäre wohl dasselbe. Es wird intrigiert, gekeift, zuweilen gehen die Frauen sogar körperlich aufeinander los. Wer von einem Tête-à-tête mit dem Bachelor zurück in die Frauenvilla kommt und stolz verkünden kann, ihn geküsst zu haben, steigt in der informellen Hierarchie mehrere Stufen hinauf – was sich in der Stärke der Neidattacken bemerkbar macht.

Der archaische Kampf der Selbstdarstellerinnen wird vom Fernsehsender hochprofessionell in Szene gesetzt und mit geschickter Schnitttechnik zugespitzt. Was dabei an menschlichen Abgründen zum Vorschein kommt, ist dermassen fesselnd, aber auch dermassen lustig, dass man sogar die unzähligen Werbepausen in Kauf nimmt.

Intellektuellen-TV

Der deutsche Satiriker Harald Schmidt gebrauchte einst für solche Sendungen den vielzitierten Begriff «Unterschichtenfernsehen». Er irrte. Von der deutschen Reality-Sendung

Harald Schmidt prägte den Begriff «Unterschichtenfernsehen». Er irrte.

«Ich bin ein Star – Holt mich hier raus!» weiss man, dass der Anteil an Akademikern im Publikum überdurchschnittlich hoch ist: Gebildete ergötzen sich offenbar besonders gerne an Halbprominenten, die im Dschungelcamp Känguru-Hoden essen und in eine Box voller lebender Krabbeltiere steigen.

Das deutsche Intellektuellen-Magazin *Cicero* erklärte dies damit, dass das Niveau der Sendung bedeutend höher sei, als ihr unterstellt werde: «Das Dschungelcamp ist ein selbstreferenzieller Kosmos, gespickt mit Gags und untermalt mit Songs, die das Geschehen ironisch brechen.» Wer jede Pointe verstehen wolle, müsse «sein Hirn anschalten, um die Codes und Anspielungen zu entschlüsseln». Bei «Der Bachelor» ist dies ähnlich, wenn auch die Sendung nicht ganz so raffiniert konzipiert ist.

Die Medienpsychologie erklärt den Drang des Publikums nach Bildschirmunterhaltung mit «Eskapismus»: der Flucht der Zuschauer vor der Realität. Um eine Flucht geht es zweifellos auch bei den aktuellen Reality-TV-Formaten. Die Sendungen, insbesondere «Der Bachelor», sind das Gegenprogramm zur Poli-

tical Correctness, zu #MeToo, zum Gender-Mainstreaming. Hier setzen Frauen noch ihre weiblichen Reize hemmungslos als Waffe ein, hier dürfen Männer noch muskulöse Machos sein. Es wird eine archaische Welt zelebriert und humorvoll in Szene gesetzt. Als die Gratiszeitung *20 Minuten* kürzlich eine «Bachelor»-Kandidatin fragte, ob die Sendung in Zeiten von #MeToo noch angebracht sei, antwortete diese: «*Me too?* Um was ging's da?»

Der «Bachelor» ist ein Konzentrat all dessen, was Tamara Funicello von dieser Welt verbannt haben möchte. Dass dies gerade auch im akademischen Milieu gut ankommt, wo der #MeToo-Feminismus heilige Pflicht ist, erstaunt angesichts der Eskapismus-These wenig.

Es kommt noch mehr

Grosse Unterhaltungsformate zu stemmen, bedeutet für die Privatsender bei allem Erfolg einen finanziellen Kraftakt. «Bachelor», das teuerste Format, kostet pro Folge 250 000 Franken. 3 plus macht kein Geheimnis daraus, dass dies ein Verlustgeschäft ist, geht aber davon aus, dass sich Schweizer Produktionen in der Gesamtwirkung trotzdem lohnen. Auch bei «Ninja Warrior Switzerland» kann der Aufwand nicht mit Werbung gedeckt werden. TV-24-Geschäftsführer Roger Elsener erklärt: «Solche Leuchtturmsendungen sind enorm wichtig, so kommt der Sender ins Gespräch.»

Bei Dominik Kaiser tönt dies ähnlich: «Wir sind der Überzeugung, dass grosse und erfolgreiche Eigenproduktionen mit einem Marktanteil von über 15 Prozent in Zukunft noch wichtiger werden. Sie sind der entscheidende Erfolgsfaktor, um im zunehmend internationalen Wettbewerb mit Streaming-Diensten bestehen zu können.» Entsprechend investieren die Sender wie noch nie, der Privatfernseh-Boom in der Schweiz hat seinen Höhepunkt noch lange nicht erreicht.

Allen Bedenkenträgern, die ein weiteres Absinken des Niveaus befürchten, kann aber Entwarnung gegeben werden. 3 plus reaktiviert nächstes Jahr «The Voice of Switzerland», die seriöseste unter allen Casting-Shows, die vor vier Jahren noch auf SRF lief. Dazu kommt es zu einem Novum in der Schweizer Privatfernsehlandschaft: Der Sender strahlt mit «Bernegger & Juric» eine eigene Krimiserie aus, die ganz ohne Subventionen und Gebührengelder in der Schweiz produziert wurde – eine erneute Pionierleistung von Dominik Kaiser, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Und TV 24 produziert eine Schweizer Version von «Die Höhle der Löwen», wo Jungunternehmer Investoren von ihrer Geschäftsidee zu überzeugen versuchen. Auch dies ist ein seriöses Format, das sich bereits in 22 Ländern grosser Beliebtheit erfreut.

Aber keine Angst: Auch «Bachelor» und «Bachelorette» werden im nächsten Jahr selbstverständlich weiterlaufen. ○

Erfahrungen

Mein Bachelor

Ich will berühmt werden. Auf welche Art, ist mir egal. Von Mia Madisson

Eigentlich war ich ja bereits berühmt. Vor dem Start der «Bachelor»-Staffel hatte ich schon 19 000 Follower auf Instagram. Als Influencerin bin ich seit 2012 auf der Fotoplattform vertreten. Darauf werbe ich nicht in erster Linie für Produkte, sondern für mich selber. Ich bin das Produkt, deshalb habe ich mir einen amerikanischen Künstlernamen zugelegt. «Mia Madisson» gefiel mir.

Beim «Bachelor» ernsthaft mitmachen wollte ich gar nie. Ich fand das Format blöd, habe die Sendung nie geschaut. Mir ist vor allem wichtig, dass es die Karriere pusht. Und das tut es tatsächlich. Nach den ersten Folgen hatte ich knapp 24 000 Fans auf Instagram, 5000 mehr als vorher.

Billig, aber lustig

Dass ich momentan fast täglich in den Zeitungen bin, zeigt mir, dass ich nicht viel falsch mache. Im Gegenteil. Mich sprechen dauernd Leute an. Jeder erkennt mich, viele «haten» mich auch – mein Gott! Die vereinzelt negative Presse, in der von «Bootslippen» oder einem «gemachten Hintern» geschrieben wird, nervt mich. Mein *booty* ist echt, auch ohne Sport. Nur Lippen und Brüste sind Fake. Ich finde das schön. Mein früheres A-Körbchen war eine Katastrophe. Ich konnte nicht in den Spiegel schauen. Ich wollte die Veränderung eigentlich mit ju-

gendlichen sechzehn Jahren So begann ich, Geld zu sparen. Die Operation kostete mich zirka 7500 Franken. Die Lippen aufspritzen ist für mich gratis: Ich poste Bilder, das Geschäft schenkt mir die prallen Lippen. Jetzt mag ich mein Spiegelbild!

In der ersten Sendung habe ich gleich meine Brüste enthüllt. Ohne das Silikon hätte ich das nie gemacht! Dass dies zu reden geben würde, wusste ich. Typisch Schweiz! Im Nachhinein gebe ich zu: Die Aktion war billig – aber



«Die anderen lügen doch alle»: Kandidatin Mia (r.), Clive.

ich bereue sie nicht. Ich fand es lustig. Provokation pur. Ich bin halt trashy. Weiter würde ich aber nie gehen. Pornos? *Never*. Ich kann nicht noch tiefer in diesen Billigsumpf rutschen. Da bin ich ja schon ziemlich drin. Es stört mich auch nicht, dass dadurch der Fokus auf mein Äusseres gelegt wurde. Sollen sie mich doch darauf reduzieren. Wenn Frauen unter #Metoo mehr Rechte fordern, dann ist das gut und recht. Mir aber egal.

Dass ich mein Äusseres dermassen ins Zentrum setze, ist purer Selbstschutz. Ich schütze so mein wahres Ich. Über die 22-jährige Sabrina Manai, so heisse ich richtig, will ich öffentlich lieber nicht sprechen.

Das hat mit meiner Vergangenheit zu tun. Zu oft schon wurde ich enttäuscht. Meine beiden Ex-Freunde haben mich betrogen, schlecht behandelt. Meine einst beste Freundin, mit der ich im Kinderheim aufwuchs, hat mich mit meinem ersten Freund hintergangen. Ich vertraue niemandem. Ich bin eine Einzelgängerin. Die Welt ist sowieso abgefickt.

Nur noch Celebrities

Ich werde kritisiert wegen meines Umgangs mit anderen Frauen. Das ist mir egal. Ich war schon immer ein Problemkind: Wenn jemand «links» sagt, dann gehe ich rechts. So bin ich halt, das ist nicht gespielt, sondern real. Vielleicht komme ich im Fernsehen extrem rüber. Manchmal fliegen halt die Fetzen. «Verpiss dich», «Halt die Fresse» – das bin ich. Ich spreche vulgär und sage, was Sache ist. Ich habe mich sogar zurückgenommen – «behindert» sage ich ständig. Das macht mich zur realsten Kandidatin.

Die anderen lügen doch alle. Sie sagen, sie seien nur wegen des Bachelors hier. Man hat den Typen vorher noch gar nicht gesehen! Es ist ein Blind Date. Wobei ich mit Clive glücklich bin, er ist *än geile Siech*.

Dass ich durch «Der Bachelor» bekannt sein will, ist doch ehrlich. Irgendwann werde ich eine Million Instagram-Follower schaffen, nach Deutschland und Amerika gehen. Ich will nur noch mit Celebrities chillen. Auf welche Art ich in dieser Welt berühmt und reich werde, spielt mir keine Rolle. Was mich interessiert, das bin ich.

Aufgezeichnet von Roman Zeller

SPICK DIE SCHLAUE GESCHENKIDEE

MIT GRATIS FREUNDSCHAFTSBUCH!

WWW.SPICK.CH

EMPFOLHEN VON DER Stiftung Lesen



Bruchstücke von Erlebtem und Erlerntem.

Essay der Woche

Wenn #MeToo das Gehirn vernebelt

Von *Cristina Staub* — Im Zuge der #MeToo-Debatte ist es normal geworden, Männer für Übergriffe zu beschuldigen, die Jahre zurückliegen. Dabei weiss man aus der Neuropsychologie, dass unser Gedächtnis in solchen Fällen äusserst unzuverlässig ist.

Wissen Sie noch, wer gestern vor Ihnen an der Kasse wartete? Oder welche Personen vorgestern Ihnen im Zug gegenüber-sassen? Oder was Sie vor einem Monat abends assen? Sind Sie sicher?

Der Gedächtnisforscher Hermann Ebbinghaus zeichnete schon um 1885 die «Vergessenskurve» auf, die zeigt, wie rasch Gedächtnisinhalte verlorengehen. Seither sind unzählige weitere Studien zu dem Thema gemacht worden, die belegen: Falls wir nicht regelmässig repetieren, vergessen wir die meisten Ereignisse – bisweilen zu unseren Ungunsten, bisweilen zu unserem Glück.

Gedächtnislücken füllen wir durch Ideen auf, welche zur jeweiligen Situation passen: Unser Gedächtnis ist nicht ein Faktenbuch, sondern repräsentiert Bruchstücke von Erlebtem und Erlerntem. Beim Abruf entsteht daraus eine individuelle Konstruktion, ange-

reichert mit inhaltlich geeigneten Einfällen. Dieses Erzeugnis unseres Gehirnes ist logischerweise sehr anfällig für Fehler und Verzerrungen.

Manchmal nehmen wir aber auch bereits die herrschende Realität falsch wahr: Ist diese Farbe wirklich blau, oder scheint sie wegen des Gegenlichts so? Ist Ihr Partner wirklich schlecht gelaunt, oder ist er nur äusserst konzentriert auf seine momentane Tätigkeit? Verhält sich Ihr Chef wirklich anzüglich, oder missinterpretieren Sie seine Freundlichkeit? Alle unsere mindestens neun Sinne unterliegen andauernd Täuschungen. Auch bei komplexen Wahrnehmungen sind Interpretationsirrtümer nicht auszuschliessen. Faszinierend wird dies bei der nonverbalen Kommunikation, zu welcher neben Mimik, Gestik und Körperhaltung auch Kleidung, Accessoires und das Raumverhalten gehören. Mit

dem äusseren Erscheinungsbild und künstlichen Statussymbolen können gewünschte Eigenschaften vorgespielt und ungewollte Mängel vertuscht werden.

Falsche Opfer

Der Körper verrät zwar einiges über eine Person und deren Befindlichkeit. Allerdings werden vom Mitmenschen viele der wahrhaften Zeichen unzutreffend verstanden. Selbst den nonverbalen Ausdruck des Schmerzes deuten wir oft falsch, obwohl dieser eine der ursprünglichsten Empfindungen ist. Insbesondere im Fall von ethnischen Unterschieden können beim Schmerz Fehlinterpretationen entstehen, schliesslich ist der Schmerz nicht nur eine neurologische und physiologische Erfahrung, sondern auch eine kulturelle.

Wenn wir über Vergangenes reden, stimmen die Erzählungen oft nicht mit der Realität über-

ein, sondern bestehen aus «Konfabulationen», das heisst, eine Person füllt Gedächtnislücken mit Erfundenem. Der Sprecher hält Konfabulationen für wahr, er will nicht explizit lügen. Sie entsprechen aber nicht der Wahrheit. Konfabulationen treten auch als pathologische Symptome bei Krankheitsbildern wie – exemplarisch – demjenigen der Alzheimererkrankung auf. Doch hier betrachten wir vorerst die Konfabulationen der gesunden Personen.

Gravierend werden diese «falschen Erinnerungen» beispielsweise bei Zeugenvernehmungen. Zeugenaussagen sind oft nicht verlässlich. Wenn eine hypothetische Tat Jahre zurückliegt, wie es bei den Begebenheiten der #MeToo-Bewegung häufig der Fall ist, können viele Beschuldigungen aus neurophysiologischer Sicht kaum ernst genommen werden. Zeitgemässe wissenschaftliche Erklärungen dazu liefert unter anderen der Hirnforscher Daniel L. Schacter.

Unzutreffende Gedächtnisabrufe oder verfälschte Wahrnehmungen können auch willentlich gefördert werden. Diverse Studien zeigen, wie einfach Gedächtnisinhalte zu manipulieren sind. In einem Experiment wurden den Probanden Fotomontagen vorgelegt, welche sie auf einer Ballonfahrt zeigten. Dazu wurden steuernde Interviews geführt, bis einige Probanden glaubten, daran teilgenommen zu haben: Sie konnten anschaulich vom luftigen Abenteuer berichten, obwohl sie es nicht erlebt hatten.

Leider existieren unzählige Fälle ausserhalb des Versuchslabors, bei welchen vermeintlichen «Opfern» suggeriert wird, dass ihnen ein schlimmes Leid angetan wurde. Während der Suche nach möglichen Ursachen für persönliche Probleme entstehen Fantasien von mutmasslichen Vergewaltigungen oder anderen Verfehlungen. Die Fantasien verfestigen sich dann oft in langen Gesprächen mit Müttern

oder Psychologinnen. Auch die Medien tragen das Ihre bei, indem sie von #MeToo so berichten, als ob fast jede Frau von Übergriffen betroffen sei.

Die wahren Leidtragenden

Wer aber profitiert von diesen negativen Konfabulationen oder den bewusst inszenierten Verleumdungen? Je nach Lebenssituation kurzfristig die fiktiv Geschädigten, eventuell deren Mütter, Psychologinnen oder gewisse Politikerinnen. Die Falschbeschuldigerinnen haben nichts zu befürchten, sie werden kaum zur Rechenschaft gezogen.

Darunter zu leiden haben die wirklichen Opfer von Vergewaltigungen. Sie werden durch die Medienpräsenz dieses Themas an-

Diverse Studien zeigen, wie einfach Gedächtnisinhalte zu manipulieren sind.

dauernd an ihr Leiden erinnert: Es kann äusserst kontraproduktiv sein, immer wieder über Traumata nachzudenken.

Um über eine schwierige Situation hinwegzukommen, sollten neue Strategien erarbeitet und nicht längst Vergangenes übermässig analysiert werden (etwa in einer potenziellen Psychotherapie). Durch die mutmasslichen Falschanschuldigungen geht zudem die Glaubhaftigkeit bezüglich sexueller Übergriffe verloren, so dass die echten Betroffenen künftig womöglich nicht mehr die nötige Unterstützung erhalten.

Leidtragende sind aber auch die «eingebildeten Opfer», die zunehmend überzeugt sind, dass ihnen ein gravierendes Unrecht widerfahren ist, und die unter ihren im Gehirn verankerten Gefühlen und Gedanken leiden. Die am schwersten Betroffenen sind allerdings

die fälschlicherweise Beschuldigten. In vielen Medien wird den #MeToo-Ausführungen unkritisch eine Bühne geboten. Rechtschaffene Männer werden dadurch ohne Beweise als Täter vorverurteilt. Anständige Bürger, welche sich ihr Leben lang für die Gesellschaft engagiert haben, verlieren unter Umständen ihre Ehre, ihre Arbeit, vielleicht zudem ihre Familie und Freunde. Ich verstehe jeden Mann, der sich von dieser überspannten #MeToo-Welt distanziert.

Männer sind nicht Feinde der Frauen

Der Feminismus hat seine Ziele in vielen Bereichen erreicht. In der heutigen westlichen Zivilisation können wir Frauen uns unseren Talenten und Bedürfnissen entsprechend verwirklichen. Wir sind derzeit nicht unterdrückt. Rechtlich gleichgestellt, kommen sowohl Männer wie Frauen im Alltag in den Genuss spezifischer Privilegien – teilweise mit Rücksicht auf unsere mannigfaltigen Qualitäten. So besteht beispielsweise die Wehrpflicht in der Schweiz weiterhin nur für Männer, obwohl auch Frauen ihren obligatorischen Dienst in der Gesellschaft leisten könnten – vorzugsweise nicht auf dem Schlachtfeld, sondern in Aufgabengebieten, welche den ursprünglichen Fähigkeiten von Frauen entsprechen.

Es ist schliesslich nicht wegzudiskutieren, dass wir unterschiedlich sind. Männer und Frauen haben voneinander abweichende Interessen, Stärken und Schwächen. Die Männer nur noch als potenzielle Täter, die Frauen als potenzielle Opfer zu sehen, ist nicht zielführend. Wir leben in einer sozialen Gemeinschaft, in welcher wir miteinander mehr gewinnen als gegeneinander.

Cristina Staub ist Physiotherapeutin und Neurophysiologin.

So vermeiden Käufer

die häufigsten Fehler

beim Immobilien-Erwerb.

Diese Woche:
Tipps für Anleger.



www.handelszeitung.ch | Kostenloser Newsletter | Jeden Donnerstag am Kiosk | Als mobile App für iPad und iPhone | Digital-Abo zum Kennenlernen

Zur Wirtschaft. Zur Sache.

Handelszeitung

Gott spielen

Von Michael Bahnerth — Der neue Dok-Film des Schweizer Filmemachers Christian Frei ist grosses Kino. «Genesis 2.0» handelt von den Möglichkeiten der Bio-Synthetik – von der künstlichen Wiedergeburt des Mammuts und von jakutischen Stosszahnjägern.

Beim Betrachten des momentanen Weltlaufes entsteht gelegentlich der Eindruck, in einer Zeit zu leben, in der sich die Menschheit rückwärtsbewegt, die Kunst sich im Variieren des Bestehenden verliert und der Fortschritt an Ort und Stelle tritt. Ein wenig kopflos dümpeln wir doch rasend vor uns hin, warten auf den grossen Wind neuer Entdeckungen und Erfindungen, der uns aus dem zivilisatorischen und geistigen Wellental befreit. Es ist, als ob wir in der bewegten Starre eines Fin de Siècle leben würden, und wir tanzen zwar, aber ächzend unter Lasten und dem Irrsinn der Zeit.

Die Schöpfungsgeschichte des Menschen scheint in einer Phase der Erschöpfung. Die diversen Revolutionen, die industrielle, die landwirtschaftliche, die gesellschaftliche, sind Produkte früherer Jahrhunderte. Natürlich haben wir Smartphones, Navigationssysteme, Elektroautos, wir haben einen Rover auf dem Mars, Sonden am Rande des Sonnensystems, wir haben ausgeklügelte künstliche Kniegelenke, und unlängst hat sich Barbra Streisand in Südkorea ihren Hund Samantha für 100 000 Dollar klonen lassen. Gewiss, das sind alles kleine bis mittelgrosse Würfe, aber das sind kaum jene Befreiungsschläge, die Balsam sein könnten für einen geschundenen und verletzten Planeten.

Penicillin und Atombombe

Die Welt würde eine Wiedergeburt der Genesis brauchen, so scheint es. Das ist kein «Zurück auf Start», sondern ein Fortschritt, der die unzähligen Dellen und Unzulänglichkeiten des Bisherigen ausmerzt. Damit die Reise des Menschen durch die Zeit und seinen kleinen Raum kein Ausflug ins unwiderruffliche Verderben wird. Vielleicht ist es noch zu früh für die Behauptung, das Säugtier Mensch habe eben mit seinem eigenen Aussterben begonnen. Aber um zu begreifen, dass das gegenwärtige Verhalten jener Spezies, die an der Spitze der Nahrungskette steht, auf Dauer kein Erfolgsrezept sein kann, reicht inzwischen oft ein Blick aus dem eigenen kleinen Fenster.

Es ist nicht leicht festzulegen, wann die Dinge begonnen haben, aus dem Ruder zu laufen. Wahrscheinlich nicht erst im 20. Jahrhundert, das diesbezüglich Fluch und Segen war, Penicillin und Atombombe. Vielleicht schon vor 10 000 Jahren, nach dem Ende der letzten Eiszeit, als der Mensch begann, sesshaft zu werden und die Erde, auf der er einst nomadisierte, sich untertan zu machen. Es war die Zeit, als das Wollmammut ausstarb, weshalb, ist nicht ganz klar; Überjagung, das durch den Klimawandel bedingte allmähliche Verdorren des Grases, von dem es sich ernährte, ein von Menschen eingeschleppter Virus.

Man kann aber festmachen, wann der Mensch begann, sein Genom in die eigenen Hände zu nehmen und Evolution zu spielen; jetzt. Die neuste Revolution in der Geschichte des modernen Menschen steckt noch in den Kinderschuhen, aber sie beginnt gerade mit dem Laufen. Sie nennt sich «synthetische Biologie», ist eine extreme Form der Gentechnik, und sie hat ein Aushängeschild: die Rekonstruktion des Wollmammuts. Gemeint ist eine ungefähre Rekonstruktion. Man nimmt Elefantenzellen und somit auch das Elefanten-erbgenet als Ausgangspunkt. Mit einer Genom-Editierung, dem Überschreiben von Elefantengenomen mit Mammutengenomen, erhalten die Zellen immer mehr Mammuteigenschaften. Wenn sie genügend davon aufweisen, sollen sie zuerst zu Embryonen und dann zu lebensfähigen Tieren weiterentwickelt werden. Man müsste dazu noch eine leistungsfähige Gebärmutter designen, weil jene des Elefanten zu klein wäre, aber das scheint auch nicht ausserhalb des Bereiches der Möglichkeiten zu liegen. Man erhielte nicht genau ein Wollmammut, aber etwas Typ-Ähnliches zumindest, das mehr Mammut ist als Elefant. Das eine Chimäre ist



Regisseur Frei.

Es geht um die Arbeit am Sterben, die Verlängerung des Lebens also.

wie das Zerd, die Mischung aus Zebra und Pferd. Wesentlich dabei ist, dass die Mammutgene synthetisch, also künstlich, hergestellt oder designt werden.

Der Mann, der, auch, an der synthetischen Wiedergeburt des Mammuts arbeitet, heisst

George Church und ist eine Art Godfather für eine junge, neue Generation von Bio-Zauberlehrlingen ohne schweren ethischen Rucksack. Sie kommen von überallher, tüfteln an künstlichen biologischen Systemen, die einst in der Lage sein könnten, die Defizite der Natur zu kompensieren. Das Ende der Revolution wird dann sein, wenn es der Mensch geschafft hat, sein eigener Schöpfer zu sein, sein Designer, der Ingenieur seiner selbst.

Machen wir Gott perfekt

Dieser Tage ist ein Schweizer Dokumentarfilm in die Kinos gekommen, der ein monumentales Zeugnis dieser neuesten Revolution ist. «Genesis 2.0» heisst er, dauert etwas über 110 Minuten, ist aber, wie alle gelungenen Kunstwerke, in seinem Wesen zeitlos. Der Macher des Filmes ist der 59-jährige Christian Frei, der 2002 für seinen Film «War Photographer» eine Oskar-Nominierung erhielt. Es ist sein elfter Dok-Film in dreissig Jahren. Wahrscheinlich liegt der Zauber seiner Filme darin, dass die Kraft und die Komposition seiner Bilder und Botschaften im Kopf des Betrachters grosses Kino erzeugen. Weil sie grosse Fragen ins Bild rücken.

«Genesis 2.0» ist die Geschichte menschlicher Neugier, menschlichen Leichtsinns, menschlicher Grösse und menschlichen Grössewahn und all der Grauzonen dazwischen. Es ist die Geschichte von jakutischen Männern auf einer arktischen Insel Sibiriens, die einen Sommer lang Stosszähne von Wollmammuts suchen, die der Permafrost aufgrund der Klimaerwärmung freigegeben hat. Und es ist die Geschichte von Menschen, die dem Aus- und Gestorbenen mittels synthetischer Biologie oder Gentechnologie zur Wiedergeburt verhelfen. Oder aber das unperfekte System Mensch dereinst vollumfänglich perfektionieren wollen. Das kreierte in «Genesis 2.0» die irrwitzige Ambivalenz, dass die Jagd nach dem Vergangenen gleichzeitig auch eine nach dem Zukünftigen ist. Es gibt nebst vielen Bildern auch ein paar Sätze, die lange nach dem Abspann noch nachhallen. Der lauteste, wenn man so will, ist vielleicht jener des Vertreters der grössten Genom-Datenbank der Welt, des Beijing Genomics Institute: «Gottes Wort», sagt er im Sturm und Drang seiner Mission, Lebensformen zu digitalisieren, «ist immer noch unperfekt. Aber wenn wir zusammenarbeiten, können wir Gott perfekt machen.» Es gehe, so sagt Frei, «nicht nur um Re-



Suche nach Glück: Mammutknochen-Jäger in «Genesis 2.0».

engineering des Mammuts. Das ist nur ein Nebenprodukt, wenn Sie so wollen. Es geht um das Sterben. Um die Arbeit am Sterben, das Hinauszögern, die Verlängerung des Lebens also. Vielleicht ist das schön für das Individuum – aber was bedeutet das für das Kollektiv? Die Sozialsysteme? Und dürfen die Armen dieser Welt auch länger leben?»

Wird das Wünschbare machbar?

Ein paar Monate lang hat Frei gebraucht, um das zu erlangen, was er «Haltung» nennt bei diesem «zwiespältigen Thema». Jeder Quantensprung in der Geschichte des Fortschrittes birgt nebst seiner Sonne einen Schatten; die Verbrennung fossiler Treibstoffe schafft Mobilität, schadet aber der Atmosphäre, die Spaltung von Atomkernen schafft einerseits Energie, kann aber für die Menschheit tödlich sein. Und so weiter. Bio-Synthese kann Krankheiten ausmerzen, das Down-Syndrom aus der menschlichen Gensuppe zum Verschwinden bringen, menschliche Ersatznieren in Schweinen wachsen lassen. Bio-Synthese kann aber auch den Menschen auf ein perfektioniertes Zuchtwesen reduzieren. Doch Bio-Synthese, vielleicht, könnte das Mammut zurückbringen, das wieder über die Tundra trampelt,

den vom Klimawandel aufgeweichten Boden verdichtet und somit das Aufsteigen von Methangas in die Atmosphäre reduziert.

«Die Schönheit von Leben», sagt Frei, «kann aber nicht Perfektionismus sein und die Absenz der Handicaps.» Nicht alles Machbare ist auch das Wünschbare, aber das Wünschbare eines nicht allzu fernen Tages womöglich das Machbare. Am Anfang des Filmes erzählt eine Jakutin eine Sage ihres Volkes. Es geht um den Menschen, der breitschultrig ist und dumm, kräftig und leichtsinnig, der sich aufmacht, Mammutstosszähne zu suchen – das Kilo bester Ware hat 1000 Dollar Wert –, der sich aufmacht, obwohl das Ausgraben von Mammuts die Götter erzürnt und den schrecklichen Teufel loslässt. Und es danach zu spät ist, ihn wieder einzufangen.

Vielleicht kann man sagen, dass «Genesis 2.0» auch ein Film ist über die Suche nach Glück; nach einem Stosszahn, einer synthetischen Zelle. Und dass diese Suche verheissungsvoll und gefährlich ist. Ein Jäger, so eine wahre Geschichte, kam auf die Insel, lange bevor 2013 dort ein ganzes, fast unversehrtes Mammut gefunden wurde, das noch Fleisch auf den Knochen hatte und ein wenig Blut in seinen Adern und die Hoffnung schürte, man

könne daraus einen Klon fertigen. Der Jäger fand drei prächtige Stosszähne, Tausende von Dollar wert. Dann verirrte er sich, sein Proviant ging aus. Er stellte die Stosszähne zu einem Gerüst zusammen und erhängte sich daran.

SANFTE GEBURT

mit Hypnose



 **AURA**
BALANCING www.aurabalancing.ch

Rauchzeichen aus der Wyoming-Ranch

Von Christoph Mörgeli

Vom *Bärner Giel* zum Mehrfachmilliardär: Hansjörg Wyss kaufte sich beim ehemals schweizerischen Medizinalunternehmen Synthes ein und machte – als dieses für zwanzig Milliarden Dollar an die amerikanische Firma Johnson & Johnson verschertelt wurde – einen schnittigen Schnitt. Jetzt verkündet Wyss der *Schweiz am Wochenende*: «Ja, ich bin hundert Prozent gegen die Selbstbestimmungsinitiative der SVP. Ich werde Geld spenden, um Plakate dagegen zu finanzieren.»

Hansjörg Wyss lebt seit vierzig Jahren in den USA. Er genießt Gastrecht in einem Land, dem es nicht im Traum einfiel, das internationale Recht über die eigene Verfassung zu stellen. Die Schweiz tut seit einem Bundesgerichtsurteil von 2012 das Gegenteil. Jetzt fordert Wyss für die ferne Schweiz etwas, das er in den Vereinigten Staaten nie tun würde. Denn er weiss genau, wie nationalistisch es in seinem Gastland zugeht. Wyss wurde nämlich beim Spenden für die Demokratische Partei ertappt. Weil Polit-spenden Ausländern ohne Green Card verboten sind, geriet er in die Fänge der Justiz. Darum sagt Wyss jetzt scheinheilig: «Nein, ich tätige keine politischen Spenden in den USA.»

Dafür kann er sich sein Nein zur Selbstbestimmungsinitiative locker leisten. Nämlich aus der sicheren Distanz eines Atlantischen Ozeans. Mit festem Wohnsitz in der souveränsten, stärksten aller Weltmächte. Hansjörg Wyss hat in der fernen Schweiz schon den Abstimmungskampf gegen die Masseneinwanderungsinitiative mitfinanziert. Ob er weiss, was Massenzuwanderung ist, darf bezweifelt werden. Wyss bewohnt eine riesige Ranch im bevölkerungsärmsten US-Bundesstaat Wyoming. Dort gibt's vor allem Nationalparks und hinter Alaska die zweitgeringste Bevölkerungsdichte.

1977 hat Hansjörg Wyss der Schweiz den Rücken gekehrt. Seither hat sich hierzulande einiges verändert – vor allem durch die Massenzuwanderung. Wann war Wyss letztmals im Zürcher Hauptbahnhof? Oder in Bern, Basel, Genf, Lenzburg oder Emmen? Vielleicht hat er ja auch einiges gesehen. Der Freund der Masseneinwanderung jammert nämlich gleichzeitig: «Die Schweiz ist sehr klein, da ist schnell vieles verbaut.» Ob Umweltschutz oder Anti-Trump, ob Völkerrecht oder Feminismus – Hansjörg Wyss ist wie George Soros ein Milliardär, den die Linken lieben. Denn er trägt immer eine blütenreine Moralweste. Weiss, weisser, Wyss.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

I denk that is impossible

Von Peter Bodenmann — Die CVP steigt in Bern mit zwei Lachnummern in die Bundesratswahlen.



Und in Genf verrechnete CVP-Wunderkind Barazzone der Stadt Handy-Kosten von 17 315 Franken pro Jahr.

Die Urner Regierungsrätin Heidi Z'graggen nannte bei der ersten Roadshow in Bern den CVP-Fragesteller Peter Henzi einen «Deppen». Weil dieser richtigerweise möchte, dass die Nationalbank mit 2 Milliarden Franken pro Jahr die AHV mitsaniert. Die Urner Ulknudel kicherte dabei wie eine platzende Erbse. Niveau hinteres Schächental zu vorgerückter Stunde. Genau so eine brauchen wir.

Ueli Maurer ist ein Bauernsekretär. Guy Parmelin ein Weinbauer. Und jetzt will auch noch der ehemalige Bio-Bauer Peter Hegglin in den Bundesrat. Die Bauern spielen in Sachen Wertschöpfung wirtschaftlich keine Rolle. Trotzdem kassieren sie direkt und indirekt 9 Milliarden Franken Subventionen pro Jahr. Sie kosten uns – wie Avenir Suisse berechnet hat – pro Jahr 20 Milliarden Volksvermögen. Weil sie noch die Umwelt übermässig belasten.

Peter Hegglin kann kein Französisch. Und spricht gleich gut Englisch: «I denk that is possible.» Genau so einen brauchen wir.

Die anlaufenden Bundesratswahlen zeigen auf: Die 10-Prozent-Partei CVP ist personell ausgeblutet. Sie muss deshalb zwei Lachnummern mit ins Rennen um den Bundesrat schicken.

Die SVP sitzt in der Falle. Sie muss – Zwischenstand Montag dieser Woche – eigentlich für den wilden Kandidaten Gerhard Pfister stimmen. Die drei Probleme: Erstens will der schwer berechenbare Pfister offiziell nicht.

Zweitens – wer soll anstelle von ihm als Präsident das sinkende CVP-Schiff übernehmen? Und drittens werden die übrigen Parteien bei der Nachfolge von Ueli Maurer der SVP im Gegenzug eine neue Eveline Widmer-Schlumpf als Kuckucksei ins Nest legen.

Pfister-Dessert 1: Der 35 Jahre alte Gemeinderat und Nationalrat Guillaume Barazzone war bisher die grosse Hoffnung der Genfer CVP. Neuerdings ist auch hier das Dach undicht. Der Genfer Rechnungshof entlarvt Barazzone als Spesenritter. Der Goldjunge konsumierte auf Kosten der Steuerzahlenden in den Bars von Genf bis um 6 Uhr morgens «Luxus-Champagner». Und verrechnete der Stadt Genf für das Jahr 2017 17 315 Franken Handykosten. Was für Nummern der da wohl angerufen hat? Zwischendurch flog Barazzone schnell gratis nach Abu Dhabi, um sich ein Formel-1-Rennen reinzusaugen.

Pfister-Dessert 2: Und der unbeliebte Oberwalliser CVP-Oberstaatsanwalt Rinaldo Arnold liess sich wiederholt von der Fifa einladen. Er nahm somit rechtswidrig Geschenke an und begleitete Freund Gianni Infantino zu einer von ihm organisierten Sitzung mit dem Bundesanwalt Michael Lauber.

Gerhard Pfister kann einem leidtun.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.



Endlich ein Inserat, das was bringt.

- 1 Schneiden Sie dieses Inserat aus und...
- 2 kommen Sie an einem Dienstagabend ins Restaurant Thaigarden und
- 3 erhalten Sie kostenlos ein 3-Gang Dinner für zwei Personen nach Wahl (exkl. Getränke).

Reservation erforderlich: Tel. 043 500 92 92



Angebot gilt für alle Dienstagabende im Restaurant Thaigarden bis zum 23.12.2018 nur nach Verfügbarkeit. Keine Barauszahlung.

riverside
Seminar- und Eventhotel

Spinnerei-Lettenstrasse
8192 Zweidlen-Grattfelden

+41 43 500 92 92
www.riverside.ch/thaigarden

Ihr Immobilienraum?



5 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhaus
8127 **Forch-Küsnacht**, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis 2'395'200.- inkl. 2 PP., Bezug nach Vereinbarung
www.ufdeforch.ch



6 ½ Zi. Doppel-Reihen-Einfamilienhäuser
8414 **Buch am Irchel**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 895'000.-, Bezug ab Herbst 2019
www.wilerbuch.ch



1 ½ Zi. und 4 ½ Zimmer Mietwohnung
8708 **Männedorf**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Miete ab 1'640.- p./Mt. exkl NK, Bezug nach Vereinb.
www.loft-neugut.ch



5 ½ Zi. Attika-Wohnung
8610 **Uster**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Miete 4'350.- p.Mt., Kauf 1'980'000.- Bezug nach Vereinb.
www.schwizerstrasse35.ch



5 ½ Zi. Garten-Eigentumswohnung
8708 **Männedorf**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Miete 4'400.- p.Mt., Kauf 1'952'000.- Bezug nach Vereinb.
www.lagovista.ch



3 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen, Eckhaus
8118 **Pfaffhausen**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.luckenholz.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Wohnungen, 2 DEFH
8332 **Rumlikon**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis ab 880'000.-, Bezug ab Winter 2019/20
www.grueens-doerfli.ch



3 ½ Zi. Dach-Eigentumswohnung
8184 **Bachenbülach**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Miete 2'600.- p.Mt., Kauf 1'145'000.- Bezug nach Vereinb.
www.ridere-bachenbuelach.ch



5 ½ Zi. Maisonette-Eigentumswohnungen
8135 **Langnau a. Albis**, M. Knecht Tel. 044 804 34 34
Preis 1'765'000.-, Bezug ab Herbst 2018
www.bellesterrasses.ch



3 ½ u. 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8953 **Dietikon**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.duo-dietikon.ch



4 ½ Zi. Garten-Eigentumswohnung
8127 **Forch-Maur**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis 1'278'600.-, Bezug nach Vereinbarung
www.amena-forch.ch



4 ½ Zi. Eigentumswohnung
8143 **Stallikon**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis 950'000.-, Bezug nach Vereinbarung
www.zuerikon.ch



4 ½ Zi. Atriumhäuser und 3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen
8302 **Kloten**, Kevin Braunwalder Tel. 043 255 88 88
Preis auf Anfrage, Bezug ab Winter 2019/20
www.panoramaweg-kloten.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8404 **Stadel/Winterthur**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8484 **Weisslingen**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch



4 ½ - 6 ½ Terrassenwohnungen
8103 **Unterengstringen**, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.sparrenberg.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8127 **Aesch-Maur**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch



2 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8493 **Saland**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis ab 340'000.-, Bezug ab Winter 2019/20
www.ammuelibach.ch



5 ½ Zi. Einfamilienhaus
8476 **Unterstammheim**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis 1'174'000.-, Bezug ab Herbst 2018
www.heerenweg.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8545 **Rickenbach**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch




3 ½ - 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8615 **Wermatswil**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.leuberg.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8152 **Glattbrugg**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.glattwies.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Terrassenhäuser
8309 **Birchwil**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab 1'790'000.-, Bezug ab Winter 2019/20
www.mira-birchwil.ch

Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienräume verwirklicht werden können? Melden Sie sich bei unserem Chef 
ulrich.koller@lerchpartner.ch oder Tel. 052 235 80 00.



Lerch & Partner
GENERALUNTERNEHMUNG AG
LerchPartner.ch

YouTube

Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

Wir nehmen an den folgenden
Immobilienmessen teil:



SVIT Immobilien-Messe in Zürich
29. - 31. März 2019, Lake Side Zürich



Eigenheimmesse Schweiz in Zürich
5. - 8. Sept. 2019, Messe Zürich, Halle 6

Stand Oktober 2018

Strahlende Sterne

Von Kurt W. Zimmermann — Die neue Radio- und TV-Direktorin Nathalie Wappler hat ein ungewöhnliches Profil. Aber es macht nichts.

Das Schweizer Fernsehen tat an diesem Abend, was es besonders gut kann. Es strahlte eine Wiederholung aus. Es wiederholte wieder einmal den Film «Die Schweizermacher», in dem Emil Steinberger und Walo Lüönd zwei Einbürgerungsbeamte spielen.

Nathalie Wappler sass an diesem Abend in ihrer Wohnung in Kreuzlingen vor dem Bildschirm. Dann läutete es.

Vor der Tür standen, seltsamer Zufall, nun echte Einbürgerungsbeamte der Gemeinde Kreuzlingen. Wappler, geborene Deutsche, hatte sich im Thurgau um das Schweizer Bürgerrecht beworben. Wappler schaltete den Fernseher aus, die Beamten überprüften die Sauberkeit der Wohnung und stellten die üblichen Fragen zu Wilhelm Tell und direkter Demokratie.

Wappler bestand den Test und bekam den Schweizer Pass.

Der Test, den sie nun bestehen muss, ist nicht viel schwieriger. Wappler, die neue Direktorin von Fernsehen und Radio SRF, übernimmt den öffentlichen Funk in einem bemerkenswert guten Zustand. Das Deutschschweizer TV hält einen Marktanteil von 33 Prozent und gehört damit zu den wenigen Landessendern mit stabilem Publikumserfolg. Beim Radio sinken die Quoten leicht, aber mit einem Marktanteil von über 54 Prozent ist man immer noch einsame Spitze.

Auch politisch ist es seit «No Billag» um die SRG ruhiger geworden. Für die nächsten Jahre sind ihr jährliche Gebühreneinnahmen von 1,2 Milliarden fest zugesichert.

Wappler übernimmt also keinen Stressjob. Darum stört es kaum jemanden, dass sie für ihre neue Rolle keine sehr logische Wahl ist. Anders als ihr Vorgänger Ruedi Matter hat sie in ihren rund zwanzig TV-Jahren noch nie in der Information gearbeitet. Für einen Servicepublic-Sender ist ein Chef ohne Erfahrung im Informations- und Politikjournalismus sehr ungewöhnlich. Wappler war stets im gemächlicheren Kulturressort tätig.

Auch in ihrem letzten Job, als Programmdirektorin beim Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) in Sachsen und Thüringen, war sie nur für die weichen Bereiche Kultur, Jugend, Bildung und Wissen zuständig. Dort, wo es in TV und Radio drauf ankommt, also in Information, Unterhaltung und Sport, stand nicht Wappler an der Spitze. Das machte der zweite Programmdirektor, Wolf-Dieter Jacobi.

Wappler begann ihre Karriere beim Schweizer Fernsehen als Redaktorin beim «Kultur-



«Recht gut strukturiert»: Chefin Wappler.

platz» und als Leiterin der «Sternstunden», jener vergeistigten Gesprächsrunden ohne Publikum. Später wurde sie TV-Kulturchefin.

Sie sicherte sich die Qualifikation als Führungskraft eher mit ihren ausserjournalistischen Talenten. So leitete sie im Kulturbereich die Zusammenführung von TV, Radio und Internet in eine kanalübergreifende Organisation. Aus jener Zeit stammt auch ihr Rufname als «Fallbeil von Leutschenbach», weil sie bei Personalentscheiden keine unnötige Milde zeigte.

«Just married»

«Ich glaube, ich bin recht gut strukturiert», sagt sie von sich selbst.

Mit diesem Stil punktete sie besonders in Deutschland. Wappler wurde ab November 2016 Programmdirektorin des MDR, nachdem sie ihr Schweizer Konvergenz-Projekt in den Sendezentralen von Halle und Leipzig vorgestellt hatte.

Dennoch hat die gut strukturierte Wappler durchaus einen Hang zum Boulevard. Als sie im Jahr 2009, damals 41-jährig, den 18 Jahre älteren Radiojournalisten Wolfgang Hagen heiratete, präsentierte sich das Brautpaar in der Rubrik «Just married» der *NZZ am Sonntag*.

«Gefeiert wird», lasen wir da, «im Restaurant Bürgli in Zürich Wollishofen. Bei Filet Café de Paris wird auf die zwei strahlenden Sterne angestossen.»

Sündenbock

Von Henryk M. Broder — Die Causa Maassen ist mitnichten erledigt.

In archaischen Gesellschaften spielt der Sündenbock eine wichtige Rolle. Er wird mit den «Sünden» der Gemeinschaft «beladen» und danach in die Verbannung geschickt. Es wird auch dafür gesorgt, dass er nicht wiederkommt. Daher das Sprichwort, «jemanden in die Wüste schicken».



In fortschrittlich-aufgeklärten Gesellschaften, die keine Folter, keine Todesstrafe und keine Verbannung mehr kennen, wie zum Beispiel in der deutschen Bundesrepublik, nennt man dieses Verfahren «Versetzung in den einstweiligen Ruhestand», wobei es sich um einen Euphemismus handelt. Die «Versetzung» ist eine Degradierung, die meist Unruhe nach sich zieht; und «einstweilig» ist der Ruhestand auch nicht, weil bis jetzt noch kein Fall bekannt wurde, bei dem der Versetzte oder die Versetzte aus dem Ruhestand zurückgeholt und reaktiviert wurde.

Nun hat es auch Hans-Georg Maassen erwischt, bis vor kurzem noch Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Schwer zu sagen, was er verbochen hat, man könnte sagen, er hat sich unbotmässig verhalten und hinterher keine Reue gezeigt. So hat er zum Beispiel von einem Mord gesprochen, nachdem zwei mutmassliche Flüchtlinge einen Chemnitzer Bürger am Rande eines Volksfestes mutmasslich erstochen hatten. Es soll sich aber nach Angaben der Staatsanwaltschaft nur um einen Fall von Totschlag gehandelt haben. Und das ist etwas gaaanz anderes! Ferner hat er der vom Regierungssprecher verbreiteten Auffassung widersprochen, es habe in Chemnitz «Hetzjagden» gegeben, ohne freilich zu bestreiten, dass es Übergriffe gegeben hat. Das sprichwörtliche Fass zum Überlaufen brachte aber eine Rede, die Maassen vor Kollegen anderer Geheimdienste bei einem Treffen in Warschau gehalten hat. Darin sprach er von «linksradikalen Kräften» in der SPD, die einen Bruch der Regierungskoalition «provizieren» wollten. Als die Rede über den Kreis der Zuhörer bekannt wurde, war Maassens Schicksal besiegelt. Sein Dienstherr, Innenminister Horst Seehofer, schickte ihn in den einstweiligen Ruhestand.

Ist die Causa Maassen damit beendet? Im Gegenteil. Befreit von der Bürde seines Amtes, wird er seine Kritik an der «idealistischen, naiven und linken Ausländer- und Sicherheitspolitik» der Bundesregierung fortsetzen. Dieser Sündenbock hat das Zeug zu einem Bumerang.

Professor Freigeist

Marcel Niggli ist einer der eigenständigsten Schweizer Rechtsgelehrten. Für ihn verfolgt die Selbstbestimmungsinitiative urliberale Anliegen, von der Verklärung des Völkerrechts hält er nichts. *Von Katharina Fontana*

Der Bundesrat ist dagegen. Das Parlament ist dagegen. Die Economiesuisse ist dagegen. Und es gibt wohl kaum eine Nichtregierungsorganisation, die nicht auch dagegen ist. Rabenschwarz sähe es in der Schweiz aus, sollten Volk und Stände am 25. November ja sagen zur Selbstbestimmungsinitiative (SBI) der SVP, warnt die vereinigte Gegnerschaft und verbreitet seit Monaten Alarmstimmung. Unterstützung kommt von den Rechtsprofessoren, für welche die SBI eine juristische Widerwärtigkeit zu sein scheint, die man nicht einmal mit spitzen Fingern anfassen will.

Kaum ein Professor wagt es, aus der Reihe zu tanzen – sieht man einmal vom Zürcher Ordinarius und SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt ab, aus dessen Feder die SBI stammt. Namentlich bei den Staatsrechtlern herrscht heutzutage ein ausgeprägter Korpsgeist, der von allen Mitgliedern eine klare Linie fordert und Querdenkern das Leben schwermacht. So erstaunt es nicht, dass es ein Strafrechtsprofessor ist, der sich der Meinungseinfalt zur SBI widersetzt und sich den Luxus einer eigenen Position erlaubt. Marcel Niggli, seit 2001 Ordinarius für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Freiburg, sagt das, was mancher andere denkt, aber nicht zu sagen wagt. Der 58-Jährige ärgert sich über die gegnerische Kampagne und die ideologische Borniertheit, mit der sie daherkommt, wie er bei unserem Gespräch im Freiburger Strafrechtswissenschaftlichen Institut erklärt. «Die Befürworter werden als hinterwäldlerische Verfassungsnostalgiker dargestellt, während die Gegner als weltoffen-intelligente Menschen gelten. Je mehr ich sehe, wie hier mobilisiert wird, umso stärker wird meine Zustimmung zur Initiative. Und ich kenne viele Menschen, denen geht es wie mir.»

Niggli, der vor seinem Wechsel nach Freiburg in Zürich studiert und gearbeitet hat, gehört



Klarheit im Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht: Jurist Niggli.

keiner Partei an und fühlt sich keiner zugehörig. Wenn man ihn frage, so sage er einfach, was er meine, erzählt der temperamentvolle Professor, der im Gespräch auch gerne mal zu kräftigen Ausdrücken greift und von politischer Korrektheit nicht viel zu halten scheint. Und was meint er zu den Argumenten, mit denen auf die Initiative geschossen wird? Dass sie Verwirrung schaffe, die Menschenrechte

gefährde und den Wirtschaftsstandort aufs Spiel setze? Nichts davon leuchte ihm wirklich ein. «Was ich bisher von den Gegnern gehört habe, halte ich für vorge-schoben.»

Entmachtung der Verwaltung

Niggli beurteilt die SBI als vernünftige Lösung: Die Verfassung geht dem (nicht zwingenden) Völkerrecht vor, Bund und Kantone gehen keine verfassungswidrigen Verpflichtungen ein, Konflikte zwischen Völkerrecht und Verfassung werden zugunsten Letzterer gelöst. Und zudem sollen Völkerrechtsverträge (ebenso wie Bundesgesetze) für die Gerichte massgebend sein, sofern sie dem Referendum unterstanden haben. Was laut Justizministerin Simonetta Sommaruga ein «gefährliches Experiment» ist, sorgt nach Ansicht von Niggli für mehr Klarheit im Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht. «Natürlich löst die Initiative nicht alle Probleme, doch sie zeigt, dass heute etwas nicht stimmt. Was soll eine Verfassung, wenn sie nicht wichtig ist, wenn es darauf ankommt? Warum macht man vor einer Abstimmung ein Riesenbrimborium, wenn man das Resultat später dann doch nicht umsetzt?»

Auch das von den Gegnern verbreitete Horrorszenario, nach dem die Schweiz reihenweise internationale Abkommen kündigen müsste, beeindruckt Niggli nicht. Man werde bei einer Annahme der SBI weiterhin pragmatische Lösungen finden können, ist er überzeugt. Vielleicht müsste das Personen-

freizügigkeitsabkommen gekündigt werden, da es mit dem Zuwanderungsartikel kaum in Einklang zu bringen sei. Doch wenn das Volk zu einer Vorlage ja sage, im Wissen um den möglichen Konflikt mit dem internationalen Recht, dann sei das zu respektieren. «Zudem verhindert die SBI, dass der Bundesrat – anders als heute – in Eigenregie eventuell verfassungswidrige Staatsverträge abschliesst, etwa

Freihandels- oder Doppelbesteuerungsabkommen. Denn solche Verträge können künftig neu vor Gericht angefochten werden, wenn sie verfassungswidrig sind. Ich glaube, das ist denn auch der wahre Grund, warum man in Bundesbern derart Angst vor der Initiative hat: Die Verwaltung würde sehr viel Macht verlieren.»

Welch grosse Gestaltungsfreiheit die Funktionäre heute haben, zeigt beispielhaft der umstrittene, durch Diplomaten erarbeitete Uno-Migrationspakt. Dass es für einen Beamten erfüllend ist, kreativ tätig zu sein und das Recht mit seinesgleichen fortzuentwickeln, ist verständlich. Nur: Ist dies auch im Sinne des Landes? Verträgt es sich mit den schweizerischen Institutionen? Zwar wird von der Verwaltung nun eilig versichert, dass der Uno-Pakt völlig unverbindlich sei, ja eigentlich gar kein Recht darstelle. Eine Sicht, die Niggli nicht teilt: «Alles, was gilt, hat eine Bedeutung. Und was im Migrationspakt steht, geht nüchtern betrachtet ziemlich weit.» Überhaupt steht der Freiburger Professor der Verklärung des Völkerrechts skeptisch gegenüber. «Das Völkerrecht wird von Beamten und Regierungen gemacht, die ihre eigenen Interessen im Auge haben. Es sind Funktionäre in irgendeiner Arbeitsgruppe, die miteinander internationale Weisungen ausarbeiten – das ist völlig undemokratisch. Die Öffentlichkeit weiss nicht, wer in dieser Gruppe vertreten ist. Niemand trägt Verantwortung, niemand zeigt sein Gesicht.»

Kommen wir zum Totschlagargument, das gegen die SBI angeführt wird: die Menschenrechte. Frage an Marcel Niggli: «Muss man sich schämen, wenn man an der Urne ein Ja zur SBI einlegt? Wird man menschenrechtlich zum Unhold?» Nein, meint der Professor, dem man als Verfasser des bekanntesten Schweizer Kommentars zur Rassendiskriminierungsstrafnorm eine gewisse Autorität auf diesem Gebiet nicht absprechen kann, die Schweiz sei schon vor dem Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) kein Unrechtsstaat gewesen. «Und sie würde die Grundrechte auch dann garantieren, wenn wir nicht mehr bei der EMRK dabei wären. Die Verfassung, das wird gerne vergessen, bietet weit mehr Schutz als die EMRK.» Niggli hält

denn auch nichts davon, die Rechtsprechung des Strassburger Gerichtshofs zu idealisieren und als unverzichtbar für die Menschenrechtsentwicklung in der Schweiz darzustellen. «Im Strafrecht beispielsweise haben die Urteile nicht nur Positives gebracht. So mussten die

«Das Völkerrecht wird von Regierungen gemacht, die ihre eigenen Interessen im Auge haben.»

Kantone neu die Institution des separaten Haftrichters schaffen. Das hatte zur Folge, dass in der Praxis heute nicht weniger, sondern mehr Untersuchungshaft angeordnet wird.»

Das Szenario, dass die Schweiz bei Annahme der SBI der EMRK adieu sagen müsste und zum Outlaw unter den europäischen Staaten würde, hält Niggli ohnehin für unglaubwürdig. Man müsse die EMRK wegen einer Rüge doch nicht kündigen, sondern könne ein Problem auch einmal aussitzen. Auch mag er nicht in den Chor derjenigen einstimmen, die den Strassburger Gerichtshof als Rat der Weisen ansehen. «Der Gerichtshof besteht aus Leuten, die auf wenig durchsichtige Art ins Amt kommen. Das ist auch bei der Schweizer Richterstelle in Strassburg nicht anders: Auf welchen Wegen diese Person jeweils ausgewählt wird, ist nicht wirklich transparent», sagt Niggli.

Wo bleiben die Freisinnigen?

Auch wenn Justizministerin Sommaruga und ihre Mitstreiter nicht müde werden, ihr Vertrauen in die direkte Demokratie zu betonen, lassen ihre Argumente gegen die SBI doch das Gegenteil vermuten: Man misstraut dem Volk und sieht die Notwendigkeit, bei Bedarf eingreifen zu können. Für Niggli zeigt sich darin eine klassische sozialistische Haltung: «Die Bevölkerung soll zwar bestimmen dürfen, aber wenn sie nicht richtig bestimmt, dann halten sich die Behörden nicht dran. Nach dem Motto: Wir schützen euch vor euch selber.» Mit dieser erzieherischen Haltung und dem Anspruch, gescheit zu sein als die Bevölkerung, tue er sich schwer. «Natürlich können Millionen von

Leuten einen Fehler machen, doch das gilt ebenso für ein Gremium von ein paar Richtern oder Beamten. Und wenn das Volk einen Unsinn beschliesst, dann zahlt es auch selber den Preis.»

Letztlich gehe es bei der SBI um die politische Freiheit. Deshalb verstehe er auch nicht, warum die FDP gegen die SBI sei. «Autonomie und Selbstbestimmung der Bevölkerung sind doch urliberale Anliegen.» Tatsächlich ist die Ablehnung der FDP, deren Basis laut Meinungsumfragen zu einem Gutteil hinter der SBI steht, nicht einsichtig. Dass die Volksmitsprache unter der Internationalisierung des Rechts leidet, weiss man dort seit langem. So hat die FDP-Bundeshausfraktion denn noch 2013 einen Vorstoss zum Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht eingereicht, der um einiges weiterging als die nun von ihr so vehement bekämpfte SBI. Die Freisinnigen forderten damals, dass die Bundesverfassung stets Vorrang habe vor Staatsverträgen wie den Bilateralen, die lediglich dem fakultativen Referendum unterstanden haben. Und sie verlangten ebenfalls, dass ein jüngeres Bundesgesetz einem bereits bestehenden Völkerrechtsvertrag im Konfliktfall vorgehen solle. Von solchen klaren Aussagen ist bei der FDP heute nichts mehr zu hören, der Anti-SVP-Reflex in ihren Reihen scheint zu stark. Und nicht nur dort. «Die Haltung, dass die SBI nicht richtig sein kann, da sie von der falschen Partei kommt, ist doch kein Argument, dem ein eigenständig denkender Mensch folgen kann», findet dagegen Niggli.

Wie geht es weiter, sollte die SBI an der Urne scheitern? Wie wäre ein Nein zur Selbstbestimmung zu interpretieren? «Das würde wohl bedeuten, dass das internationale Recht künftig immer vorgeht, immer. Das könnte durchaus negative Auswirkungen auf den Einzelnen haben», gibt Niggli zu bedenken. Im Strafrecht etwa wäre es möglich, Völkerrechtsabkommen zu schliessen, die innerstaatlich nie erlaubt wären – beispielsweise im Bereich der Rechtshilfe, wo Konten blockiert und Leute in Haft genommen werden dürften, sagt der Professor. «International sind bereits heute Dinge zu Lasten der Individuen möglich, die national nie zulässig wären.» ○

Dienstag, 13. November 2018
20 Uhr (Türöffnung: 19 Uhr)
Stadthofsaal Uster (Theaterstr. 1, 8610 Uster)



100 Jahre Generalstreik

Ein Dank an Bevölkerung, Behörden und Soldaten

Vortrag von alt Bundesrat

Dr. Christoph Blocher

www.100jahre-generalstreik.ch

Spendenkonto: 100 Jahre Generalstreik
IBAN: CH32 0070 0110 0072 6223 1

Anschl. Apéro im Foyer
Alle sind herzlich eingeladen!



Amherds Erbsünde

Viola Amherd gilt als Topkandidatin für den Bundesratsitz der CVP. Ein Erbschaftsfall voller Fehler und Ungereimtheiten lässt Zweifel an den beruflichen, vielleicht auch menschlichen Fähigkeiten der Notarin aufkommen. *Von Philipp Gut*

Als sie von Viola Amherds Ambitionen auf höchste Regierungsämter erfuhr, platzte der Erbengemeinschaft der Familie In-Albon (Name geändert) der Kragen. Die Familienmitglieder liegen seit Jahren im Clinch mit Amherd, die als Notarin den Nachlass einer bereits 2012 verstorbenen Grosstante der Geschwister In-Albon verwaltet. Mit der Amtsführung der Bundesratskandidatin sind sie alles andere als zufrieden. Amherd habe sich Nachlässigkeiten und Fehler erlaubt und sei ihnen gegenüber arrogant bis respektlos aufgetreten, so die Mitglieder der Erbengemeinschaft. «So eine kann doch nicht Bundesrätin werden», fanden sie – und wandten sich an die *Weltwoche*.

Fehlende Transparenz

Die Geschichte beginnt am 7. September 2009. Viola Amherd, Wohn- und Amtssitz in Brig-Glis, beurkundete damals die letztwillige Verfügung der Grosstante der Familie In-Albon. Das Erbe wurde aufgeteilt: Die Mutter der In-Albon-Geschwister sollte die Hälfte des Barvermögens erhalten, weitere Anspruchsberechtigte die andere Hälfte plus eine Immobilie.

Wie es das Schicksal wollte, starb die Mutter der In-Albons nun aber noch vor der Grosstante. Deren Erbe ging deshalb auf die Kinder über. Die Testamentseröffnung durch Viola Amherd erfolgte am 26. April 2012. Danach hörten die In-Albons fast ein Jahr lang nichts mehr, trotz mehrmaliger Anfragen. Sie blieben im Ungewissen, was sie genau erben würden – es hätten theoretisch auch Schulden sein können.

Erst am 15. April 2013 teilte ihnen Amherd mit, welche Vermögenswerte vorhanden waren. Zudem erfuhren sie, dass ein erheblicher Anteil des Vermögens von rund einer Dreiviertelmillion Franken aus Fremdwährungen bestehe. Die In-Albons zeigten sich beunruhigt. Ein solches Portfolio sei hohen Wechselkurs- und Wertpapierschwankungen unterworfen, beschwerte sich eines der Geschwister In-Albon bei Amherd. Auf diese Risiken hätten sie keinen Einfluss nehmen können. Sie begriffen beim besten Willen nicht, dass sie erst heute über diesen Tatbestand informiert worden seien.

Aus Sicht der Erben waren die Angaben von Viola Amherd in weiteren Punkten mangelhaft. Sie habe nie ein Inventar erstellt, sondern nur einzelne Portfolios aufgelistet. Lagerte die verstorbene Grosstante zu Hause Bargeld? Besass sie vielleicht eine Münzsammlung? Gold, Schmuck oder sonstige Wertsachen? Darüber hätten sie von Amherd gerne Aus-



Verstrickt sich in Widersprüche: Nationalrätin Amherd.

künfte erhalten, aber nicht bekommen, so ein Familienmitglied.

Vergeblich verlangten sie von Amherd eine transparente Abrechnung. Bis dato hätten sie weder eine Bilanz mit den Aktiven und Passiven noch eine Erfolgsrechnung (Aufwand und Ertrag) erhalten, beschwerten sich die In-Albons schriftlich am 29. Januar 2014. «Es besteht keine Verpflichtung, eine Buchhaltung und eine Bilanz zu erstellen», entgegnete die Notarin am 18. Februar. Selbstverständlich könnten die Erben aber jederzeit Einsicht in sämtliche Unterlagen und Akten im Umfang eines Bundesordners nehmen.

Fehlerhafte Zuteilung

Einige der In-Albon-Geschwister waren über diese, wie sie finden, herablassende Antwort empört. Von einer Notarin dürfe man erwarten, dass sie Transparenz herstelle und die nötigen Informationen liefere. Amherds Angebot, die

Erben könnten bei ihr im Büro selbst die Papiere durchforsten, empfanden sie als Affront. Die Geschwister In-Albon bezweifeln überdies den Wahrheitsgehalt der Aussagen von Amherd: Für das Steueramt habe die Notarin ja auch eine Übersicht mit sauberen Zahlen einreichen müssen. Warum sie ihnen diese verweigere, entziehe sich ihrer Kenntnis.

Hinzu kommen nach Auskunft der Betroffenen mehrere Fehler von Amherd. So hätten die In-Albons Steuern auf das ganze Erbe samt Immobilie bezahlen müssen, obschon sich diese Immobilie gar nicht in ihrer Erbmasse befindet (sondern in jener der zweiten erbberechtigten Familie). Vor allem aber stellten die In-Albons Fehler bei der Verteilung des Erbes fest. Eines der sechs Geschwister erhielt weniger als die anderen fünf. Der Betroffene beanstandete dies am 27. November 2013 per E-Mail. «Es ist offensichtlich, dass die Abrechnung nicht stimmen kann», schrieb er Amherd. Er akzeptiere

diese falsche Abrechnung nicht und erwarte, «dass die Sorgfaltspflicht erfüllt wird». Die E-Mail-Nachricht blieb zunächst ohne Antwort. Am 1. Dezember doppelte der Mann mit einer schriftlichen Einsprache nach. «Zwei Erbberechtigte haben mich unaufgefordert und unabhängig voneinander informiert, dass es offensichtlich ist, dass mein Anteil zu klein ist», heisst es darin. Es sei unverständlich, dass ein Erbvermögen verteilt werde, ohne dass die Erbgemeinschaft zuvor die Buchhaltung gesichtet und freigegeben habe.

Nicht der erste Fall

Amherd antwortete noch gleichentags, sie werde «die Verteilung überprüfen». Am 18. Dezember 2013 gab sie in einem Brief an sämtliche Erbberechtigte den Fehler zu: «Inzwischen habe ich die Abrechnung noch einmal überprüft und musste feststellen, dass diese tatsächlich einen Rechnungsfehler enthält», so Amherd. Das Resultat der Überprüfung war noch schlimmer als vermutet: Nur einer von insgesamt acht Erben beider Familien (der In-Albons und der anderen) erhielt den korrekten Betrag zugesprochen, fünf bekamen zu viel, zwei zu wenig, wie Viola Amherd in ihrem Schreiben vom 18. Dezember selber festhält. Bis heute ist der Fall nicht restlos bereinigt.

Diese Ungereimtheiten sind nicht die einzigen, die der Bundesratskandidatin zu schaffen

Viola Amherd: «Ich weise die Darstellung in aller Form zurück.»

machen. Bereits zuvor wurden ähnliche Fälle publik: Ein Walliser Bezirksgericht verurteilte Viola Amherd und ihre Schwester in erster Instanz, weil sie während Jahren zu viel Miete kassiert hätten. Laut Gericht müssen die beiden über 250 000 Franken zurückzahlen. Sie ziehen das Urteil weiter. Im zweiten Fall ging es um ein Notariatshonorar von rund 40 000 Franken, das Amherd mit anderen Notaren hätte teilen müssen, aber für sich behielt. Der Staatsrat verpflichtete sie zur Rückzahlung («Diskrete Einstreicherin», *Weltwoche* Nr. 42/18). In einem dritten Fall warf ihr die *Rote Anneliese*, die Zeitung der Oberwalliser Linken, vor, in ihrer Zeit als Stadtpräsidentin von Brig-Glis Aufträge an ihren Büropartner vermittelt zu haben.

Zu den Vorwürfen der Erbgemeinschaft In-Albon sagt Viola Amherd: «Ich weise die Darstellung in aller Form zurück. Zu Details kann ich mich wegen des Notariatsgeheimnisses nicht äussern. Falls mich sämtliche Erben vom Amtsgeheimnis entbinden, kann ich Stellung beziehen.» Das sind erstaunliche Aussagen. Amherd bestreitet gegenüber der *Weltwoche* allen Ernstes die Fehler und Unterlassungen, die sie selber bereits – schriftlich dokumentiert – zugegeben hat. ○

Banken

Schatzkarte für den Kronprinzen

Der Schweizer Finanzplatz ist in Aufregung. Ab Herbst 2019 wollen Bundesrat und Parlament Bankkundendaten nach Saudi-Arabien liefern. Jetzt regt sich Widerstand. Von Florian Schwab

Peter X* ist alarmiert. «Meine Kunden haben Angst davor, dass ihre Bankdaten in falsche Hände geraten.» Der Vermögensverwalter arbeitete längere Zeit für das Mittelost-Geschäft einer Grossbank, bevor er sich mit Schwerpunkt Saudi-Arabien selbständig machte. Da er ab und zu nach Saudi-Arabien fliegt, will er unter keinen Umständen, dass sein tatsächlicher Name publik wird. Er ist nicht der einzige Vertreter der Finanzbranche, der vor der nächsten Jahr geplanten Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) mit Saudi-Arabien warnt. Die *Weltwoche* konnte mit mehreren Kennern des Bankengeschäfts mit dieser Kundengruppe sprechen.

Den Angehörigen der saudischen Oberschicht, berichten die Quellen, sei ein Vorfall vor einem Jahr durch Mark und Bein gegangen. Im November 2017 liess der junge Kronprinz Mohammad bin Salman das Hotel «Ritz-Carlton» in Riad schliessen. Für die folgenden drei Monate funktionierte er das Luxushotel in ein Gefängnis um, in das er vermeintliche Rivalen zwangsweise verbringen liess: vor allem Geschäftsleute, aber auch Prinzen und ehemalige Minister. In der internationalen Presse bekam der Vorfall den Namen «Ritz-Carlton Crackdown». In der Zwischenzeit kam es offenbar immer wieder zu kleineren, ähnlichen Aktionen.

Wirtschaftliche Machtausdehnung

Was genau im Riader Luxushotel geschah, ist nur schwer durchschaubar. Nach Darstellung des Regimes ging es um die Bekämpfung der Korruption. Die *New York Times* berichtet allerdings, Gefangene seien gefoltert worden. Mindestens siebzehn hätten notfallmässig in Krankenhäuser verbracht werden müssen. Ein Armeegeneral sei an den Folgen seines Aufenthalts im zweckentfremdeten «Ritz-Carlton» gestorben. Nachprüfbar sind diese Angaben zwar nicht – die saudische Regierung bestreitet sie –, aber sie decken sich mit der Lagebeurteilung der Bankkundenberater, von denen einige selber regelmässig ins Land reisen.

Laut *New York Times* konnten sich manche Gefangene freikaufen, indem sie grosse Geldsummen, Immobilien oder Unternehmensbeteiligungen an das nähere Umfeld bin Salmans übertrugen. Alles, was man im Westen über den Kronprinzen weiss, verdichtet sich

zum Bild eines jungen Herrschers, der relativ brutal aufräumt und die eigene Macht zementiert – offenbar auch die wirtschaftliche. Eine Sammlung Schweizer Bankdaten wäre hierzu eine Art Schatzkarte.

Für den Schweizer Bankenplatz steht einiges auf dem Spiel. Laut Schätzungen eines befragten Bankiers dürfte sich das in der Schweiz verwahrte Vermögen aus Saudi-Arabien auf gegen hundert Milliarden Franken belaufen. «Diese Gelder sind in Gefahr», sagt auch Peter X. Manche Kunden überlegten sich, ihr Guthaben auf Finanzplätze wie die USA, Hong Kong oder Singapur zu verschieben, die keinen AIA mit Saudi-Arabien haben. Andere sind dabei, ihren steuerlichen Wohnsitz aus Saudi-Arabien wegzuverlegen, um den drohenden Schweizer Datenlieferungen auszuweichen.



Kronprinz Mohammad.

Kurz nach dem «Ritz-Carlton Crackdown» beschloss das Schweizer Parlament im letzten Dezember auf Antrag des Bundesrates, mit der Regierung ebendieses Landes den automatischen Informationsaustausch (AIA) von Bankkundendaten einzuführen. Erstmals im Herbst 2019 sollen die Daten saudischer Kunden nach Riad übermittelt werden.

Jetzt sorgt der Fall des in Istanbul ermordeten Regimekritikers Jamal Khashoggi für Unruhe. Die sozialdemokratische Nationalrätin Susanne Leutenegger-Oberholzer, welche dem AIA mit Saudi-Arabien zugestimmt hatte, sieht es plötzlich anders: «Der AIA-Datenaustausch in Steuersachen ist sofort zu stoppen.» Und SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi bekräftigt, seine Partei sei weiterhin gegen den AIA mit rechtsstaatlich fragwürdigen Staaten.

Tatsächlich hat das Parlament noch ein kleines Hintertürchen eingebaut, das im weiteren Verlauf noch bedeutsam werden könnte. Bevor die Daten tatsächlich fliessen können, muss der Bundesrat die wirtschaftspolitischen Kommissionen beider Räte nochmals konsultieren. Hierzu fertigt das Finanzdepartement einen Länderbericht zu jedem Staat an, in dem der AIA 2019 neu eingeführt werden soll. Finanzminister Ueli Maurer (SVP) versprach damals laut NZZ: «Wenn beide Kommissionen Nein sagen würden, würde der Bundesrat diesen Austausch der Daten nicht vornehmen.» Das letzte Wort über den AIA mit Saudi-Arabien ist also noch nicht gesprochen.

* Name der Redaktion bekannt



Unerwartete Wende: Verteidigungsminister Parmelin.

Letztes Gefecht

Das Konzept zur Luftverteidigung ist das bisher wichtigste Geschäft von Guy Parmelin. Seine Bundesratskollegen schiessen quer. Wechselt er bald das Departement?

Von Hubert Mooser

Eine grosse Lagerhalle der Firma Liebherr in der Industriezone von Bulle im Greyerzerland. Es ist ein seltsamer Ort, an den es Verteidigungsminister Guy Parmelin (SVP) am letzten Samstag verschlagen hat. Auf den ersten Blick sieht es nach einem Firmenevent aus. Überall sieht man Fahnen mit dem Logo von Liebherr. Das Servicepersonal serviert in Liebherr-Farben. Liebherr hat auch alles bezahlt, den Aufbau der Bühne, die Beleuchtung, die Tontechnik, den Kaffee und die Gipfeli am frühen Morgen, Wein, Pizza und Schinkengipfel zum Apéro und das Mittagessen in der firmeneigenen Kantine.

Doch es geht nicht um Liebherr, sondern um kommunale Politik. Der Freiburger Gemeindeverband hat für seine Generalversammlung beim grössten Arbeitgeber im Kanton Gastrecht erhalten. Alles, was in der Freiburger Politik Rang und Namen hat, ist aufmarschiert: der gesamte Staatsrat, Grossräte, die Vertreter der Kommunen, SVP-Nationalrat Jean-François Rime, Nationalratspräsident Dominique de Buman (CVP), Nationalrat Jacques Bourgeois (FDP), SP-Präsident und Ständerat Christian Levrat und – mittendrin – der Verteidigungsminister, Bundesrat Guy Parmelin, mit Informationschef Urs Wiedmer an seiner Seite. Später stösst noch VBS-Generalsekretärin Nathalie Falcone dazu. Noch nie gab sich ein Bundesrat bei diesem Stelldichein der Freiburger Politik die Ehre.

Was brachte Parmelin dazu, in dieser Lagerhalle aufzutreten? Beim Apéro gibt der Verteidi-

gungsminister selber die Antwort: «Der Kanton Freiburg ist ein wichtiger Partner des VBS.» Es gebe hier einige Einrichtungen der Armee, das Armeelogistikzentrum in Grolley oder den Waffenplatz Drogens. Der Auftritt verschaffe ihm aber auch die Möglichkeit, sein Projekt vorzustellen. Mit «Projekt» meint Parmelin den Planungsbeschluss über einen Acht-Milliarden-Franken-Kredit zum Kauf von neuen Kampfflugzeugen und Boden-Luft-Raketen.

Absturz im Bundesrat

Der Verteidigungsminister trommelt bereits für seine Vorlage im Hinblick auf eine künftige Abstimmung, dabei hat das Geschäft die erste Hürde, den Bundesrat, noch nicht passiert. Parmelin hat mit diesem Projekt in der Landesregierung einen schweren Stand. Erstens, weil er als SVP-Magistrat, der an der Parteilinie festhält, im Bundesrat unter einem gewissen Generalverdacht steht. Zweitens, weil er sich damit politisch in unbekanntes Terrain vorwagt. Statt das Volk über Anzahl und Typ der Kampffjets abstimmen zu lassen, sollen die Stimmbürger über die Luftverteidigung an sich ein Votum abgeben. FDP und CVP legen sich jedoch quer. Die FDP will die Kampffjet- und Raketenbeschaffung als normales Rüstungsgeschäft über die reguläre Armeebotschaft abwickeln. «Was Bundesrat Parmelin will, kommt einem sektoriellen Finanzreferendum gleich», findet FDP-Sicherheitspolitiker Walter Müller. Wenn das Schule

make, werde der Bund «bald handlungsunfähig». Die CVP will die Kampffjetbeschaffung im Militärgesetz verankern und das Volk wie in der Vergangenheit nur über den Kauf abstimmen lassen. Unterstützung erhält Parmelin von den Kantonen, der Wirtschaft und seiner SVP. «Kampffjets und Boden-Luft-Raketen gehören zusammen», betont der Nationalrat (SVP) und frühere Kampffjetpilot Thomas Hurter. Er finde es richtig, dass man beide Rüstungsgeschäfte in eine Vorlage packe. Er sei früher auch der Meinung gewesen, man solle neue Kampffjets wie ein normales Rüstungsgeschäft über die Armeebotschaft laufen lassen. Aber er habe sich überzeugen lassen, dass man mit einem Planungsbeschluss eher eine politische Mehrheit erreichen könnte. Mit einer vorgezogenen Abstimmung könne man auch den Kampffjetgegnern den Wind aus den Segeln nehmen.

Vor diesem Hintergrund präsentierte Parmelin dem Bundesrat letzten Mittwoch die gleiche Vorlage wie vor der Vernehmlassung. Trotz Widerstand von FDP und CVP war er überzeugt, er komme damit durch. Für einmal gab es auch keine kritischen Mitberichte. Aber die Diskussion im Bundesrat nahm eine unerwartete Wende, als SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga laut bundesratsnahen Kreisen die Frage an Parmelin richtete, ob er denn der Meinung sei, dass seine Vorlage mehrheitsfähig sei. Und so kam es unerwartet für den Verteidigungsminister zu einer lebhaften Debatte im Bundesrat.

Doris Leuthard (CVP) warnte Parmelin, so Insider, er riskiere mit der aktuellen Vorlage eine Rückweisung in der Sicherheitskommission. Parteikollege Ueli Maurer soll ihm geraten haben, die Vorlage mit Varianten von FDP und CVP zu ergänzen – damit das Parlament eine Auswahl habe. Kurzum: Parmelin muss wieder einmal eine Vorlage nachbessern.

Lob für seinen Sportsgeist

Wann er einen weiteren Anlauf nimmt, lässt Parmelin offen, aber der Planungsbeschluss ist das wichtigste Geschäft seiner bisherigen Amtszeit. Hier will er partout reüssieren, denn einiges ist bisher nicht nach Wunsch gelaufen. Als Verteidigungsminister hatte Parmelin einen schwierigen Start. Mutig sistierte er zwar gleich zu Beginn seiner Amtszeit die Beschaffung des Luftabwehrsystems Bodluf und beendete damit ein armeeinternes Hickhack um dieses Rüstungsgeschäft. Statt Lob bekam er dafür aber einen Rüffel von der Geschäftsprüfungskommission. Bei der Vorlage zur steuerlichen Privilegierung von landwirtschaftlichen Grundstücksverkäufen legte er seine persönlichen Interessen nicht offen, prompt deckte der *Tages-Anzeiger* die Interessenverflechtung auf. Blind vertraute er im Dezember 2016 den schweren Anschuldigungen seiner Armeechefs und seines Rechtsdienstes gegen den Oberfeldarzt Andreas Stettbacher und suspendierte diesen Knall auf Fall. Die Vorwürfe lösten sich später weitgehend in Luft auf.

Ausser bei der Kampfjetbeschaffung gebe es nicht viele Geschäfte, mit denen sich der Verteidigungsminister profilieren könne, sagen politische Weggefährten. Wenn nicht gerade ein islamistischer Terroranschlag die Welt in Atem halte oder die Fussball-Weltmeisterschaft stattfinde, sei der Verteidigungs- und Sportminister für das Publikum fast unsichtbar. Umso engagierter nutzt er jede Gelegenheit, sein Konzept zur Luftverteidigung nach aussen zu tragen. Der Planungsbeschluss könnte indes Parmelins letztes Gefecht als Verteidigungsminister werden.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass seine Partei, die SVP, nach über dreissig Jahren das Militärdepartement gerne einer anderen Partei überlassen würde. Parmelin wolle das Wirtschaftsdepartement (WBF) übernehmen, zu dem auch die Landwirtschaft gehöre, heisst es in Bern. Wenn man ihn selber danach fragt, setzt er ein unschuldiges Lächeln auf und schweigt.

Mit Parmelin käme ein gelernter Agronom ins WBF, was den Präsidenten des Schweizerischen Bauernverbandes, Nationalrat Markus Ritter (CVP), freuen dürfte – auch wenn dieser vorerst die Namen seiner Favoriten nicht nennen will. Ritter hat nur den einen Wunsch, «dass in Zukunft ein Bundesrat das freiwerdende WBF übernimmt, der auch eine gewisse Affinität zur Schweizer Landwirtschaft hat». Es gibt allerdings noch andere Interessenten. Auch die SP-Bundesräte Alain Berset und Simonetta

Sommaruga sollen auf das WBF schielen. Es könnte am Ende aber auch Karin Keller-Sutter (FDP) zum Handkuss kommen, sofern sie für Schneider-Amann in den Bundesrat gewählt wird. Leicht würde man es Guy Parmelin aber wohl auch als Wirtschaftsminister nicht machen – obwohl ihn eigentlich die meisten Parlamentarier als umgänglichen, senkrechten Magistraten schätzen.

Er vertrete seine Dossiers inhaltlich engagiert, aber emotional gelassen, leiste solide und fachlich kompetente Arbeit, beschreibt ihn SVP-Nationalrätin und Sicherheitspolitikerin Barbara Keller-Inhelder. Andere finden, Parmelin neige manchmal, wie halt viele Vertreter aus der Romandie, zu etwas ausufernden Erklärungen.

Parmelin habe einen «guten Reflex», wenn er mit einer Vorlage im Bundesrat scheitere, loben ihn einzelne Kollegen im Bundesrat. Er nehme die Kritik entgegen, bleibe entspannt und laufe danach nicht schlechtgelaunt durch die Gegend. Amüsiert nehmen die Bundesräte jeweils zur Kenntnis, wenn er am Mittwoch nach der Sitzung des Bundesrates, vor dem gemeinsamen Mittagessen, regelmässig ankündigt, jetzt müsse er Ehefrau Caroline anrufen. «Wir sehen uns die Woche über nicht sehr häufig», sagt Parmelin dazu.

Anders als es Parteikollege und Finanzminister Ueli Maurer beim AHV-Steuer-Deal getan hat, geht Parmelin nie auf Konfrontationskurs mit der eigenen Partei. Im Bundesrat diskutiert er engagiert über die Agrar-, Gesundheits- und Sozialpolitik, schreibt Mitberichte, wenn es um Europapolitik geht. Und zwischendurch trifft man ihn manchmal an Orten an, wo sich Bundesräte sonst nie blicken lassen: bei der Meisterschaft für Wasserfahren in Bern oder eben bei der Jahresversammlung eines kantonalen Gemeindeverbandes in einer Lagerhalle am Rande von Bulle. Aber das passt irgendwie zu ihm. ○

Parteien

Immerhin ehrlich

Bundesratskandidatin Heidi Z'graggens verbaler Fehltritt ist eine Wohltat.

Nun also das. Die vier möglichen CVP-Bundesratskandidaten präsentierten sich erstmals gemeinsam an einem öffentlichen Anlass. Ein älterer Herr stellte im Anschluss eine Frage, und als Ständerat Peter Hegglin abwehrend antwortet, ruft der Fragesteller dazwischen: «Jetzt kommt das wieder!», worauf die Urner Regierungsrätin Heidi Z'graggens sich lächelnd zu ihrer Nachbarin beugt und ihr zuraunt: «Dä isch en Depp». Dummerweise war das Mikrofon eingeschaltet und die Bemerkung im Saal wie auch auf der Livestream-Aufnahme zu hören. «Shit», kann man da nur sagen.

Schimpfen als Ventil

Die Schweiz hat ihren Skandal. «Peinlicher Faux-Pas», tadelte der *Blick* umgehend. Von «Beleidigung» war die Rede (*Aargauer Zeitung*) und der «lästernden» CVP-Politikerin aus dem Urnerland (*20 Minuten*). Der unterschwellige Tenor: Die schweizweit eher unbekannte Bundesratskandidatin ist dem nationalen Parkett nicht gewachsen, was sie mit diesem unmagistralen Fehltritt quasi unaufgefordert eingelöst hat.

So einfach ist es nicht, denn die entscheidende Frage lautet: Und wenn der Herr mit seiner langfädigen, eher auf Selbstinszenierung abzielenden Forderung tatsächlich ein «Depp» ist? Wie sollte man ihn sonst nennen? Einen «besorgten» Bürger? Eine Debattenbereicherung? Eine kommunikative Herausforderung?

Schimpfen ist urmenschlich. Ein Ventil. Wie ein Gewitterblitz nötig ist, dass sich die dunklen Wolken wieder verziehen. Wir fluchen, wenn wir uns irgendwo anstossen, wenn ein «Seich» passiert oder jemand sich wie ein «Halbschuh» anstellt.

Zur kulturellen Vielfalt der Schweiz gehören die verschiedenen Dialekte. Heidi Z'graggens pflegt ein wunderbares *Ürner Diitsch*. Auch sonst unterscheidet sich die Ausdrucksweise der Innerschweizer. Man ist hier rustikaler unterwegs. «Depp» oder «Tubel» gehören zum allgemeinen Repertoire. Selbst das Lob wird mit einem Kraftausdruck garniert: ein schlichtes «schön» wird zum «huere schön» aufgewertet.

Man kann Z'graggens Einlassung als wenig geschickt bezeichnen, aber sie war immerhin ehrlich. Etwas mehr Klartext würde der Politik und speziell dem Bundesrat durchaus guttun. Leider versuchte sie nachträglich, ihren Kommentar in ein «akustisches Missverständnis» umzudeuten. So reden Kommunikationsberater, sorry: So reden *gummige* PR-Schwätzer.

Peter Keller

Südafrika

Für den gesunden Tierverstand

Die Tierwelt auf der **MAKUTSI SAFARI FARM** betrachtet die Menschen als Ihresgleichen - ohne "gesunden Tierverstand" und mit der Sehnsucht nach einer Safarikur.

Pauschalangebote ohne Flug
1 Woche ab Fr. 1300
2 Wochen ab Fr. 1985



MAKUTSI SAFARIS AC

www.makutsi.ch

041 250 35 02
luzern@makutsi.ch

Konservative Rebellin

Marianne Binder war Fernsehmoderatorin und Kabarettistin, jetzt will sie Ständerätin werden. «Man muss in der Politik unterhalten können», sagt sie. Ihr liebstes Stilmittel ist die Provokation. Das macht sie in ihrer Partei, der CVP, zu einer raren Erscheinung. Von Erik Ebnetter und Nathan Beck (Bild)

Am Sonntagabend diskutierten im Schweizer Fernsehen vier Frauen über Feminismus. Um die Sendung zu bewerben, hatte Jonas Projer, der Moderator, auf Twitter gefragt: «Wieso soll es eigentlich zwingend ein «Missstand» sein, dass im Parlament weniger Frauen sind als Männer?» Marianne Binder freut das diebisch: «Jetzt habe ich die Debatte dort, wo ich sie haben wollte.» Binder hatte vor einigen Wochen in einem vielbeachteten Artikel geschrieben, dass Frauen im Schweizer Fernsehen systematisch untervertreten seien, ob schon gerade Journalisten den Politikern vorwerfen würden, Frauen zu wenig zu fördern. «So mache ich Politik», sagt sie. «Ich provoziere gerne, mich reizt der Widerspruch. Darum bin ich in der CVP.» Meint sie das ernst?

Es gibt frechere Parteien als die CVP. Das ficht Binder nicht an. «Wir ringen um unsere Positionen wie keine andere Partei. Das gefällt mir.» Ein SVP-Nationalrat, der eine Zeitung herausgibt, sagte kürzlich in einer Redaktionssitzung: «Wer heute noch in der CVP ist, hat die Orientierung verloren.» Es war mehr ein Witz, weniger ein Urteil, und Marianne Binder, die Präsidentin der CVP Aargau, kann darüber lachen, wie sie ohnehin über ziemlich vieles lachen kann. «Sie können Herrn Köppel ausrichten, dass wir genau wissen, was wir wollen», sagt sie. Und dann wird sie verbindlich: «Die Schweiz wäre ein anderes Land ohne die CVP, und kein besseres. Sie wäre weniger zuverlässig, weniger stabil. Sie wäre nicht mehr die Schweiz, in der ich aufgewachsen bin – und die ich liebe.»

Ein Herbsttag um 1900

Wir sitzen im Hotel «Blume» im Bäderquartier von Baden, an einem Tisch in der Galerie, bei Tee und Wasser. Überall hat es Pflanzen, im Atrium plätschert ein Brunnen, und irgendwo zwitschern Vögel. Schmale Säulen unterteilen das verschnörkelte Gelände, die orangen Wände sind mit Bildern behängt. Einmal klingelt minutenlang ein Telefon, doch niemand ist zu sehen und niemand zu hören. Marianne Binder hat ein Buch vor sich liegen und eine alte Postkarte. Sie hat diesen Ort als Treffpunkt vorgeschlagen, sie mag den Jugendstil, der hier dominiert, und die Ruhe. Ihren Mantel hat sie auf den Sessel neben sich gelegt, draussen zieht ein Herbsttag vorüber. Aber in welchem Jahr? 1900? 2018? Die Szenerie ist so zeitlos wie das schwarze Kleid, das Binder trägt.

Geboren wurde sie 1958 in Zürich, gross geworden ist sie in Untersiggenthal, in der Nähe von Baden, mit drei jüngeren Brüdern. Der Vater unterrichtete Deutsch an der Kantonschule, die Mutter arbeitete als Journalistin und Schriftstellerin. «Die Sprache spielte bei uns immer eine wichtige Rolle», sagt Binder. Regelmässig veröffentlicht sie eigene Texte, die im Stil meist ziemlich direkt und manchmal etwas verspielt daherkommen. Als sie jüngst das Schweizer Fernsehen kritisierte, schrieb sie: «Ich halte nichts von Quoten. Wer anderen eine Quote gräbt, fällt selbst hinein.» Sie bezog sich, ohne ihn zu nennen, auf Cédric Wermuth, ihren sozialdemokratischen Konkurrenten um einen Ständeratssitz im Aargau. Er, der sich als Feminist versteht, muss sich seit Wochen rechtfertigen, weshalb er sich um die Nomination bewarb und nicht eine Parteikollegin unterstützte. Binder amüsiert das prächtig.

Kürzlich machte sie öffentlich ein paar Sprüche über Wermuth, was einen Mann im Publikum ärgerte. «Er sagte zu mir, ich wollte ja auch als Frau gewählt werden», erzählt Binder. «Da sagte ich: «Ja, logisch! Wollte ich als Mann gewählt werden, würde es etwas kom-

«Ja, logisch! Wollte ich als Mann gewählt werden, würde es etwas kompliziert.»

pliziert.» Sie muss herzhaft lachen und beteuert nur halb glaubhaft, dass ihr Wermuth eigentlich leidtue. «Er ist ja das beste Beispiel, weshalb Frauenquoten nicht funktionieren.» Wer gut sei, setze sich durch, ob Mann oder Frau, man müsse nur wollen. «Wenn 60 Prozent der Frauen immer noch so wählen und abstimmen wie vor 1971, also gar nicht, dann sind doch nicht die Männer schuld, dass wir weniger Politikerinnen als Politiker haben», sagt Binder. Man kennt das Argument, denn sie wiederholt es zurzeit, wo sie nur kann.

Die jüngste Feminismus-Debatte, die Wermuth mit angestossen hat, kommt ihr gelegen. Redet er von patriarchalen Strukturen, erzählt sie aus ihrem Leben. «Ich war doch nie benachteiligt, also bitte.» Ihre Kindheit und Jugend schildert sie als Idylle. «Ich habe bis zwanzig eigentlich nur gelacht.» Sie besuchte das Seminar in Wettingen, wo sie einen linken Geschichtslehrer hatte, dessen Ideen ihrem Vater missfielen. Was sie in der Schule

hörte, vertrat sie zu Hause, und was sie zu Hause aufschnappte, propagierte sie in der Schule. «Ich hatte doch keine Ahnung, was ich finde. Ich dachte: Hauptsache, die anderen ärgern sich.» Es war, wie es klingt, eine unbeschwertere Zeit. Marianne Binder, die damals Keller hiess, schlüpfte in Rollen und spielte Politik.

Mittelpunkt einer Dynastie

Sie war kaum erwachsen, da erwartete sie der Ernstfall: Ihr Vater kandidierte 1979 als Christlichdemokrat für den Nationalrat. Er, ein Oberst im Generalstab, bat seine Tochter, die ihn politisch so oft geärgert hatte, um Hilfe im Wahlkampf. Sie machte sich begeistert an die Arbeit. Eines Tages lernte sie einen jungen Mann kennen, ein Jahr älter als sie. Er gefiel ihr, und sie erzählte ihm, was sie gerade tue. «Ich muss zehn Minuten auf ihn eingeredet haben, als er plötzlich sagte, sein Vater kandidiere ebenfalls für ein Amt. Ich fragte ihn: «Für welches denn?» – und dachte, vielleicht für die Schulpflege. Da sagte er: «Ständerat.»» Der junge Mann hiess Andreas Binder. Sie heiratete ihn drei Jahre später und bekam zwei Kinder. Heute bezeichnet die *Aargauer Zeitung* ihre Familie als die «CVP-Kennedys aus Baden».

Tatsächlich steht Marianne Binder im Zentrum einer christlichdemokratischen Dynastie. Anton Keller, ihr Vater, sass sechzehn Jahre lang im Nationalrat, und Jules Binder, ihr Schwiegervater, war Nationalrat und Ständerat und wäre fast Bundesrat geworden. Andreas Binder, ihr Mann, politisierte im Grossen Rat des Kantons Aargau, und Simon Binder, ihr Sohn, präsidiert die CVP Baden. Sie selbst, Marianne Binder, verantwortete jahrelang die Kommunikation der CVP Schweiz, sitzt im Aargauer Grossen Rat und führt die kantonale CVP. Seit 1979 gab es nur sechs Jahre, in denen kein Binder oder kein Keller aus Baden ein hohes Amt in der kantonalen oder nationalen Politik innehatte. Marianne Binder-Keller, wie sie sich öffentlich nennt, hat in der Politik längst eine Rolle für das Leben gefunden.

Es ist ein «Patchwork-Leben», wie sie sagt. Einst studierte sie Archäologie, ohne abzuschliessen, später war sie Primarlehrerin. Sie moderierte Kindersendungen für das Schweizer Fernsehen, führte Interviews auf Tele M1 und trat als Kabarettistin auf. Es seien Erfahrungen, die ihr heute helfen würden: «Politik ist eine Bühne. Man muss Freude daran haben,



«Ich habe bis zwanzig eigentlich nur gelacht»: Aargauer Grossrätin Binder.

man muss unterhalten können.» Einmal schrieb sie einen Roman. Er heisst «Bleibt alles unter uns», was wörtlich zu verstehen ist, denn er blieb unveröffentlicht. Sie findet ihn gut, räumt aber ein: «Um einen Roman zu

schreiben, muss man eigentlich etwas gelitten haben.» Sie mag ein Patchwork-Leben leben, aber eines ohne Nähte und Narben.

Gerade ist sie aus Paris zurückgekommen, wo sie ihre Tochter besuchte, die dort als Kli-

mawissenschaftlerin arbeitet. «Von mir kann sie die Intelligenz nicht haben, ich habe meine noch», sagt Binder und lacht. Es sind Sprüche wie diese, mit denen sie ihren Mann, einen erfolgreichen Rechtsanwalt und Honorarprofessor, an Familienfeiern gerne anzündet. Sie ist so elegant, als ob sie Paris nicht nur besuchten, sondern dort leben würde, und sie redet, wie man in der Schweiz eben redet, will man verstanden werden. Wenn sie über Gegner spricht, sagt sie «Cheibe», und wenn sie von Intrigen berichtet, fällt schon einmal das Wort *versecklet*. Sie ist direkt und charmant und erzählt offen und heiter aus ihrem Leben.

«Ich bin ein *Diheihöckler*», sagt Binder. «Wenn es Winter wird, mache ich Feuer und lese «Krieg und Frieden». Das ist Glück.» Sie habe zwar immer gearbeitet, aber ihre Kinder grosszuziehen, sei für sie das Grösste gewesen. Ohnehin müsse die Hausarbeit aufgewertet werden: «Alterspflege ist in unserer alternden Gesellschaft ein Beruf mit grosser Zukunft. Wir müssen dringend dafür sorgen, dass Menschen, die einen Haushalt führen, eine verkürzte Pflegeausbildung machen können.» Dass Linke und Liberale von «Herdprämie» sprechen, ärgert sie. Binder wiederum provoziert ihre Gegner, wenn sie zum Beispiel das Kopftuch bei Mädchen als Kindsmisshandlung bezeichnet. Über sich selbst sagt sie: «Ich bin katholisch in der Wolle gefärbt.» Nur wenn sie über ihren Glauben redet, macht sie Konzessionen an den Zeitgeist. Ihre Gebete bezeichnet sie als Meditation.

Schande von Baden

So gelassen sie an diesem Nachmittag wirkt, so kann sie sich doch auch richtig aufregen. Politik bedeute manchmal nur, den grössten Unsinn zu verhindern, sagt Binder. Sie deutet auf die Postkarte und das Buch vor sich. Die Postkarte stammt von 1909 und zeigt das Hotel «Rosenlaube» in Baden, wo ihre Mutter als Tochter einer alleinerziehenden Wirtin aufgewachsen ist. Die Grossmutter beherbergte im Zweiten Weltkrieg jüdische Flüchtlinge im Hotel, was die Mutter in einem Roman verarbeitet hat. Das Buch bewahrt die Erinnerung, denn wo einst das Gebäude stand, an guter Lage im Bäderquartier, mit Blick auf die Limmat, erstreckt sich heute ein Kiesplatz. «Eine Schande», sagt Binder.

Sie zählt sich zu den Menschen, die nicht jede Veränderung als Fortschritt begrüssen, und will mit ihren Provokationen doch die Diskussionen im Land verändern. Frauen sollen am Fernsehen reden, aber nicht, weil sie Frauen sind, sondern, weil sie etwas zu sagen haben. Wenn alles bleiben soll, wie es ist, muss sich alles ändern. Müsste man Marianne Binder ein Etikett anhängen, es stünde «Konservative Rebellin» darauf geschrieben. ○

Teilzeit-Nation Schweiz

Ein Vorstoss verlangt, dass Bundesräte künftig zu zweit im Jobsharing-Modell arbeiten sollen. Was wie ein Gag daherkommt, ist längst Realität: Immer weniger Schweizerinnen und Schweizer arbeiten Vollzeit. Mit volkswirtschaftlichen Folgen. *Von Peter Keller und Masha Manapov (Illustration)*



Persönliche Selbstoptimierung zuungunsten der Allgemeinheit.

Zuerst dachte man an einen verfrühten Aprilscherz: Die Berner Stadtregierung soll Teamkandidaturen für die Exekutive prüfen. Künftig sollen Berner Politikerinnen und Politiker die Möglichkeit haben, zu zweit für ein Amt im Gemeinderat, wie die Exekutive in der Bundestadt heisst, anzutreten. Die zeitlichen Anforderungen würden einen grossen Teil der potenziell daran Interessierten und dafür Geeigneten ausschliessen, meinte einer der Postulanten. Dessen Parteikollege von der SP ergänzte, man wolle Kaderfunktionen einer breiteren Bevölkerungsgruppe zugänglich machen. Er denke dabei an Eltern, Menschen mit Behinderungen und solche, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht Vollzeit arbeiten wollten.

Bis auf die Vertreter der SVP stimmten alle Parteien dem Vorstoss zu, auch die Freisinnigen und die Grünliberalen. Kurz darauf griff die grüne Nationalrätin Aline Trede die Idee auf

Vielleicht wäre Didier Burkhalter bei einem 50-Prozent-Job dem Bundesrat erhalten geblieben.

und forderte auch für den Bundesrat ein Jobsharing-Modell. Wie die Ersatzwahlen für Johann Schneider-Ammann und Doris Leuthard zeigten: An zu wenig Bewerberinnen und Bewerbern würden die Team-Kandidaturen nicht scheitern. Zudem könnte man von An-

fang an geschlechtergerechte Tickets bilden und mit vierzehn Halbtax-Bundesräten auch die entlegensten Regionalansprüche aus dem MisoX bedienen. Vielleicht wäre bei einem 50-Prozent-Job auch der nicht eben als Workaholic verdächtige Didier Burkhalter dem Bundesrat erhalten geblieben.

Neben ernsthaften Vorbehalten (Unenteilbarkeit der Verantwortung) bietet das Modell von Teamkandidaturen zweifellos eine schöne Vorlage, um sich lustig zu machen – nur steckt dahinter ein längst stattfindender Gesellschaftstrend: Die Schweiz entwickelt sich zur Teilzeit-Nation. Arbeiteten 1970 erst 12 Prozent der Erwerbstätigen Teilzeit, sind es 2016 bereits 37 Prozent. Zur statistischen Definition von Teilzeit: Das sind jene Erwerbstätigen, die weniger als 90 Prozent arbeiten.

Dabei tut sich ein eklatanter Geschlechtergraben auf: Drei Viertel aller Teilzeit-Erwerbstätigen sind Frauen. Nur zwei von fünf Frauen arbeiten Vollzeit (41,2 Prozent). Allerdings nimmt der Anteil der Teilzeit arbeitenden Männer ebenfalls tendenziell zu. Allein seit 2009 von 12,9 auf 17,1 Prozent. Das Bundesamt für Statistik nennt zwei Hauptgründe für den Anstieg: einmal die insgesamt wachsende Erwerbsbeteiligung der Frauen (die wiederum traditionell mehr Teilzeit arbeiten) und dann die Expansion des Tertiärsektors. Im Gegensatz zum Gewerbe und zur Industrie sind Teilzeitstellen im Dienstleistungssektor besonders stark verbreitet (9 von 10 Stellen).

Steuersparmodell von links

Neben diesen äusseren Gründen spielen auch weichere Faktoren mit: Die neue Generation von Schweizerinnen und Schweizern verlangt nach mehr Work-Life-Balance, es geht um die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit, auch mit zwei Teilzeitstellen kommen Paare auf ein genügend hohes Einkommen. Also alles paletti? Paradies Schweiz? Teilzeit arbeiten und sich trotzdem einen überdurchschnittlichen Lebensstandard leisten können?

Zumindest Letzteres zeigt der europäische Vergleich: Nur die Niederlande weisen eine höhere Teilzeit-Erwerbsquote aus als die Schweiz. Auffallend ist: Niedriglohnländer wie Bulgarien, Slowakei, Tschechien, Ungarn oder Polen bilden das Schlusslicht mit unter 8 Prozent Teilzeit Arbeitenden. Der EU-28-Durchschnitt liegt bei rund 20 Prozent (2013), während sich die Schweiz in Richtung der 40-Prozent-Marke bewegt. Nochmals: Man

muss es sich leisten können, Teilzeit arbeiten zu gehen.

Der Trend zur Teilzeit birgt auch mehr oder weniger verdeckte volkswirtschaftliche Folgen. Die AHV lebt von den hohen Einkommen, die überdurchschnittlich – man könnte auch sagen zwangssolidarisch – in die erste Säule einzahlen. Viel mehr jedenfalls, als die Rente je wieder hergibt. Wer weniger als 21150 Franken Jahresbruttoeinkommen hat, ist nicht BVG-pflichtig. Das heisst, bei tiefen Teilzeitlöhnen entfällt die private Vorsorge (zweite Säule). Die AHV ist ohnehin

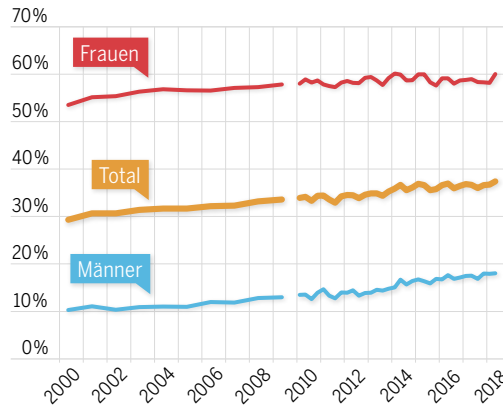
Die Jobsharing-Kultur beeinträchtigt die Effizienz und Organisation des Unterrichts.

strukturell unterfinanziert. Bei jenen, die zu wenig in die Sozialversicherungen einbezahlt haben, muss der Staat über Ergänzungsleistungen (EL) das fehlende Renteneinkommen aufbessern. Naturgemäss gehören Leute, die Teilzeit arbeiten, weit häufiger in diese Anspruchsgruppe. Keine Sozialversicherung ist in den letzten Jahren prozentual so stark angestiegen wie die EL. Die Ausgaben liegen heute bei 4,939 Milliarden Franken – pro Jahr.

Nicht selten ist die persönliche Selbstoptimierung des Arbeitspensums mit Negativfolgen für die Allgemeinheit verknüpft. Was im (halb)

Teilzeit-Erwerbstätige nach Geschlecht

Durchschnittliche Quartalswerte (resp. Referenzwert 2. Quartal bis 2009), ständige Wohnbevölkerung



QUELLEN: BFS, SAK

Eklatanter Geschlechtergraben.

staatlichen Sektor besonders ärgerlich ist. Die Feminisierung des Lehrerberufs hat zu rekordverdächtig vielen Teilzeitpensen geführt. Der Bildungsbericht 2018 zeigt auf, dass fast 70 Prozent der Lehrpersonen Teilzeit arbeiten. Abgesehen von unerwünschten pädagogischen Nebenwirkungen (gerade jüngere Schüler brauchen eine klare und präzise Bezugsperson), beeinträchtigt die Jobsharing-Kultur die Effizienz und Organisation des Unterrichts mit entsprechenden Mehrkosten. Zudem finanziert die Allgemeinheit eine teure Hochschulaus-

bildung, muss aber Tausende Pädagogen zusätzlich ausbilden, damit die Klassen und Lektionen überhaupt abgedeckt werden können.

In die gleiche Richtung weist die Entwicklung bei den Ärzten: Heute studieren mehrheitlich Frauen Medizin. Gemäss Ärztestatistik (2017) arbeiten Ärztinnen jedoch wesentlich weniger als ihre männlichen Kollegen: wöchentlich 6,9 Halbtage gegenüber 8,8 im ambulanten Bereich beziehungsweise 8,8 gegenüber 10,1 Halbtagen im stationären Bereich. Durch den Numerus clausus ist die Zahl der Medizinstudenten in der Schweiz begrenzt. Das Teilzeit-Verhalten verschärft somit den Ärztemangel – zusätzlich zur höheren Zahl der Berufsaussteigerinnen (rund 10 Prozent).

Jobsharing bei gutbezahlten Stellen führt zu viel tieferen Spitzenlöhnen, was sich unmittelbar bei der progressiven Einkommenssteuer auswirkt: In der Schweiz wird der Steuersatz bekanntlich umso höher, je mehr das Einkommen ansteigt. Müsste Doris Leuthard ihr volles Einkommen (440'000 Franken) in der Stadt Bern versteuern, käme sie gemäss comparis.ch auf 155'501 Franken. Beim von den Grünen vorgeschlagenen Jobsharing-Modell für Bundesräte wären je bloss 63'816 Franken fällig – macht einen Steuerausfall von 27'869 Franken. Ironie der Geschichte: das von links geförderte Teilzeit-Lebensmodell ist das wohl effizienteste Steuersparmodell. ○

BERUFS MESSE ZÜRICH

Zukunft? 🤖 Lehre! 🙌

Berufsmesse, Bewerbungscampus, Fotoshooting, Berufswahltest und vieles mehr

20. bis 24. November 2018 | Messe Zürich
www.berufsmessezuerich.ch | Eintritt kostenlos

Hauptsponsorin: Zürcher Kantonalbank

Unterstützt durch: Kanton Zürich, Bildungsdirektion, Berufsbildungsfonds

Schweizerische Eidgenossenschaft, Confédération suisse, Confederazione Svizzera, Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF, Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBI

Veranstalter: KGV (KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich), M.CH

Exit-Strategie für Schawinski

Der 73-jährige Roger Schawinski kann mit seiner Fernseh-Talkshow nicht ewig weitermachen. Auch nicht mit seinen Privatradios. Findet er rechtzeitig den Absprung?

Von Christoph Mörgeli

Der Wochenstart ist ihm nicht ganz nach Wunsch gelungen. In seiner Talkshow zu später Montagabendstunde konnte Roger Schawinski zwar wieder einmal einen Gast von wirtschaftlichem und politischem Format präsentieren. Magdalena Martullo stand schon lange auf seiner Wunschliste und sagte ihm endlich zu, um für die Selbstbestimmungsinitiative zu werben. Dabei parierte die Unternehmerin und SVP-Nationalrätin Schawinskis Bosheiten und Unterzüge so schlagfertig und überlegen, dass der Moderator am Schluss nicht nur aufgebracht, sondern sogar etwas angezählt wirkte. Jedenfalls hatte der Talk-Master, der verbale wie sonstige Wettkämpfe höchst ungern als Zweiter beendet, noch am übernächsten Tag an dieser Niederlage zu beissen.

In der Morgenkolumne seines Radio 1 tat Roger Schawinski das, was man bei Sportverlierern gemeinhin als Nachtreten bezeichnet. Vorab bescheinigte er seiner eigenen Sendung aber «riesiges Interesse», «gewaltige Einschaltquoten» und «extrem hohe Abrufzahlen». Diese bei ihm üblichen starken Worte sind zu relativieren, denn sein Marktanteil bei SRF liegt bei miesen 12,8 Prozent. Umso mehr waren ihm die 21,5 Prozent der Martullo-Sendung eine Sensationsmeldung wert – den höchsten je gemessenen Marktanteil erreichte bei «Schawinski» übrigens *Weltwoche*-Herausgeber Roger Köppel mit 33,5 Prozent.

Im Telefoninterview mit seinem eigenen Radio verlas Schawinski einen wohlvorbereiteten Text und bezeichnete Magdalena Martullo als «totale Kopie» ihres Vaters, die «nicht durch eigene Ideen und Konzepte glänzen» könne. Christoph Blocher selber habe im Bundesrat «keine besonders dicken Stricke verrissen». Mit ihren eigenen Bundesratsambitionen wolle Martullo die «grosse Schande ihrer Familie irgendwie wettmachen». Doch wenn es ihr nicht gelinge, dozierte Schawinski, «eigene Akzente zu setzen, sondern wenn sie



Im Guten wie im Schlechten: Schawinski bleibt Schawinski.

weiterhin immer nur nachbetet, was ihr Vater ihr vorgesetzt hat, wird sie nicht zu einer eigenen Persönlichkeit».

Keine Fan-Gemeinde

Selbstverständlich widerspricht diese nachgereichte Jauchedusche eines Gastgebers gegenüber einem ins öffentlich-rechtliche Fernsehen geladenen Gast den publizistischen Leitlinien von SRF. Auch dürften solche Disqualifizierungen kaum dazu beitragen, die Qualität der Gesprächspartner anzuheben. Roger Schawinski provoziert, polarisiert und

stösst mit seinem konfrontativen Befragungsstil viele Zuschauer vor den Kopf. Die vielen Leserkommentare bei *20 Minuten* online fielen jedenfalls grossmehrheitlich und mit teils drastischen Ausdrücken zu seinen Ungunsten aus. Eine Publikumsbefragung von Bluewin.ch kürte ihn zum mit Abstand unbeliebtesten SRF-Moderator. Dies dürfte ihm allerdings weniger ausmachen als die Tatsache, dass wichtige Köpfe aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft seine Sendung meiden. Denn sie befürchten durch die absehbaren Anrempe-lungen eine massive Beschädigung des Images. Hier liegt auch der Grund, weshalb Schawinski trotz seinem immer noch intakten Gespür für Themen mit seinem Format keine Debatten mehr auszulösen vermag.

Die ganz auf ihn zugeschnittene Talkshow «Schawinski» könnte – so wurde im Leutschenbach verschiedentlich vermutet – mit dem Abgang seines Freundes Roger de Weck als SRG-Generaldirektor gelegentlich dem Ende entgegengehen. Doch Nachfolgeplanungen scheinen nicht ernsthaft zu existieren. Das dürfte vor allem auch am Geld liegen: Die Produktion der montäglichen Talkshow ist mit 15 000 Franken pro Folge vergleichsweise billig. Dennoch müssen sich die neue SRF-Direktorin Nathalie Wappler und Spartenchef Jonas Projer gelegentlich Gedanken machen. In einem grossen

Interview mit der *Sonntagszeitung* wurde Roger Schawinski soeben gefragt, ob er keine Angst habe, dass ihm «irgendwann der Saft ausgeht». Er versprach fröhlich, er werde abtreten, bevor es ihm ergehe wie seinem «alten Freund» Heiner Gautschy. Dieser habe nämlich am Schluss den Namen seines Talk-Gastes vergessen. So versetzte Schawinski seinem verstorbenen «alten Freund» Gautschy noch ins Grab einen Tritt ans Schienbein.

Trotz solch kraftvoller Sprüche dürfte sich Schawinski seine nähere und erst recht fernere Zukunft beim Schweizer Fernsehen gut über-

legen. Das Talk-Format hat sich trotz redlichem Bemühen des Redaktionsteams abgenutzt. Schawinski bleibt Schawinski – im Guten wie im Schlechten: Unruhefister, Abenteurer, Rebell mit einem Mangel an jenen vertrauenswürdigen Qualitäten, die seiner Lebenserfahrung eigentlich angemessen wären. Auch gehören Humor und Selbstironie nicht unbedingt zu seinen Kernkompetenzen.

Genau wie Schawinski den Ausstieg aus der Moderatorentätigkeit plant, dürfte er geistig auch eine gelegentliche Exit-Strategie bei seinen Radiostationen vorbereiten. Das 2007 gegründete Radio 1 sowie das aus einer Konkursmasse erworbene Radio Planet 105 bereiten dem Medienunternehmen neben der Freude sicher auch einige Sorgen. Schawinski machte zwar vor einigen Tagen gute Stimmung: «Das Radio hält sich enorm gut. Moderiertes Radio liefert im Gegensatz zum Internet Emotionen, Menschen. Darum ist der Zuspruch gross und wird es auch bleiben.» Dass ein Eigentümer den Wert seines Unternehmens nicht kleinredet, kann man verstehen. Doch die Überalterung des Publikums ist beunruhigend, auch wenn sich Radio 1 bewusst an «Erwachsene» richtet. Doch die Jugendlichen wenden sich in Massen vom Radio ab.

Radio 1 in schwierigem Umfeld

Schawinskis Radio 1 schafft in der Deutschschweiz gerade noch einen Marktanteil von 1,42 Prozent. Damit liegt der Erfolgshungrige bei den Privaten im Raum Zürich hinter Radio Energy, Radio 24, Radio Züri und

Manche trauen ihm zum Abschluss noch einen doppelten Salto zu.

Radio Top, schafft es also nicht einmal aufs Podest. Der Marktanteil seines Planet 105 beträgt 0,34 Prozent. Daniel Büchi von Radio Energy hielt schon 2014 fest: «Es ist kein Geheimnis, dass Radio 1 seit Jahren Verluste macht und auf dem Hörermarkt in einer schwierigen Situation ist.»

Kann und will sich Roger Schawinski seine zwei Privatradios noch über Jahre leisten? Gewiss, er ist durch den Verkauf von Tele Züri ein vermöglicher Mann geworden. Doch von einer Performance wie jene der Firma Ems, deren Aktienwert unter Magdalena Martullo innert dreier Jahre um 50 Prozent gestiegen ist, kann der Radiobetreiber nicht einmal träumen.

So stellt sich die Frage: Wie befreit sich Roger Schawinski aus der Gefangenschaft seiner medialen Prestigeobjekte? Wie kommt der verdiente Medienpionier und einstigen Aufmischer der verkrusteten Staatsmedien einigermaßen heil vom hohen Seil? Manche trauen ihm zum Abschluss noch einen doppelten Salto zu. ○

Wirtschaft

Sears-Bankrott: Wo steht die Migros?

Gross, breit aufgestellt, beliebt und als Genossenschaft für alle offen: Die Migros sieht stabil aus, aber im Innern knirscht es.

Von Silvio Borner

Die traditionsreiche, von einem Finanzhain übernommene und überschuldete amerikanische Verteilerkette Sears scheint am Ende zu sein und muss gemäss Paragraf 11 Schutz vor dem Konkurs suchen und versuchen, sich zu restrukturieren und zu redimensionieren. Unsere Migros ist demgegenüber nicht nur das beliebteste Unternehmen in der Schweiz, sondern auch – allerdings selbsternannt – der nachhaltigste Grossverteiler der Welt, der 2017 allein für sein Solardach in Neuendorf mit 1,7 Millionen Franken KEV-Subventionen belohnt wurde.

Ist es vorstellbar, dass in zehn bis zwanzig Jahren auch unsere Migros am Abgrund steht? Aus ökonomischer Perspektive ist das nicht so unwahrscheinlich, wie viele Leute glauben. Aus folgenden Gründen:

1 — Die Migros ist im Food-Sektor fast ausschliesslich im stark abgeschotteten Schweizer Markt tätig und profitiert vom extremen Agrar- und Grenzschutz mit hohen Margen eher mehr als die Bauern. Diese Regeln sind aber nicht in Stein gemeisselt, und Liberalisierungen im Agrarbereich sind immer mit Druck auf die Margen der nachgelagerten Branchen verbunden. Die Bauern sollten sich darüber im Klaren sein und liberaler politisieren, indem sie Exportchancen gegen Migros-Abhängigkeiten abwägen. Zudem fördert die Digitalisierung die Internationalisierung des Direktvertriebs im Non-Food-Bereich immer stärker. Es verwundert daher auch nicht, dass die Migros im Gegensatz etwa zu Walmart oder Lidl nie im Ausland richtig Fuss fassen konnte.

2 — Die Migros ist ein wohl einmaliges Konglomerat mit vertikaler Integration und horizontaler Streuung in Banken, Versicherungen, Tankstellen, Fitness-, Gesundheits- und Bildungszentren, Reisebüros, Restaurants bis hin zu anderen Grossverteilern wie Globus und Denner sowie über siebzig Produktionsbetrieben in den verschiedensten Sparten. Immer wenn ich die Struktur von der Migros meinen amerikanischen Kollegen aus dem Bereich der Finanz- und Wettbewerbstheorie vorlege, schütteln diese verständnislos den Kopf. Der Trend geht bei Konzernen gänzlich in die

gegenteilige Richtung der Spezialisierung auf ein oder mehrere Betätigungsfelder mit einheitlichen Technologien, Kundensegmenten oder Absatzkanälen. Konglomerate können nicht von Synergien profitieren, sondern leiden unter Interessenkonflikten oder gar Quersubventionierungen, die mit der Zeit selbst die stärksten Sparten schwächen. Konglomerate sind die Dinosaurier der modernen und globalisierten Wirtschaft.

Auch eine starke Marke wie Migros wird mit der Zeit unter dieser Verzettlung leiden.

3 — Erklärbar werden die beiden ersten Schwächen wohl nur durch die genossenschaftliche Struktur oder die Eigentumsverhältnisse: Die Migros gehört ja uns allen und präsentiert stolz zwei Millionen Eigentümer, die allerdings ohne echte Mitwirkungsrechte sind. Das hat vor allem psychologische und politische Vorteile, weil die Migros

geltend machen kann, nur den Kunden oder immer stärker der Rettung der Welt vor der Klimakatastrophe zu dienen und nicht nach der Pfeife der geldversessenen Kapitalisten zu tanzen.

Nur macht sich, wie bei Raiffeisen kürzlich zu sehen war, eine fehlende Finanzkontrolle durch Aktionäre und Kapitalmärkte mit zunehmender

Der Trend geht bei Konzernen gänzlich in die gegenteilige Richtung.

der Grösse und zunehmendem Alter immer mehr negativ bemerkbar. Diese internen und externen Finanzkräfte hätten die Migros längstens entschlackt und verschlankt. Ihr Fehlen lässt das Management allmächtig werden und zementiert so auch «verrückte» Strukturen. Grossgenossenschaften sind in gewisser Hinsicht stabiler als Aktiengesellschaften am Kapitalmarkt. Nur: Wenn sie einmal ins Schleudern kommen, sei es wegen selbstherrlicher Manager oder falscher Marktaufstellung, dann werden Korrekturen extrem schwierig. Das Beispiel General Electric belegt in aller Deutlichkeit, wie schier unmöglich der geordnete Rückzug selbst für ein kapitalmarktfähiges Konglomerat wird, wenn der Zerfall in Einzelteile eingesetzt hat und die Kontrolle verlorengegangen ist.



«Verrückte» Strukturen.

Alternativlos falsch

Das Gesetz über den Einsatz von Sozialdetektiven hat vor allem einen Mangel: Es ist unnötig. Trotzdem bleibt dem Stimmbürger nur ein Ja, wenn er den Sozialmissbrauch bekämpfen will. Die Richter in Strassburg und Lausanne lassen ihm keine Wahl. *Von Alex Baur*



Mildeste Variante, wenn sich ein Betrugsverdacht aufdrängt.

Lange schien es, als wäre der Abstimmungskampf um das Sozialversicherungsgesetz gelaufen. Doch die vor allem in linken Kreisen beheimateten Gegner der «Privatschnüffler» mobilisieren auf allen Kanälen. Sie zielen vor allem auf liberale Kreise, mit juristischen Einwänden, die nicht a priori von der Hand zu weisen sind. So wird moniert, dass Privatermittler in offizieller Mission durch das Fenster eine Wohnung ausspähen und mit richterlichem Segen gar per GPS-Tracker einen Verdächtigen auf Schritt und Tritt verfolgen dürfen. Einiges bleibt wiederum unklar. Wie steht es etwa mit dem Einsatz von Drohnen? Das Gesetz schweigt sich darüber aus.

Die Kritik hat allerdings auch etwas Heuchlerisches. Würde man alle Einwände der Gegner berücksichtigen, könnte man getrost ganz auf Sozialdetektive verzichten. Doch das wirkliche Problem der Vorlage liegt weniger in den auslegungsbedürftigen Formulierungen als in der Tatsache, dass der Einsatz von Sozialdetektiven überhaupt auf Bundesebene reglementiert wird.

Bis zum 18. Oktober 2016 war die rechtliche Lage völlig klar: Privatdetektive haben in der Schweiz keinen Sonderstatus, sie haben nicht mehr Rechte als jeder andere Mensch, aber auch nicht weniger. Ihr Zeugnis wiegt vor Gericht gleich viel wie das eines beliebigen Bürgers. Detektive sind keine Polizisten, nicht einmal

Hilfspolizisten. Sie erheben keine Beweise im rechtlichen Sinne, sie sammeln lediglich Hinweise, die bei einer Begutachtung allenfalls berücksichtigt werden oder zur Eröffnung eines Strafverfahrens führen können. Sobald ein solches eröffnet wird, haben die Detektive bei den Ermittlungen nichts mehr verloren.

Lange drückten Behörden beide Augen zu Private Versicherungen greifen seit Urzeiten auf Detektive zurück. Es ist die mildeste Variante, wenn sich ein Betrugsverdacht aufdrängt. Schliesslich will man nicht gleich mit dem groben Geschütz einer Strafanzeige gegen einen Kunden auffahren, bevor man nicht konkrete Indizien in der Hand hat. Denn ein Strafverfahren ist oft mit Zwangsmassnahmen verbunden: Telefonkontrollen, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen, Zwangsvorführung, Untersuchungshaft.

Nicht anders hielten es die Gemeinden und Sozialversicherungen. Lange drückten die Behörden beim Verdacht auf Sozialbetrug beide Augen zu. Das war nach der Jahrtausendwende, als sich die Berichte über skandalöse Betrügereien häuften und die Sozialausgaben explodierten, nicht mehr möglich. Also taten die Beamten genau das, was sich in der Privatwirtschaft bewährt hatte: Sie engagierten bei einem Verdacht erst mal Detektive für eine Vorabklärung,

statt aufs Geratewohl eine Strafanzeige zu erstatten. Das System bewährte sich hervorragend und gab kaum je zu Klagen Anlass.

Die von linker Seite geäusserte Furcht vor Massenbespitzelungen und Vorverurteilungen erwies sich als unbegründet. Die Erfolgsquoten zeigen, dass die Gemeinden und Sozialversicherungen die Detektive nur bei einem konkreten Verdacht aufbieten. Fälle von über-eifrigen Privatschnüfflern sind nicht bekannt. Das ist sicher auch den internen Richtlinien und Reglementen der Ämter zu verdanken, welche den Einsatz der Detektive regeln.

In Genf akzeptabel, in Appenzell nicht

Eine Reglementierung der Detektive auf Bundesebene unterliess man dagegen ganz bewusst nach dem bewährten Grundsatz «Auf ein Gesetz, das nicht unbedingt nötig ist, sollte man unbedingt verzichten». Zum einen ist es sinnvoll, dass verschiedene Ämter verschiedene, auf ihre Klientel und ihre Bedürfnisse zugeschnittene Reglemente erlassen. Was für die Suva sinnvoll ist, kann für ein Sozialamt hinderlich sein. Ländliche Sozialämter funktionieren ganz anders als städtische: Was in Genf als akzeptabel gilt, wird in Appenzell vielleicht nicht goutiert. Zum andern wollte man den Privatdetektiven keinen offiziellen Status einräumen. Für sie galt, was für alle gilt.

Das alles änderte sich schlagartig am 18. Oktober 2016. Im Fall der Scheininvaliden Savjeta Vukota-Bojic gelangte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg zum Schluss, dass die Suva durch den Einsatz von Privatdetektiven die Privatsphäre der Klägerin verletzt habe. Die Schweiz musste Vukota-Bojic 23 000 Euro Genugtuung und Schadenersatz bezahlen. Zwar wurde der Beschattungsreport der Detektive, welcher zur Aufdeckung des Sozialmissbrauchs geführt hatte, nicht inhaltlich gerügt. Doch nach Meinung der Strassburger Juristen fehlte es in der Schweiz an einer gesetzlichen Reglementierung für den Einsatz von Privatdetektiven auf Bundesebene.

Das Bundesgericht erhob die Meinung der Strassburger Juristen zur neuen eidgenössischen Doktrin, die Sozialversicherungen verzichten seither auf den Einsatz von Detektiven. Die Bundesversammlung erarbeitete in der Folge das geforderte Gesetz, das nun zur Abstimmung vorliegt. Es ist ein schlechtes Gesetz. Aber es ist besser als kein Gesetz, sofern man den Sozialbetrug bekämpfen will.



Ist das clever? Film der Selbstbestimmungsgegner.

Digitaler Trash

Der Kampf um die Selbstbestimmungs-Initiative ist entbrannt – auch auf Social Media. Dort haben die Gegner die Nase vorn. Von Roman Zeller

Mobilisierung total» lautet die Devise der Selbstbestimmungsgegner. Voran schreitet ein Zusammenschluss namens «Allianz der Zivilgesellschaft / Schutzfaktor M». Ihre digitalen Werbebanner flackern auf Instagram und Facebook. «Gesponsert» steht fein gedruckt darüber. Gepusht wird auch ein Kurzfilm, in dem das trojanische Pferd das angebliche Lügenkonstrukt der Initiative symbolisieren soll. Hineingeschnitten wurden SVP-Nationalrat Roger Köppel, der schelmisch seinen Dolch streichelt, und Andreas Glarner, ebenfalls SVP-Nationalrat, dargestellt mit einem aufgespiessten Cervelat als Tattoo auf dem Oberarm. Glarner murmelt: «Kein Mensch merkt den Schwindel, dass es gar nicht mehr zu bestimmen gibt, sondern weniger.»

Auf Facebook erntete das Video fast fünfzigtausend Views, hinzu kommen zehntausend Klicks auf Youtube. *Blick*, *20 Minuten*, *Watson*, alle berichten sie über das Video – mit direktem Link zum Filmchen. «Tiefpunkt statt Debatte», titelte die *Basler Zeitung*. Das «Filmlit» erreiche eine «neue Qualität», politische Gegner würden nach amerikanischem Vorbild direkt diffamiert. Es sei eine Retourkutsche für die harten Abstimmungskampagnen der SVP. Digitaler Trash sozusagen. Die Frage ist nur: Ist das clever? Oder am Ende sogar kontraproduktiv?

53 Prozent der unter Dreissigjährigen seien «News-depriviert», steht im «Jahrbuch Qualität der Medien» der Universität Zürich. Diese Jungen seien zwar medienaffin, aber eben nicht zu Newswzwecken. Der Soziologe Stefan Schulz schreibt in der *NZZ am Sonntag*, dass mit den unter Dreissigjährigen «wie mit Freunden» gesprochen werden solle. Und Sven Ruoss, Digital-Experte an der Hochschule für Wirtschaft in Zürich, erklärt, dass es weniger auf den Inhalt als vielmehr auf das Zielpublikum ankomme: «Zu trashig gibt es fast nicht.» Es müsse nur der richtige Adressat mit der passenden Botschaft im dazugehörigen Format anvisiert werden. «Wer-

bung wird personalisiert», so Ruoss. Wie das funktioniert, zeigt Facebook: Im September 2018 waren 3,77 Millionen Schweizer auf der Social-Media-Plattform aktiv. Noch immer sind dort die 20- bis 29-Jährigen am stärksten vertreten. Will man seinen Beitrag zielgenau an potenzielle Stimmbürger richten, offeriert Facebook ein «detailliertes Targeting»: Personengruppen können nach bestimmten Merkmalen eingegrenzt werden. So können zum Beispiel junge Menschen mit Interesse an Menschenrechten oder am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte direkt angesprochen werden – in diesem Falle schätzt Facebook die Tagesreichweite auf 980 bis 6100 Nutzer. Diese sehen die Werbung auf ihrer persönlichen Startseite, automatisch und solange das festgelegte Werbebudget der Auftraggeber reicht.

Wichtige Stimmen

Susanne Rudolf, Kampagnenleiterin der Allianz der Zivilgesellschaft / Schutzfaktor M, will diese Zahlen, die Facebook selbst publik macht, nicht näher kommentieren: «Wir erreichen mit der Kampagne sowohl Personen, welche die Initiative ablehnen, als auch Unentschiedene und Initiativ-Befürworter», sagt sie. Für die Online-Werbung sei ein Budget von 10 000 Franken vorgesehen. Wie sprechen die Adressaten auf die Werbung an? Die *Weltwoche* testet: Wir schicken Cyrill, 21, angehender Start-up-Marketing-Verantwortlicher aus der Handy-Generation (*Weltwoche* Nr. 43/18), das Video mit dem trojanischen Pferd. «Genau solche Sachen sprechen mich an!», antwortet er. Es ist nicht die einzige Erkenntnis, die Susanne Rudolfs Kampagne stützt. «Die Stimmbeteiligung der jüngsten Generation ist konstant tiefer», sagt Georg Lutz, Direktor des Schweizer Kompetenzzentrums für Sozialwissenschaften. Folglich schlummern dort wichtige Stimmen. Vielleicht sind es für einmal die Jungen, die eine Initiative entscheiden – dank personalisierter Trash-Videos. ○

Gegenrede

Immer auf den Mann

Zum Artikel «Ein Problem namens Eisenegger» vom 25. Oktober.

Kurt W. Zimmermann wundert sich, weshalb die *Wochenzeitung* die beste Zeitung der Schweiz ist. Zuerst muss man präzisieren. Die *Woz* ist zusammen mit der *NZZ* die beste Zeitung, denn der Qualitätsunterschied ist minimal. Richtig aber ist, dass die *Woz* in den gemessenen Dimensionen Relevanz, Vielfalt, Einordnungsleistung und Professionalität sehr gut abschneidet. Sie legt den Akzent auf relevante Themen aus Politik, Wirtschaft und Kultur. Sie greift überraschende Themen auf und überzeugt in der Vielfaltsdimension. Sie liefert Hintergründe und hält journalistische Handwerksregeln hoch. Beispiele wie die Reportage «Die Dschihadisten von Bümpliz» (*Woz* Nr. 34/16) sind hervorragend gemacht, und sie finden Beachtung bis in liberale Kreise hinein. Und es sind keine Einzelfälle.

Kein Wunder, wurden der damalige *Woz*-Journalist Daniel Ryser (heute bei der *Republik*) sowie die damalige Chefredaktorin Susan Boos unlängst von der Medienbranche ausgezeichnet. Hier ein Auszug aus der Laudatio: «Eine solch intensive Beschäftigung mit einem Thema leistet sich sonst keine Zeitung mehr. «Chefredaktorin des Jahres» wurde Susan Boos von der *Woz*. Sie ermöglicht in ihrem Blatt noch grosse, zeitintensive Stücke, nicht nur von Ryser.» Sie werden nicht erraten, von wem dieses Zitat stammt! Exakt, von Kurt W. Zimmermann.

Zimmermann ist ein treuer Begleiter unserer Forschung zur Medienqualität. Kaum ein Jahr ist vergangen, ohne dass er mit einem Kommentar auf unser Jahrbuch reagiert hat. Das Grundmuster bleibt stets dasselbe: immer schön auf den Mann. Schon vor Jahren bezeichnete er den inzwischen verstorbenen Kollegen und damaligen Leiter des Projekts, Kurt Imhof, als «Gastrokritiker mit Allzweck-Zunge», «Derwisch-Soziologen», «Kulturpessimisten» oder «Werkstattchef», der sein «gigantisches Unwesen» treibe. Nicht weiter überraschend bin ich nun ins Fadenkreuz seiner journalistischen Liebeshwürdigkeiten geraten. Überraschend ist eher, wie rasch Zimmermann seine Meinung ändert, ganz nach Konrad Adenauer: «Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern». Neuerdings singt Zimmermann Lobeshymnen auf Kurt Imhof, die einen verwundert die Augen reiben lassen.

Auf Personen zu zielen, mag unterhaltsam sein. Eine konstruktive Medienkritik jedenfalls, die diesen Namen verdient und uns in der Sache weiterbringt, sieht anders aus. *Mark Eisenegger*

Der Autor ist Professor am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich.



«Soll Allah mich doch bestrafen!»: Rahima Akter im Kutupalong-Flüchtlingslager, Bangladesch.

«Wie Hühner in einem Käfig»

Rahima Akter hat grosse Träume: Sie will die bestgebildete Frau ihres Volkes werden. Sie gehört den Rohingya an, die in ihrer Heimat Myanmar als «Untermenschen» gelten. 700 000 sind auf der Flucht. Die tragische Geschichte eines stolzen Volks. *Von Sophie Mühlmann*

Rahimas Heimat ist das grösste Flüchtlingslager der Welt: Kutupalong-Balukhali, mit seinen baufälligen Hütten aus Bambus und Plastikplanen, dicht an dicht, so weit das Auge reicht. Hier, in der Nähe der Stadt Cox's Bazar im Süden von Bangladesch, wurde die Neunzehnjährige geboren. Das Camp, das sich weit über die schlammigen Hügel erstreckt, ist das einzige Zuhause, das sie kennt. Rahima Akter ist Rohingya – das allein wäre ein Hindernis.

Kutupalong liegt nur wenige Kilometer vom Golf von Bengalen entfernt, wo viele Rohingya buchstäblich gestrandet sind. Und nur wenige Kilometer vom Grenzfluss Naf, der Bangladesch von Myanmar trennt. Dies ist die vorläufige Endstation für diese Volksgruppe, die niemand haben will. Kaum eine Ethnie auf der Welt hat weniger Chancen, im Leben weiterzukommen, als diese muslimische Minderheit aus Myanmar. Aber Rahima will das nicht hinnehmen. Sie hat himmelhohe Träume: Sie will studieren und die bestgebildete Frau ihres Volkes werden.

Die Rohingya lebten seit Generationen im Rakhaing-Staat im Westen Myanmars, am Golf von Bengalen. Die britischen Kolonialherren hatten deren Vorfahren vor über 150 Jahren dort angesiedelt. Doch für die heutige Regierung dort sind diese Muslime keine der 135 offiziell anerkannten ethnischen Gruppen, sondern die verhassten «Bengalen».

«Meistverfolgte Minderheit der Erde»

Mit ihrer restriktiven Politik haben Myanmars Behörden die Rohingya über Generationen sämtlicher Rechte beraubt. Diese haben keinerlei Bürgerrechte, stattdessen wurde ihnen ein Apartheidsystem aufgezwungen, das sie isolierte und marginalisierte. In den Augen der myanmarischen Nationalisten sind die Rohingya nichts anderes als illegale Einwanderer, die sich viel zu schnell vermehren und keinen Schutz brauchen, keine Hilfe, keine Rettung. Sie sind Sündenbock und Fussabtreter, unterdrückt, verfolgt und diskriminiert,

sie stören nur. Die Rohingya sind entrechtet, staatenlos, die Ärmsten der Armen.

Laut Definition der Vereinten Nationen ist diese Volksgruppe die «meistverfolgte Minderheit der Erde». Längst spricht die Uno von «Völkermord». Doch die Krise, die ganze Karawanen von Menschen in die Flucht treibt, hat sich jahrzehntelang aufgebaut. Hunderttausende Rohingya sind über die vergangenen Jahrzehnte geflohen.

Der Massensexodus fand seinen traurigen Höhepunkt im Sommer 2017. Über 700 000 Rohingya flüchteten vor der myanmarischen Armee, die marodierend durch deren Heimatgebiete zog und mit entfesselter Grausamkeit mordete, vergewaltigte und folterte. Die Rohingya rannten um ihr nacktes Leben. Sie flüchteten nach Indien, nach Thailand oder Malaysia – oder eben zum muslimischen Nachbarn Bangladesch. Heute leben fast eine Million Rohingya hier in überfüllten Camps.

So auch Rahimas Eltern. Sie kamen in den frühen neunziger Jahren mit einer der ersten Flüchtlingswellen über die Grenze. Die Geschichte wiederholt sich. Damals hatten bereits rund 250 000 Rohingya den Rakhaing-Staat verlassen, um der Zwangsarbeit, der religiösen Verfolgung und den brutalen Attacken buddhistischer Mobs zu entkommen. Sie siedelten sich notdürftig in den Hügeln bei Cox's Bazar an – und blieben.

Doch das Flüchtlingslager ist für die Frauen, Männer und Kinder eine Sackgasse. Hier fristen sie ein Leben ohne jede Perspektive. Damals wie heute ist Bildung für die meisten Rohingya ein abstrakter Traum. Das Überleben hat Priorität, und junge Mädchen, wenn sie denn in Sicherheit sind, heiraten früh und bekommen Babys.

Rahima ist eines der ganz wenigen Mädchen, die überhaupt eine Schule besucht – und sogar abgeschlossen haben. Sie musste sich Tag für Tag aus dem Lager schleichen und die Beamten der bangladeschischen Schulbehörde bestechen, damit sie einen Platz in einer Klasse bekam.

Studieren gilt als Sünde

Denn für die über eine halbe Million Flüchtlingskinder in diesem Camp in den Hügeln ist Schulbildung kaum vorgesehen. Zwar wurden provisorische Unterrichtsräume errichtet, in denen bis zur fünften Klasse rudimentäres Englisch, Mathematik sowie burmesische Kultur gelehrt werden, aber nur höchstens ein Viertel der Kinder zwischen sechs und vierzehn findet dort einen Platz, so die jüngsten Zahlen der Unicef. Das Kinderhilfswerk nennt die Flüchtlingskinder daher eine «verlorene Generation».

Um an die weiterführende Schule in Cox's Bazar zu gelangen, rund zwei Stunden vom Flüchtlingslager entfernt, musste Rahima ihre

Rohingya-Identität abstreifen. Sie musste Bengali sprechen und sich wie ein Mädchen aus Bangladesch kleiden. Aber erst einmal musste sie ihren konservativen Vater davon überzeugen.

Der wollte sie am liebsten verheiraten – wie es bei Rohingya-Mädchen mit spätestens sechzehn Jahren üblich ist. Rahima weinte tagelang und flehte ihre Eltern an, weiter die Schulbank drücken zu dürfen. Es war schliesslich ihre Mutter Minara Begum, die sich für sie einsetzte. Sie selbst war noch fast ein Kind gewesen, als sie Myanmar in den neunziger Jahren verliess. Sie hatte nie eine Schule besucht und verstand die Sehnsucht ihrer ältesten Tochter. So überredete sie ihren Mann, stellte sich ausserdem schützend vor Rahima, als die Ältesten in der Flüchtlingsgemeinschaft ihre Tochter heftig kritisierten. In deren Augen ist Studieren für Mädchen eine Sünde.

Statt sich den überalterten Konventionen zu beugen, hat Minara Begum inzwischen drei ihrer vier Töchter zur Schule geschickt. Die Familie hat am Essen gespart, um die Schulgebühren aufbringen zu können. Für die Mutter von sechs Kindern bedeutet Bildung den Weg in eine bessere Zukunft. Den Ältesten hat sie gesagt: «Soll Allah mich doch bestrafen!» Mit ihrem Stigma als Flüchtlinge hätten sie sowieso die schlechtesten Startbedingungen.

«Wir sind Rohingya», so Rahimas Mutter gegenüber einem Reporter der Nachrichtenagentur AP. «Wir haben kein Land unter unseren Füssen. Wir haben keine Zukunft. Wir sind in derselben Lage wie Hühner in einem Käfig.»

Doch die Schulbildung für Rahima und ihre Schwestern macht sich schon bezahlt. Die Neunzehnjährige trägt seit einigen Jahren fleissig zum Einkommen ihrer Familie bei. Sie arbeitet als Übersetzerin für Hilfsorganisationen und

Journalisten und verdient damit mehr als ihre beiden Eltern zusammen.

Diesbezüglich ist der Bedarf gross. Seit rund einem Jahr strömen immer mehr Rohingya in das Flüchtlingslager – und endlich ist die Welt auf ihre Notlage aufmerksam geworden.

Diese jüngste Zuspitzung der jahrzehntelangen Krise begann im Oktober 2016, als sich Rohingya-Kämpfer im saudi-arabischen Exil zu einer Gruppe zusammenschlossen, um sich mit Gewalt der Unterdrückung entgegenzuwerfen. Sie nannten sich Arakan Rohingya Salvation Army (Arsa) und griffen Grenzposten im nördlichen Rakhaing-Staat an. Dabei wurden neun Grenzbeamte und vier Soldaten getötet. Myanmar's Armee schlug mit aller Kraft zurück. In brutalen Razzien durchkämmte sie die Dörfer. Ein buddhistisch-nationalistischer Mob schloss sich ihr an. Und die Militäroperation artete aus in blinde Grausamkeit, die die Menschen aus ihrer Heimat vertrieb.

Die Rohingya wurden von «Untermenschen» ohne Papiere und ohne Recht zu gejagten Tieren, ausgeräuchert aus ihren Dörfern, in denen sie zuvor schon wie Gefangene gelebt hatten. Bis zum vergangenen August flohen geschätzt 706 000 Menschen auf klapprigen Booten übers Meer oder über den Grenzfluss und strandeten in Bangladesch – ausgemergelt, verletzt und erschöpft: schwangere Frauen, Kinder, Alte, Jugendliche ohne jedes Hab und Gut. Sie brachten traumatische Erlebnisse mit, Geschichten von niedergebrannten Dörfern, Massenvergewaltigungen und brutaler Mordlust.

«Schweigen ist ein Kriegsverbrechen»

Nach Hinweisen von Uno-Beamten und Hilfsgruppen in den Lagern wurde eine Uno-Untersuchungskommission gebildet, um den Erzählungen auf den Grund zu gehen. Das Ergebnis: Die Menschenrechtsverletzungen und Misshandlungen im Rakhaing-Staat «zählen ohne jeden Zweifel zu den schlimmsten Verbrechen unter internationalem Gesetz». Die Militäroperationen gegen die Rohingya seien eindeutig eine «ethnische Säuberung». Nach Zahlen der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen wurden mindestens 6700 Rohingya ermordet, seit die Armee im August 2017 losgeschlagen hatte. Es gibt sogar Beweise dafür, dass die Sicherheitskräfte in Myanmar sich Wochen und Monate vor der Operation bereits darauf vorbereitet hatten: Rohingya-Zivilisten waren damals systematisch entwaffnet, andere Volksgruppen hingegen mit Waffen versorgt worden, und die Truppenpräsenz in der Region war verstärkt worden. Das Fazit der Uno-Kommission: Myanmar's Topgeneräle sollten wegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen belangt werden.

Myanmar hat all diese Anschuldigungen zurückgewiesen. In der offiziellen Version war die Militäroperation nichts weiter als eine direkte Antwort auf die Arsa-Attacken. Die Sicherheits-



Überleben hat Priorität: Kutupalong-Flüchtlingslager.



Inside Washington

PS: Kavanaugh

Ein neuer Senatsbericht entlastet Trumps Obergericht Brett Kavanaugh.

Eine Lüge kann um die halbe Welt reisen, während die Wahrheit immer noch ihre Schuhe bindet. Jonathan Swift

Chuck Grassley, Vorsitzender des Justizausschusses des Senats, hat seine Schuhe eng geschnürt und Richter Brett Kavanaugh weitgehend entlastet. Der von Republikanern angeführte Justizausschuss hat einen 414-seitigen Bericht über die Anschuldigungen wegen sexuellen Fehlverhaltens publiziert, die Brett Kavanaughs Nomination für das Oberste Gericht beinahe versenkt hätten.

Nachdem der Ausschuss vierzig Zeugen einvernommen, die elektronische Kommunikation, die Aussagen unter Eid und die FBI-Berichte ausgewertet hat, kommt er zum Schluss: «Es gibt keinen Beweis, der irgendeinen der Vorwürfe wegen sexuellen Fehlverhaltens stützen würde.» Vier von Kavanaughs Ankläger(innen) sind nun mit möglichen Strafverfolgungen wegen Falschaussagen und Behinderung der Justiz konfrontiert. Einer von ihnen ist Michael Avenatti, Anwalt von Pornostar Stormy Daniels, dem Ambitionen für die Präsidentschaft 2020 nachgesagt werden. Der Justizausschuss unterstellt ihm, er habe seine Klientin ermuntert, ihre Verleumdungen zu frisieren, wenn nicht gar zu erfinden. Avenatti weist den Bericht als «Abfall» zurück: «Es gibt keinen Beweis, dass meine Klientin oder ich irgendetwas falschgemacht haben.»

Der Bericht hält weiter fest: Die Yale-Universität wurde tatsächlich von einem zwanghaften Exhibitionisten terrorisiert. Es handelte sich indes nicht um Kavanaugh. Zudem gab eine der Anklägerinnen zu, sie habe ihre Anschuldigungen erfunden, «um Aufmerksamkeit zu erregen». Am Ende der Geschichte stellt sich eine Frage, die so alt ist wie Politik: Was tun, wenn der eigene Ruf beschmutzt wird? Für Richter Kavanaugh lautet die Antwort: Dienst im United States Supreme Court. *Amy Holmes*

kräfte gaben lediglich zu, im September 2017 zehn Rohingya-Männer im Dorf Inn Din getötet zu haben – ein Massaker, das von Journalisten recherchiert worden war und sich nicht mehr verheimlichen liess. Die beiden Journalisten wurden anschliessend verhaftet und zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt – weil sie angeblich Staatsgeheimnisse verraten hatten.

Die meisten anderen Gräueltaten lassen sich schwer überprüfen, unabhängige Beobachter durften nicht an die Orte, von denen die Rohingya geflohen waren. Myanmar Armee behauptet, muslimische Rebellen hätten die Dörfer der Rohingya selbst angezündet und die Menschen so dazu gezwungen, nach Bangladesch zu fliehen. Noch immer blockiert Myanmar internationale Ermittler, die auf seinem Boden Menschenrechtsverletzungen untersuchen wollen.

Gleichzeitig wächst die internationale Kritik an Myanmar De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi. Die Friedensnobelpreisträgerin scheue davor zurück, sich gegen das Militär zu stellen, denn sie wolle wiedergewählt werden – so der Vorwurf. «Schweigen ist ein Kriegsverbrechen» stand auf Plakaten bei Demonstrationen, die auf der ganzen Welt stattfanden.

Unterdessen ist die Situation in den Lagern rund um Kutupalong, wo die Masse von Neuankömmlingen auf die früheren Generationen von Flüchtlingen trifft, katastrophal. Die Camps sind gross und bevölkert wie Städte, verfügen aber nicht einmal über eine grundlegende Infrastruktur.

Hilfsorganisationen beklagen Mängel fast überall in den Lagern: Es fehlt an sauberem Trinkwasser, sanitären Einrichtungen, medizinischer Versorgung und eben Schulen. Die Arealitätsziffer liegt hier im Schnitt bei 13 Quadratmetern pro Person – internationale Regeln für Flüchtlingscamps sehen 30 bis 45 Quadratmeter vor. Die Hilfsgruppen fordern fast eine Milliarde Dollar, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Bis August ist gerade einmal ein Drittel davon aufgebracht worden.

Den aufnehmenden Ländern, besonders Bangladesch – immerhin eines der ärmsten Länder der Erde – und Indien, wo ebenfalls rund 40 000 Rohingya Schutz gesucht haben, wächst die Rohingya-Krise über den Kopf. Die Lager platzen aus allen Nähten. Die Ressourcen sind bis zum Äussersten gestreckt, doch der Not kann man nicht Herr werden.

Und so beschliessen Bangladesch und Indien nun, die Menschen zurückzuschicken. Anfang Oktober hat das indische Oberste Gericht erstmals sieben Rohingya-Flüchtlinge als illegale Immigranten nach Myanmar abgeschoben. Indiens Regierung stuft die Rohingya als «Gefahr für die nationale Sicherheit» ein. Das südasiatische Land wird von der hindu-nationalistischen Partei BJP regiert, die als extrem muslimfeindlich gilt.

Auch Bangladesch plant eine Repatriierung der Flüchtlinge, da die Regierung befürchtet,

der Geduldsfaden der Einheimischen könnte langsam reissen. Diese sind mittlerweile in der Minderheit in ihren eigenen Dörfern. Die Preise steigen, die Kriminalität wächst, Wälder wurden gerodet, um Platz für die Flüchtlinge zu schaffen. Man überlegt sich sogar, die Rohingya auf eine Insel im Golf von Bengalen abzuschieben, wo sie dann völlig isoliert leben müssten.

Die Regierungen Myanmar und Bangladeschs haben inzwischen vereinbart, Mitte November damit zu beginnen, Hunderttausende zurückzuschicken. Man habe den Rohingya nur «temporären Schutz aus humanitären Gründen gewährt», heisst es aus der Hauptstadt Dhaka. Ja, es handle sich um Glaubensbrüder, sunnitische Muslime, aber man verstehe schliesslich nicht einmal ihre Sprache. Die Rohingya selbst haben bei alledem keinerlei Mitspracherecht.

Rahimas Blick in die Zukunft

Das Flüchtlingshilfswerk UNHCR warnt nach wie vor, die Situation im Rakhaing-Staat sei «einer sicheren, würdevollen und nachhaltigen Rückkehr von Rohingya nicht förderlich». Der myanmarische Unterhändler sprach zwar von «Massnahmen», die im Rakhaing-Staat getroffen worden seien, um eine sichere Rückkehr zu gewährleisten. Aber Menschenrechtsgruppen gehen davon aus, dass es sich dabei lediglich um Transitlager handelt. Viele der Rohingya-Dörfer wurden plattgewalzt. An einigen Orten wurden bereits Militärbasen gebaut oder andere Volksgruppen angesiedelt.

Im Rakhaing-Staat leben nach Uno-Schätzungen immer noch rund 470 000 Rohingya in ständiger Angst vor ihren buddhistischen Nachbarn. Sie sind unterernährt, dürfen weder arbeiten noch zur Schule gehen und haben keinerlei Gesundheitsversorgung. 125 000 sind in Zentral-Rakhaing ausserdem in eingezäunten Camps eingepfercht. Die Regierung Myanmar hatte diese Lager 2012 errichtet, als es wieder einmal zu Zusammenstössen mit anderen Volksgruppen gekommen war. Die Menschen dort sind komplett von der Versorgung durch Hilfsgruppen abhängig.

Immer noch sind also die Flüchtlinge in den überfüllten Lagern in Bangladesch besser dran. Rahima Akter macht das Beste aus ihrer Situation. Sie arbeitet fleissig an ihrer Bewerbung für die Universität. Aber sie geht auch von Hütte zu Hütte und dokumentiert die Schicksale der Menschen, die im vergangenen Jahr Hals über Kopf über die Grenze gekommen sind: ihre traumatischen Erlebnisse, ihre Verluste und Ängste.

Rahima möchte ihre Recherchen öffentlich machen, sobald sie aufs College geht. Sie will Menschenrechte studieren. «Warum müssen Menschen ihr Leben in so einer Lage fristen?», fragt sie. «Eines Tages werde ich vielleicht in der Lage sein, meine Stimme zu erheben und für die Rechte der Rohingya zu kämpfen.» ○

Last der Geschichte

Von Hansrudolf Kamer — Europa gedenkt des Endes des Ersten Weltkriegs. Trump fliegt als Ehrengast ein. Die Ablehnung, mit der er empfangen wird, ist nichts Neues. Europa hat oft Mühe mit US-Präsidenten.



Präsident Trump wird am Sonntag an der Gedenkfeier in Paris zum 100. Jahrestag des Waffenstillstands im Ersten Weltkrieg teilnehmen. Er ist zwar nicht bekannt dafür,

dass auf seinem Nachttisch Geschichtsbücher liegen, die er jeweils vor dem Einschlafen verschlingt. Doch seine Politik reflektiert durchaus Verständnis für das historische Spiel der Mächte, mehr als bei einigen der europäischen Freunde.

Vor hundert Jahren war das ganz anders. Der Präsident war ein Demokrat, ein Intellektueller, wie er im Buche steht, der einzige in der amerikanischen Geschichte, der einen Dokortitel hatte. Woodrow Wilson war Professor, Vorsteher der Princeton University und Gouverneur von New Jersey. Er hatte wegweisende Bücher verfasst, darunter vor allem das noch nicht ganz vergessene «Congressional Government». Damit kann und – man vermutet – will Trump nicht konkurrieren.

Wilson's Kehrtwendung

Er wird auch nicht versuchen, in die Fussstapfen seines gelehrten Vorgängers zu treten, nicht weil sie zu gross wären, eher im Gegenteil. Der Blick in die Geschichte ist immer erhellend, auch wenn wir daraus nichts oder wenig lernen. Als sich Wilson nach Paris aufmachte, um an den Friedensverhandlungen teilzunehmen, hatte er das Vertrauen von Grossbritannien, Frankreich und Italien – seinen Alliierten im Krieg – bereits verloren. Nur Deutschland baute noch auf Wilson und hoffte, damit glimpflich davonzukommen.

In Washington war der überparteiliche Konsens über den Krieg und die Gestaltung des Friedens stark angeschlagen. Wilson hatte die Präsidentenwahlen 1916 gewonnen, unter anderem mit dem Versprechen, er werde Amerika aus dem Krieg heraushalten. Nur wenig später machte er eine Kehrtwendung. Seine Begründung wurde zum geflügelten Wort: Amerika ziehe in den Krieg, «to make the world safe for democracy».

Die Midterm-Wahlen von 1918 spülten republikanische Mehrheiten in beide Kammern des Kongresses, obwohl Wilson an die Wählerschaft appelliert hatte, seine Partei zu stärken, damit er seine Friedenspolitik ver-

wirklichen könne. Diese hatte er in 14 Punkte gefasst und im Januar 1918 verkündet, ohne sie mit den Alliierten abgesprochen oder im Kongress verankert zu haben. Sie skizzierten eine Neuordnung der revolutionär gärenden europäischen Staatenwelt, umfassten Territorialkorrekturen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, ein Verbot der Geheimdiplomatie und die Gründung eines Völkerbunds.

Es war eine Kopfgeburt. Zwanzig Tage vor den Zwischenwahlen hatte Henry Cabot Lodge, der republikanische Minoritätsführer im Senat, eine Motion eingereicht, die Wilson aufforderte, Deutschland in Verhandlungen nur eine bedingungslose Kapitulation («unconditional surrender») anzubieten. Das entsprach auch mehr den europäischen Vorstellungen. Der Waffenstillstand wurde schliesslich zu für Deutschland harten Bedingungen unterzeichnet.

Für Wilson war in Amerika die politische Unterstützung weggebrochen. Cabot Lodge nutzte die republikanischen Kongressmehrheiten dazu, ein Jahr später den gesamten Vertrag von Versailles und damit auch den Völkerbund bachab zu schicken. Wilson war desavouiert, Amerika zog sich aus Europa zurück, der Vorläufer der Uno erwies sich als Fehlkonstruktion. Die europäische Tragödie nahm ihren Lauf.

Hundert Jahre später könnte die Lage unterschiedlicher nicht sein. Das hindert niemanden daran, kopflose Vergleiche anzustellen. Trump wird von Hollywood-Grössen und wildgewordenen Demokraten mit Hitler verglichen. Dass Trump die Nato auf eine finanziell neue Grundlage stellen will, dass er liebgewonnene Arrangements wie das Klima-Abkommen, den Iran-Deal oder den INF-Vertrag gut begründet über Bord wirft, generiert Ärger in europäischen Regierungskanzleien. Doch jeder nur halbwegs historisch Interessierte weiss, dass die Europäer sich im 20. Jahrhundert nicht mit Ruhm bekleckert haben. Es waren die Amerikaner, die ihnen zwei Mal – eigentlich drei Mal – aus der Patsche helfen mussten.

Intellekt vs. Temperament

Trump ist die Antithese zu Wilson. Dieser war der gescheiteste, kultivierteste amerikanische Präsident von allen. Mit hohem IQ ausgestattet war auch der grosse Ingenieur, der Republikaner Herbert Hoover (1929–1933). Er hatte unter anderem nach dem Ersten Weltkrieg die Lebensmittelhilfe für Europa organisiert und mit seinem früher gegründeten Hilfswerk Belgien vor dem Hungertod bewahrt. Doch Wilson wie Hoover versagten als Präsidenten kläglich.

Erfolgreich waren andere. Franklin Roosevelt wurde nachgesagt, er habe einen zweitrangigen Intellekt, aber ein erstrangiges Temperament. Ronald Reagan wurde ganz ähnlich als dümmlich hingestellt, erwies sich aber als unheimlich instinktsicher und strategisch beschlagen. Es wird spannend, zu sehen, wo sich Donald Trump einreicht. Er ist auf jeden Fall ein Novize, der schnell lernt – hoffentlich auch aus der Geschichte.



Es war eine Kopfgeburt: Woodrow Wilson in Paris, 1919.

Unruhe hinter den Fassaden

Nordirland steht mit dem Brexit an einem politischen Wendepunkt: Die alten Gräben zwischen irischen Nationalisten und britischen Loyalisten öffnen sich wieder. *Von Rolf Hürzeler*

Rostbräunliche Chrysanthemen grüssen im kleinen Quartier Short Strand. Diese irisch-katholische Enklave im protestantisch-unionistischen Ost-Belfast war vor Jahren eine befestigte Trutzburg – verslumpf zwar, aber mit Stacheldraht sicher befestigt. Heute erscheint die Gegend kleinbürgerlich gepflegt mit Blumenbeeten, Hundehüttchen oder Trampolin im Garten. In der lokalen katholischen Kirche St Matthew's erinnerten früher Fotoposter an katholische Aktivisten, die während der Unruhen ihr Leben liessen. Heute keine Spur mehr von den Helden, die sich für ein vereinigtes Irland opferten. Dafür versichert die lokale Diözese auf einem Plakat, dass ihre Priester die sexuelle Integrität von Kindern respektierten. Belfast ist im Frieden angekommen. Ein Besuch in der nordirischen Hauptstadt vermittelt diesen Eindruck auf den ersten Blick.

Doch hinter den beschaulichen Fassaden dieser Stadt wächst die Unruhe. Denn die irischen Nationalisten und die britischen Unionisten wollen den Brexit gleichermaßen für ihre Sache nutzen. Gleichzeitig geistert weiterhin paramilitärische Gewalt durch die Stadt, vor allem in den durchmischten Gegenden von Nord-Belfast. Die «Troubles» – der Nordirlandkonflikt – der letzten fünfzig Jahre könnten zurückkehren, auch wenn sich beide Seiten zum Frieden bekennen.

Die Mehrzahl der protestantischen Unionisten will mit dem Brexit die Verbundenheit zwischen Nordirland und Grossbritannien vertiefen. Denn weg von der EU bedeutet auch mehr Distanz zum EU-Mitglied Irland. Die meisten katholischen Nationalisten sehen den Brexit dagegen als Chance, die Provinz in den irischen Wirtschaftsraum zu integrieren und sich von Grossbritannien zu lösen. Sie setzen auf eine Zollunion mit der EU und damit der Republik, was die meisten Loyalisten und die harten Brexit-Befürworter in London kategorisch ablehnen.

Das führt zu neuen Konflikten. Der durch das Karfreitagsabkommen von 1998 eingeläutete Friedensprozess zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen ist gefährdet. Diese Vereinbarung hatte damals die Zollgrenzen und die Sicherheitsbarrieren auf der irischen Insel aufgehoben. «Der Brexit wird nun die Zollgrenzen in neuer Form zurückbringen», so der Politologe David Phinnemore von der Belfaster Queen's University. Die Frage stelle sich, ob damit auch die Sicherheitskontrollen an den inneririschen Grenzübergängen erneut kommen werden.



Die soziale Misere hing wie schwerer Nebel in den Strassen: Belfast, 2011.

Falls dem so sein würde, wäre der Aussöhnungsprozess zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen gefährdet.

Denn Belfast ist ebenso wie die gesamte nordirische Provinz noch immer geteilt. Ein Besuch entlang der Antrim Road – an der ehemaligen «Mordmeile» des Konflikts – im ärmlichen Nord-Belfast führt dies vor Augen. Zahlreiche Läden haben verbarrikadierte Schaufenster, die Fenster der wenigen Pubs sind engmaschig vergittert. Die Spelunke «Cassidy's» wirkt so einladend wie eine Gefängnisfassade. Die paar

Ein Bericht konstatiert in fast der Hälfte der nordirischen Gemeinden paramilitärische Strukturen.

Männer hinter ihrem frühen Feierabendbier sind nicht im Gesprächsmodus und wollen schon gar nicht über den Brexit reden. Sie sind indes einig, London habe für die Provinz noch nie einen Finger gekrümmt. Das entspricht angesichts der Millionen-Subventionen, die jährlich von Westminster nach Ulster fliessen, der Wahrheit höchstens teilweise.

Gleich am Busstopp beim Pub zeigt ein Plakat der Polizei das blutige Gesicht eines jungen Mannes mit dem Hinweis: «Die Paramilitärs schützen dich nicht, sie kontrollieren dich.» Ein soeben veröffentlichter Bericht der Behör-

den konstatiert in fast der Hälfte der nordirischen Gemeinden paramilitärische Strukturen. Die Sprachrohre beider Seiten, der unionistische *Belfast Telegraph* und die republikanischen *Irish News*, sind sich einig, dass diese mafiaähnlichen Gruppierungen politischen Aktivismus und organisiertes Verbrechen mit Drogenhandel und Schutzgeldern verbinden. Am heftigsten agieren Splittergruppen der Republikaner, die sich von der traditionellen Bewegung Sinn Fein losgesagt haben, um ihre politisch-kriminellen Ziele zu verfolgen. Die Lokalzeitungen in Belfast berichten fast täglich von aktuellen oder vergangenen Gewaltdelikten sowie Gerichtsprozessen gegen angebliche Täter.

Stadt-Land-Konflikt

Diesen Befund bestätigt der Unterhausabgeordnete Sammy Wilson von der Democratic Unionist Party (DUP), der führenden politischen Kraft der britischen Loyalisten: «Die paramilitärischen Gruppierungen rekrutieren in Belfast und andernorts laufend Nachwuchs.» Wilson ist ein Politiker der Kumpelsorte. Etwas rundlich im Habitus, ein strahlendes Lächeln und leutseliger Witz. Er argumentiert jedoch hart in der Sache und ist überzeugt, dass die Warnungen vor neuer Gewalt wegen des Brexit «zynische Lügen sind». Wer wegen der EU-Frage neue Gewalt heraufbeschwöre, handle «verantwortungslos». Tatsächlich lässt sich der

Brexit nicht einzig auf den nationalistischen und unionistischen Gegensatz reduzieren: Pro- und Anti-Brexit-Haltungen sind auf beiden Seiten vertreten.

Die Mehrheit der DUP unterstützt wie Wilson eine «schnelle und saubere Trennung von der EU, damit wir wieder unsere Grenzen sichern können». Wilson ist überzeugt, dass dies keine neuen Grenzbefestigungen zwischen dem Norden und dem Süden bedeuten würde. Zollkontrollen könnten beim Lieferanten von Gütern oder bei Empfängern durchgeführt werden, «wie das zum Teil bereits heute geschieht». Laut seiner Prognose wird eine Trennung von Brüssel für Nordirland keine wirtschaftlichen Konsequenzen haben. Zumal Belfast und die gesamte nordirische Provinz bei einer geringen Arbeitslosigkeit von 3,1 Prozent prosperieren. Im Gegensatz zu den Zeiten der «Troubles» vor zwanzig Jahren, als die soziale Misere wie der schwere Nebel in den Strassen hing.

Traditionell war Belfast die Stadt der Unionisten, das ist sie heute nicht mehr. Die Republikaner haben eine knappe Mehrheit im Stadtrat, Sinn Fein stellt den Bürgermeister. Damit spiegelt Belfast die politische Entwicklung in ganz Nordirland, wie Politologe Phinnemore sagt: «Die Demografie spricht für die Nationalisten.» Ihr Bevölkerungsanteil ist im Lauf der letzten Jahrzehnte gewachsen. Vor diesem Hintergrund ist verständlich, weshalb die Unionisten den Brexit mit einer Grenze zur britischen Hauptinsel ablehnen. Für sie ist ein einheitlicher Wirtschaftsraum mit dem Rest des Vereinigten Königreichs unerlässlich und jede Anbindung an die irische Republik sowie die EU schlecht.

Zusätzlich zeichnet sich ein Stadt-Land-Gegensatz in dieser Frage ab – jenseits der politischen Couleur. Dies geht im Gespräch mit Ivor Ferguson hervor, dem Präsidenten der Ulster Farmers' Union: «Für uns sind zusätzliche Zollkontrollen, in welcher Form auch immer, eine Katastrophe.» Landwirtschaftlich seien die Provinz und die irische Republik zusammengewachsen. Gleichzeitig ist die britische Hauptinsel grösster Absatzmarkt für die nordirischen Bauern. Sie befürchten massive Wettbewerbsnachteile, falls ihre Produkte – vor allem das Schlachtvieh – mit höheren Abgaben belastet würden.

Zum Abschied zurück in die Kirche St Matthew's von Short Strand, wo die Seniorin Noreen für «eine kleine Andacht» hereinkommt. Sie trägt trotz der bitteren Kälte lediglich ein dünnes Nylonkleid, scheint aber nicht zu frieren. Sie habe ihr ganzes Leben hier verbracht, erzählt sie frohgemut. Heutesei der Flecken eine Oase des Friedens auf Erden. Früher dagegen seien die jungen Familien weggezogen, jetzt gebe es nicht einmal genügend Wohnraum für die Neuzuziehenden: «Dafür steigen die Hauspreise», sagt Noreen und lächelt. Aber mit vollem Namen möchte sie doch lieber nicht in der Zeitung erscheinen. Sicher ist sicher. ○

Nahost

Zweierlei Ellen

Gegen Saudi-Arabien packt die EU die Moralkeule aus. Dem Iran hingegen wird hofiert.

Von Pierre Heumann

In der Europäischen Union herrscht keine Freude über die Verschärfung der Iran-Sanktionen, die diese Woche von den USA in Kraft gesetzt worden sind. Seit sie US-Präsident Donald Trump im Mai angekündigt hat, suchen französische und deutsche Diplomaten nach Möglichkeiten, um Firmen, die trotz der Strafmassnahmen mit dem Iran handeln wollen, vor den USA zu schützen. Im Gegensatz zu Trump würden die Europäer gerne am Iran-Deal aus dem Jahr 2015 festhalten.

Doch es geht nicht nur um Atomprogramme. Politiker in Paris, in Berlin oder in Brüssel sprechen zwar gerne von ethischen Grundsätzen. Aber sie setzen sich für den ungehinderten Handel mit dem Iran ein, obwohl das Regime der Ajatollahs Menschenrechte mit Füßen tritt. So gehören Erhängen, Auspeitschen, Steinigung oder Amputationen zu den grausigen Strafen der Justiz. Frauen werden systematisch diskriminiert: Vor Gericht zählen ihre Aussagen nur halb so viel wie diejenigen von Männern. Im Erbrecht kommen Frauen ebenfalls schlechter weg als Männer.

Weltweit grösste humanitäre Krise

Während die EU-Politiker scharf hinschauen, wenn das Reizwort «Saudi-Arabien» fällt, und nicht genug anmahnen können, das Wüstenreich müsse bestraft werden, verschliessen sie gegenüber der Unrechtsjustiz Teherans die Augen. Sie blenden aus, dass sich Riad und Teheran in Sachen faire Justiz und Bürgerrechte nicht wesentlich voneinander unterscheiden.

Die EU will sich das Geschäft mit dem Iran nicht vermiesen lassen. Killerkommandos, die Teheran in den Westen aussendet, um Regimekritiker aus dem Weg zu räumen, sind für Europa kein Argument, um auf Distanz zum Iran zu gehen. Anders bei den Saudis. Nach dem entsetzlichen Mord am Journalisten Jamal Khashoggi steht das Königreich am Pranger. Weshalb aber nicht auch die Islamische Republik, die in letzter Zeit bereits zwei Mal versucht hat, Regimekritiker im Ausland umzubringen?

Dass Teheran seit Jahrzehnten systematisch Terrormilizen ausgebildet, finanziert und kontrolliert, ist für Brüssel ebenfalls kein Grund, auf den lukrativen Handel mit den Ajatollahs zu verzichten. Dabei schüren diese Milizen von Teherans Gnaden im ganzen Nahen Osten eine Krise nach der anderen – angefangen im Irak über Syrien und den Libanon bis nach Bahrain und in den Jemen. Im Gegensatz zu Teheran, das in der Region mit Hilfe dieser Terrorgruppen



Geschäft geht vor: Ruhani (l.), Kurz.

seine regionalen Machtambitionen verfolgt, ist Saudi-Arabien derzeit im Verteidigungsmodus. Riad will verhindern, dass im südlichen Nachbarland Jemen eine iranische Filiale entsteht. Für Riad besteht im Jemen eine Lose-lose-Situation. Lässt Saudi-Arabien die Expansion der von Teheran unterstützten Huthi-Terroristen zu, ist es bald von feindlichen iranischen Statthaltern umgeben. Weil Kronprinz Mohammed bin Salman das verhindern will, greift er seit drei Jahren im Jemen ein. Der Krieg hat schlimmste Konsequenzen für die dortige Bevölkerung. Experten sprechen von der weltweit grössten humanitären Krise. Der Nation droht eine Hungersnot.

Völlig zu Recht, wenn auch reichlich spät, fordert der Westen von den Saudis ein Ende der Kriegshandlungen. Wenn er dabei aber die Unterstützung der Huthi durch den Iran ausblendet, wird er der Komplexität der Lage nicht gerecht – und schon die Machthaber in Teheran.

Sie sollen, wenn es nach der EU ginge, aus der bevorstehenden Isolation befreit werden. Deutsche und französische Handelsstrategen setzen sich über ihre eigenen ethischen Grundsätze hinweg und versuchen, mit dem Iran im Geschäft zu bleiben. Um Trumps Strafmassnahmen gegen Sanktionsbrecher zu umgehen, möchten sie den Handel mit Teheran aus dem globalen Finanzsystem herauslösen und separat abwickeln. Dumm nur, dass sich die USA nicht austricksen lassen.

Der lange Abschied

Von Thilo Sarrazin — AfD und SPD werden auf absehbare Zeit die führenden Oppositionsparteien in deutschen Parlamenten sein.



Der frühere Ministerpräsident von Hessen, Holger Börner (SPD), von Beruf gelernter Maurer, sagte vor 36 Jahren, im Mai 1982, etwas sehnsüchtig: Früher, auf dem Bau, habe

man gewisse Konflikte mit der Dachlatte geregelt. Er bezog sich auf die Demonstrationen gegen die Startbahn West, einen der Ursprünge und eine der Kraftquellen der grünen Bewegung. Drei Jahre später – 1985 – vereidigte er den Grünen Joschka Fischer, der in weissen Turnschuhen vor ihm stand, als hessischen Umweltminister. . 33 Jahre später, bei der jüngsten Hessenwahl, zogen die Grünen mit 93 Stimmen Vorsprung an der SPD vorbei und wurden nach der CDU zweitgrösste Partei. Dass die SPD in ihrem Stammland von den Grünen deklassiert wurde, ist ein Vorgang von grosser symbolischer Bedeutung.

Auch die CDU wurde von ihren riesigen Stimmenverlusten im erfolgreich regierten Hessen am 28. Oktober ins Mark getroffen. Aber Angela Merkel eröffnete schon einen Tag später mit ihrem Verzicht auf den CDU-Parteivorsitz und der Ankündigung, zur nächsten Bundestagswahl 2021 ganz aus der Politik auszuscheiden, der Neuausrichtung ihrer Partei eine glaubwürdige Verfahrensperspektive. Als ihr wesentliches Erbe wird bleiben, dass sie durch die Öffnung der CDU nach links der SPD die grossen Themen geraubt und gleichzeitig durch eine rigorose Umweltpolitik die grünen Themen in die Union geholt hat.

Als neues Muster gilt offenbar: Wer «fortschrittlich» denkt und die Union nicht wählen will, stimmt für die Grünen. Die SPD ist als zweitgrösste Partei wohl endgültig durch die Grünen abgelöst worden. In den Umfragen auf Bundesebene pendelt sie bei 14 bis 15 Prozent. Das blamable Ergebnis von 20,5 Prozent bei der Bundestagswahl 2017 erscheint heute wie ein unerreichbarer Traum.

Selbstfindungsprozesse

Vor diesem Hintergrund wäre es für die SPD absolut irrational und politischer Selbstmord, in irgendeiner Weise Neuwahlen zu riskieren. Sie muss deshalb bis September 2021 treu zur grossen Koalition und zu Angela Merkel stehen. Ebenso wenig kann irgendjemand in der CDU/CSU ein Interesse an Neuwahlen auf

Bundesebene haben. Zu furchterregend ist die Lücke zwischen den gegenwärtigen Umfragerwerten von 24 bis 27 Prozent und dem Ergebnis der Bundestagswahl von 32,9 Prozent.

Ohne Neuwahlen gehört aber das Amt des Bundeskanzlers bis September 2021 zu den sichersten Arbeitsplätzen in Deutschland, denn Mehrheiten für ein konstruktives Misstrauensvotum oder auch nur der Wille dazu sind weit und breit nicht in Sicht.

Angela Merkel kann sich jetzt drei Jahre lang in Ruhe den Regierungsgeschäften widmen und den Selbstfindungsprozessen ihrer drei Koalitionsparteien aus der Distanz zuschauen:



Neues Muster: Kanzlerin Merkel.

– Im Kampf um den Parteivorsitz der CDU wird beim Parteitag im Dezember 2018 aller Voraussicht nach die Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer das Rennen machen. Für ihren Konkurrenten, den Gesundheitsminister Jens Spahn, kommt der Zeitpunkt der Entscheidung zu früh. Mit Kramp-Karrenbauer als Kanzlerkandidatin eröffnet sich 2021 die Perspektive für eine schwarz-grüne Bundesregierung, quasi die aktualisierte Neuauflage einer grossen Koalition.

– Horst Seehofers Tage als CSU-Parteivorsitzender und als Bundesinnenminister scheinen gezählt. Er ist zum Symbol des Scheiterns geworden und hat alle Chancen verstreichen

lassen, so viel taktisches Gespür wie Angela Merkel zu zeigen. Nicht einmal in der Flüchtlings- und Einwanderungsfrage hat er sich Glaubwürdigkeit bewahren können.

– Zur tragischen Figur scheint Andrea Nahles bestimmt. Sympathisch und frisch im Auftreten, hat sie doch in nur wenigen Monaten als Parteivorsitzende gezeigt, dass sie ihrem Amt weder taktisch noch strategisch gewachsen ist: Für das grün-bürgerliche Biotop ist sie nicht intellektuell genug, für die klassische Arbeiterschaft fehlt es ihr an Stallgeruch, und für den konservativen SPD-Wähler, der der Anziehungskraft der AfD zu erliegen droht oder schon erlegen ist, ist sie zu links.

Als kleinere Oppositionsparteien scheinen sich FDP und Linke dauerhaft zu etablieren, aber für beide ist keine Rolle in Sicht, die zum Regieren führen könnte: Nur die Grünen scheinen künftig noch stark genug für eine Regierungsmehrheit an der Seite einer durch die Merkel-Zeit strukturell geschwächten Union. Die Linke dagegen lebt traditionell von den Fundamentalisten, die sich von der SPD abgewandt haben, eine stabile, aber verlässlich kleine Grössenordnung. Die einzige Machtperspektive, die die Linke auf Bundesebene je haben könnte, wäre rot-rot-grün, was angesichts der SPD-Schwäche auf lange Zeit undenkbar erscheint.

Es verbleibt die AfD, die betont unbeachtet wie ein Elefant im politischen Raume steht. Sie ist jetzt in allen sechzehn Länderparlamenten und im Bundestag vertreten und häufig grösser als die SPD. Selbst im traditionell linken Hessen hatten bei der jüngsten Landtagswahl CDU, FDP und AfD zusammen mehr Stimmen als Grüne, SPD und Linke. Solange aber die AfD bei der politischen Koalitionsarithmetik ausgeschlossen wird, ist der klassische Regierungswechsel zwischen links und rechts in Deutschland unmöglich geworden. Das mag man noch für einige Jahre durchhalten, aber genau wie bei Grünen und Linken wird dies dauerhaft nicht möglich sein.

AFD und SPD werden auf absehbare Zeit die führenden Oppositionsparteien in deutschen Parlamenten sein. Das Schicksal der SPD wird auch davon abhängen, wie sie sich in diesem Wettbewerb behauptet. Es wird nicht reichen, wenn die SPD sich darauf beschränkt, auf den Oppositionsbänken in Bund und Ländern der verlängerte Arm der künftigen Regierungsparteien Union und Grüne zu sein.

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über die deutsche Politik.



Brief aus dem Silicon Valley

Die monatliche Kolumne zu den neusten Trends der Digitalisierung. Von Swisscom und Weltwoche.

Alles, was Sie müssen müssen.

Nächste Woche wieder in der *Weltwoche* mit dem Thema:
«Elon Musk Superstar – Warum das Silicon Valley zu Tesla steht»

Weitere Briefe aus dem Silicon Valley folgen:

Weltwoche vom 20. 12. 18

Weltwoche vom 17. 01. 19

Weltwoche vom 21. 02. 19

Weltwoche vom 21. 03. 19

DIE  **WELTWOCH**E

Ihr Kolumnist



Die Swisscom verfolgt weltweit das Geschehen in der digitalen Welt. Ihr Netzwerk reicht von Schanghai bis ins Silicon Valley. Einer ihrer führenden Spezialisten ist **Simon Zwahlen**. Aus erster Hand berichtet er monatlich für die *Weltwoche* über die neuesten Trends und faszinierendsten Entwicklungen.

Importierte Verbrechen

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagt, die Zahl der Kriminalfälle in Deutschland sei gesunken, trotz der Öffnung der Grenzen. Dabei verschleiert sie die Tatsachen. Internationale Vergleiche zeigen: Je restriktiver die Asylpolitik ist, desto weniger schwere Straftaten gibt es. *Von Max von Tilzer*

Die heftigen Kontroversen über die Vorfälle in Chemnitz Ende August dieses Jahres und danach in Köthen, Ravensburg oder Freiburg haben zu einer Eskalation der Konflikte im Zusammenhang mit der deutschen Flüchtlingspolitik geführt. Die öffentlichen Debatten verlagerten sich in der Folge immer mehr auf die von rechtsradikalen Randgruppen ausgehende Gefährdung, wodurch die primären Auslöser, die Todesopfer der Auseinandersetzungen zwischen Migranten und Deutschen, zunehmend aus dem Blickfeld verschwanden. Die Aussage von Angela Merkel in der Bundestagsdebatte vom 12. September, dass Deutschland zu den sichersten Ländern der Welt gehöre, diene genau diesem Zweck. Die Kanzlerin bekräftigte damit ihre am 19. Juni in der *Zeit* veröffentlichte Zurückweisung der Aussage von Donald Trump auf Twitter («Crime in Germany is up 10% plus [...] since migrants were accepted»), in der sie sagte, die Anzahl der Straftaten in Deutschland sei im vergangenen Jahr auf das niedrigste Niveau seit 25 Jahren gesunken.

Öffentlich zugängliches Zahlenmaterial zeigt, dass diese Aussage zwar nicht falsch ist, aber durch das Auslassen von Informationen zu Schlüssen führt, die nicht der wirklichen Situation entsprechen. Halbwahrheiten sind erfahrungsgemäss schwerer zu widerlegen als glatte Lügen. Daher müssen wir uns der Mühe unterziehen, einen genaueren Blick auf die verfügbaren Zahlen zu werfen. Wir vergleichen Werte aus der Zeit unmittelbar vor der massiven Zuwanderungswelle nach Europa mit den neuesten Daten. Es gibt grundsätzlich zwei Quellen, anhand deren man sich über die Kriminalität in einem Land informieren kann: die offiziellen Kriminalitätsstatistiken des Kriminalamts diejenige des jeweiligen Staates (in Deutschland des Bundeskriminalamts, BKA) und internationale Internetportale. Aus beiden voneinander unabhängigen Quellen ergeben sich leider für Deutschland wenig erfreuliche Schlussfolgerungen, die in krassem Gegensatz zu den beschönigenden Aussagen der Kanzlerin stehen.

Asylsuchende zwölfmal krimineller

Laut der Statistik des deutschen Bundeskriminalamts (Jahrbücher) kam es 1992 zu 6 291 519 Straftaten, 2004 zu 6 633 156 (höchste Zahl) und, nach einem Anstieg zwischen 2013 und 2016, 2017 zu nur 5 761 984 Straftaten. Das heisst also tatsächlich: um 8,4 Prozent weniger Straftaten als 1992. Die alleinige Betrachtung der Gesamtkriminalität ergibt aber ein verzerrtes Bild.

Denn bei dem immer noch geringen Anteil der neu eingewanderten Migranten an der deutschen Gesamtbevölkerung schlagen sich deren Verbrechen in der Gesamtkriminalstatistik noch nicht nieder. Um die Auswirkungen der Zuwanderung auf die Kriminalität in Deutschland wirklich beurteilen zu können, muss man die Anzahl der von Zuwanderern begangenen Straftaten der Gesamtzahl der Straftaten in Deutschland gegenüberstellen. Dies ist anhand

Bei Straftaten gegen das Leben stieg der Anteil von 4,2 auf 15 Prozent.

des am 8. Mai 2018 erschienenen «Bundeslagebilds 2017» des deutschen Bundeskriminalamts mit dem Titel «Kriminalität im Kontext von Zuwanderung» durchaus möglich. Das «Bundeslagebild 2017» erschien sechs Wochen vor der erwähnten Erklärung der Bundeskanzlerin.

Zwischen 2013 und 2017 stieg der Anteil der aufgeklärten Straftaten mit mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer an der Gesamtzahl der aufgeklärten Straftaten in Deutschland von 2,3 auf 9,3 Prozent. In beinahe sämtlichen Bereichen kam es zu einer massiven Zunahme: Bei Straftaten gegen das Leben stieg der Anteil von 4,2 auf 15 Prozent, bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung von 1,6 auf zirka 9,6 bei Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit von 1,9 auf 10,3 Prozent, bei Vermögens- und Fälschungsdelikten von 2,6 auf 9,1, Prozent bei Rauschgift-

delikten von 2,1 auf 8,7 Prozent, bei sonstigen Delikten von 1,3 auf 6 und bei Diebstahl von 4,3 auf 12,7 Prozent. Lediglich bei Eigentumsdelikten war zwischen 2016 und 2017 ein leichter Rückgang zu verzeichnen (1,6 Prozent).

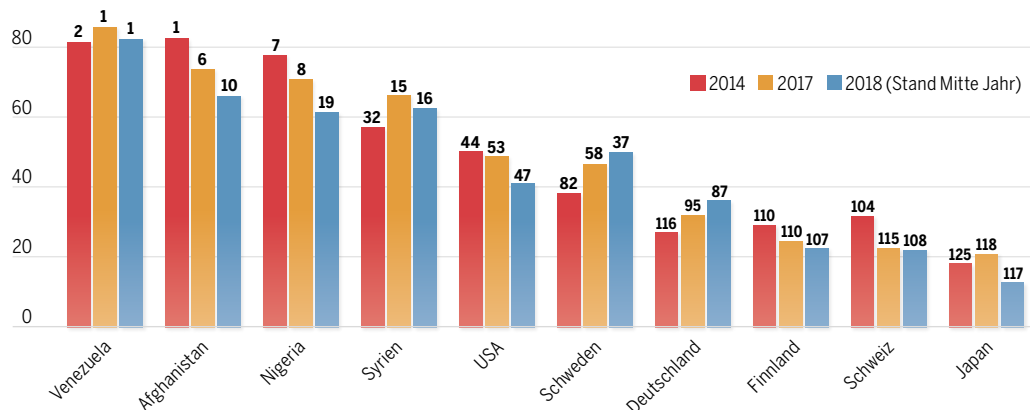
Der Bericht des BKA über das Jahr 2017 enthält des Weiteren die Aussage, dass die Gruppe der Asylsuchenden etwa 2 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte, ihr Anteil an den Tatverdächtigen aber bei 8,5 Prozent lag. Das heisst, dass Einzelpersonen aus dem Kreis der Asylsuchenden im Durchschnitt 12,4-mal so häufig kriminelle Akte begingen wie Deutsche, allerdings mit einem hohen Anteil von Wiederholungstätern.

Deutschland und Schweden stürzen ab

Internetportale veröffentlichen jährliche oder sogar halbjährliche Reihungen fast aller Länder der Erde in Bezug auf ein breites Spektrum von Parametern wie Kreditwürdigkeit, Lebenshaltungskosten, Gesundheit und eben auch Kriminalität. Sie sind unabhängig von politischen Prioritäten einzelner Länder und beruhen in der Regel auf einer grossen Anzahl von Eingangsdaten. Länderreihungen des Kriminalitätsindex beziehungsweise des daraus ableitbaren Sicherheitsindex, etwa vom Portal Business Insider, werden auch für Reisewarnungen genutzt. Da es eine grössere Zahl ähnlicher Statistikportale gibt, sind Vergleiche möglich, um die Verlässlichkeit der angegebenen Zahlen zu überprüfen. Bestehende Unterschiede zwischen den Angaben einzelner Portale erklären sich zumindest zum Teil daraus, dass sie

Gesamtkriminalität einzelner Länder zwischen 2014 und 2018, im Vergleich

Kriminalitäts-Indexpunkte und -Ränge der einzelnen Länder in der Gesamtliste der erfassten Staaten, hochgerechnet auf das ganze Jahr. Niedrige Ränge bedeuten hohe Gesamtkriminalität, hohe Ränge grosse Sicherheit.



QUELLE: Numbeo

In Deutschland hat die Kriminalitätsrate in den letzten Jahren deutlich zugenommen.



Nach der Zuwanderungswelle: Die Polizei kontrolliert einen Vorbestraften in der Berliner U-Bahn, 27. Januar 2018.

auf unterschiedlichen Kategorien von Eingangsdaten beruhen. Unter «Sicherheit» etwa gehen in manche Rankings neben der Kriminalität auch Aspekte wie Terror-Risiko oder Verkehrssicherheit ein. Einige Ranglisten enthalten auch Angaben zu verschiedenen Formen von Kriminalität wie organisiertes Verbrechen, Drogenkriminalität oder Gewalt gegen Frauen. Wo nicht anders angegeben, basieren die im Folgenden aufgeführten Zahlen auf Angaben des Statistikportals Numbeo.

Der Kriminalitätsindex von Numbeo bezieht sich auf das Gesamtausmass der Kriminalität einzelner Länder oder Städte pro Jahr, bezogen auf jeweils 100 000 Einwohner. Indizes unter 20 werden als sehr niedrig, solche zwischen 20 und 40 als niedrig, zwischen 40 und 60 als moderat, zwischen 60 und 80 als hoch und über 80 als sehr hoch eingestuft. Die Indizes beruhen bei dieser und ähnlichen Plattformen auf Befragungen einer hohen Anzahl von Quellen und entsprechen jenen anderer wissenschaftlicher oder staatlicher Umfrageergebnisse. Da die Länderreihungen von Numbeo zweimal im Jahr aktualisiert werden, vergleichen wir die Werte für 2014 und 2017 mit jenen der ersten Hälfte des Jahres 2018, hochgerechnet auf ein ganzes Jahr.

Die seit Jahren politisch instabilen Länder Venezuela und Afghanistan gehören in praktisch allen derartigen Rankings zu den gefährlichsten der Welt (siehe Tabelle). Am anderen Ende des Spektrums gelten die meisten europäischen Länder, einige Golfstaaten sowie wirtschaftlich hochentwickelte fernöstliche Länder als die sichersten, allen voran Japan.

Im Jahr 2014 waren die Kriminalitätsindizes der in der Tabelle angegebenen vier europäischen Länder ähnlich, wobei Schweden deutlich an der Spitze lag und Finnland den niedrigsten Wert aufwies. Dies galt auch für die meisten anderen europäischen Staaten. Die Situation änderte sich danach aber dramatisch: Während in Finnland und in der Schweiz die Kriminalitätsindizes sanken, nahmen sie in Deutschland bis 2017 um 18 Prozent zu. In der ersten Hälfte des Jahres 2018 beschleunigte sich diese Zunahme noch weiter, wodurch sich für Deutschland zwischen 2014 und der Mitte des Jahres 2018 eine Gesamtsteigerung um zirka 33 Prozent gegenüber 2014 ergab. In Schweden betrug die Zunahme zwischen 2014 und 2018 etwa 30 Prozent, ausgehend von einem im Vergleich zu Deutschland um 41 Prozent höheren Ausgangswert. Deutschland stürzte im internationalen Ranking der Gesamtkrimi-

nalität zwischen 2014 und Mitte 2018 um 29 Punkte, Schweden um 45 Punkte ab.

Sind die Flüchtlinge schuld?

Für die Beantwortung der Frage, ob diese alarmierende Zunahme der Kriminalität in Deutschland und Schweden auf die gesteigerte Zuwanderung von Asylsuchenden zurückzuführen ist, sind weniger deren Gesamtzahlen als die jährlichen Anzahlen erstmaliger Asylbewerber, bezogen auf die Einwohnerzahl des betreffenden Landes, aussagekräftig. Die bevölkerungsbezogenen Neuzugänge von Asylantern erreichten im Jahr 2016 ihre höchsten Werte und fielen 2017 im europäischen Durchschnitt auf 54 Prozent dieser Werte ab. Mit 8789 Asylbewerbern auf eine Million Einwohner lag Deutschland im Jahr 2016 mit Abstand an der Spitze; das waren 4,2-mal so viele wie für die EU in ihrer Gesamtheit. Die einwohnerbezogene Zahl von Neuzugängen bei den Asylsuchenden lag in der Schweiz etwa um ein Drittel höher als im EU-Durchschnitt, der Wert für Schweden entsprach etwa dem Mittelwert für die EU, nach Finnland wanderten im Jahr 2016, bezogen auf die Einwohnerzahl, weniger als halb so viele Asylantern ein. >>>



**THEMEN
WELT**

WEIHNACHTEN

Beobachter
EDITION

NEU



Katja Walder, Daniel Müller
Der Pendler-Knigge
196 Seiten
ISBN 978-3-03875-115-1
CHF 29.-

NEU

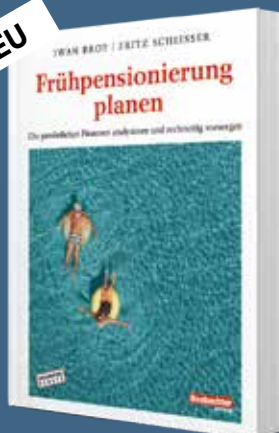


Norbert Winistörfer
Ich mache mich selbständig
336 Seiten
ISBN 978-3-03875-058-1
CHF 68.-



Robert G. Koch
**Der Schlüssel zum Gehirn - nutze
Dein Potenzial**
192 Seiten
ISBN 978-3-03875-116-8
CHF 45.-

NEU



Iwan Bröt, Fritz Schiesser
Frühpensionierung planen
230 Seiten
ISBN 978-3-03875-088-8
CHF 39.-



Daniel Müller
Anti-Stress Notizbuch
224 Seiten
ISBN 978-3-85569-879-0
CHF 16.90



Üsé Meyer, Reto Westermann
Schönste Schweiz!
208 Seiten
ISBN 978-3-03875-096-3
CHF 34.-



Auch als E-Book erhältlich

Jetzt bestellen: www.beobachter.ch/buchshop, buchshop@beobachter.ch, 058 269 25 03

Aus dieser Analyse können wir den Schluss ziehen, dass die hohe Kriminalität in Schweden – und neuerdings auch in Deutschland – in erster Linie auf die hohe Zuwanderung von Asylsuchenden aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie vom Horn von Afrika zurückzuführen ist. Während Deutschland bis 2014 eine restriktive Einwanderungspolitik verfolgte, öffnete Schweden bereits vor Jahrzehnten seine Grenzen. Daraus erklärt sich der Umstand, dass der Kriminalitätsindex bereits im Jahr 2014 deutlich höher war als in den übrigen nord- und mitteleuropäischen Ländern, während Deutschland 2014 noch zu der Gruppe der sichersten Länder der Welt gehörte. Heute ist das Risiko, in Deutschland einem Verbrechen zum Opfer zu fallen, um über 60 Prozent höher als in der Schweiz, die in praktisch allen derartigen Ranglisten auch weiterhin im Spitzenfeld der sichersten Länder der Welt liegt. In der ersten Hälfte des Jahres 2018 hatten 30 der 117 in der Kriminalitätsstatistik von Numbeo erfassten Länder niedrigere Kriminalitätsindizes als Deutschland. Dies relativiert die Behauptung von Angela Merkel, Deutschland sei eines der sichersten Länder der Welt.

Zuwanderung und Sexualverbrechen

In der öffentlichen Diskussion der Migrantenkriminalität stehen Sexualdelikte und Messerattaken im Vordergrund. Da über Letztere keine internationale Statistik vorzuliegen scheint, beschränken wir internationale Vergleiche auf Sexualverbrechen, über welche gute Daten vorliegen: In Deutschland hatte die Vergewaltigungsrate zwischen 2005 und 2015 um ein Viertel auf 8,7 Vergewaltigungen pro 100 000 Einwohner und Jahr abgenommen. Zur Überprüfung der Verlässlichkeit der von Numbeo angegebenen Zahlen wurden diese mit den Angaben der Werte für 2003 und 2015 im World Data Atlas verglichen. Sie stimmen weitgehend überein.

Seit 2015 ist, wie aus dem «Bundeslagebild 2017» des BKA hervorgeht, die Gesamtzahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung aber wieder deutlich angestiegen. Erschreckend ist dabei die Entwicklung des Anteils der Asylbewerber. Betrachtet man die aufgeklärten Fälle, so betrug der Anteil der Asylanträge an diesen Straftaten 2013 1,6 Prozent, 2014 2,6 Prozent, 2015 4,6 Prozent, 2016 9,1 und 2017 zirka 9,6 Prozent (bei dieser Zahl wurde die Änderung des Sexualstrafrechts seit 2017 berücksichtigt und die in der Statistik angegebene Zahl von 11,9 Prozent entsprechend bereinigt).

Für die Beurteilung der längerfristigen Auswirkungen der deutschen Zuwanderungspolitik ist ein genauere Blick auf Schweden lehrreich, welches bereits seit vierzig Jahren eine ähnlich liberale Einwanderungspolitik betreibt wie jetzt Deutschland. Der Kriminalitätsindex war dort im Jahr 2014 um 41 Prozent höher als in Deutschland, und im internationalen Ranking lag Schweden damals um 34 Punkte zurück.

In der internationalen Rangliste für Sexualverbrechen steht Schweden weltweit an der Spitze, das heisst vor den afrikanischen Ländern, in denen Vergewaltigungen seit je zum Alltag gehören. Laut einer Studie des schwedischen Fernsehens wurden zwischen 2013 und 2018 etwa 58 Prozent der insgesamt 843 Vergewaltigungen von nichteuropäischen Ausländern verübt, die etwa 9 Prozent der schwedischen plus der aus dem europäischen Ausland stammenden Bevölkerung von insgesamt 10,2 Millionen Einwohnern ausmachen. Das bedeutet, dass diese Personengruppe 12,4-mal so häufig Sexualverbrechen begeht wie Schweden oder Ausländer europäischen Ursprungs.

Feuerzeichen an der Wand

Einschränkend muss allerdings festgestellt werden, dass besonders bei Sexualdelikten statistische Erhebungen mit grösseren Unsicherheiten behaftet sind als bei anderen Verbrechen. Diese Unsicherheiten wirken sich auch auf Länderreihungen aus. Gründe dafür sind die generell besonders hohen Dunkelziffern bei Sexualdelikten sowie erhebliche kulturbedingte Unterschiede in der Definition etwa des strafrechtlichen Tatbestands der Vergewaltigung.

Die Schwelle, ab der in europäischen Ländern oder den USA von einer Vergewaltigung gesprochen wird, ist zweifellos wesentlich niedriger als etwa in Afrika. Ein weiterer die Vergleichbarkeit von Daten erschwerender Umstand ist die unterschiedliche Bereitschaft von Frauen, Vergewaltigungen polizeilich anzuzeigen. Selbst wenn die Schwelle, ab der sexuelle Belästigung als Vergewaltigung gilt, in Schweden wesentlich niedriger ist als in Afrika, ist die schwedische Statistik auch aus der deutschen Perspektive heraus alarmierend.

Im Hinblick auf Schweden ist auch der Vergleich mit dem benachbarten Finnland aufschlussreich, wie die Statistik 2017 dieses Landes zeigt: Dort besteht eine abnehmende Tendenz in der allgemeinen Kriminalität, trotz eines erheblichen Zuzugs von Migranten, deren Anteil von derzeit 6,8 Prozent an der Gesamtbevölkerung sich seit den 1990er Jahren verzehnfacht hat. Die meisten Zuwanderer kamen aus der ehemaligen Sowjetunion (etwa 52 000 Esten und 29 000 Russen). Die grösste aus dem Nahen Osten nach Finnland zugewanderte ethnische Gruppe sind die Iraker mit etwa 12 000 Personen. Der Kriminalitätsindex Finnlands ist etwa halb so hoch wie jener Schwedens und fast um ein Fünftel kleiner als der deutsche.

Auch der Schweiz kann man ein gutes Zeugnis ausstellen. Denn die Eidgenossenschaft gehört dank einer vernünftigen, vorrangig die Interessen der eigenen Bevölkerung berücksichtigenden Politik auch weiterhin zu den sichersten Ländern dieser Welt. Sie hat es daher auch nicht nötig, durch Verschleierung oder Beschönigung unangenehme Tatsachen zu

vertuschen, von denen es natürlich auch hierzulande einige gibt.

Die Analyse des Zahlenmaterials zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, dass die wiederholten Aussagen der Bundeskanzlerin und anderer Politiker, der Zustrom von Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika habe zu keiner Erhöhung der Kriminalität in Deutschland geführt, nicht den Tatsachen entsprechen. Das Gegenteil ist der Fall. Besonders beunruhigend ist die zunehmende Häufigkeit von Messerangriffen und brutalen Sexualverbrechen, die bereits in mehreren Fällen zum Tod der Opfer geführt haben. Aus dem weltweiten Ranking der Kriminalität geht hervor, dass diese Verbrechenszahlen generell in Europa, Kanada, dem Fernen Osten sowie in Australien und Neuseeland wesentlich niedriger sind als in Afghanistan, Syrien, Afrika und Lateinamerika. Daraus können wir den Schluss ableiten, dass negative Folgen gesteigerter Zuwanderung nicht ausschliesslich von der Zahl der Zuwanderer, sondern sehr wesentlich von deren Herkunftsländern abhängig sind.



Max von Tilzer ist emeritierter Professor für Aquatische Ökologie an der Universität Konstanz. Er hält regelmässig öffentliche Vorträge zu Umweltproblemen und über die Zukunft der Zivilisation.

praktikus.ch
innovativ | cool | praktisch



**CHF 20.–
geschenkt**

www.praktikus.ch

Gutscheincode: S80

Sie erhalten Fr. 20.– geschenkt,
bei einer Online-Bestellung ab Fr. 100.–
Nicht kumulierbar, keine Barauszahlung,
1 Gutschein pro Person
Gültig bis 15. Dezember 2018



Einseitige Freiheit: Red-Bull-Aktion über Österreich.



Ikone der Woche

Getränke und Spiele

Von Rico Bandle

Es dauerte über ein Jahr, bis sie es gemerkt haben. Im April 2017 gab Dietrich Mateschitz, Chef des Getränkeherstellers Red Bull, ein Interview, in dem er von einem «Meinungsdiktat des politisch Korrekten» sprach und das «unverzeihliche Ausmass der politischen Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen bei der Nichtbewältigung der Flüchtlingswelle» kritisierte. Doch erst jetzt fegt ein Shitstorm über Mateschitz; einige Exponenten der links geprägten Klubszene verbannten das Getränk sogar öffentlichkeitswirksam aus ihrem Sortiment.

Solche durch soziale Medien getriebenen Empörungswellen sind heute keine Seltenheit mehr, dieser Fall ist trotzdem bemerkenswert. Schliesslich handelt es sich bei Red Bull um

Solche Empörungswellen sind keine Seltenheit mehr, dieser Fall ist trotzdem bemerkenswert.

einen der grössten Sport- und Kultursponsoren der Welt. Weit über eine Milliarde Euro fliessen jährlich an Extremsportler, zwei Formel-1-Teams, Fussballmannschaften, aber auch an junge Hip-Hop-Musiker, DJs und Sänger. Und hier wird die Sache interessant: Denn die Musiker, die Red Bull grosszügig unterstützt, entstammen genau jener Szene, die den Getränkehersteller nun angreift.

Zu den grössten Profiteuren des Red-Bull-Kultursponsorings in der Schweiz gehört der Mundart-Rapper Knackeboul. Ihm finanzierte der Getränkehersteller eine Reise um die Welt, auf der er in verschiedenen Studios Songs für sein Album «Knacktracks» einspielte. Der Musiker leitete zudem Kurse für Nachwuchskünstler in der Red Bull Wings Academy.

Knackeboul profiliert sich nicht nur als Künstler, sondern auch als Politaktivist. Seine Haltung entspricht ziemlich genau dem Gegenteil von derjenigen seines Financiers: Der Rapper ist für offene Grenzen, unbeschränkte Migration und einen grosszügigen, für alle zugänglichen Sozialstaat. Dabei geht er aggressiv auf alle los, die das nicht so sehen.

Wenn Knackeboul auf das Red-Bull-Sponsoring angesprochen wird und darauf, dass er sich von einem kommerziellen Weltkonzern bezahlen liess, betont er stets die künstlerische Freiheit, die ihm gewährt wurde. Die Freiheit, die Red Bull seinen Künstlern zugesteht, ist eine einseitige, wie sich jetzt zeigt – die Musikszene reagierte gnadenlos auf die vergleichsweise harmlosen Äusserungen Mateschitz’.

Nur der sonst so redselige Knackeboul hat sich bislang nicht dazu geäussert.

Lebenslüge eines Künstlers

Mit dem Einmarsch der britischen Armee 1944 in Brüssel enden die goldenen Jahre von Hergé. Der Erfinder von «Tim und Struppi» bereut seine Nazi-Vergangenheit nicht, was ihm kaum schadet. Die Hergé-Story, Teil 2. Von Claude Cueni

Im Herbst 1944 sind Brüssel und weite Teile Belgiens von den Nazis befreit. Zornige Widerstandskämpfer jeglicher Couleur ziehen durch die Strassen und machen Jagd auf Kollaborateure. Sie besetzen die Redaktionsräume der Tageszeitung *Le Soir*, die den Nazis als Propaganda-Organ diente. Hier hatte Hergé seine «Tintin»-Folgen publiziert und Judenwitze illustriert. Die Résistance druckt eine «Galerie der Verräter» und nennt die



Wohnadressen. Hergé ist gleich zweimal aufgeführt, einmal als Georges Remi, einmal als Hergé. Er ist in Gefahr. Sein unterschlagener Co-Autor Edgar P. Jacobs sucht ihn auf, um ihm notfalls beizustehen. Später sagt Jacobs: «Für andere hätte Hergé keinen Finger gerührt. Es war für ihn selbstverständlich, dass alle stets in seiner Schuld sind. Nicht mehr und nicht weniger.»

Hergé wird gleich viermal verhaftet, verhört, eine Nacht verbringt er im Gefängnis. Er wird später mit einem zweijährigen Berufsverbot belegt und verliert vorübergehend das Bürgerrecht und den Führerausweis. In Brüssel publizieren Widerstandskämpfer das Plagiat «Die Abenteuer von Tim & Struppi bei den Nazis».

«Hitler Belgiens»

Alle Redaktoren von *Le Soir* gelten als Kollaborateure und werden verurteilt. Auf die Frage des Anwalts Duval, wieso Hergé nicht wie alle anderen eingesperrt werde, soll ihm ein Justizbeamter geantwortet haben, man könne Hergé nicht einbuchen, weil man sonst die ganze belgische Jugend gegen sich aufbringen würde. *Too big to fail?* Chefredaktor Raymond de Becker, Hergés Freund seit Pfadfinderzeiten, wird 1946 von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt und verbringt die nächsten fünf Jahre bis zu seiner Begnadigung im Gefängnis. Er zieht nach Paris, schreibt Krimis unter einem Pseudonym und verfällt in Depressionen. Hergé vermittelt ihm einen Job beim Schweizer Buchhandel und unterstützt ihn bis zu seinem Selbstmord 1969.

Léon Degrelle hat sich frühzeitig nach Oslo abgesetzt. Er will nach Argentinien, aber die Maschine muss in Spanien notlanden, und «Léon le beau» strandet in Malaga. Er trägt noch seine SS-Uniform und wird gleich als «Hitler Belgiens» erkannt. Im faschistischen Spanien geniesst er die lebenslange Protektion des Diktators Franco. Er schreibt im Exil zahlreiche Bücher, gibt Interviews und wird mit

Immobiliengeschäften vermögend. Mit seiner späten Autobiografie «Tintin mon copain» rüttelt er nochmals die frankofone Öffentlichkeit auf. Ob er tatsächlich die Vorlage für Tintin war,

wird man nie in Erfahrung bringen. Nicht auszuschliessen ist, dass die Figur Tintin ein Patchwork aus Tintin-Lutin, Léon Degrelle und dem fünfzehnjährigen Dänen Palle Huld ist, der in 44 Tagen die ganze Welt bereiste und in allen Medien als

Held gefeiert wurde.

Pater Norbert Wallez, Mastermind der Rexisten, wird enteignet und 1947 zu vier Jahren Haft und einer Geldstrafe von 200 000 belgischen Francs verurteilt. Er verbringt vier Jahre in der Haftanstalt von Charleroi und wird 1950 infolge einer Krebserkrankung entlassen.

Hergé und seine Frau Germaine nehmen ihn vorübergehend in ihrem Landhaus auf. Sein Tod bedeutet für Hergé einen grossen Verlust.

Als man Hergé später fragt, was die schwierigste Zeit seines Lebens war, nennt er nicht den Krieg, sondern die Zeit danach und klagt zeit-

Hergé schlägt eine Ehe zu dritt vor. Seine Frau Germaine lehnt ab.

lebens über die Intoleranz und Ungerechtigkeit, die ihm damals widerfuhren. Pierre Ickx, ein Jugendfreund, der von der Gestapo gejagt wurde, wirft ihm vor, einer von den andern gewesen zu sein. Hergé antwortet: «Ich gehörte zu jenen, die ihren Beruf so gewissenhaft wie nur möglich ausführten, und ich verbeugte



«So gewissenhaft wie nur möglich»: Hergé (3.v.r.) in seinem Brüsseler Studio, 1975.

mich vor allen Kriegsoffern, egal, auf welcher Seite sie standen.» Als ihn sein Co-Autor Jacques Martin, der zwei Jahre im Arbeitslager der Nazis verbrachte, auf die Konzentrationslager anspricht, sagt Hergé: «Du hast ein schlechtes Gedächtnis, du hast dich beeindrucken lassen, du hast falsch gesehen. Und überhaupt, wie will man wissen, dass es Juden waren?»

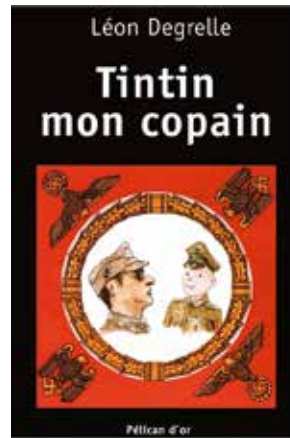
Wunderheiler, Geistheiler, Naturärzte

1947 bietet Hergé seinem Co-Autor Edgar P. Jacobs schriftlich 10 Prozent der Einnahmen an, aber Jacobs will kein Geld, sondern eine Namensnennung, schliesslich ist sein Anteil enorm. Hergé lehnt erneut ab. Ihre Wege trennen sich, Jacobs wird mit seiner eigenen Serie «Blake und Mortimer» erfolgreich. Hergé realisiert allmählich, wie wertvoll Jacobs gewesen ist. Blackout. Ihm fällt nichts mehr ein, den Humor hat er verloren. Er bietet dem Autor Bernard Heuvelmans, auch er ein Nazi-Kollaborateur, 250 belgische Francs für jeden Gag, den er in die Alben einbauen kann. Ende 1947 und im Laufe des folgenden Jahres überweist er Heuvelmans 43000 belgische Francs für die «collaboration à un scénario». Das steht auf der Banküberweisung, aber nicht im Album.

Hergé fällt in ein Loch und taucht unter. Er ist keiner, der sich der Realität stellt. In drei Arzt-

praxen taucht er wieder auf, er ist überarbeitet und ärgert sich über die nicht verstummenden Berichte über seine Nazivergangenheit. Er sieht sich als Opfer einer Rufmordkampagne und beginnt seine Kritiker mit eingeschriebenen Briefen zu bombardieren, droht mit Klagen – er scheut keine Anwaltskosten. Doch nicht alles lässt sich mit Geld regeln.

Am 23. Januar 1948 bittet er den argentinischen Konsul schriftlich um eine Audienz. Er will sich mit Germaine und ihrer Mutter nach Argentinien absetzen. Am 5. Februar schreibt er Nestor Orsi, dem argentinischen Presseattaché, einen Brief und erkundigt sich über die Erwerbsmöglichkeiten in Südamerika, er sei ein humoristischer Zeichner für Kinder. Er schreibt an Walt Disney und bietet ihm die «Tintin»-Rechte für die USA an, doch erst nach Monaten erhält er eine Absage. Von einer Angestellten. Die beigelegten Alben schicken sie ihm auch noch zurück. Immer wieder verschwindet Hergé spurlos, oft zieht es ihn an den Genfersee. Er besucht Wunderheiler, Geistheiler und Natu-



Vorbild? Degrelle-Biografie.

Bob De Moor sind so gut, dass Hergé ihre Arbeiten oft nicht von seinen eigenen Zeichnungen unterscheiden kann. Von nun an wird er nicht müde, Journalisten ungefragt mitzuteilen, dass er der alleinige Schöpfer des Tintin-Universums ist und dass die Comicbände «nicht das Produkt einer Industrie oder eines Teams» sind. Weiss ein Interviewer Bescheid, beginnt Hergé sofort seine Co-Autoren in den höchsten Tönen zu loben. Aber er weigert sich wei-

terhin, sie in den Alben zu erwähnen. Er sagt, sie hätten keine Rechte, sondern Pflichten. Und da er sie bezahle, gehöre alles, was sie erfinden und zeichnen, ihm allein. In einem Interview aus dem Jahre 1983 sagt er Numa Sadoul: «Wenn mir eine Idee gefällt, assimiliere ich sie vollständig, und ich vergesse augenblicklich und für immer, dass sie von einem anderen stammt.»

Autounfall und Affären

In den Studios Hergé arbeiten mittlerweile bis zu fünfzig Personen, meist ehemalige Kollaborateure, das Geschäft boomt. Mitarbeiter erzählen, Hergé benehme sich in den Studios manchmal wie ein Feldweibel, immer öfter spricht er von sich in der dritten Person, die Wahrheit überlässt er den Fantasielosen: «Manchmal sag ich etwas, und sofort habe ich Lust, das Gegenteil zu sagen.»

Biografen erwähnen, dass Hergé schöne Autos liebte. Wer findet schon keinen Gefallen am Schönen? Einige präzisieren, dass er schnelle Autos liebte, es ist schliesslich Germaine Kieckens, die Klartext spricht: «Georges hat hohe Geschwindigkeiten immer geliebt. Er fuhr immer sehr schnell. 1952 hatten wir einen Unfall mit der Lancia Aprilia. Seitdem gehe ich am Stock.» Hergé liebt den Geschwindigkeitsrausch. Er übersteht einen schweren Autounfall, seine Frau liegt monatelang im Spital, ihre Knochen sind beim Aufprall förmlich explodiert. Sie braucht vorübergehend einen Rollstuhl, wird ihr Leben lang auf einen Gehstock angewiesen sein.

Hergés schlechtes Gewissen hält sich in Grenzen, er hat eine Affäre nach der andern. Germaine nennt ihn einen «coureur de jupons», einen Schürzenjäger, er begehrt alles, was einen Rock trägt. Vier Jahre später, es ist der Sommer 1956, stellt Hergé eine zusätzliche Koloristin in den Studios ein. Es ist das Model Fanny Vlamynck. Fünf Monate später sind sie ein Liebespaar, Hergé zieht Germaine ins Vertrauen wie ein Teenager seine Mutter und schlägt eine Ehe zu dritt vor. Germaine lehnt ab.

Hergé ringt mit seinen Dämonen, er braucht Germaine, aber er liebt Fanny, er träumt von

Er schreibt an Walt Disney und bietet ihm die «Tintin»-Rechte für die USA an.

rärzte. Seine Frau Germaine schreibt ihm Briefe: «Wenn du nicht für mich zurückkehrst, kehre wenigstens für Tintin zurück.» Germaine ist der letzte Fels in der Brandung. Sie möchte Kinder, Hergé mag Kinder genauso wenig wie Hunde. Bloss keine Verantwortung, bloss keine Einschränkung. In der Nachbarschaft sieht man Monsieur Hergé aus dem Haus eilen, um spielende Kinder vor dem Anwesen zu verscheuchen. Sie stören ihn. Hergé ist zeugungsunfähig, Germaine drängt mit Nachdruck auf eine Adoption. Pierre Assouline, der sich ausführlich mit Germaine Kieckens unterhalten hat, erwähnt folgende Episode: Sie adoptieren einen «siebenjährigen Jungen aus einem fremdländischen Land». Doch nach fünfzehn Tagen bringt der Kinderbuchautor Hergé den Jungen wieder ins Waisenhaus mit der Bemerkung, er ertrage keine Kinder in seiner Umgebung.

Im April 1950 gründet Hergé die Studios Hergé. Das Aktienkapital beträgt 250 000 belgische Francs. Von Anfang an dabei ist der 25-jährige Comiczeichner Bob De Moor, der sein ganzes Leben in den Studios verbringen wird. Kurz darauf gesellt sich auch der junge Jacques Martin («Alix», «Jhen», «L. Frank») dazu. Auch er hat einen grossen Anteil an der Entwicklung der neuen Geschichten. Er und



weissen Flächen. Auf Anraten seines Freundes Raymond de Becker besucht er den Zürcher Psychiater Riklin. Dieser rät ihm, seine Dämonen zu akzeptieren und mit dem Schreiben aufzuhören, doch Hergé macht weiter. 1960 werden die weissen Flächen farbig, «Tim in Tibet» erscheint. Hergé entscheidet sich für Fanny und nimmt sich eine Mietwohnung in der Nähe der Studios. Germaine bleibt allein mit ihrem Gehstock auf dem Anwesen zurück. Tintin-Fans trösten sie und sagen, dass sie im Grunde genommen Hergé gemacht habe. Germaine war die Frau für den Aufstieg, Fanny ist die Frau, um das Leben im Zenit zu geniessen. Germaine lernte den unsicheren Georges Remi kennen, Fanny den weltberühmten Hergé.

Fanny ist nun wichtiger als Tintin. Sein bisheriges Leben hat Hergé mehr oder weniger in einem Umkreis von 30 Kilometern verbracht, jetzt entdeckt er das Reisen, das Reisen mit Fanny. In den Studios werden die Kaffeepausen

«Wenn ich so darüber nachdenke, bin ich vielleicht immer noch ein Rassist.»

länger. Die Fixkosten bleiben, die Einnahmen gehen zurück. Während Hergé seine Flitterwochen geniesst, leisten sich seine Co-Autoren einen Scherz. Beim Besuch eines Schweizer Journalisten lassen sie absichtlich ihre Zeichnungen für ein angeblich neues Album herumliegen. Der Reporter zweifelt nicht daran, dass diese von Hergé sind. Im Schweizer Magazin *L'illustré* berichtet er von einem neuen Album, die Fans jubeln. Hergé macht nach seiner Rückkehr gute Miene zum bösen Spiel. Jetzt weiss die ganze Welt, dass seine Co-Autoren genauso gut sind wie er, eher besser, weil unverbraucht, moderner, motivierter. Seit Kriegsende leidet Hergés Kreativität. Greg darf ein Album machen, «Tintin et le Thermozeró». Hergé stoppt nach vierzig Seiten die Arbeit, weil Greg eine Namensnennung verlangt.

Dankbarkeit war nicht sein Ding

In den nächsten 23 Jahren erscheinen drei neue Alben, es sind mit Abstand die schlechtesten. Im gleichen Zeitraum erscheinen 27 neue Asterix-Bände. Hergé hat keine Lust mehr, es ist ihm manchmal peinlich, Comic-Autor zu sein. Er möchte in den Kreis der Andy Warhols und Roy Lichtensteins aufgenommen werden, versucht sich als Kunstmaler.

Hergé erkrankt an Leukämie, seine Freunde Stéphane Janssen und Gabriel Matzneff sagen später, er habe sich während der Behandlung auch noch durch eine verseuchte Blutkonserve angesteckt: Aids. Hergé stirbt am 3. März 1983 im Universitätsklinikum Saint-Luc in der Umgebung von Brüssel.

Hergé hat testamentarisch verfügt, dass sei-

ne Witwe Fanny Alleinerbin ist und dass niemand nach seinem Tod neue «Tintin»-Alben zeichnen darf. Er nimmt alles mit ins Grab. Fanny übergibt vor versammelter Mannschaft Bob De Moor Hergés Bleistift. Er ist der designierte Nachfolger. Doch wenig später schliesst Fanny die Studios Hergé, denn ohne neue «Tintin»-Alben wird es auch keine neuen Einnahmen geben. Dass Hergé mit seinem Testament alle seine langjährigen Mitarbeiter und Co-Autoren über Nacht auf die Strasse stellen würde, musste ihm bewusst gewesen sein. Aber Dankbarkeit war nicht sein Ding, konnte seine Sache nie sein, dafür war



Alleinerbin: Hergé-Witwe Fanny, Nick Rodwell.

sein Ego zu gross: Die Welt schuldet ihm alles, er schuldet ihr nichts.

Im Gegensatz zu den Schöpfern von «Asterix», «Lucky Luke» und anderen gönnte er niemandem einen Nutzen aus seinem Werk, gönnt er den Fans keine weiteren Geschichten. Nach ihm die Sintflut. Wahrscheinlich fürchtete er auch, nicht zu Unrecht, dass Bob De Moor, Jacques Martin, Greg und wie sie alle hiessen, die besseren Alben publizieren würden.

Fanny heiratet später den Londoner Souvenirhändler Nick Rodwell, der heute der starke Mann im Tintin-Universum ist. Da die Rechte an den Alben bei Casterman liegen, kann die Erbin nebst den Autorenhonoraren von jährlich rund einer Million Euro nur mit Merchandising Geld verdienen. Sie flutet die Märkte mit Sammlerartikeln, die bis zu 5000 Euro kosten. Das Zielpublikum sind ergraute Tintin-Fans, die Erinnerungen an ihre Kindheit kaufen, Erinnerungen an eine Zeit, in der sie mit Hilfe der Fantasie der Erwachsenenwelt entflohen und sich an Bord der «Licorne» oder im Schatten des Arumbaya-Fetischs vergnügten. Dass Hergé Millionen von

Kinderherzen mit dem Gift des Antisemitismus verseucht hat, sieht man ihm nach. Die Liebe der Fans gehört nicht dem Schöpfer, sondern seinen Figuren.

Der Psychologe Eric Leroy erklärte 1999 im *Journal du Dimanche*: «Kindheitserinnerungen sind unbezahlbar. Die Sammler kaufen zu Goldpreisen, was sie zwischen den Fingern hielten, als sie noch Kind waren.» Maxime Benoît-Jeannin klagt beim Anblick von Hergés Grab, einer einfachen Grabplatte aus Zement: «In diesem Bunker ruht ein Antisemit und ein Rassist, der nie um Verzeihung bat und das Kind betrogen hat, das ich damals war. [...] Er war ein Faschist ohne Reue.» Im fortgeschrittenen Alter gesteht Hergé Numa Sadoul: «Wenn ich eine Tochter hätte, würde ich zögern, ihre Heirat mit einem Ausländer gutzuheissen, und zwar, um ihr zukünftige Probleme zu ersparen. Wenn ich so darüber nachdenke, bin ich vielleicht immer noch ein Rassist.»

«Ein Mann der Ordnung»

Trotz der eindeutigen Faktenlage schreibt im September 2016 die französische Wirtschaftszeitung *Les Echos* zur Eröffnung der Hergé-Ausstellung im Pariser Grand Palais, Hergé sei nie pro Nazis gewesen, und die anwesenden Medienschaffenden feiern ihren Hergé als «grössten Zeichner des 20. Jahrhunderts». Ironischerweise trägt die Ausstellung den Titel: «Die kleinen Geheimnisse der grossen Alben».

Hergé hat sein Leben lang im Kreise von Gleichgesinnten verkehrt. Den religiösen und ideologischen Trash, den man ihm als Kind verabreicht hat wie eine Schluckimpfung, hat er nie abgeschüttelt, wollte er nie loswerden. Er hat stets die ideologische *ligne claire* seines Mentors Pater Wallez verfolgt: «Ich bestreite nicht, dass ich einen rechtskonservativen Hintergrund habe. [...] Wahr ist, dass ich ein Mann der Ordnung bin. [...] Ich hasse die Unordnung und die Konfusion, das ist wahr. [...] Ich mag die Ordnung in meinem Haus.»

Am 10. Juni 1977 schreibt Hergé seinem Freund Matthieu Londin: «Alles, was mit Zeichnungen und Illustrationen zu tun hat, ist für mich unerträglich geworden.» Wenige Wochen vor seinem Tod diktiert er seinem Biografen Benoît Peeters: «Wenn ich Ihnen sagen würde, dass ich in Tintin mein ganzes Leben gelegt habe.» Es ist das beliebteste Hergé-Zitat. Es dient dem Mythos Hergé. Es ist die letzte Lebenslüge eines Künstlers, der Grossartiges geleistet hat, aber alles andere als grossartig war.



Claude Cueni ist mit «Tintin» aufgewachsen, seine Muttersprache ist Französisch. Er hat alle Biografien, Dokumente und Interviews in der Originalsprache gelesen. Soeben ist sein Roman «Warten auf Hergé» im Münsterer Verlag erschienen. Fr. 27.90. www.cueni.ch

Die Hrolfur-und-Fritz-Saga

Wie der Zürcher Glasmaler Fritz J. Dold einen grossartigen Liederabend in Reykjavík rettete.

Von Hanspeter Born



Unerwarteter Höhepunkt einer Künstlerkarriere: Sänger Hrolfur Jonsson.

Reykjavík, ein trüber Novembertag im Katastrophenjahr 2008. Hrolfur Jonsson, Direktor der Öffentlichen Werke in der Stadtverwaltung, erklärt dem Schweizer Journalisten die Folgen, die der Crash für die Stadt hat. Die Kasse ist leer, Kredite aufzunehmen, kann man vergessen. Nach der Pleite seiner drei Grossbanken ist Island praktisch bankrott. Die Banker hatten sich auf den europäischen Finanzmärkten als wichtige Player aufgespielt und sich verzockt. Jetzt ist die isländische Krone im Keller, der Aussenhandel ist zusammengebrochen. Die braven Bürger, die ihre Häuser und Jeeps auf Pump in Euros gekauft haben, können die Raten nicht mehr abstottern, und sie fragen sich: Habe ich morgen noch Arbeit? Man ist froh, dass man nicht hungern muss.

Symbol der Auferstehung

Hrolfur meint, das Wichtigste für die Stadt seien jetzt Krankenhäuser und Schulen, die unbedingt offen bleiben müssten. Alles andere sei Nebensache. Aus dem Fenster seines Büros blickt man auf die Fundamente einer Grossbaustelle, an der ein paar Bauleute Notarbeiten verrichten, Wasser wegpumpen. Hier hätte ein gewaltiges Konferenzzentrum mit allem Drum und Dran errichtet werden sollen. Mit einer hypermodernen, vom dänisch-isländischen Starkünstler Olafur Eliasson konzipier-

ten gläsernen Konzerthalle, getauft «Harpa», zu Deutsch: Harfe.

Die Stadt hatte kein Geld. Was sollte jetzt mit Harpa geschehen? Würde man die Bau ruine zuschütten müssen? Würde sich vielleicht ein schwerreicher Gönner finden? Was dann genau passierte, entzieht sich der Kenntnis des Schweizer Journalisten. Jedenfalls konnte die Harpa fertiggestellt werden. Das im hellen Licht des Nordens oder unter den farbigen Nachtscheinwerfern wunderschön glitzernde Prachtgebäude ist heute das Wahrzeichen Reykjavíks – ein Symbol der Auferstehung Islands nach der Finanzkrise.

Oktober 2018, zehn Jahre danach. Hrolfur, der Bauverwalter und frühere Feuerwehrchef der Stadt, hat sich vorzeitig in den Ruhestand versetzen lassen. Wie viele Isländer, macht er in der Freizeit Musik, eine Mischung aus isländischem Folk und europäischem Pop, melodisch und eher melancholisch.

Zu seiner Pensionierung machte sich Hrolfur, 63, ein Geschenk. Für einen Abend mietete er Harpa, den grossen Konzertsaal mit 1000 Plätzen. Er nahm Gesangsstunden bei einer Opernsängerin und stellte eine Band aus acht erstrangigen Berufsmusikern an. Weil er in Reykjavík jeden kennt, konnte er fast sämtliche Tickets verkaufen. Die Isländer – das ist eine Binsenwahrheit – haben keine Minderwertigkeits-

komplexe. *The sky is the limit*. Man denke nur an den Weltstar Björk oder die «Huh»-Fussballer.

Trotzdem: Hatte Hobby-Crooner Hrolfur sich nicht überlüpft? Würde der Galaabend nicht zum Reinfall? Hier kommen wir zur Geschichte von Fritz J. Dold. Fritz ist einer der vielen Schweizer, die an Island den Narren gefressen haben. Bei seinem ersten Besuch auf der Insel machte er Hrolfurs Bekanntschaft und hörte seine Songs, die ihm nicht mehr aus dem Sinn gingen. Letzten Frühling erreichte ihn das Gerücht von Hrolfurs musikalischer Bieridee. Fritz ist Glasmaler mit Atelier beim Üetliberg, ein gesuchter Fensterrestaurateur – Königsfelden, die Chagall-Meisterwerke im Fraumünster. Vor einigen Jahren hat er begonnen, eigene, originelle Glaskunstwerke zu schaffen.

Talent und Glück

Eine gemeinsame Freundin von Hrolfur und Fritz, eine in Zürich lebende Isländerin, hatte einen Einfall. Fritz, der gerne seine Erlebnisse auf einen Skizzenblock bannt, könnte doch die Screen-Kulisse zu Hrolfurs Songs entwerfen. Eine andere Schweizerin übersetzte Hrolfurs isländische Texte, und Fritz zeichnete zu jedem Lied den passenden visuellen Hintergrund: Skizzen aus wenigen hingeworfenen Linien mit spärlichen Farbstrichen, die auf die Riesenleinwand hinter dem Orchester projiziert werden konnten.

Es kommt der grosse Tag. 20.30 Uhr, Harpa praktisch voll besetzt mit Hrolfurs Familie, Freunden, Bekannten, Arbeitskollegen, mit Kunden der Stadt, Feuerwehrleuten, neun

Die Stadt hatte kein Geld. Was sollte mit der Harpa geschehen? Würde man die Bauruine zuschütten?

Schweizerinnen, zwei Schweizern. Darunter ein leicht nervöser Fritz mit Kamera, mit der er seine auf dem Riesenscreen aufscheinenden Zeichnungen aufnehmen kann.

Hrolfur, frisch geschoren, elegant angezogen, tritt vors Mikrophon. Das Publikum, eher betagt, gerät gewiss nicht aus dem Häuschen, aber jedermann bewundert die Professionalität der Show, an der auch Hrolfurs Sohn und drei Frauen mit gelungenen Einlagen für einen abwechslungsreichen, musikalisch verführerischen Abend sorgen. Verschiedene Zuschauer kommentieren in der Pause lobend Fritz' eindruckliche Fotokulisse.

Der Abend kann in einem Wort zusammengefasst werden: Fun. Hrolfur und Fritz, die Helden dieser Saga, der eine 63, der andere 71, erlebten den unerwarteten Höhepunkt einer spät begonnenen Künstlerkarriere. Moral der Geschichte: Wem Gott ein Talent geschenkt hat und wer unverdrossen daran arbeitet und etwas wagt, der gewinnt. Ein bisschen Glück gehört wohl auch dazu.



Die Bibel

Egal, ob verheiratet oder ledig

Von Peter Ruch

Ich wünschte freilich, alle Menschen wären wie ich. Doch hat jeder von Gott seine besondere Gabe, der eine so, der andere anders. Ich sage aber den Unverheirateten und den Witwen: Es ist gut für sie, wenn sie so bleiben wie ich. Wenn sie aber nicht enthaltsam leben können, sollen sie heiraten (1. Kor 7, 7–9a). Paulus lebte ehelos und scheint diese Lebensform allgemein zu empfehlen. Das Pflichtzölibat für die katholischen Priester stützt sich unter anderem auf diese Stelle. Ich kenne katholische und evangelische Pfarrer, denen diese Lebensform entspricht und denen sie bei ihrer Gemeindearbeit zugute kommt. Dass das nicht alle schaffen, hält Paulus in Vers 9 fest. Sollen also nach seinem Vorbild nur Unverheiratete Pfarrer werden? Oder muss das Zölibat freiwillig sein?

Schaut man den griechischen Wortlaut genau an, so zeigt sich, dass es nicht heisst «Ich wünschte», sondern «Ich will». Also ganz entschieden. Das scheint der Toleranz in Vers 9 zu widersprechen. Leider übersetzt die Zürcher Bibel auch dort ungenau. Wörtlich präzise heisst es: *Die sich nicht beherrschen, sollen heiraten!* (Imperativ). Die Ehelosigkeit ist also keineswegs, wie oft dargestellt, ein Wunsch des Paulus, den man im Notfall ignorieren kann. Paulus will vielmehr, dass jeder nach der besonderen Gabe lebt, die er erhalten hat. Die «Gabe» heisst im Urtext «charisma». Das ist ein weithin gebräuchliches Fremdwort. Paulus sagt also: Lebe nach dem Charisma, das Gott dir gegeben hat! Verheiratet oder ledig – egal.

Die katholische Kirche beschäftigte über Jahrhunderte verheiratete Priester, ehe das Zölibat zur Pflicht wurde. Ihr Amtsverständnis – der Priester als Mittler zwischen Mensch und Gott – liesse sich auch ohne Zölibat praktizieren, wie die orthodoxen Kirchen beweisen. Ohne Pflichtzölibat wäre der Priesterberuf für Pädophile weniger anziehend. Damit ist über dieses Thema das Nötige gesagt. Gerne hoffe ich, dass man im Vatikan diese Kolumne liest und in den nächsten Tagen die entsprechenden Beschlüsse in die Wege leitet.

Peter Ruch war reformierter Pfarrer in drei Gemeinden.



Eingeschweisste Mimik, herbe Lakonie: Ryan Gosling als Mond-Pionier Armstrong.

Kino

Wahre Bruderschaft

«First Man» feiert Neil Armstrong, den ersten Mann auf dem Mond, und den Männlichkeitskult – goldrichtig für den Neokonservatismus. Von Wolfram Knorr

Das raketenbetriebene Testflugzeug X-15 mit Neil Armstrong am Steuer steigt und steigt. Es knarzt und scheppert, reisst und schüttelt, siedet und gärt und steigt und steigt. Mit dieser adrenalingesättigten Exposition beginnt «First Man», die Geschichte von Neil Armstrong, der am 21. Juli 1969 als erster Mensch den Mond betrat. Es war das triumphale Finale einer jahrzehntelangen Panik, womöglich dem «Untergang» geweiht zu sein. «Das Römische Imperium», appellierte mit dröhnendem Pathos Lyndon B. Johnson, Sprecher der Senatsmehrheit, Ende der 1950er Jahre, «beherrschte die Welt, weil es Strassen bauen konnte. Später dann – als alles auf das Meer drängte – war das britische Empire weltbeherrschend, weil es Schiffe besass. Im Zeitalter der Luftfahrt waren wir mächtig, weil wir Flugzeuge haben. Und jetzt haben die Kommunisten festen Fuss im Weltraum gefasst!» Der Sputnik umkreiste die Erde! Die *New York Times* schrieb damals von einem «Wettlauf ums Überleben».

Der hysterische Überlebenswahn nistet unterschwellig in Damien Chazelles *Armstrong* (Ryan Gosling), der als Vater hilflos akzeptieren muss, dass seiner schwerkranken zweijährigen Tochter die Medizin nicht helfen kann. Dafür will er sich und seinem Land beweisen, wie man sich aus den lähmenden Niederun-

gen des Lebens hinauskatapultieren, Grenzen überschreiten und ins Ungewisse vorstossen muss, um sich dem «Wettlauf» zu stellen, ihn zu gewinnen.

Wenn Armstrong, bevor er sich auf die ungewisse Reise zum Mond macht, von seiner Frau Janet (Claire Foy) genötigt wird, seinen beiden halbwüchsigen Söhnen gegenüber ehrlich zu sein und zu gestehen, dass eine Rückkehr nicht sicher ist, bringt er nur mühsam ein paar Brocken über die Lippen, wie von einem seelischen Brecheisen ausgelöst. Er ist geworden, was er im Grunde immer sein wollte: ein Monolith, eingepackt und gepanzert in Hightech, abgehoben, nur «der wahren Bruderschaft derer mit dem gewissen Etwas» verpflichtet (Tom Wolfe). Es ist eine uralte Bruderschaft, die hier wie ein Hochamt zelebriert wird. Einst hat sie mit ihren Pferden Staub hinter sich gelassen – heute mit Rückstossantrieb Feuer und Rauch. Ryan Gosling mit seiner eingeschweissten Mimik und herben Lakonie ist genau von diesem Schrot und Korn. So ist es nicht ohne Ironie, dass ausgerechnet Clint Eastwood, der die Verschlossenheit zu seinem Markenzeichen machte, schon 2003 die Rechte am Drehbuch von Josh Singer («Spotlight») gekauft hatte. Damien Chazelle («La La Land») inszeniert denn auch Gosling ganz im eastwoodschen Sinne. Der Tod der

Tochter hat ihn erst recht gehärtet, zum *frontier* gestählt, den es hinausdrängt, im Sinne von John F. Kennedys Imperativ «Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern, was du für dein Land tun kannst».

In den USA gab es Kritik, weil Chazelle auf die US-Flagge verzichtet, die Armstrong in den Mondboden rammte. Ein überflüssiger Vorwurf, da Chazelle dafür die (alte) neue Männlichkeit des Neokonservatismus unübersehbar herausmodelliert. Die US-Flagge wäre des Guten zu viel gewesen. Chazelle, das Wunderkind, das mit dem Drummer-Drama «Whiplash» (2014) debütierte, hat schon damals die harte Schule gewürdigt. Das Training in «First Man» hat einen heldischen Unterzug. Wer indes Tom Wolfes «The Right Stuff» kennt, weiss, dass das Nasa-Training alles andere als mannhaft war («Die ganze Untersuchungsatmosphäre stellte eine Beleidigung dar»). Chazelle inszeniert das mit selbstbewusster Bravour und salbt mit heroischer Lotion die «Go West»-Männlichkeit. Insofern passt «First Man» goldrichtig in die Zeit. ★★☆☆☆

Weitere Premieren

Kursk — Am 12. August 2000 nahm das russische Atom-U-Boot K-141 «Kursk» an einem Manöver in der Barentssee teil und versank aufgrund einer schweren Explosion im Torpedoraum. Nach langem Zögern der russischen Marine, falschen Behauptungen und angesichts technischer Mängel erklärte sich Russland bereit, sich von norwegischen Spezialisten helfen zu lassen. Aber viel zu spät. Alle 112 Besatzungsmitglieder in dem 150 Meter langen Schiff waren tot. Nach dem Sachbuch «A Time to Die» von Robert Moore hat Thomas Vinterberg («Das Fest») die Tragödie mit grosser europäischer Besetzung verfilmt. In der «Kursk» konnten sich zunächst 23 Männer der Besatzung in einen hinteren Bereich des U-Boots retten und Kontakt mit der Aussenwelt aufnehmen. Sie stehen als die Opfer der unsäglichen Polit-Querelen im Mittelpunkt. Die technische Unfähigkeit der Russen, die hintere Luke zu öffnen (unter der sich die letzten Lebenden drängten), ihre Hinhalterei gegenüber dem norwegischen Hilfsangebot führten letztlich zur menschlichen Tragödie. Vinterbergs Re-



Menschliche Tragödie: «Kursk».

konstruktion mit Matthias Schoenaerts, Colin Firth, Léa Seydoux, Max von Sydow, Peter Simonischek, Matthias Schweighöfer, Joel Basman und anderen wandelt sich zum handfesten Polit-Thriller über verknöcherte Marinechefs, sture Funktionäre und über desolate Zustände, vom miesen Sold bis zu den tristen Plattenbauten, in denen die Marinefamilien leben. Den aufgebrachten Frauen bleibt nur ohnmächtiger Protest. ★★☆☆☆



Charme und Witz: «25 km/h».

25 km/h — Ein ziemlich abgefahrenes Roadmovie, weil hier zwei Brüder mit Mofas unterwegs sind! Dreissig Jahre haben sich Georg (Bjarne Mädel) und Christian (Lars Eidinger) nicht mehr gesehen. Die Beerdigung ihres Vaters bringt sie in Löchingen im Schwarzwald wieder zusammen. Doch das Wiedersehen steht unter keinem guten Stern. Georg pflegte den kranken Papa und wartete vergeblich auf Unterstützung seines Bruders. Ein Besäufnis und die Erinnerung an eine Mofatour bringen sie wieder zusammen und zurück aufs anachronistische Gefährt. Was Regisseur Markus Goller («Simpel») und Autor Oliver Ziegenbalg («Frau Müller muss weg!») aus diesen 25 km/h an Einfällen, Charme und Witz herausholen, hat Flair und ist sehr kurzweilig. ★★☆☆☆

Knorrs Liste

| | | |
|----|---|-------|
| 1 | Bohemian Rhapsody Regie: Bryan Singer | ★★★★☆ |
| 2 | Woman at War Regie: Benedikt Erlingsson | ★★★★☆ |
| 3 | Wolkenbruchs ... Regie: Michael Steiner | ★★★★☆ |
| 4 | The Guilty Regie: Gustav Möller | ★★★★☆ |
| 5 | Girl Regie: Lukas Dhont | ★★★★☆ |
| 6 | Fahrenheit 11/9 Regie: Michael Moore | ★★★★☆ |
| 7 | Der Läufer Regie: Hannes Baumgartner | ★★★★☆ |
| 8 | A Star Is Born Regie: Bradley Cooper | ★★★★☆ |
| 9 | Der Unschuldige Regie: Simon Jaquemet | ★★★☆☆ |
| 10 | Der Trafikant Regie: Nikolaus Leytner | ★★★☆☆ |

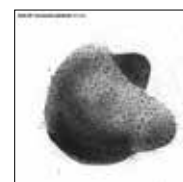
Jazz

Weltliches Exerzitium

Von Peter Rüedi

Kunst, also auch der Jazz, ist entweder eine Küppig überbordende Angelegenheit, eine Sache der Fülle, die, getrieben vom Horror Vacui, von der Angst vor dem Verstummen, kaum an ein Ende kommen mag. Oder sie ist das Metier der Auslassung, der Aussparung, der Abstraktion, die das Schweigen sozusagen integriert in die Verfertigung der künstlerischen Aussage. Versteht sich, dass ich als Rezipient das eine dem andern vorziehen kann, dass aber beide Ideale nicht gegeneinander auszuspielen sind, letztlich zwei Seiten ein und derselben Medaille sind und im seltenen Fall eines Genies in eins zusammenfallen können. Denken wir nur an den grossen Bach. Aber auch bei unzweifelhaften Grossmeistern der Fülle ist Vorsicht geboten. Ein kluger Kopf kam einmal in einer Dissertation zum Schluss, die aufwendige Architektur von Anton Bruckners sich auf-türmenden Sinfonieschlüssen habe keinen andern Zweck, als die Stille danach bewusst zu machen.

Wie auch immer: Das neue Album des Schweizer Gitarristen Philipp Schaufelberger, geboren 1970 in Göttingen und gesuchter Partner kreativer Potenzen von unterschiedlichstem Prominentenstatus (von Harald Haerter über die Schweizer Gruppen Zap oder Boxer bis zum Trio von Paul Motian, Pierre Favres unterschiedlichen Formationen, Lucas Niggelis Zoom oder Michael Jaegers Kerouac) – Philipp Schaufelbergers jüngstes Album ist ein sparsames, um nicht zu sagen: spartanisches Stück. Schon rein quantitativ: eine LP mit rund 32 Minuten Gitarre, solo und nature, live aufgenommen bei einem Konzert in Bonn – nachdenkliche gitarristische Selbstgespräche über Selbstgebautes, weitgehend Etüdenartiges über die klanglich-materiellen Voraussetzungen der akustischen Gitarre, unter anderem mit tiefstaplerischen Titeln wie «Quality Control» oder «Tone Controls», zwei Takes von Michael Heischs «Brouillage/Bruitage: Sirenen» und zwei Klassikern: Ellingtons «African Flower» und Monks «Misterioso». Ein entspannt weltliches Exerzitium, an dessen Ende wir nicht nur im Kern von Schaufelberger, sondern auch bei uns selbst anlangen.



Philipp Schaufelberger: Bonn. Wide Ear Records. WER 037

Der letzte Tote des Ersten Weltkriegs

Seit Stunden war der Waffenstillstand unterzeichnet. Henry Gunther wusste nichts davon. Wegen mangelnden Patriotismus zum Soldaten degradiert, schritt der Amerikaner zur vermeintlichen Heldentat. *Von Giles Milton*

Der amerikanische Wehrpflichtige Henry Gunther war entsetzt, als er im Winter 1917 zu den nordfranzösischen Schlachtfeldern gelangte. Die voller Schlamm stehenden Schützengräben waren scheusslicher, als er erwartet hatte, und in der Luft hing ein Geruch von Verwesung.

Gunther war wenige Wochen davor zum Dienst beim 313. Regiment, «Baltimore's Own» genannt, eingezogen worden. Er war als Sergeant für die Kleiderversorgung des Regiments verantwortlich.

Der Blick hinaus in diese Landschaft voll zertrümmerter Gebäude und zeretzter Bäume deprimierte ihn zutiefst. Er verspürte nicht die geringste Motivation, in einem Krieg Tausende Kilometer von seiner Heimat entfernt mitzukämpfen. Unendlich fern war er von seiner Arbeit als Buchhalter bei der National Bank of Baltimore. Von Heimweh und Niedergeschlagenheit geplagt, schrieb er einem Freund und beklagte sich über seine «elende Lage». Er riet dem Freund, alles zu tun, um dem Wehrdienst zu entgehen.

Zu Gunthers Pech wurde sein Brief von einem Zensor der Armee gelesen. Dieser war empört über solch defätistische Gefühle und schwärzte Gunther bei dessen Vorgesetztem an. Dass er für seinen mangelnden Patriotismus bestraft würde, war absehbar, aber die gewählte Strafe sollte bei ihm eine tiefe seelische Verletzung hinterlassen: Gunther wurde vom Sergeanten zum gemeinen Soldaten degradiert, eine Schande nicht nur für ihn, sondern auch für seine Familie.

«Er brütete viel über diese Degradierung nach, und der Wunsch, seinen Offizieren und Kameraden gegenüber diese Scharte auszuwetzen, wurde zur Obsession», schrieb der nachmalige Krimiautor James M. Cain als Kriegsberichterstatte in der *Baltimore Sun*. «Besonders quälte ihn der Gedanke, man könnte ihn für einen Sympathisanten der Deutschen halten. Wenige Tage nach seiner Degradierung kam sein Regiment zum Einsatz, und von Anfang an zeigte er eine höchst



«Es herrschte eine entsetzliche Stille»: Soldat Henry Gunther.

ungewöhnliche Bereitschaft, sich allen möglichen Risiken auszusetzen.»

Am meisten beschäftigte Gunther die Frage, wie er seinen angeblichen Mangel an Patriotismus wettmachen könnte. Der Krieg ging seinem baldigen Ende entgegen, und

Die Deutschen hatten den Befehl zu feuern, schossen aber bewusst in die Luft.

bereits kursierten Gerüchte, die deutsche Armee stehe kurz vor der Kapitulation. Als der Morgen des 11. Novembers 1918 graute, war Gunther klar, dass er schnellstens etwas unternehmen müsse.

Wie die meisten Soldaten an diesem eisigen Morgen ahnte auch Gunther nicht, dass der Waffenstillstand bereits unterzeichnet worden war. Um 5.20 Uhr morgens hatten sich britische, französische und deutsche Vertreter nördlich von Paris in einem Eisenbahnabteil zusammengesetzt und den Ersten Weltkrieg beendet. Jetzt mussten sie die Nachricht bloss noch den kämpfenden Truppen übermitteln.

Das allerdings war nicht einfach. Viele Bataillone verfügten nur über veraltete und ungenügende Kommunikationsmöglichkeiten, und noch viel mehr waren von ihren Kommandozentren abgeschnitten. Die Generäle begriffen, dass es Zeit brauchen würde, um alle Truppen zu benachrichtigen. So be-

schlossen sie, dass erst ab 11 Uhr vormittags Frieden herrschen würde.

Henry Gunther und seine Kameraden hörten um 10.30 Uhr vom baldigen Waffenstillstand. Am gescheitesten wäre es gewesen, sie hätten die nächste halbe Stunde bis zur offiziellen Erklärung des Kriegsendes nichts getan. Stattdessen marschierten sie aber weiter auf Chaumont-devant-Damvillers zu, ein Dorf in der Nähe von Metz, wo sie kurz vor 11 Uhr eintrafen.

Unterwegs stellten sie fest, dass vor ihnen seitlich der Landstrasse zwei feindliche Maschinengewehrner lagen. Die Deutschen hatten den Befehl zu feuern, schossen aber bewusst in die Luft, um keine weiteren Leben zu gefährden.

Gunthers Kameraden zeigten sich gerührt über das Vorgehen der Deutschen, die offensichtlich über den bevorstehenden Waffenstillstand Bescheid wussten. Gunther hingegen sah das anders. Im Bewusstsein, dass ihm nur noch ein paar Minuten blieben, um etwas Heroisches zu tun, äusserte er sich empört darüber, dass die Deutschen überhaupt geschossen hatten. Gegen den Befehl seines Sergeanten (und Freundes) Ernest Powell schritt er durch den dichten Nebel zum Angriff auf das deutsche Maschinengewehrnest.

Laut James M. Cain war er «befeuert vom Wunsch, noch im letzten Augenblick zu beweisen, dass er mutig und ein echter Amerikaner sei».

Die deutschen Soldaten waren entsetzt, als sie sahen, dass ein einsamer Soldat ihre Stellung angriff. «Sie winkten ihm und riefen in gebrochenem Englisch, er solle umkehren, der Krieg sei vorbei. Doch er schenkte ihnen keine Beachtung und marschierte, gelegentlich einen Schuss abfeuernd, weiter.»

Als die Deutschen begriffen, dass er seinen verzweifelten Angriff weiterführen würde, blieb ihnen nichts anderes übrig, als auf ihn zu schießen. Gunther fiel um 10.59 Uhr im Kampf und ist offiziell anerkannt als der letzte Soldat, der im Ersten Weltkrieg zu Tode kam.

«Kaum war er gefallen», steht im Bericht seiner Division, «da verstummte das Gewehrfeuer, und es herrschte eine entsetzliche Stille.»

In der Folge wurde Gunther wieder in den Rang eines Sergeanten erhoben und wurden ihm postum zwei Tapferkeitsorden verliehen. So ging Henry Gunther als zugleich letztes Opfer und letzter Held des Ersten Weltkriegs in die Geschichte ein.

Aus dem Englischen von **Thomas Bodmer**

Nächste Folge: «Das Doppelleben des Chevalier d'Eon»



Fragen Sie Dr. M. Der Experte für alle Lebenslagen

Ich ernähre mich vegetarisch, habe kein Auto und versuche auch sonst, mich möglichst umweltbewusst zu verhalten. Weshalb muss ich mich deshalb als «Öko» oder «Moralisten» beschimpfen lassen? Ist es nicht für alle eine Selbstverständlichkeit, Rücksicht auf die Natur zu nehmen? Ist rücksichtsvolles Leben in unserer Ego-Gesellschaft bereits eine Provokation? *Julian G., Bern*

Sie ernähren sich vegetarisch, haben kein Auto und reden sich ein, möglichst umweltbewusst zu leben und möchten für dieses Verhalten – wie man zwischen den Zeilen sieht – auch Anerkennung. Sie sehen sich als rücksichtsvoll, die anderen als rücksichtslos. Diese Verachtung scheinen «die andern» Ihnen als Beschimpfung – «Öko» oder «Moralist» – zurückzugeben. Erwarten Sie Lob für Ihre vorbildliche Lebensweise?

Wenn es Ihnen Freude macht, vegetarisch zu leben, kein Auto zu fahren oder Sie sich einen Sport daraus gemacht haben, sich möglichst umweltbewusst

(was heisst das wohl?) zu verhalten, so tun Sie das. Jeder soll so leben, wie er es für richtig hält.

Auch ich finde es sonderbar, dass Sie beschimpft werden oder sich zumindest beschimpft fühlen wegen Ihrer Lebensweise. Sonderbar ist aber auch, dass andere Ihren Lebensstil so gut kennen, dass sie Sie deswegen beschimpfen können. Woran könnte es liegen? Ich, der wohl zur anderen Gattung Leute gehört, weil ich Fleisch esse, Auto fahre, aber wie die meisten Leute auch das Gefühl habe, umweltbewusst zu leben, habe keinen Grund, Sie zu beschimpfen, nur weil Sie anders leben.

Ihrer Schilderung entnehme ich, dass Sie eine gewisse Verachtung für diejenigen empfinden, welche anders leben als Sie, indem Sie diese der «Ego-Gesellschaft» zuteilen und als «rücksichtslos» bezeichnen. Könnte es daran liegen, dass diese Leute darüber verärgert sind? Oder daran, dass Sie Ihre Art zu leben, als Aushängeschild benutzen? Vielleicht wollen Sie anderen zeigen, dass Sie eben ein rücksichtsvoller ökologisch einwandfreier Mensch sind, während alle anderen das Gegenteil sind.

Vielleicht hören die Beschimpfungen auf, wenn Sie Ihre ökologisch vorbildliche Lebensweise still und unbemerkt weiterführen und sich persönlich daran freuen. Weil sich dann niemand mehr provoziert fühlt.

Mailen Sie uns Ihre Fragen zu allen Lebenslagen an drm@weltwoche.ch.

Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Föhrlihubstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Die Fragen werden anonym publiziert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

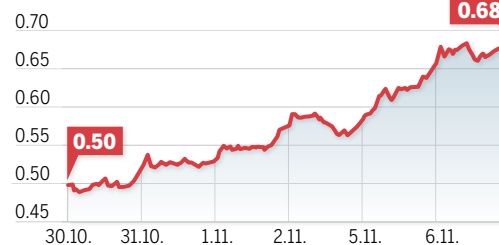
Gewinner der Woche

Dominoeffekt

Der Solarzulieferer Meyer Burger bereitet seinen Aktionären nur selten Freude. Seit Anfang Jahr verlor das Papier 62 Prozent seines Wertes, über die letzten fünf Jahre waren es gar 80 Prozent. Strukturell kämpft das Unternehmen vor allem mit der Billigkonkurrenz aus Asien. Vor drei Wochen entschied Meyer Burger, seine eigene Produktion weiter nach Asien auszulagern, vor allem nach China. In Europa sollen hundert Stellen wegfallen. Die Kursrallye der letzten Woche hängt damit bestenfalls indirekt zusammen. Erstens folgt sie mit etlicher Verzögerung auf die Ankündigung der Restrukturierung, zweitens wird sie am Markt vor allem mit der Eindeckungspflicht von Leerverkäufern erklärt: Investoren, die beispielsweise mit Verkaufsoptionen auf fallende Meyer-Burger-Kurse gesetzt

Aktienkurs der Meyer Burger

Vom 30. Oktober bis 6. November 2018, in Franken



haben, sind auch bei moderaten Kurssteigerungen verpflichtet, die Aktien beim Erreichen eines bestimmten Preises zu kaufen. Dies kann in einen Dominoeffekt münden: in eine sich selbst verstärkende Kursrallye. *Florian Schwab*



Thiel

Schlepper

Von Andreas Thiel

Kurt Fluri: Was ist los? Warum drehen wir bei? Die Küste ist doch schon in Sicht!

Kapitän: Ja, aber vor der Küste kreuzt die libysche Küstenwache.

Kurt Fluri: Na und? Ich habe extra dafür gesorgt, dass dieses Schiff unter Schweizer Flagge fährt, damit es unverdächtig ist.

Kapitän: Jedes Schiff, das illegale Migranten aufnimmt, ist verdächtig.

Kurt Fluri: Für mich sind das nicht illegale Migranten sondern einfach nur arme Menschen, die in Europa ihr Glück suchen möchten.

Kapitän: Nach dem Gesetz sind das illegale Migranten. Sie nach Europa zu schmuggeln, ist illegal.

Kurt Fluri: Wo kämen wir hin, wenn wir alle Gesetze befolgen würden?

Kapitän: Ich dachte, Gesetze seien dazu da, befolgt zu werden.

Kurt Fluri: Dazu gibt es viel zu viele unfähige Menschen in den Regierungen, die viel zu viele unnötige Gesetze verabschieden.

Kapitän: Das mag sein. Es ändert aber nichts daran, dass da vorne die Küstenwache kreuzt. Und die hat die Aufgabe, die Gesetze durchzusetzen.

Kurt Fluri: Das sind ja Unmenschen. Warum tun die so was? Mit dieser Küstenwache muss man doch irgendwie reden können. Lassen Sie mich das machen, ich bin Politiker und bin es gewohnt, über Gesetze zu verhandeln.

Kapitän: Sie sind Politiker?

Kurt Fluri: Ja, ich bin Parlamentarier und zudem noch Stadtpräsident.

Kapitän: Und was machen Sie so als Parlamentarier und Stadtpräsident?

Kurt Fluri: Als Parlamentarier sitze ich in der Legislative und verabschiede Gesetze. Als Stadtpräsident bin ich Chef der Exekutive und dafür verantwortlich, dass die Gesetze umgesetzt werden.

Kapitän: Sind Sie da nicht am falschen Ort?

Kurt Fluri: Wieso? Dort bin ich schon lange.

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Grosszügig gegen Analphabetismus

Wohltätiges Zürich: Spendefeuerwerk am «Room to Read» im «Dolder», 14. Kispi-Ball mit Prominenz im «Baur au Lac». Von Hildegard Schwaninger

Zeitgleich mit dem Kispi-Ball, der zum 14. Mal im «Baur au Lac» stattfand (rund 500 Gäste, 530 000 Franken Erlös), war im «Dolder Grand» eine Charity-Veranstaltung, die – mit 187 Gästen – mehr als das Doppelte einbrachte, über eine Million, genau: 1 188 686 Franken. Da horcht man auf! Was war das für ein Anlass, der mit einem Drittel an Gästen ein solches Glanzresultat bringt? Es war das Galadinner für «Room to Read», bei dem schon letztes Jahr in Zürich über eine Million Franken gespendet wurden. Ein reines Charity-Dinner, ohne Tanz und Tombola.

«Room to Read» setzt sich dafür ein, dass Kinder in unterentwickelten Ländern lesen und schreiben lernen. Setzt auf die transformative Kraft der Bildung, kämpft gegen Analphabetismus in Asien, Afrika, Südamerika. Die weltweite Organisation fokussiert auf die Förderung des Lesens und die Chancengleichheit durch Bildung für Mädchen in unterprivilegierten Schichten. Geld wird in Bibliotheken und Bücher investiert.

Gegründet wurde «Room to Read» vor achtzehnjahren vom Amerikaner **John Wood**, dem heute 54-jährigen ehemaligen Manager von Microsoft. Ehrensache, dass er beim Galadinner in Zürich anwesend war. Unter den eleganten Gästen im Ballsaal des «Dolder Grand»: Viele Expats, Leute von Glencore, Credit Suisse, UBS, einige Verwalter von finanzstarken Family Offices. Die seit 32 Jahren in Zürich lebende Amerikanerin **Patricia Horgan**, früher bei Credit

Suisse, heute im Board von Goldman Sachs, ist Chair Development Board Switzerland, zu dem auch **Tina Wüstemann** von Bär & Karrer gehört. **Catharina Baltus** ist Chefin des Gala-Komitees. Der Abend war super organisiert. Schon während der Vorspeise (Fischfilet mit Artischocke) zeigte man sich bei der *silent auction* generös. Resultat: 126 000 Franken. Hier kam ein Bild von **Marietta Gianella-Berry** ebenso zur Versteigerung wie eines von **Stefan Rüesch**, von diesem und dem Kunsthändler **Laszlo von Vertes** gespendet, der mit seiner Frau, **Yvonne Vertes von Sikorszky**, unter den Gästen war.

Nach dem Hauptgang (Wild mit Kohl und Pilzen) kam der spannendste Teil des Abends: die Auktion, von **Stefan Puttaert** durchgeführt, dem Chef von Sotheby's Zürich. Puttaert, der zum sechsten Mal für «Room to Read» den Hammer schwang, holte das Maximum heraus. 21 000 Franken für zwei Paar Zaiski wurden gleich zweimal bezahlt. Und sieben Magnumflaschen der Domaine Clarence Dillon (Besitzer ist **Prince Robert de Luxembourg**), die auch den Wein des Abends spendierte, brachten 18 000 Franken.

John Wood ist genau so, wie man sich einen typischen Amerikaner vorstellt: dynamisch, von gewinnender Art, *matter-of-factly*. Er stellte sich auf die Bühne des Ballsaals und schaffte es noch vor dem Dessert (Olive-Oil-Madeleines mit Ananassorbet), die Patenschaft von 20 000 Franken für den Bau einer Bibliothek 20-mal zu verkaufen, die 15 000-Franken-Patenschaft 24-mal, die-



Fast verliebt

Single, sei froh!

Von Claudia Schumacher

Die Tage werden dunkler, die Wohnungen kuschliger, und im Supermarkt machen die Lebkuchen jetzt so richtig Front: Die besinnliche Zeit des Jahres steht uns ins Haus – womit der alljährliche

Überlebenskampf der Singles beginnt: Liebesgedudel, überall Liebesgedudel! Auch Mami packt der Wahnsinn, als gäbe es eine zweite Torschlusspanik, eine Art Enkel-Torschlusspanik, und dann sitzt der Single also zu Besuch im Elternhaus mit Magenschmerzen: «Hast du denn in letzter Zeit niemanden kennengelernt, der dir gefällt?», fragt Mutter. Spätestens dann, wenn «Drei Haselnüsse für Aschenbrödel» in der Dauerschleife läuft, wird auch dem renitentesten Single klar: Der Mensch lebt für die Liebe! Nur der verliebte Mensch ist ein ganzer Mensch.

Aber haben wir da nicht was vergessen? Die «unsäglichen Qualen des Verliebtseins», vielleicht? So nennt sie der kleine Sam in «Tatsächlich... Liebe», diesem anderen Film, der auch bald in der Dauerschleife läuft. Er hat so was von recht. Liebe ist: Kontrollverlust. Sie macht verletzlich, schwach. Liebe kann unausweich-



Ehrensache: Gründer John Wood.



Kispi-Ball: Fielding, Partner Schöpf, Sylwina (v.l.).



Gesundheitsdirektor Heiniger, Gattin Susanne.

jenige von 10000 Franken 12-mal und die 3000-Franken-Donation, die einem Mädchen zehn Jahre Schule sichert, 53-mal. Eine anonyme Spende von 30000 Franken ging ebenfalls ein. Zwischen den Expats auch ein paar Schweizer: Rechtsanwalt **Christoph von Graffenried**, Wiedikon-Zünfter und Banker **Ariel Goekmen** (Schroders Bank) mit Ehefrau **Tatyana Davidoff**, **Edouard Meylan**, CEO von H. Moser & Cie. Uhren, Vermögensverwalter **Henry Hirzel** aus Zug (seine Frau **Daniela Hirzel** ist im Gala-Komitee).

Der Kispi-Ball zugunsten des Zürcher Kinderspitals ist eine erfolgreich eingependelte Zürcher Institution. Ein konventioneller Wohltätigkeitsball im Hotel «Baur au Lac». Seit vierzehn Jahren immer ein bisschen gleich. Nicht einmal in der Gästeliste gibt es nennenswerte Mutationen. Gesundheitsdirektor **Thomas Heiniger** vertritt den Regierungsrat, **Felix Sennhauser** vom Kinderspital begrüsst die Gäste und erklärt die Krankheit, welche mit dem Erlös bekämpft werden soll (heuer: angeborene genetische Erkrankungen des Immunsystems), Hoteldirektor **Wilhelm Luxem** spielt den Gastgeber, und naturgemäss sind viele Ärzte da. Unter ihnen: Professor **Michael Grotzer**, der Sennhausers Nachfolger wird, mit seiner Frau **Christine**. Durch den Abend führte – bewährt und sicher – **Sven Epiney**. Und natürlich waren auch dieses Jahr die omnipräsenten Partygirls da: **Vera Dillier**, **Shawne Fielding** und **Sandra Bauknecht**. Und alle freuen sich auf den Kispi-Ball 2019. Ein Blick in die Kristallkugel: Er wird schön, gediegen. Da die Organisatoren auf die Formel «Never change a winning team» setzen, wird nicht viel neu sein. Ausser vielleicht die Abendkleider.

Im Internet

www.schwanagerpost.com

lich sein, zerstörerisch – und dann gnade dir Gott. Wenn's einen richtig erwischt, wird man süchtig nach dem anderen, macht verrückte Sachen. Menschen betrügen, lügen, sprengen Familien auseinander, verlassen Kinder, töten, nicht selten sich selbst. Und das alles aus: Liebe.

Zwei Schutzoptionen gibt's: Die erste ist das «Prinzip des geringsten Interesses», wie der Soziologe Willard Waller es formulierte. Es besagt, dass nur derjenige in einer Beziehung die Kontrolle behalten kann, der am sicheren Ende eines Zuneigungsgefälles sitzt, also: derjenige, der weniger liebt. Die zweite Option ist: den richtigen Partner finden. Das ist die- oder derjenige, denen dein Glück so wichtig ist wie ihr eigenes. Jemand, der dich vor dir selbst schützt, der nicht zulässt, dass du dich aufgibst.

Option eins, das Wenigerlieben: geschenkt. Wer braucht das? Schutzoption zwei, ja, verlockend, aber: Das ist nun mal Glück. Wahre

Liebe wächst nicht auf Bäumen. Deshalb sind so viele Paare kreuzunglücklich.

«All you need is love»? Wahrscheinlich schon. Aber die Liebe steckt doch auch in jeder Freundschaft, in jedem Job, für den man brennt, und auch in jedem guten Essen. Man muss nicht lügn sein, um genug Liebe zu haben. Das geht zu oft vergessen. Singles fehlt nichts, vielen geht's besser als den meisten gebundenen Menschen. Wär's also nicht das Schlauste, die Zeit als Single zu feiern und konsequent nein zu sagen? Nein zu Mami, die Enkel will, nein zu den Freunden, die einen mit liegengebliebener Secondhand-Ware verkuppeln wollen, nein zu der Affäre, die zwar nett ist, einen aber nicht aus den Socken haut. Dieses Leben in Freiheit, das eigene Leben, ungeteilt – ist doch mega! Alles andere kommt dann auch wieder. Früh genug, bestimmt.



Unten durch

Amor et dolor (2)

Von Linus Reichlin

Letzte Woche sass ich an der Geburtstagsfeier eines Freundes mit sieben Frauen an einem Tisch. Sie waren alle um die fünfzig, Akademikerinnen, und nur eine hatte zu Hause einen Partner. Die anderen behaupteten alle, es sei sehr schwierig, einen Mann zu finden, der keine Angst vor selbstbewussten Frauen habe. Ich sagte, dass mir bei einer Frau Selbstbewusstsein nicht so wichtig sei, aber ich sagte nicht, dass es mir vor allem auf einen straffen Hintern ankommt. Selbstbewusstsein ist einfach kein Ersatz für eine Bikinifigur, und wie soll ich eine Frau ohne Bikinifigur von meinem Freund Daniel unterscheiden? Daniel ist intelligent, witzig, die Gespräche mit ihm sind immer anregend und spannend, er trinkt gern Bier, wie ich, er mag dieselben Soft-rock-Bands, er schläft wie ich nicht gern bei offenem Fenster, und politisch sind wir beide auf derselben rechtspopulistischen Schiene.

Vor ein paar Jahren war ich mit Daniel auf den Kanarischen Inseln, im Jahr zuvor war ich mit meiner Ex-Frau dort gewesen. Mit Daniel war es aber viel entspannter, er wollte nicht über unsere Beziehung sprechen, er weinte nicht, wenn ich im Restaurant eine Frau anschaute, er sagte nicht dauernd «Pass auf!», wenn wir im Mietwagen rumfahren, und Sex hatte ich mit meiner Ex-Frau genauso oft wie mit ihm, nämlich nie. Ich sagte zu den selbstbewussten Akademikerinnen, dass eine Frau, die so ist wie Daniel, die aber keine Bikinifigur hat, mir nichts bringe. Eine Frau muss, um mich davon zu überzeugen, dass es schöner ist, mit ihr anstatt mit Daniel auf den Kanaren Ferien zu machen, einen *unique selling point* vorweisen können, und das kann eben nur ihr Körper sein. Ich fand es irrsinnig wichtig, was ich da gerade sagte, es war revolutionär, aber die Akademikerinnen wechselten das Thema und sprachen über die ungeheuren Anforderungen, die ihr Beruf an sie stellt, so dass sie, wenn sie hundemüde von der Arbeit nach Hause kommen, eigentlich froh sind, dass kein Mann da ist.

Aha, jetzt kamen wir der Sache näher! Sie fanden also nicht deswegen keinen Mann, weil sie zu selbstbewusst waren, sondern weil sie

>>> Fortsetzung auf Seite 66

froh waren, dass keiner da war. Sie erzählten von ihren Freundinnen, die für sie immer wichtiger werden, weil sie alles mit ihnen besprechen können, und ich dachte: «Na also, da haben wir's, das Einzige, was ihnen zu ihrem Glück fehlt, ist ein knackiger Adonis-Arsch!»

Ich war einen Moment lang mit mir zufrieden, weil ich die Gründe für das Beziehungselend unserer Zeit durchschaut hatte. Aber dann begann es mich zu stören, dass die Leute sich an Partys nur noch über ihren anstrengenden Beruf und ihr Beziehungselend unterhalten, und ich fragte mich, ob uns nicht vielleicht wieder mal ein Krieg guttäte.

Ich sprach darüber mit jener Akademikerin, die als einzige einen Partner hatte, sie sagte, der Gedanke sei ihr auch schon gekommen. Es stellte sich heraus, dass sie dieselben Softrock-Bands mochte wie ich und nicht gern bei offenem Fenster schlief und deshalb ständig Konflikte mit ihrem Freund hatte. Sie hiess Sara, und als sie aufstand, um sich ein Glas Wein zu holen, entzückte mich ihre Bikini-Figur. Wir entdeckten unsere gemeinsame Liebe zum Rechtspopulismus und zu Gran Canaria. Aber das Intellektuelle spielte gar keine Rolle, das Entscheidende war die gegenseitige Begeisterung für unsere Figuren. Als die Torte mit den fünfzig Kerzen reingetragen wurde, schlichen Sara und ich uns ins Schlafzimmer des Geburtstagskindes und vollendeten die Tatsache, dass am Ende alles ziemlich trivial ist. Gottfried von Strassburg hat es schon im Jahre 1210 zusammengefasst: «Ein man, ein wip, ein wip, ein man, Tristan Isolt, Isolt Tristan.» «Du bist so belesen!», flüsterte Sara, und ich sagte: «Ja, aber du liegst nicht hier, weil ich gut lese, Baby!»

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Klasse aus dem Mezzogiorno

Von Peter Rüedi

Die mokante Verachtung, welche Norditaliener gegenüber ihren Landsleuten aus dem Süden an den Tag legen, hat sich mit den Folgen der Wahlerfolge der Lega akzentuiert. Erfunden haben sie die Padanier nicht. Im Bereich des Weinbaus ist die Skepsis gegenüber Weinen aus dem Mezzogiorno italienische Tradition. Was südlich von Rom wächst, kann nicht spitze sein – der Hochadel des italienischen Weinbaus hat sein Habitat in Piemont oder in der Toskana: in den Barolo- und Barbaresco-Lagen der Langhe, in Montalcino, Montepulciano und seit relativ kurzem in der Zone um Bolgheri. Der Süden wird das Image der Massenproduktion nur mit Mühe los, der Renaissance der sehr besonderen Weine vom Ätna zum Trotz und ungeachtet der Tatsache, dass Kenner nicht müde werden, das Lob der Weine aus der Campania zu singen, der roten Aglianici respektive Taurasi aus der Irpinia, der Gegend um Avellino, und der Weissen aus Greco di Tufo und Fiano di Avellino.

Fast ein Synonym für Taurasi ist der Produzent Mastroberardino aus Atripalda. Fast 90 Prozent der Rebfläche von 200 Hektaren sind mit der alten Traube bestockt; der Name Aglianico geht auf das Wort *ellenico* zurück und verweist auf den griechischen Ursprung. Kein Zweifel: Die Taurasi, die vulkanische Böden und höhere Lagen bevorzugen, gehören neben den besten Produkten aus Sangiovese- und Nebbiolo-Trauben zu den grossen Weinen Italiens. Mastroberardinos Betrieb in seiner heutigen Form geht auf eine Gründung im *ottocento* zurück. Heute leitet ihn Piero Mastroberardino, Professor für Ökonomie, Maler und Poet und als Mann von Kultur stets aufmerksam auf die traditionellen Grundsätze achtend, denen seine Familie ihre Pionierrolle im Weinbau der Campania verdankte.

Ich habe unlängst in meinem Keller ein paar Flaschen Radici Riserva aus der Ernte 2000 gefunden. Sie erwiesen sich als so frisch und resistent, dass ich sie zwei Stunden lüften musste. Nach achtzehn Jahren! Dann offenbarte sich ein Gleichgewicht von dunkler Frucht und etwas Rauch, starken Tanninen, guter Säure, das einen Klassewein auszeichnet. Der Wein war dreissig Monate im Holz und reifte anschliessend achtzehn Monate auf der Flasche, bevor er in den Abgründen meines etwas zweifelhaften Kellers verschwand. Aber jetzt: Welch grossartiges komplexes Vergnügen, welch ansteckende Kraft springt da aus dem Glas auf mich über! Der 2000er Taurasi Radici Riserva ist in der Schweiz nicht mehr zu finden, es sei denn mit Glück auf einer Auktion. Ich rate, sich bei Bindella an den 2011er zu halten. Die Jahrgänge sind in ihrer Exzellenz vergleichbar.

Mastroberardino Radici rosso Taurasi DOCG Riserva 2011. 13,5%. Bindella, Zürich. Fr. 47.-. www.bindella.ch



Salz & Pfeffer

Weitab vom Schuss, genau am Ziel

Von Andreas Honegger

Mitten in der Poebene, weitab von den Städten der Lombardei, am Flusse Oglio und beim dazugehörigen Regionalpark liegt das Unternehmen der Familie

Santini. Nadia Santini und ihre Familie führen das von den Produkten ihrer Landwirtschaft – vor allem Geflügel – geprägte Restaurant «Dal Pescatore», das seit 1996 stets mit drei Michelin-Sternen ausgezeichnet wird. Obwohl es von Mantua, Cremona oder Parma eine gute Stunde – auf holprigen kleinen Strassen – entfernt liegt, ist «Dal Pescatore» immer voll. Das Restaurant wurde 1926 von Antonio Santini eröffnet. Er verkaufte seinen eigenen Wein und die Fische, die ihm im Oglio ins Netz gingen. Nach und nach entwickelte sich daraus ein *haut-lieu* der italienischen Gastronomie.

Man sitzt im Sommer im Freien, in der Nacht hinter grossen Scheiben, die den Blick auf den beleuchteten Garten freigeben. Der Empfang durch die Santinis ist herzlich, das Haus elegant und das Essen grossartig. Die sieben Gänge des Herbstmenüs wurden mit einer Reihe hervorragender Amuse-Bouches erweitert. Man bekommt hier – *in the middle of nowhere* – Hummer-

terrines mit Kaviar, ein Millefeuille von mediterranen Gemüsen, traumhafte Ravioli, begleitet von schwarzen Trüffeln und Steinpilzen. Die *Pièces de Résistance* bestehen aus einer stattlichen Tranche Wolfsbarsch und einem wunderbaren Rehrücken. Nach einer kleinen Degustation lombardischen Käses folgen die Desserts. Michelin hat recht: Das lohnt nicht nur den Umweg, das lohnt die Reise! (Ganz in der Nähe kann man in Isola Dovarese im Hotel «Palazzo Quaranta» übernachten.)

Nadia Santini haben wir schon lange ins Herz geschlossen, weil sie am Fernsehen vormacht, wie man die besten Tomatenspaghetti kocht. Wer das so kann, dem kann man auch in allen anderen Belangen am Herd vertrauen: Auch die komplexesten Kreationen wirken einfach und leicht.

Ristorante Dal Pescatore, Runate 15, I-46013 Canneto sull'Oglio. Tel. +39 0376 723001.



Auto

Feuer und Flamme

Der Renault Mégane R.S. fährt im Rennen der schnellen Kompakten vorne mit. *Von David Schnapp*

«Rouge Flamme» heisst die Farbe, mit der mein Testwagen lackiert wurde. Und nicht nur wegen des kräftigen Rottens sieht der neue Renault Mégane R.S., in den ich gerade einsteige, nach viel Vergnügen aus. Die Front wirkt herausfordernd, die Insignien der Geschwindigkeit sind prominent unter der Renault-Raute im Frontgrill angebracht. Von hinten fallen die mittig zusammengefassten Endrohre auf, die trapezförmig eingerahmt sind. Die breite Radspur mit den prominent ausgestellten Hinterrädern und die sorgfältig modellierten Flanken vervollständigen das Erscheinungsbild, das Renault so beschreibt: «Wenn Design auf Performance trifft».

Die dritte Generation des Mégane R.S. will im sogenannten C-Segment der Kompaktfahrzeuge vorne mitfahren. Zu den Konkurrenten gehören der Golf GTI oder der Ford Focus RS. Es geht also darum, ein alltagstaugliches Auto mit nicht allzu grossem Motor sehr dynamisch abzustimmen. Das ist den Renault-Ingenieuren

erfreulich gut gelungen. Der Motor hat zwar ein Volumen von bloss 1,8 Litern, dank Turboaufladung leistet er aber 280 PS und 390 Newtonmeter schon ab 2400 Umdrehungen. Das Aggregat ist uns bereits bestens bekannt aus dem Alpine A110 (*Weltwoche* Nr. 36/18). Im Mégane bringt es etwas mehr Leistung, muss aber auch mehr Gewicht bewegen.

Das fühlt sich dennoch sehr schnell an, und wenn man die Gänge über das sechsstufige Schaltgetriebe sauber sortiert, beschleunigt der rasende Franzose in bloss 5,8 Sekunden aus dem Stand auf 100 km/h. Auf Wunsch ist der Wagen übrigens auch mit einem Doppelkupplungsgetriebe (EDC) erhältlich, welches 1700 Franken Aufpreis kostet. Das sehr sportlich abgestimmte Fahrwerk verlangt dabei ziemlich viel Aufmerksamkeit des Fahrers. Vor allem bei tiefen Geschwindigkeiten und auf Strassen mit Ausbesserungspotenzial wirkt die Lenkung teilweise sehr unruhig, die Vorderräder scheinen ständig auf der Suche nach der richtigen Spur zu sein.

Die Unruhe legt sich, sobald man flott auf Landstrassen unterwegs ist, und auch bei Autobahngeschwindigkeit liegt der Renault satt auf der Strasse. Beim R.S. lenken die Hinterräder bis 60 km/h in entgegengesetzter Richtung zu den Vorderrädern mit, die Lenkung wirkt so in engen Kurven sehr direkt und kompensiert gewisse naturgegebene Nachteile des Frontantriebs. Ab 60 km/h lenken die Hinterräder parallel mit, was die Stabilität erhöht und die Suche nach der Ideallinie vereinfacht. Das ist für ein Fahrzeug in dieser Preisklasse schon ausserordentlich gut gemacht.

Und dann gibt es noch eine Reihe von Details, die positiv auffallen, wie das ordentlich aufgeräumte, aber funktionale Cockpit, die angenehmen Alcantara-Sportsitze (1800 Franken) und die trocken-heiseren Geräusche, welche die Auspuffanlage je nach Fahrsituation und -programm von sich gibt. Kurz, es gibt wenig auszusetzen an diesem französischen Sportwagen, der für ein breites Publikum zugänglich ist.

Renault Mégane R.S. 280
Leistung: 280 PS/205 kW; Hubraum: 1798 ccm;
Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h;
Verbrauch (EU-Norm): 7,21/100 km;
Beschleunigung 0–100 km/h: 5,8 sec;
Preis: Fr. 38 200.–, Testauto: Fr. 50 050.–

Kontradiktorische Diskussion zur **Selbstbestimmungs-Initiative**

mit **Roger Köppel** und

Daniel Jositsch

Moderation:

Matthias Ackeret,
Chefredaktor «persönlich»

Vorstellung der Weinländer SVP-Kantonsratskandidaten
Konrad Langhart, Oberstammheim; **Paul Mayer**, Marthalen;
Michael Trachsel, Feuerthalen; **Matthias Stutz**, Marthalen.
Anschliessend Apéro.

*Jedermann
ist herzlich
eingeladen!*

► **Freitag**
16.11.2018
19.45 Uhr

Ort: Aula Schulhaus
Stumpfenboden -
Feuerthalen

Türöffnung: 19.15 Uhr



Roger Köppel

SVP-Nationalrat, Verleger und
Chefredaktor der Weltwoche

Daniel Jositsch

SP-Ständerat,
Prof. Dr. iur.

SVP Feuerthalen, www.svp-bezirk-andelfingen.ch



Kontradiktorische Diskussion zur **Selbstbestimmungs-Initiative**

mit **Roger Köppel** und

Philipp Eng

Moderation:

Jakob Bächtold,
Stv. Chefredaktor «Der Landbote»

Begrüssung durch Kantonsratskandidatin **Monika Brühwiler**.
Vorstellung der SVP-Kantonsratskandidaten des Bezirks
Winterthur. Anschliessend Kaffee und Gipfeli.

*Jedermann
ist herzlich
eingeladen!*

► **Sonntag**
18.11.2018
11.00 Uhr

Ort: Schulanlage Rikon
Schulstrasse 13,
8486 Rikon

Türöffnung: 10.30 Uhr



Roger Köppel

SVP-Nationalrat, Verleger und
Chefredaktor der Weltwoche

Philipp Eng

Präsident Jungfreisinnige
Kanton Solothurn

SVP Bezirk Winterthur, www.svp-bezirk-winterthur.ch





Extra

Magie des Geldes

Wohin steuert unsere
Wirtschaft?

- 70 **Der Boom hält an** Einschätzungen führender Finanzexperten
- 74 **Erhöhter Puls und Taschenrechner** Kampf um den Hypothekenmarkt
- 76 **Barbara Kolm** Die Bankmanagerin über die Geldpolitik der Staatsbanken
- 78 **Swissquote-Gründer Marc Bürki** Seiner Zeit voraus

Zuversicht in turbulenten Zeiten.

Der Boom hält an

Trotz jüngster Turbulenzen an den Märkten herrscht beim *Weltwoche*-Ökonomen-Panel Zuversicht. Vierzehn führende Bankenvertreter und Finanzprofessoren äussern sich über die besten Anlagestrategien, die Wirtschaftspolitik und die aussichtsreichsten Währungen.

Von Florian Schwab

Mit ihren Einschätzungen bewegen sie Milliarden an Investitionen: die Chefökonominnen von Banken. Zum zweiten Mal befragt die *Weltwoche* führende Deuter des Marktgeschehens und Schweizer Finanzprofessoren über neuste Themen der Geldanlage. Interessant ist dabei der Vergleich mit den Antworten der letzten Umfrage vor einem Jahr. Die zehn wichtigsten Erkenntnisse:



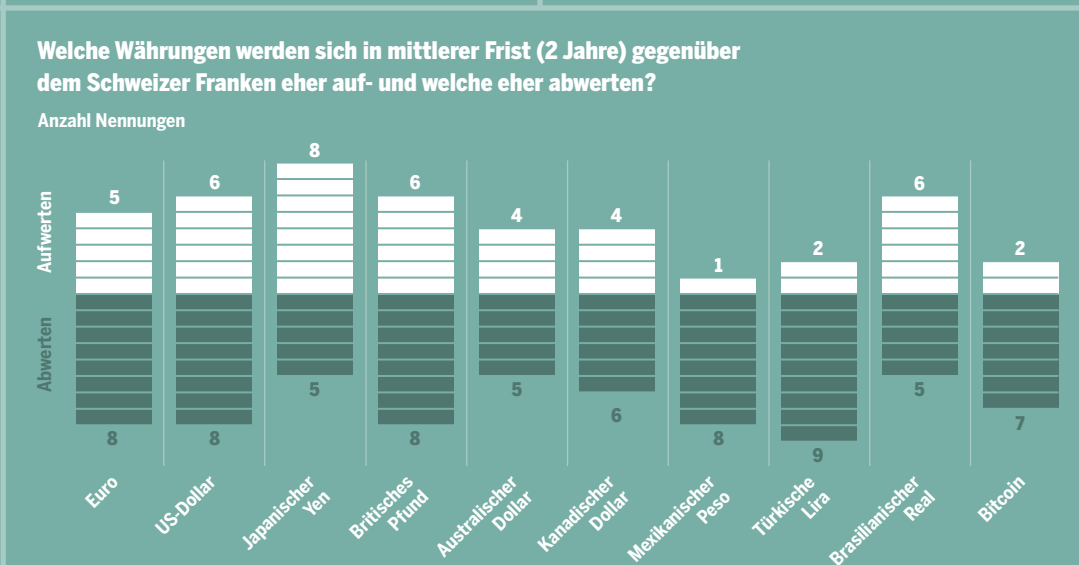
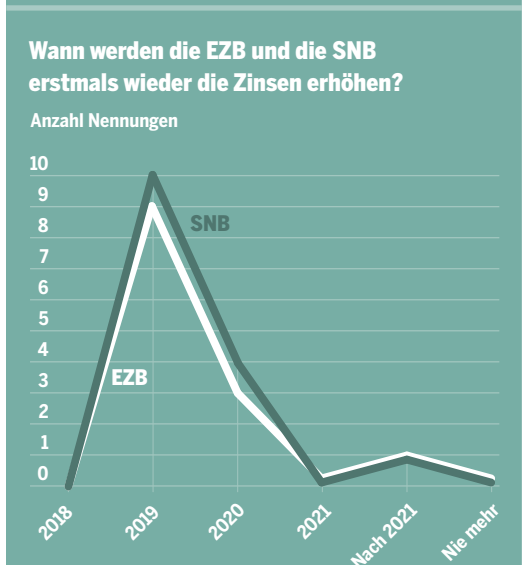
der Ansicht, dass dies eine längere Korrekturphase einläutet.

2. Aussichten auf die Zinswende — Nachdem die amerikanische Notenbank in diesem Jahr die Leitzinsen mehrmals erhöht hat, erwarten die befragten Ökonomen, dass es im Jahr 2019 auch zu Zinserhöhungen in der Euro-Zone und sogar in der Schweiz kommen wird. Dies entspricht mehr oder weniger der Erwartungshaltung im vergangenen Jahr. Nur ein Viertel der Teilnehmer hatte Ende 2017 bereits für 2018 einen Zinsschritt bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB) erwartet.

3. Schweizer Zinsen — Nur eine Minderheit ist der Meinung, dass der Leitzins der SNB in einem Jahr immer noch bei minus 0,75 Prozent liegt. Drei Teilnehmer sehen ihn bereits nächstes Jahr sogar wieder im positiven Bereich.

4. Umstrittene Wechselkurse — Das Ökonomenpanel geht davon aus, dass der Kurs des Schweizer Francs gegenüber Euro und Dollar im nächsten Jahr weitgehend unverändert sein wird. Allerdings ist bei beiden Währungen die Bandbreite der Schätzungen sehr gross. Für den Euro liegen die Erwartungen zwischen Fr. 1.00 und Fr. 1.22, für den Dollar zwischen Fr. 0.90 und Fr. 1.15.

1. Turbulenzen an den Börsen — In den letzten Wochen gab es teilweise erhebliche Kurskorrekturen, vor allem in den USA. Die Mehrheit des Ökonomenpanels ist aber nicht





Anastassios Frangulidis, Pictet Asset Management



Christos Maloussis, Market Analyst IG Bank



Daniel Kalt, Chefökonom UBS Switzerland



Prof. Dr. Gabrielle Wanzenried, Hochschule Luzern



Prof. Dr. Heinz Zimmermann, Universität Basel



Janwillem Acket, Chefökonom Julius Bär



Prof. Dr. Kurt Schiltknecht, ehem. Chefökonom SNB



Marc Brüttsch, Chefökonom Swiss Life



Prof. Dr. Martin Janssen, CEO Ecofin-Gruppe



Martin Jetzer, Chefökonom Bellecapital



Martin Neff, Chefökonom Raiffeisen



Oliver Adler, Chefökonom Credit Suisse



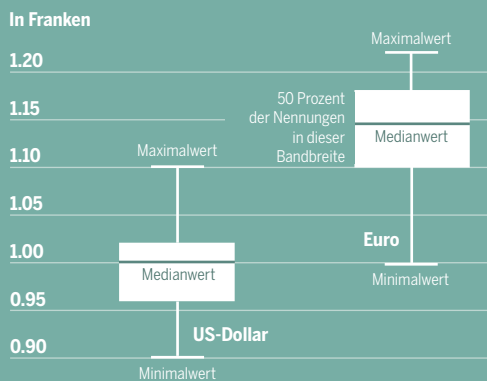
Thorsten Polleit, Chefökonom Degussa



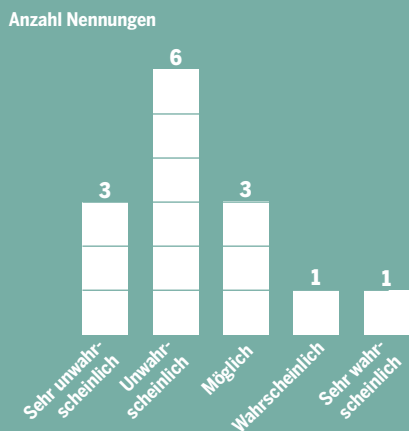
Prof. Dr. Thorsten Hens, Universität Zürich

Wo werden Ihres Erachtens die Kurse für folgende Fremdwährungen in einem Jahr liegen?

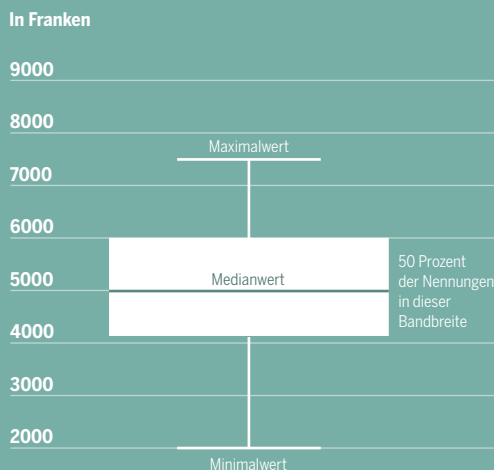
Euro und US-Dollar Total 14 Nennungen



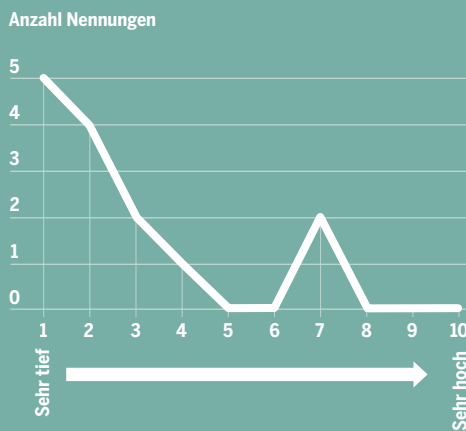
Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass der Leitzins der SNB in den nächsten zwei Jahren auf über zwei Prozent steigt?



Bitcoin Total 11 Nennungen



Wie hoch schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit für den Austritt Italiens aus der Euro-Zone bis Ende 2020 ein?



5. **Stabiler Ölpreis** — Im Mittel rechnen die Ökonomen mit einem Ölpreis von 65 US-Dollar in zwei Jahren – praktisch unverändert gegenüber der derzeitigen Marktnotierung. Den Kursanstieg über das letzte Jahr hatte das Panel Ende 2017 noch nicht kommen sehen.

6. **Meinungsbildung zum Bitcoin** — Fast keiner der Panelteilnehmer investiert selber in Kryptowährungen wie den Bitcoin. Allerdings ist die Meinungsbildung zum Bit-

Die USA sind bei allen Anlageklassen gefragt – noch etwas mehr als die Schweiz.

coin-Kurs etwas weiter fortgeschritten als vor einem Jahr. Sahen sich letztes Jahr nur zwei Drittel der Teilnehmer in der Lage, eine Schätzung für die zukünftige Preisentwicklung abzugeben, sind es diesmal praktisch alle. Es wird ein leichter Rückgang des Bitcoin-Kurses (von heute 6300 US-Dollar) erwartet.

7. **USA bleiben Wachstumskönige und Investment-Magnet** — Sowohl in der Schweiz als auch in der Euro-Zone und in den USA wird das Bruttoinlandprodukt (BIP) auch nächstes Jahr wieder wachsen. Die kräftigste Entwicklung wird in den USA (2,61 Prozent) erwartet, vor der Schweiz (1,86 Prozent) und der Euro-Zone (1,71 Prozent). Das widerspiegelt sich auch in der geografischen Verteilung

lung der Investmententscheidungen. Die USA sind bei allen Anlageklassen gefragt – noch etwas mehr als die Schweiz. Überraschend ist auch die relative Zuversicht bei brasilianischen Aktien.

8. EU-Staatsschuldenkrise — War letztes Jahr noch ein Viertel der Teilnehmer der Meinung, die Staatsschuldenkrise in der EU sei ausgestanden, ist das Bild dieses Jahr düsterer: Sämt-

Sämtliche Teilnehmer halten die Staatsschuldenkrise für nicht überwunden.

liche Teilnehmer halten die Staatsschuldenkrise für nicht überwunden. Im Gleichklang damit hat auch das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik

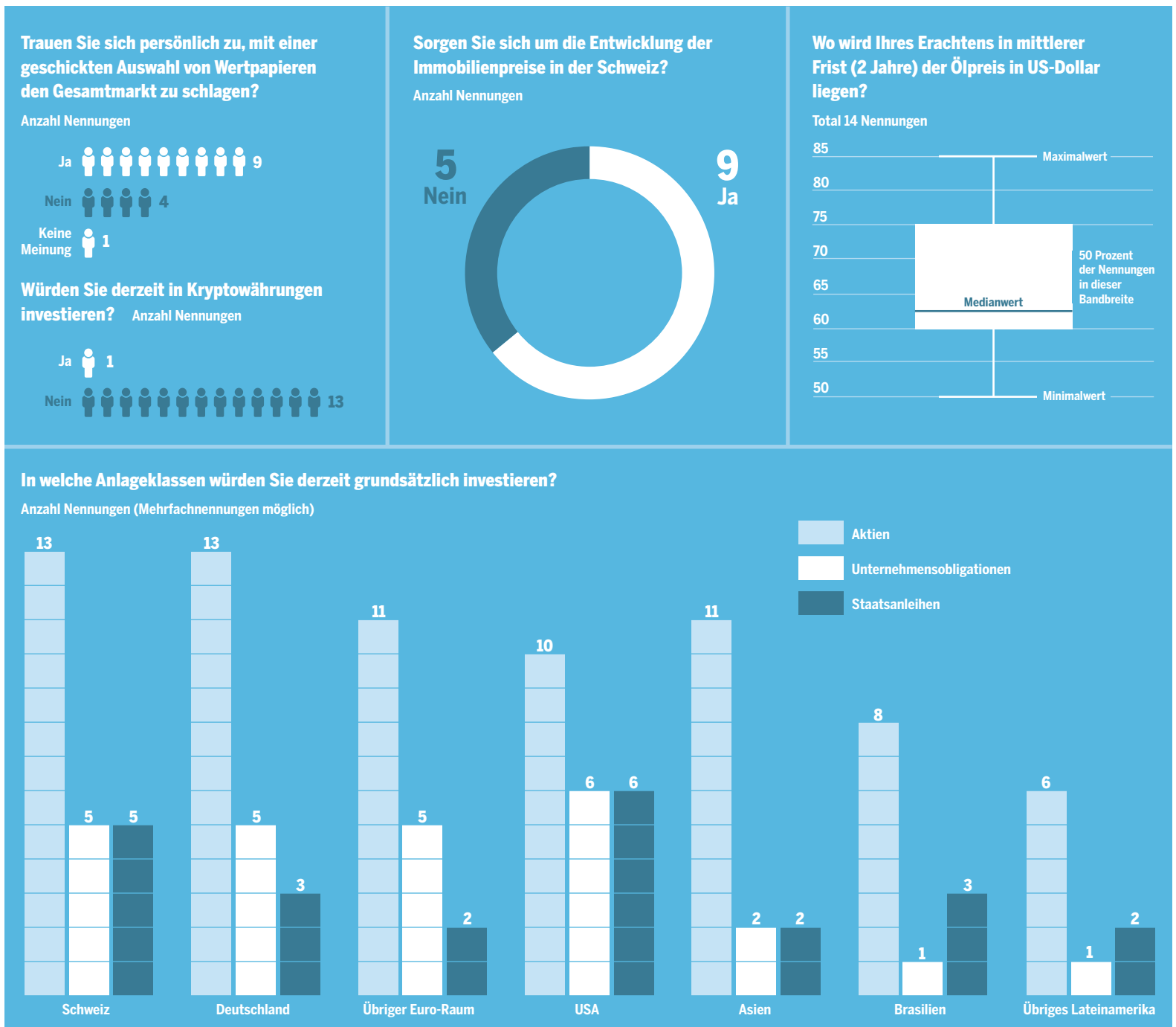
der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel gelitten. Letztes Jahr haben die Ökonomen Merkel unter dem Strich eher vertraut als misstraut. Die Ansichten über Mario Draghi bleiben ähnlich geteilt wie vor einem Jahr.

9. Trump leicht beliebter — Im Gegensatz zu letztem Jahr bekommt die Wirtschaftspolitik von US-Präsident Donald Trump leicht bessere Noten. Im vergangenen Jahr setzte noch keiner der Teilnehmer ein hohes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik des amerikanischen Präsidenten. Dieses Jahr äussern sich immerhin zwei Teilnehmer zuversichtlich über den US-Präsidenten.

10. Brexit bereitet kaum Sorgen — Gefragt nach den grössten Risiken für das globale Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr,

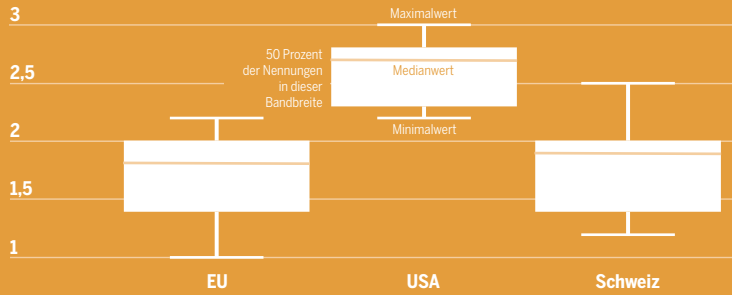
nennen nur zwei Teilnehmer den Brexit. Viel grössere Sorgen bereiten die Staatsverschuldung in Europa, die von zehn Teilnehmern genannt wird, die Staatsverschuldung in den USA und der Handelskrieg (jeweils sechs Meldungen).

Das Weltwoche-Ökonomenpanel bietet jedes Jahr einen Einblick in die Investment-Strategien, Einschätzungen und Markterwartungen führender Finanzökonom.



Welches BIP-Wachstum erwarten Sie für 2018 in der Schweiz, der EU und den USA?

Total 14 Nennungen

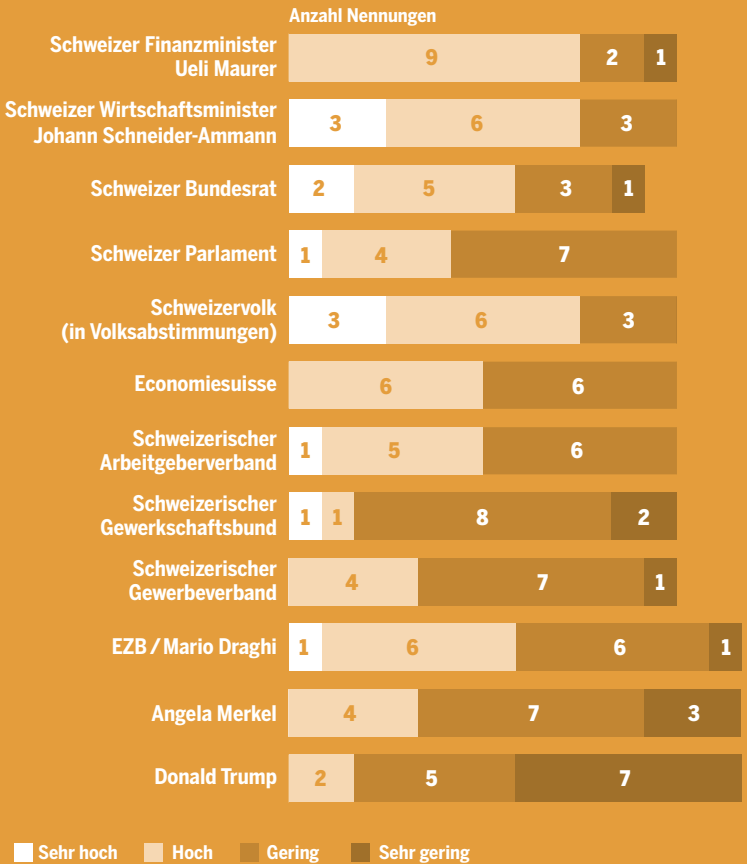


Welches sind die grössten Gefahren für die Entwicklung der Weltwirtschaft im nächsten Jahr?

Anzahl Nennungen*



Wie hoch ist Ihr Vertrauen in die folgenden wirtschaftspolitischen Akteure?



Helvetische Bank

Lassen Sie sich von unseren Fähigkeiten überzeugen. Die Vermögensverwaltung der Helvetischen Bank.

Die Helvetische Bank ist der verlässliche Partner in Finanzfragen für Unternehmer und Privatanleger. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Helvetischen Bank stehen Ihnen jederzeit gerne für ein unverbindliches Gespräch zur Verfügung.

Herr Thomas Della Casa freut sich auf Ihren Anruf. T: 044 204 56 20



Erhöhter Puls und Taschenrechner

Der Kampf der Banken um den Hypothekenmarkt wird härter.

Die Vermittlung von Krediten gewinnt an Bedeutung, weil die Angst vor steigenden Zinsen wächst.

Von Beat Gygi

Wer muss heute im Hypothekenmarkt mehr Angst haben: die Banken oder die Hauseigentümer? Sehen sich die Kreditgeber höheren Risiken gegenüber als die Kreditnehmer? Oder ist es umgekehrt? Ein erster Befund: Die Kreditnehmer, fürsorgliche Familienväter, haben allen Grund, ihre finanzielle Gefährdung genau zu bedenken. Schaut man die Verschuldung der privaten Haushalte an, steht die Schweiz nämlich an der Spitze der Weltrangliste; die Haushalte wirken wie unersättliche Kreditsucher. Das Ergebnis: Die Bruttoschulden der Schweizer Haushalte summieren sich 2017 insgesamt auf fast 130 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) – das erinnert unwillkürlich an Italiens Staatsverschuldungsquote, die gleich hoch ist, auch wenn es in der Schweiz um private Schulden geht, denen reale Vermögenswerte gegenüberstehen.



Ähnlich auf Fremdkapital erpicht wie die Schweizer sind nur die Leute in Australien, der Tschechischen Republik, in Dänemark, den Niederlanden und in Norwegen. Sie alle leben im Grunde viel ausgeprägter auf Pump als die gemeinhin dafür berüchtigten Amerikaner, deren Schuldenquote etwas unter 80 Prozent des BIP liegt. In Europa nehmen die Leute allerdings nicht fürs Konsumieren Kredite auf, sondern für den Haus- und Wohnungskauf. Hypotheken sind das Hauptthema, und es passt dazu, dass die Schweizer Banken heute knapp 1000 Milliarden Franken an Hypothekendarlehen bei

ihren Schuldnern ausstehend haben, das ist mehr als das Kapital in der zweiten Säule. Die ansteigende Linie in der Grafik zeigt, dass die jährliche Wachstumsrate des Hypothekarvolumens in der Schweiz zwar jüngst nachgegeben hat, aber immer noch über dem Wirtschaftswachstum liegt. So ist zu erwarten, dass der Hypothekenanteil am BIP weiter steigt, über die heutigen 140 Prozent hinaus.

Es ist verständlich, dass etliche Hauseigentümer heute einen erhöhten Puls haben, nämlich jene, die mit ihrer Verschuldung an der Grenze der Tragfähigkeit sind. Ende September hat die US-amerikanische Notenbank zum dritten Mal in diesem Jahr die Leitzinsen erhöht, und ein vierter Schritt im Dezember ist sehr wahrscheinlich. In Europa herrschen vor-

läufig zwar noch Null- und Negativzinsen, aber in der Schweiz sind im Herbst die Zinsen für Hypotheken etwas gestiegen. Gemäss dem Vergleichsportal Comparis lag der Richtzins für zehnjährige Festhypotheken Ende September bei 1,62 Prozent. Das sind zwar nur sechs Hundertstel mehr als ein Quartal zuvor, aber die Nervosität am Markt hat zugenommen, und plötzlich könnte der Gedanke aufblitzen an das Gedicht «Herbsttag» von Rainer Maria Rilke mit der berühmten Zeile: «Wer jetzt kein Haus hat, baut sich keines mehr.»

So weit ist es noch nicht. Die jüngst nach unten revidierten Wachstumsprognosen für die Weltwirtschaft werden viele in der Hoffnung bestärken, die Zinswende werde doch nicht so rasch greifen wie Anfang Jahr gedacht. Bei den Hypothekarkrediten gab es laut Comparis eine Nachfrageverschiebung von zehnjährigen Laufzeiten zu mittleren Fristen, weil es für etliche Immobilieneigentümer wichtig sei, unter der Grenze von 1 Prozent Zins zu bleiben, und das ist bei den drei- bis fünfjährigen Festhypotheken zurzeit am ehesten der Fall. Mit andern Worten: Hauseigentümer nehmen den Taschenrechner hervor und kalkulieren schärfer als bisher, mit welchen Lösungen sie wirklich am besten fahren.

Genau aus solchen Gründen müssen die Banken im Hypothekenmarkt heute wahrscheinlich mit mehr Risiken rechnen als die Hauseigentümer. Mit der Postfinance tritt ein neuer grosser Direktanbieter auf den Plan, der mit angriffigen Offerten um Kunden kämpft. Daneben bemühen sich auch Versicherer zunehmend intensiver darum, ihre umfangreichen Mittel auch beim Finanzieren von Grundeigen-

tum einzusetzen. Zudem ist in der Politik einmal mehr ein Angriff auf den Eigenmietwert lanciert worden. Sollte es zu einer Abschaffung kommen, könnten die Hypothekarschuldszinsen wohl nicht mehr steuerlich abgezogen werden, so dass in vielen Privathaushalten die Nei-

Mehr Konkurrenzdruck könnte die Banken kundenfreundlicher machen.

gung zum Schuldenmachen nachlassen dürfte. Vor allem für die gutdotierten Schuldner wird die Rückzahlung von Hypotheken wichtiger werden, als sie bisher war. Das ausgeliehene Volumen würde schrumpfen, deshalb blicken Bankenvertreter besorgt auf einen Regimewechsel beim Eigenmietwert.

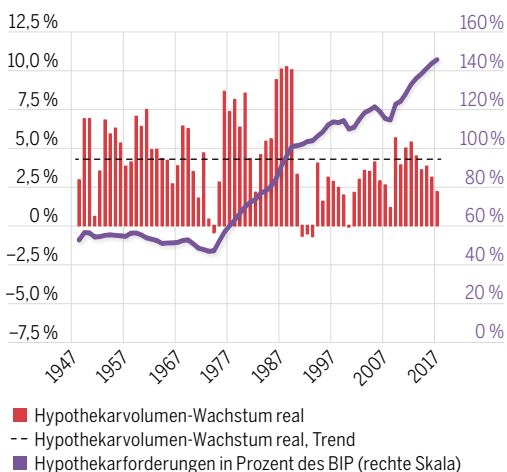
Unabhängigkeit in der Beratung

«Der Hypothekarmarkt wird derzeit aufgebrochen, und zwar in mehrfacher Hinsicht», sagt Giampiero Brundia, Geschäftsführer der Firma Hypothekenbörse. Die Anbieterpalette werde breiter, die lange Phase der Zinssenkung sei zu Ende, und zudem werde nun zunehmend die Wertschöpfungskette beim Finanzieren von Grundeigentum aufgebrochen. Das heisst, dass im Hypothekengeschäft die Beratung und das Bereitstellen des Kredits nicht unbedingt in einem Zug zwischen Kunde und Bank gemacht werden. Es kann ein Vermittler dazwischentreten, der den Immobilieneigentümer bei der Suche nach geeigneten Verträgen berät. Die Banken sind beim Vergeben von Hypotheken nicht mehr in der dominierenden Position, die sie traditionell hatten. Laut Comparis macht das Volumen, das nicht über Banken vereinbart wird, etwa einen Zehntel des Marktes aus.

Klar, in der Versicherungsbranche spielen Broker, die für ihre Kunden geeignete Versicherungsverträge prüfen und vermitteln, eine bedeutendere Rolle als im Kreditgeschäft. Zu den bekannteren und älteren Finanzvermittlern zählt das VZ Vermögenszentrum, das seine Karriere im Geschäft mit der Altersvorsorge begonnen hat und später auch zur Hypothekenvermittlung übergegangen ist. Von ähnlichem Alter ist die Hypothekenbörse, die Werner Egli vor zwanzig Jahren in Uster gegründet hat und bei der Giampiero Brundia wenige Jahre später eingestiegen ist. Im Sommer 2017 wurde die Hypothekenbörse vom Finanzierungsdienstleister Avobis in Zürich übernommen, wobei die ban-

Leben auf Kredit

Wachstum des Hypothekarvolumens, in Prozent pro Jahr und Hypothekarverschuldungsquote, in Prozent des BIP



QUELLE: CREDIT SUISSE, SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK

Schwere Schuldenlast.



«Wer jetzt kein Haus hat, baut sich keines mehr.»

kenunabhängige Hypothekenberatung und -vermittlung weiter Bestand hat.

Was ist der Unterschied zum häufigen Fall, dass ein Immobilieninteressent bei einer Bank um einen Kredit nachsucht? Brundia legt dar, dass eine Bank eben immer ihre eigenen Produkte anbiete, dass dagegen die Hypothekenbörse das ganze Marktangebot durchkäme, um die geeignete Lösung zu finden. Ein wichtiger Teil dieses Geschäftsmodells sei die Unabhängigkeit in der Beratung, deshalb sei man bei der Hypothekenbörse einige Jahre nach der Gründung zum Schluss gekommen, dass Vermittlungskommissionen durch die Bank, die zum Zug kommt, sogenannte Retrozessionen, zum Honorieren der Leistung nicht geeignet seien. Sonst bestünde die Gefahr von Verzerrungen zugunsten bestimmter Kreditgeber und Produkte.

So sei man, im Gegensatz zu den Konkurrenten, dazu übergegangen, vom Kunden für die Vermittlung ein einmaliges Honorar zu verlangen in Abhängigkeit von Kreditvolumen, Komplexität und Arbeitsaufwand. Allfällige Vermittlungskommissionen würden ausgewiesen und auf das Honorar angerech-

net. Die Hypothekenbörse vermittelt pro Jahr rund 500 Millionen Franken an Krediten. Daneben hat sie sich mit der Hypothekenverwaltung für grössere Immobilieneigentümer ein weiteres Standbein aufgebaut; besonders das Geschäft mit Wohnbaugenossenschaften hat sich nach Brundias Worten rege entwickelt.

Frage des Vertrauens

Mit Alternativen zur normalen Hypothekendarfinanzierung durch die Bank beschäftigt sich auch der private Vermögensverwalter Andreas Hefele von PFP Hefele & Partner AG in Pfäffikon ZH. «Der Begriff Hypothek wird oft zu eng verstanden als direkte Geschäftsbeziehung zwischen Bank und Immobilieneigentümer», meint er. Dabei könnten Geldgeber durchaus ausserhalb der Bankenbranche gesucht werden, was die Banken einem stärkeren Konkurrenzdruck aussetzen und – seiner Ansicht nach – möglicherweise kundenfreundlicher machen würde. Allerdings müsste für solche Vermittlungen im privaten Rahmen eine genügend solide Vertrauensgrundlage bestehen. Dem Crowdfunding traut er diese Eigenschaften we-

gen der Anonymität nicht unbedingt zu, wohl aber dem Gewähren von Darlehen innerhalb der Familie und ähnlicher Kreise, weshalb er zunächst mal die Internetadresse Privathypothek.ch reservieren liess. Nach seiner Einschätzung lässt sich unter solchen Bedingungen der Spielraum für massgeschneiderte Darlehensverträge im Vergleich mit den heutigen Bankenlösungen erheblich erweitern, vor allem wenn die Zinsen tatsächlich spürbar anziehen sollten.

Wie kommt man aber zum Schluss, dass die Banken angesichts dieser Entwicklungen im Hypothekenmarkt heute eher Angst haben sollten als die Hauseigentümer? Die Antwort hängt mit der voranschreitenden technologischen Entwicklung zusammen. Da immer mehr Daten via Internet für das breite Publikum zugänglich sind, werden die Verhältnisse an den Märkten zunehmend transparenter. Geschäftsvorgänge wie das Ausleihen von Geld zum Kauf eines Grundstücks und die zugehörige vertragliche Absicherung lassen sich klarer in einzelne Schritte unterteilen. Und rasch zeigt sich dann, dass vielleicht nicht bei jedem Schritt die Bank der beste Fachmann ist.

«Wir Bergvölker sind besonders freiheitsliebend»

Sie ist eine prominente Kritikerin der Österreichischen Nationalbank (OeNB), doch seit kurzem amtiert Barbara Kolm als Vizepräsidentin der traditionsreichen Institution. Gespräch über die riskante Geldpolitik der Staatsbanken, den Sozialstaat und ihr Verhältnis zur FPÖ. Von Florian Schwab und Regina Hügli (Bild)



«Leid von den Menschen abwenden»: OeNB-Vizepräsidentin Kolm.

Die Presse bezeichnet sie gerne als Vizekanzler Straches «Eiserne Lady»: Barbara Kolm, 53, aufgewachsen in Innsbruck, Tirol. In Sachen Charme könnte die frühere britische Premierministerin der Österreicherin das Wasser allerdings kaum reichen: Kolm lacht viel, geht offen auf die Leute zu und gilt als äusserst umgänglich.

Fast ihr ganzes Berufsleben hat Barbara Kolm einer Aufgabe gewidmet: die Österreichische Schule der Nationalökonomie aus dem Museum zu holen und in ihrem Ursprungsland wieder salonfähig zu machen. Zu diesem Zweck gründete und leitete sie zwei Institute, das Friedrich-A.-v.-Hayek-Institut und das Austrian Economics Center, beide in Wien. Barbara Kolms Denken ist

vom staatskritischen Geist von Ökonomen wie Ludwig von Mises oder Friedrich August von Hayek geprägt. Weltweit gilt sie in liberalen Kreisen als eine der Personen mit der grössten Wirkung. Der liberal-konservative amerikanische Medienkanal *Newsmax* erklärte sie letztes Jahr für europaweit führend im Engagement für marktwirtschaftliche Lösungen. Im internationalen Vergleich rangiert sie auf Platz 64 unter den 100 wirkungsvollsten liberalen Persönlichkeiten. Man versteht, wieso: Wie ein Wirbelwind bewegt sich Kolm durch ihr modern eingerichtetes Büro, nur einen Steinwurf vom Stephansdom entfernt.

Von der neuen Bundesregierung wurde die Staatskritikerin in Gremien berufen, in denen bis vor kurzem die Sozialdemokraten aus allen

Parteien unter sich waren: in den Universitätsrat der Uni Wien, das Aufsichtsgremium der Österreichischen Bundesbahnen – und seit neuestem in den Generalrat der Österreichischen Nationalbank (OeNB) als Vizepräsidentin.

Frau Kolm, wie fühlt es sich an, als eher kritische Begleiterin des staatlichen Geldsystems plötzlich Vizepräsidentin der Österreichischen Nationalbank zu sein?

Es ist sehr gewöhnungsbedürftig! Die Nationalbank ist ja eine sehr ehrwürdige, über 200 Jahre alte Institution. Da geht man mit einer gewissen Demut ins Haus, lernt die Mitarbeiter schätzen und weiss, was dort geleistet wird.

Trotzdem, mit offenen Armen wurden Sie wohl kaum empfangen.

Ich bin der Überzeugung, dass sachliche Kompetenz, Offenheit, vor allem aber Verständnis und Interesse für die Menschen und ihre Institution Barrieren reduzieren. Natürlich gibt es den einen oder anderen, der mir mit Skepsis begegnet. Man weiss ja, wofür ich stehe. Gerade deshalb ist es eine grosse Ehre, und es freut mich, hier mit grossem Engagement dienen zu dürfen. Aber ich ändere meine Überzeugungen nicht, nur weil ich in einem Gremium bin.

Das Vizepräsidium ist ja eher eine Aufsichtsfunktion. Was können Sie bei der Nationalbank überhaupt bewegen?

Ja, Sie haben recht, aber das Nationalbankgesetz sieht auch vor, dass ich mit beratender Stimme an den Direktoriumssitzungen teilnehme. Meine Rolle sehe ich auch darin, Denkanstösse zu geben für Fragen wie: Welche Rolle hat diese Institution im neuen Jahrtausend, was sind die *learnings* aus der Krise, und wie reagiert man auf technologische Herausforderungen? Die wichtigsten Ziele der OeNB bestehen darin, einen Beitrag in Bezug auf Preisniveau- und Finanzmarktstabilität zu leisten. Praktisch bedeutet das, dass die Aufgabe der Nationalbank neben der Mitwirkung an der gemeinsamen Geldpolitik, den makroprudenziellen Aktivitäten im Euro-System, der Bereitstellung von Infrastruktur im Bereich des baren und unbaren Zahlungsverkehrs liegt. Darüber hinaus stehe ich für ein verstärktes Engagement im Bereich der Finanzbildung – also den Kampf für *economic and financial literacy*. Es ist mir ein grosses Anliegen, die Kontrollfunktion, die meine Tätigkeit im Präsidium mit sich

bringt, mit der Möglichkeit zu verknüpfen, die Bank durch die genannten Schwerpunkte meiner Tätigkeit noch zukunftsfit zu machen.

Und die klassische Rolle der Notenbank: das Horten der Goldreserven im Keller, die Ausgabe von Geld ...?

Als Mitglied der Euro-Zone betreibt Österreich keine autonome Geldpolitik. Die Mitwirkung an der Geldpolitik im Euro-System obliegt dem Gouverneur.

Sie haben sicher immerhin eine persönliche Meinung zur Geldpolitik der letzten Jahre.

Ja natürlich, aber mein Blick ist zukunftsgerichtet, und da geht es mir darum, dass künftig die übergeordneten Ziele der Preisniveau- und Finanzmarktstabilität durch einen verantwortungsvollen Umgang in Bezug auf die Entwicklung der Geldmenge unterstützt werden.

Wie sehen Sie die Zukunft der Euro-Zone in dem ganzen Gefüge von verschuldeten Staaten, dem offiziellen Ausstieg aus dem Quantitative Easing et cetera?

Es gilt aus meiner Sicht, den Pfad der konsequenten Budgetkonsolidierung zu beschreiten im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens. Damit wird sich künftig der EZB-Rat intensiv auseinandersetzen müssen. Es gab schon punktuelle Verbesserungen. Bei den 120 grossen Banken, die von der Europäischen Zentralbank überwacht werden, konnte in Summe die Krisenresistenz gestärkt werden. Die Kapitalunterlegung ist besser geworden, die Geschäftsmodelle sind mehr auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Der Preis dafür ist noch mehr Bürokratie und dass die Mitarbeiter heute viel stärker mit Regulierung und Formular-Ausfüllen beschäftigt sind als mit dem Kunden.

Sie haben in den letzten Jahrzehnten die Österreichische Schule der Nationalökonomie in ihrem Ursprungsland wieder salonfähig gemacht. Was ist deren zentrale Aussage für die Geldpolitik?

Österreichische Ökonomen wie Ludwig von Mises oder Friedrich August von Hayek

«Ich ändere meine Überzeugungen nicht, nur weil ich in einem Gremium bin.»

haben immer vor einer Geldschöpfung gewarnt, der kein realer Wert gegenübersteht. Daher ist der Zins so wichtig als Gegenleistung für produktives Kapital. Für diese Denkrichtung der Ökonomie ist das Vertrauen in den Wert des Geldes ganz entscheidend. Dieses Vertrauen gilt es jederzeit zu gewährleisten, um externe Schocks auf den Finanzmärkten mit verheerenden Wirkungen für die Realwirtschaft, einschliesslich des Arbeitsmarktes, zu verhindern.

Das hat man schon nach der Internetblase und dann nach der Finanzkrise gesagt. Meistes kommt es dann doch nicht so schlimm heraus, und man findet immer wieder einen Aufwärtspfad.

Das Schwarzmalen wird uns *Austrians* immer angekreidet. Aber man muss doch realistisch sein: Die Probleme zuzudecken, indem man gutes Geld schlechtem Geld nachwirft, kann keine nachhaltig erfolgreiche Strategie sein. Irgendwann ist Schluss mit dem, was man auf Englisch *kick the can down the road* nennt. Es kommt der Zeitpunkt, da man nicht mehr ausweichen kann. Die spekulativen Blasen werden immer grösser. Das zeigt die Geschichte ganz

klar auf. Wir haben in der angewandten Wirtschaftspolitik seit dem grossen Crash von 1929 teilweise nicht viel dazugelernt. Ich sehe die Gefahr staatlicher Interventionen darin, dass – und dies zeigt die Geschichte – wirtschaftliche Fehlentwicklungen durch staatliche Interventionen perpetuiert und sogar verstärkt werden können. Mir geht es daher darum, derartige Fehlentwicklungen rechtzeitig aufzuzeigen, um wirtschaftliches Leid von den Menschen abzuwenden.

Zumindest die Neuverschuldung hat sich ja schon ein bisschen stabilisiert.

Aber vor allem deshalb, weil die Zinsen sehr niedrig sind. Die Einschätzung, dass wir gegenwärtig bereits unsere Staatshaushalte nachhaltig saniert hätten, ist eine Illusion – die nicht über die tatsächliche Belastung für unsere Kinder hinwegtäuschen darf.

Was müsste geschehen?

Wir müssen uns besinnen und Firmen und Staaten auch pleitegehen lassen. Das hat man ja konsequent vermieden.

Von Opel bis zu Alitalia oder Griechenland...

Ja. Sie haben es in der Schweiz mit Leukerbad ja vorgemacht. Die Gemeinde wurde in den Konkurs geschickt und unter Zwangsverwaltung

gestellt. Jetzt ist sie saniert. Das ist es, was wir uns nicht getrauen: Gebietskörperschaften in die Pleite zu schicken. In den USA ist das hingegen völlig normal. Ein Bailout durch die nächsthöhere Ebene gibt es nicht. Man muss dem Wert des Geldes schon Sorge tragen. Vielleicht kann uns die stärkere Verwendung von Kryptowährungen diesbezüglich unterstützen.

Sprechen wir über Ihren Werdegang. Sie verdanken Ihre Nomination für das Vizeprä-



FALLS WIR ÜBER SIE NOCH NIE GESCHRIEBEN HABEN, SOLLTEN SIE VIELLEICHT ANFANGEN, BILANZ ZU LESEN.

Hier für Newsletter anmelden:



Die spannendsten Seiten der Wirtschaft.

sidium der Nationalbank der FPÖ. Sie waren schon für die Partei aktiv, als sie noch komplett im «rechten Giftschrank» stand.

Ich komme aus einer wirtschaftsliberalen Familie, in der die individuelle Freiheit das höchste Gut war. Meine Vorfahren waren an der liberalen Revolution von 1848 beteiligt gewesen. Hinzu kommt, dass man als Tiroler besonders freiheitsliebend ist. Das eint uns Bergvölker alle. Ich habe stets versucht, meine liberalen Überzeugungen – unabhängig von der jeweiligen Funktion – positiv einzubringen.

Ökonomen kritisieren den Sozialstaat aufgrund seiner Fehlanreize. Viele erfolgreiche Rechtsparteien nehmen aber bei diesem Thema sehr grosse Rücksicht. Ist das der Preis für die Wählbarkeit in Europa?

Ich würde das nicht so radikal sehen. Wenn man das österreichische Beispiel ansieht, dann wird gegenwärtig reformiert. Beispielsweise wird die Zahl der 21 Sozialversicherungen im Sinne der Hebung von Synergieeffekten deutlich auf fünf reduziert. Diese Effizienzsteigerungen schonen den Steuerzahler. Auch international gibt es viele Beispiele. Schröder in Deutschland hat Hartz IV eingeführt, weil er wusste, dass es unausweichlich war. In Neuseeland wurde die liberal-konservative Reformpolitik von Ruth Richardson durch ihren Nachfolger weitergeführt. Wichtig ist, verantwortungsbewusst vorzugehen und es so zu erklären, dass die Menschen verstehen, warum es diese Veränderungen braucht.

Was bedeutet es für Sie, freiheitlich zu sein?

In einem ideologischen Sinne bedeutet freiheitlich für mich, dass eine Gesellschaft auf individueller Verantwortung aufbaut, aber gleichzeitig diejenigen unterstützt, die sich nicht selbst helfen können. Doch die soziale Verantwortung ist in ein Gesamtbild eingebettet, das wirtschaftliche und persönliche Freiheit, die Wirtschaftswachstum und Wohlstand für alle generieren, auch beinhaltet.

Die österreichische Botschafterin in der Schweiz, Ursula Plassnik, kritisiert, die Schweiz habe «den Sonderfall zum Dogma erhoben», dabei gehe es doch «um die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Europa, des Lebensmodells eines ganzen Kontinents im globalen Wettbewerb und nicht um einzelstaatliche Selbstbehauptung». Ihre Meinung?

An dieser Stelle möchte ich nicht die Position unserer ehemaligen Aussenministerin kommentieren. Ich kann Ihnen nur sagen, wie ich die Schweiz sehe: als hervorragendes Erfolgsmodell, beispielsweise in Bezug auf die direktdemokratischen Instrumente und ihre Wirtschaftspolitik. Der Bürger hat viel mehr Macht und nimmt sein Leben selbst in die Hand. ○



Rückkehr zum Erfolg, nach Opfern und Entbehrungen: Online-Banker Bürki.

Banken

Seiner Zeit immer voraus

Marc Bürki schrieb mit Swissquote eine der wenigen echten Erfolgsgeschichten auf dem modernen Schweizer Finanzplatz. In die Finanzindustrie kam er durch Zufall. Von Claude Baumann

Neuerdings können sich Kunden der Online-Bank Swissquote an Initial Coin Offerings (ICOs) beteiligen. Das ist eine neue Art der Kapitalbeschaffung für Unternehmen. Dabei geben diese auf Basis der Blockchain-Technologie sogenannte Tokens heraus – so etwas wie Wertmarken. Vereinfacht gesagt, ist das virtuelles Geld, wie man es sich heute vielleicht erst schwer vorstellen kann. Doch bis in ein paar Jahren werden solche Zahlungsmittel vermutlich gang und gäbe sein.

Gemäss eigener Einschätzung ist Swissquote die weltweit erste Online-Bank, die solche Tokens ihrer Klientel zuhält. Das mag auf Anhieb irrelevant klingen. Doch will die Schweiz auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der Finanzwelt spielen, sollte sie sich nicht nur auf ihre Grossbanken UBS und Credit Suisse kaprizieren, sondern Institute wie die im waadtländischen Gland beheimatete Swissquote ebenso im Auge behalten.

Es ist nicht einmal das erste Mal, dass dieses Unternehmen neue Massstäbe setzt. Seit der Gründung vor demnächst zwanzig Jahren hat diese Firma mit dem knallig orangen Firmenemblem für «Premieren» gesorgt: allein schon durch die Tatsache, dass sie recht

eigentlich die erste ernstzunehmende Online-Bank hierzulande war, also ein Finanzinstitut ohne Filialen und Schalter.

Ähnlich virtuell wie Swissquote selber ist die Person, die – zumindest nach aussen hin – diese Erfolgsgeschichte repräsentiert: Marc Bürki, ein vordergründig wenig fassbarer, weil unauffälliger und unpräntentöser Schaffer, der in scharfem Kontrast zu vielen überbezahlten Bank-CEOs steht, denen es schwerfällt, ihre vollmundigen Versprechen in Relation zu ihrer effektiven Leistung zu setzen. Erst im Gespräch offenbart der grossgewachsene Bürki eine unerwartete Zugänglichkeit.

Wurzeln in Marokko und Tunesien

Der heute 57-jährige Schweizer kam in Tunesien zur Welt und wuchs in Marokko auf. Sein Vater arbeitete in Nordafrika für die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Als Kind wollte er Pilot werden. «Banker war nie mein Traumberuf», erinnert er sich und findet, dass er es vielleicht gerade deswegen geschafft habe. Allerdings dauerte das seine Zeit. Eigentlich begann alles 1990, als drei Abgänger der Ecole polytechnique fédérale de Lausanne (EPFL) in



war Ingenieur Bürki definitiv Banker geworden, allerdings einer, der sich hohe Ziele setzte. «Die Demokratisierung der Finanzwelt ist seit Gründung der Bank unser Leitgedanke. Wir wollen Dienstleistungen so vereinfachen, dass sie für jeden und jede zugänglich werden», erklärt er. Mit diesem Vorsatz ging Swissquote auch an die Börse.

Das Going-public am 29. Mai 2000 spülte 90 Millionen Franken in die Firmenkasse und bewertete die Firma auf 345 Millionen Franken – für damalige Schweizer Verhältnisse eine Sensation. Bürki erinnert sich vor allem an die Tage danach. Von seiner Hausbank erhielt er einen Kontoauszug. «Ich erschrak, als ich den Saldo las», sagt er. Der damals 39-jährige Jungunternehmer war über Nacht zu einem Vermögen von sage und schreibe sechzig Millionen Franken gekommen. So viel war ihm persönlich aus dem Börsengang der Online-Bank zugeflossen.

Das war Hightech-Euphorie pur, auf die allerdings schon bald die grosse Ernüchterung folgte. Im Sog der Dotcom-Krise der frühen nuller Jahre geriet Swissquote in enorme Schwierigkeiten. Die Wachstumserwartungen bei den Kundenzahlen und Transaktionen erfüllten sich nicht. Expansionen erwiesen sich als Flops. Innerhalb von zwölf Monaten setzte die Bank zwanzig Millionen Franken in den Sand. Bürkis Vermögen selber schmolz bis auf ein paar wenige Millionen dahin.

Überlebender der New Economy

Viele Anleger hatten die Firma abgeschrieben – als weiteres Opfer der serbelnden New Economy. Bürki und Buzzi dachten jedoch nicht ans Aufgeben. Mit neuen, teilweise altgedienten Managern – ironischerweise aus der Old Economy – zogen sie die Notbremse. Sie wechselten das Management aus, übernahmen mit Finanzchef Michael Ploog die operative Führung, reorganisierten die Geschäftsabläufe, stoppten viele Investitionen und entliessen an die fünfzig Mitarbeiter. «Ich habe schlecht geschlafen», erinnert sich Bürki, «wir mussten Kollegen entlassen, mit denen wir uns zuvor wie in einer grossen Familie gefühlt hatten.»

Rückblickend war Swissquote seiner Zeit immer voraus. Denn die Digitalisierung der Finanzwelt bahnte sich schon Anfang des 21. Jahrhunderts als unabwendbare Realität an. Daraus liess sich unschwer ableiten, dass das Geschäftsmodell stimmte. «Es war bloss noch die Frage, wer den längeren Atem und den grösseren Willen besass», sagt Bürki. Die Rückkehr zum Erfolg stellte sich nach den enormen Opfern und Entbehrungen der Gründerjahre tatsächlich ein: Je mehr Leute nach der New-Economy-Krise wieder online handelten, nicht zuletzt weil ihnen immer bessere Tools zur Verfügung standen, desto

solider konnte sich Swissquote auf Neue etablieren. Natürlich kamen dem Unternehmen dabei auch die frühen Erfahrungen zugute.

Geld, Vermögen, Reichtum – es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass diese Werte, die im digitalen Banking und Trading so etwas wie Statussymbole sind, Bürki persönlich relativ wenig bedeuten. «Ich habe mich stets als Entrepreneur verstanden, der jeden Fünfer zweimal umdreht, bevor er ihn ausgibt.» Das dürfte er in den vergangenen zehn Jahren etliche Male getan haben, angesichts der zügigen Expansionsdynamik, die das Unternehmen an den Tag legte – indem es Konkurrenten schluckte, Kooperationen einging, Sparkonti und Dienstleistungen für sehr wohlhabende Kunden lancierte, eine Derivate-Plattform und einen Robo-Advisor aufbaute oder das Produktangebot mit Innovationen laufend erweiterte – kürzlich sogar mit einem «Cannabis-Zertifikat», das in Firmen investiert, die wirtschaftlich von der zunehmenden Liberalisierung der Soft-Droge profitieren.

Mittlerweile beläuft sich der Börsenwert von Swissquote auf mehr als 750 Millionen Franken. Bürki und Buzzi besitzen je 12,6 Prozent an der Firma oder derzeit je etwa 95 Millionen Franken. Grosse Miteigentümer sind inzwischen auch die Postfinance, die Basellandschaftliche Kantonalbank, aber auch der US-Finanzgigant JP Morgan Chase. Im aufstrebenden Krypto-Boom nimmt Swissquote mit seinen mittlerweile knapp 600 Mitarbeitern erneut eine Vorreiterrolle ein. Gut möglich, dass Bürki seinem persönlichen Anspruch weiter gerecht wird und die Finanzwelt demokratisiert. Denn allein der Saldo auf seinem persönlichen Bankkonto, ob real oder digital, hat ihn – im Gegensatz zu vielen anderen Bankern – noch nie sonderlich interessiert. ○

Lausanne die Firma Marvel Communications gründeten: die Ingenieure Marc Bürki, Paolo Buzzi und Iller Rizzo – Letzterer stieg nach ein paar Jahren wieder aus. Der Firmenname war bei einem Brainstorming entstanden. «Wir wussten nicht, dass es eine berühmte Comic-Figur namens Captain Marvel gibt», sagt Bürki. Die knapp Dreissigjährigen entwickelten Software für Banken – nebenbei kreierten sie Websites für ein damals noch kaum bekanntes Medium namens Internet.

Nach dem Besuch einer Internetmesse Mitte der 1990er Jahre in Boston stand für die Firmenpioniere fest, dass ihnen eine gran-

«Es war bloss noch die Frage, wer den längeren Atem und den grösseren Willen besass.»

diose Zeit bevorstand. Zurück in der Schweiz, entwickelten sie eine Website, die es ermöglichen sollte, über das Internet Aktienkurse am PC abzurufen. «Wir wussten zwar nicht, ob das wirtschaftlich Sinn macht», erinnert sich Bürki, «doch das war der Ursprung des späteren Geschäftsmodells.» Während Buzzi als der geniale Entwickler galt, erwies sich Bürki als der geborene Verkäufer.

Vor rund zwanzig Jahren war es so weit: Über www.swissquote.ch konnten Anleger ab 1999 online an der Börse handeln, und dies erst noch zu wesentlich günstigeren Preisen als bei traditionellen Banken. Im New-Economy-Boom der späten 1990er Jahre war diese neue Dienstleistung ein voller Erfolg hierzulande – alle Welt wollte traden. Damit

Damit wir...

- ... nicht in die EU geführt werden.
- ... Löhne und Arbeitsplätze erhalten.
- ... keine höheren Gebühren, Abgaben und Steuern bezahlen.
- ... den Schweizer Tier- und Landschaftsschutz behalten.
- ... Rechtssicherheit gewährleisten.

Stimmen Sie darum am 25. November

JA

Zur direkten Demokratie.
Zur Selbstbestimmung.

www.selbstbestimmungsinitiative.ch
Komitee JA zur Selbstbestimmung, Postfach, 3001 Bern



Vier Mal pro Woche: **Die andere Sicht**

Die tägliche Nachrichtensendung für *Weltwoche*-Abonnenten. Chefredaktor Roger Köppel kommentiert von Montag bis Donnerstag, jeweils ab 16.30 Uhr, die Themen des Tages und unterhält sich mit interessanten Gästen. Für Abonnentinnen und Abonnenten ist diese Dienstleistung kostenlos. www.weltwoche.ch/daily



Wohnzimmer als Zentrum

Yvonne Henkel berät bei Wohnbedarf Kunden beim Einrichten ihres Zuhauses und ist bestrebt, ein Wohlfühl-Ambiente zu schaffen.



«Einrichten ist schon länger keine Frauendomäne mehr»: Verkaufsleiterin Henkel.

Frau Henkel, welches ist der wichtigste Raum in einem Zuhause?

Ganz klar das Wohnzimmer, das vor Jahren die Küche abgelöst hat. Es ist in der Regel das Zentrum und ein Treffpunkt für die ganze Familie, und man bittet Gäste und Freunde dort hinein. Anfänglich waren Wohnzimmer oder die guten Stuben noch sehr repräsentativ und zum Teil opulent eingerichtet. Heute ist das anders, man arbeitet auch schon mal im Wohnzimmer.

Wie entwickelt man als Beraterin ein Wohnzimmer?

Zuerst ist es wichtig, den Bedarf der Kunden abzuklären. Wir versuchen, ein Gespür für die Wünsche zu bekommen. Das ist das A und O. Soll ein Raum repräsentativ sein oder funktional? Dann geht es darum, verschiedene Vorschläge zu machen und ein sogenanntes *centrepiece* auszuwählen. Das kann ein einzelnes Sofa sein oder eine

ganze Sitzgruppe. Um dieses Stück herum werden andere neue Gegenstände angeordnet und schon vorhandene Möbel ins Ensemble integriert, wenn sie dazu passen. Nicht vergessen darf man den Fernseher, die Hi-Fi-Geräte, den Verlauf der Kabel und natürlich die Beleuchtung. Da stellen sich Fragen wie: Sollen es LED-Leuchten sein? Muss das Licht gedimmt werden können? Will man ein Stimmungslicht oder ein Arbeitslicht?

Worin liegt der Wert einer solchen Beratung?

Unsere Beratung ist zentral, sonst könnte man ja gleich im Internet bestellen. Wenn es sich um einen umfassenden Einrichtungs-auftrag handelt, etwa wenn ein neues Haus bezogen wird, dann machen wir auch einen Ortstermin ab und schauen uns zusammen mit dem Kunden die konkrete Situation an. Das ist ein Zusammenspiel zwischen Kunde, Verkäufer und Planung. Wir stellen schon mal bestimmte Objekte auch zur Probe in ein

Wohnzimmer, damit die Kunden in ihrem Zuhause sehen können, ob es passt. Natürlich können wir auch am Computer in 3-D unsere Vorschläge abbilden.

Was sind die Trends in der Einrichtungsbranche?

Gegenwärtig sind rundere Formen sehr beliebt, sei es bei Tischen, Lampen oder Stühlen. Ein Trend, der nie aus der Mode kommt und all die Jahre wie ein roter Faden geblieben ist, sind die Klassiker von Knoll, LeCorbusier, Moser oder Embru Altorfer. Gerade in der Schweiz sind Möbel aus einheimischer Produktion sehr gefragt. Wir führen traditionell eine grosse Auswahl davon, auch um den Standort Schweiz zu stützen. Dieser Bezug zur Swisness gefällt mir persönlich sehr gut. Wichtig ist, dass ein Wohlfühl-Ambiente entsteht. Häufig gewünscht wird auch eine leichte, unaufdringliche Opulenz.

Hat sich bei den Materialien etwas verändert?

Wichtig ist, dass man sich in seinem Heim wohl fühlt. Wir beobachten, dass alte Formen in anderen Materialien und Texturen neu aufgelegt werden. Das kann etwa eine Oberfläche aus Velours sein. Stark verbessert hat sich die Qualität der Stoffe, sie stehen dem Leder in nichts mehr nach. Vielfach werden Sessel aus Leder und solche aus Stoff nebeneinander hingestellt.

Gibt es den typischen Schweizer Geschmack?

Einheimische Kunden kaufen gerne wertig ein, was nicht unbedingt teuer sein muss. Grundsätzlich orientieren sie sich bei den Klassikern an Originalen und nicht an Kopien. Der Schweizer ist kein Schnellkäufer, sondern setzt sich mit der Materie gründlich auseinander. Viele Möbelstücke schafft man sich nur einmal im Leben an. Es ist ein breites Verständnis für Design und Einrichtung vorhanden. Junge Leute haben es gern cool und loftartig, bei ihnen kommen aber auch die Lieblingsstücke der Eltern an.

Wählen Frauen anders aus als Männer?

Einrichten ist schon länger keine Frauendomäne mehr. Heute ist bei einem Paar auch der Mann in den Kauf involviert. Grundsätzlich tendieren Frauen etwas mehr zur Opulenz, Männer hingegen mögen es klassischer sowie funktionaler und bevorzugen eine reduzierte Formensprache. Frauen wie Männer wissen aber grundsätzlich, was sie wollen, und beide sind designorientiert.

Yvonne Henkel, 46, arbeitet seit drei Jahren beim 1931 gegründeten Einrichtungshaus Wohnbedarf in Zürich. Als Verkaufsleiterin Retail kennt sie immer die neuesten Trends und die Wünsche der Kunden. Als ihr absolutes Lieblingsstück bezeichnet sie die vom Dänen Poul Henningsen designte und von Louis Poulsen hergestellte Lampe «PH Artichoke».

Die Fragen stellte Michael Baumann.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man bergauf mit dem E-Bike locker einen keuchenden Rennvelofahrer überholen und ihm schadenfreudig einen schönen Abend wünschen? *Boris Felder, Bern*

Ja. Denn als Rennvelofahrer freut man sich, wenn man beachtet und gegrüsst wird, man versteht das gerne als Anerkennung für die eigenen Anstrengungen. Von einem E-Bike am Berg überholt zu werden, ist für «Gümmler» mental verkräftbar, wenn sie sich vorstellen, dass ihr Fahrstil ja viel sportlicher ist, dass sie etwas für ihre Fitness tun, dass sie in der Ebene dann wieder schneller sind und dass dem E-Bike eventuell noch vor der Passhöhe der Strom ausgehen könnte. *Beat Gygi*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Es ist bizarr, wenn bei einer SVP-Initiative die «Diktatur des Volkes» heraufbeschworen wird.» *Verena Guran-Fierz*

Eigenverantwortung stärken

Zur Berichterstattung über die Selbstbestimmungsinitiative

Es ist bizarr, wenn bei einer SVP-Initiative die «Diktatur des Volkes» heraufbeschworen wird, aber wenn eine solche abgelehnt wird, vom «Durchmarsch der Zivilbevölkerung» (Sommaruga, Durchsetzungsinitiative) gesprochen wird. Die Gegner der Selbstbestimmungsinitiative würden auch nur mit Hilfe des dummen Volkes gewinnen, das sie mit wirklich allen Mitteln überzeugen wollen.

Verena Guran-Fierz, Zumikon

Die Gegner stellen die Initiative so dar, als ob die Schweiz eine völkerfeindliche, menschenrechtsfeindliche Verfassung und Gesetzgebung hätte. Das stimmt natürlich nicht, es ist umgekehrt. Deshalb: Ja zur Selbstbestimmungsinitiative.

Max Hirzel, Dietikon

Im Vertrag von Lissabon (2007) ist der Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) vorgesehen. Damit würde der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) überprüfen, ob die Rechtsakte der EU mit der EMRK in Einklang stehen. Was macht der Europäische Gerichtshof? Er urteilt in seinem Gutachten vom 18. Dezember 2014, dass ein Beitritt der EU in die EMRK die Autonomie des Unionsrechts verletzen würde! Die EU hält also an ihrer Selbstbestimmung fest – und die Schweiz soll das nicht dürfen? Es ist schon erstaunlich, wie unterschiedlich die juristischen Sichtweisen sind! Deshalb am 25. November Ja zur Selbstbestimmung und zu mehr Rechtssicherheit!

Andi Trüssel, Frenkendorf

Die Gegner der Selbstbestimmungsinitiative missbrauchen das Schlagwort «Menschenrechte», um die direkte Demokratie in der Schweiz endgültig auszulöschen. Dabei geht es ihnen nicht um die Menschenrechte, sondern darum, grenzenlose Wirtschaft zu betreiben beziehungsweise die Nationalstaaten zu schwächen. Durch ein Nein zur Selbstbestimmungsinitiative wäre der Weg frei, um die noch Mainstream-unwilligen Schweizer Bürgerinnen und Bürger endgültig zu entmachten und immer ungehinderter Menschen zu hirnlosen Konsum- und Mainstream-Zombies zu transformieren. Wie die Welt dann aussehen wird, ist eindrücklich nachzulesen in «Schöne neue Welt» von Aldous Huxley. Das Ja zur Selbstbestimmungsinitiative stärkt die Eigenverantwortung des Ein-

zelnen, was Grundvoraussetzung ist für ein nachhaltiges, achtsames Handeln gegenüber Natur, Tier und Mitmensch.

Christine Gross, Kirchlindach

Daneben in Sache und Ton

Nr. 43 – «Ein Problem namens Eisenegger»; Medienkolumne von Kurt W. Zimmermann

Kurt Zimmermann schreibt immer wieder gescheite, lesenswerte Kolumnen, aber manchmal greift er in der Sache und im Ton daneben – so jüngst beim Angriff auf den Medienprofessor Mark Eisenegger von der Universität Zürich. Zimmermann empört sich darüber, dass im «Jahrbuch Qualität der Medien», das von Eisenegger verantwortet wird, die *Wochenzeitung* die Bestnote erhielt, und behauptet, Eisenegger sehe das Heil allein in der Gesinnungspresse. Weit gefehlt.

Kurt Zimmermann hätte sich kundig machen müssen über die Kriterien, die im Jahrbuch zum Zuge kommen, nämlich Relevanz, Vielfalt, Einordnungsleistung und Professionalität: Die Qualität eines Mediums ist umso höher, je besser es ihm beispielsweise gelingt, die Ereignisse in grössere Zusammenhänge einzuordnen, sie zu vertiefen (Einordnungsleistung). Zimmermann kann sich gar nicht vorstellen, dass die *Woz* gerade in dieser Hinsicht brilliert. Stattdessen erfand er eigene Qualitätskriterien, nämlich Ausgewogenheit, Relevanz und Meinungsvielfalt, bei denen er annimmt, dass die *Woz* sie nicht erfülle. Diese Kriterien sind aber ziemlich absurd und würden in keinem Mediensystem taugen. Zimmermann lobt auch Eiseneggers Vorgänger Kurt Imhof, verschweigt aber, dass damals, als Imhof noch lebte und das Jahrbuch verantwortete, die Medien – und auch Kurt Zimmermann – Gift und Galle gegen ihn spuckten.

Mark Eisenegger steht nicht «hilflos in den viel zu grossen Schuhen seines Vorgängers», wie Zimmermann schreibt. Vielmehr standen und stehen beide für kompetente, genaue, wertvolle und der demokratischen Mediengesellschaft dienende Forschung.

Roger Blum, Köln

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

| | | | | | | | | | | | | | | |
|----|----|----|----|----|----|----|---|----|----|----|----|----|----|---|
| 1 | | 2 | | 3 | | 4 | 5 | | | 6 | 7 | 8 | | 9 |
| | | | | | | 10 | | 11 | | | | | | |
| 12 | 13 | | 14 | | | | | | | 15 | | | 16 | |
| 17 | | | | | | 18 | | | | | | | | |
| | 19 | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | 20 | | | 21 | 22 | | | | |
| 23 | | 24 | | 25 | | | | 26 | | | | | | |
| 27 | | | | | | 28 | | | | | 29 | 30 | | |
| 31 | | | 32 | | 33 | | | 34 | | | | | | |
| | | 35 | | | | 36 | | | | 37 | | | | |
| 38 | | | | | | | | | 39 | | | | | |
| | | 40 | | | | | | 41 | | | | | | |

| | | | | | | | | | | | | | | |
|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| | | | | | | | | | | | | | | |
|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|

Lösungswort — Prekäre Lage

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Lavendel als Stichwort zu dieser Landschaft. 6 Ein Wal aus US-amerikanischen Gewässern. 10 Wer 1 waagrecht weiss, weiss auch, über welchen Olivenbaum wir sprechen. 12 Sie bewegt sich, mal rhythmisch, mal dynamisch. 15 Wenn ich genügend fest ... , entsteht eine 17 Nördlich des Mongolischen ... stossen wir auf Asiens geografischen Mittelpunkt. 18 Ohne fremden Zusatz kommt es unweigerlich so heraus. 19 Das Wort verweist Richtung Komoren und zum Propheten aus dem Buch Mormon. 20 In Neuseeland und Australien gefeiertes Christfest. 23 Sicher ist es geheimnisvoll. 26 In Bildung mit Verben macht das Präfix was immer fix wieder rückgängig. 27 Den Traum erzählte sie ihrer Mutter, der Königin ... , heisst es im Nibelungenlied. 28 Wo eine Flasche Champagner, ist bestimmt auch er mit dabei. 31 Klassisch, die beim Briefumschlag. 34 Schweizerisch, das Gewebe mit dem hohen Flor. 35 Insel im Norden Haitis und im Golf von Kalifornien. 37 Der „Schimpanse der Meere“ ist im Reich der Fische ein Sozialer. 38 Erst 7 senkrecht macht ihn dazu. 39 Unbestimmter Artikel, weiblich. 40 Fleissige Schüler werden in Spanien traditionell mit guten belohnt. 41 Was Helsinki für Finnland, ist diese Stadt für ein etwas südlicher liegendes Land.

Senkrecht — 1 Mega mal Giga, doch nichts von Jugendsprache. 2 Was die deutsche Sprache für Deutsche, ist sie für manche Äthiopier. 3 Königlich, der uneheliche Sohn des Kaisers Friedrich II. 4 Der schönste Balkon Europas sei der in Luxemburg. 5 Ein Gesicht in der Menge, mit seinem Kreation auf du. 6 Ganz ohne Plan und somit nicht leicht zu verstehen. 7 Sie ist der Hauptgrund für Ehescheidungen. 8 Bei ihm ist Kultur TV-mässig wie namentlich Programm. 9 Abmüh'n muss man sich nicht in diesem Grün, vielmehr ist's endlos friedlich. 11 Um die Arbeit lieben zu können, muss sie laut Tolstoi so sein. 13 Almaty, wie man es früher kannte. 14 Das Städtchen steht sozusagen im Mittelpunkt Italiens. 16 Wo Rauch aufsteigt, brennen sie bestimmt. 21 Was Huitzilopochtli für die Azteken, war Viracocha in etwa für jene Kultur. 22 Er ist das Ende nach dem Ende. 23 Vertiefungen, die wie grosse, längliche Gefässe aussehen. 24 Sie haben die Absicht, etwas indirekt auszudrücken. 25 Ein Geist, der gern im Walde haust. 29 Nachrichtenaustausch, bringt viele in einen buchstäblichen Rausch. 30 Fragt sich bei ihm schon, wer denn nun: Benjamin oder Benedikt. 32 Wie, wundert sich der verrirte Spanier, bin ich nur an diesen See gelangt? 33 Den Berg kennen Sizilianer am besten. 36 Wenn wir in den Spiegel schauen, sehen wir dies.

Lösung zum Denkanstoss Nr. 591

| | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| K | O | N | F | E | K | T | | S | P | E | R | R | E | |
| I | | E | | | U | | | C | | R | E | E | D | E |
| Z | A | U | B | E | R | L | E | H | R | L | I | N | G | |
| I | M | M | E | | E | | | E | | E | S | T | E | S |
| L | O | E | W | E | N | M | A | U | L | | E | | | E |
| | L | | A | | | | M | | | K | N | A | C | K |
| B | L | O | C | K | F | L | O | E | T | E | | R | | R |
| R | | | H | E | R | A | U | S | | R | E | N | T | E |
| U | N | G | E | N | I | E | R | T | | B | I | D | E | T |
| T | | I | N | N | E | N | | H | U | E | F | T | E | |
| U | | V | | E | D | G | U | E | | E | | E | | |
| S | E | E | G | R | A | S | | R | E | F | R | A | I | N |

Waagrecht — 1 KONFEKT 4 SPERRE 9 REEDE
10 ZAUBERLEHRLING 13 IMME 14 ESTES
(Simon) 16 LOEWENMAUL 18 KNACK(-nuss,
schweiz. für schwer zu lösendes Problem)
20 BLOCKFLOETE 25 HERAUS 26 RENTE
29 UNGENIERT 31 BIDET 32 INNEN 33 HUEFTE
34 EDGUE (türk. Schriftsteller) 35 SEEGRAS
36 REFRAIN

Senkrecht — 1 KIZIL 2 NEUME (wurde im Mittelalter vor Erfindung der Notenschrift verwendet) 3 KUREN 4 SCHEU 5 ERLE (Der Erbkönig, Ballade von Goethe) 6 REISEN 7 RENT 8 EDGE (= engl. begrenzen) 11 AMOLL 12 BEWACHEN 15 SEKRET 17 AMOUR 18 KERBE 19 ARNDT (-Eistert-Synthese, bekannter Begriff in der Organischen Chemie) 20 BRUTUS (Mörder Caesars, von lat. brutus, roh, zu dt. brutal) 21 KENNER 22 FRIEDA (Tante Frieda: dt. Film, der Name geht auf ahd. fridu, Frieden zurück) 23 LAENGS 24 ESTHER (Vilar, arg.-dt. Schriftstellerin, z.B. *Der dressierte Mann*) 27 EIFER 28 TEEEI 30 GIVE (= engl. geben, verabreichen)

Lösungswort — **KNALLEREIEN**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien



ROLEX

DIE DATEJUST

Der Archetyp der modernen Armbanduhr schlägt seit 1945 Brücken über Generationen durch beständige Funktionalität und zeitlose Ästhetik. Rolex. Sie zählt nicht nur die Zeit. Sie erzählt Zeitgeschichte.



OYSTER PERPETUAL DATEJUST 31

BUCHERER

1888

bucherer.com